



Bundesverband e.V.

ehrenamtliches Engagement
Menschen
sozial gerechte Gesellschaft
Zugehörigkeit
Freiheit
Gemeinschaft
Solidarität
Teilhabe
Gleichheit
Gerechtigkeit für
professionelle Dienstleistung
praktizierte Solidarität
Toleranz

Verbandsbericht 2013

Herausgeber: AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Verantwortlich: AWO Bundesvorstand, Wolfgang Stadler

Redaktion: Sabine Wolf

Telefon: 030/2 63 09-0

Fax: 030/2 63 09-3 25 99

Fotos: AWO, ansonsten entsprechend vermerkt
© AWO Bundesverband e. V. Berlin

E-Mail: info@awo.org

Internet: awo.org

Satz: HELDISCH.com

Mai 2014

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten.

Editorial



Wilhelm Schmidt,
Vorsitzender des
Präsidiums

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

auf ihrer Bundeskonferenz 2012 hat die AWO beschlossen, das Leitprinzip der Inklusion in ihrer Arbeit zu verankern. Seit 2013 werden entsprechende Lösungsmöglichkeiten, Forderungen und selbstverpflichtende Maßnahmen im Verband diskutiert und umgesetzt. Zentral war dabei die 4. Sozialkonferenz im Juni 2013: Zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen setzten sich mit der Frage auseinander, wie die AWO zu dem notwendigen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel beitragen kann und welche neuen Wege dafür notwendig sind. Die Diskussionsergebnisse mündeten im Oktober in der Dortmunder Erklärung „Inklusion – auch bei uns!“. Mit diesem Papier wird ein interdisziplinäres Verständnis von Inklusion begründet, das eine Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion in allen Arbeitsfeldern der AWO notwendig macht. Die AWO stellt sich damit den notwendigen Veränderungsprozessen, um Inklusion in allen Einrichtungen und Diensten anstoßen zu können. Dies geht nicht von heute auf morgen, ist aber unumstößlich.

2013 hat sich die AWO außerdem das Thema Sozialraumorientierung auf die Agenda gesetzt. Wesentlich ist dabei das konsequente Ansetzen an den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier. Die AWO will zukünftig noch stärker als Akteurin im Sozialraum auftreten und entsprechende strategische Handlungsansätze erarbeiten.

Insgesamt war das Jahr 2013 geprägt von der Bundestagswahl. Die AWO nahm dies zum Anlass, die Politik auf den Prüfstand zu stellen und formulierte Fragen zu wichtigen sozialen Bereichen als Wahlprüfsteine, richtete sozialpolitische Forderungen an die neue Bundesregierung und erarbeitete eine ausführliche Stellungnahme zu den Vorhaben der Koalition. Die AWO wird die Arbeit der Bundesregierung in der 18. Legislaturperiode kritisch und konstruktiv begleiten.

Ihr



Wolfgang Stadler,
Vorsitzender des
Vorstandes



Brigitte Döcker,
Vorstand



Martina Arends,
Vorstand

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie kaum ein anderes Thema hat der sogenannte „Ausbau U3“ unsere Arbeit 2013 bestimmt. Die AWO warnte eindringlich davor, dass die Qualität in Kitas nicht unter dem seit August 2013 gültigen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung leiden und die finanzielle Ausstattung einer Kita nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen darf. In diesem Zusammenhang wurde ein alternatives Finanzierungsmodell erarbeitet, das beweist: Quantität und Qualität in der Kinderbetreuung ist machbar.

Vor dem Hintergrund der pflegepolitischen Herausforderungen forderte die AWO ein solidarisches Finanzierungssystem für die Pflege und befürwortete eine Bürgerversicherung als generationengerechten Weg. Entgegen allen Unkenrufen ist diese – wie ein Gutachten des AWO Bundesverbandes belegt – praktisch umsetzbar und solide zu finanzieren.

2013 war die Arbeit im AWO Bundesverband durch die Federführung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege geprägt. Die AWO treibt in dieser Funktion vor allem die Diskussionen um die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege und um Soziale Innovationen voran. Außerdem engagierte sich die AWO erneut in zahlreichen Bündnissen und Kooperationen. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrags war die Zusammenarbeit mit Frankreich und dem Deutsch-Französischen Jugendwerk besonders intensiv.

Die AWO kann vor allem dann etwas bewegen und sozialpolitisch Einfluss nehmen, wenn sie eine starke Gemeinschaft bleibt. Daher leitete die AWO 2013 eine Gesamtstrategie zur Stärkung der Mitgliederarbeit in die Wege, die 2014 fortgesetzt wird.

Die AWO hat erneut ihre sozialanwaltschaftliche Funktion gegenüber politisch Verantwortlichen wahrgenommen, die durch eine kontinuierliche, prägnante Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sichtbar wurde.

Ihr/e

Inhalt

Der AWO Bundesverband	6
Das Jahr 2013 im Bundesverband	
Gesundheit, Alter, Behinderung	22
Migration	30
AWO Bundesakademie	35
AWO-QM, Geschäftsstellen-QM	38
Arbeit, Soziales, Europa	40
Kinder, Jugend, Frauen, Familie	48
Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft	58
Kommunikation	62
Justizariat/Personal	70
Zentraler Dienst	72
Fördermittelmanagement	72
Finanz- und Rechnungswesen	74
Das Jahr 2013 für die Fachverbände und Partner der AWO	
AWO International	78
Das Bundesjugendwerk der AWO	81
gos – Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH	83
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)	85
Solidar	87
Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)	89
Das Jahr 2013 der AWO in den Bundesländern	92
Mitglieder, Einrichtungen, Beteiligungen und Mitgliedschaften	124



Der AWO Bundesverband

| Die AWO

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gehört zu den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Auf der Grundlage ihrer Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hat die AWO seit ihrer Gründung 1919 jene Menschen im Blick, die aus unterschiedlichen Gründen Unterstützung benötigen. Die AWO setzt sich u. a. ein für benachteiligte Kinder und Erwachsene, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Wohnungslose, Beschäftigungslose oder Kranke.

Trotz der Herausforderung, diese Grundwerte umzusetzen, schaffen es die ehrenamtlichen und

hauptamtlichen Mitarbeitenden der AWO gemeinsam mit den Betroffenen immer wieder, Teilhabe zu organisieren. Ziel ist dabei, sie nicht außen vor zu lassen, ihnen eine Stimme zu geben und bei der Bewältigung ihres Lebensalltags zu helfen. Helfen jedoch nicht im Sinne von Almosen. Ziel ist es vielmehr, betroffene Menschen so zu unterstützen, dass sie in den verschiedenen Lebensbereichen wieder selbst teilhaben können.

Mehr denn je geht es darum, die Stimme für Gerechtigkeit und Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erheben. Dies tut die AWO in ihrem Wirken für und nahe am Menschen.

Die AWO gliedert sich bundesweit in:

30	Bezirks- und Landesverbände
404	Kreisverbände
3.662	Ortsvereine

Die AWO wird bundesweit getragen von rund:

362.000	Mitgliedern
75.000	ehrenamtlichen Engagierten (Helfer/innen)
197.000	hauptamtlichen Mitarbeitenden

Die AWO unterhält in allen Bundesländern:

über 14.000	Einrichtungen und Dienste mit insgesamt
über 330.000	Betten bzw. Plätzen

Die AWO ist Trägerin von:

über 2.100	Heimen, wie Heime für Kinder und Jugendliche, Altenheime, Fort- und Weiterbildungsstätten, Kurheime und Frauenhäuser
------------	--

Außerdem sind im Rahmen der AWO rund:

3.500	Selbsthilfe-, Helfer- und andere Gruppen Bürgerschaftlichen Engagements tätig
-------	---

Über 800 selbstständige Einrichtungen, Initiativen und Organisationen haben sich der AWO auf allen Ebenen als korporative Mitglieder angeschlossen.

Die AWO hat ein eigenständiges Jugendwerk.

Mitglieder

Das Fundament der Arbeiterwohlfahrt sind ihre Mitglieder. Sie sind es, die Verantwortung übernehmen, sich in den Verband einbringen, ihn mit Leben füllen und auch mit ihren Beiträgen unterstützen.

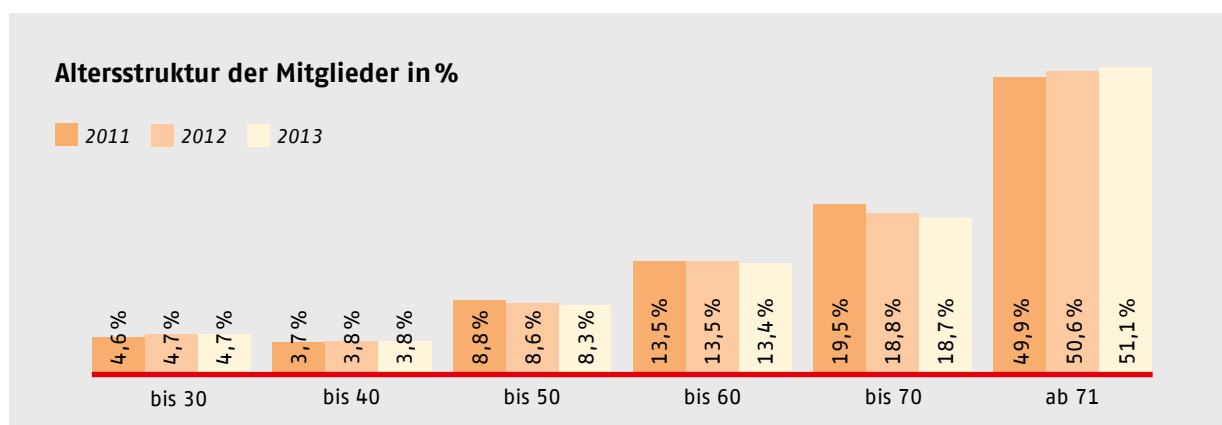
Seit 2011 legt der Bundesverband den „Bericht zur Mitgliederentwicklung der Arbeiterwohlfahrt“ vor. Den Gliederungen stehen damit nicht nur detaillierte Informationen zum Stand der Mitgliederzahl zur Verfügung, sondern auch weitere wichtige Informationen wie Ab- und Zugänge, Austrittsgründe oder Alterszusammensetzung.

Die Zahl der Mitglieder betrug Ende Dezember 2013: 361.725.

Der Mitgliederbericht offenbart im Bereich der Mitgliederentwicklung große regionale Unterschiede:

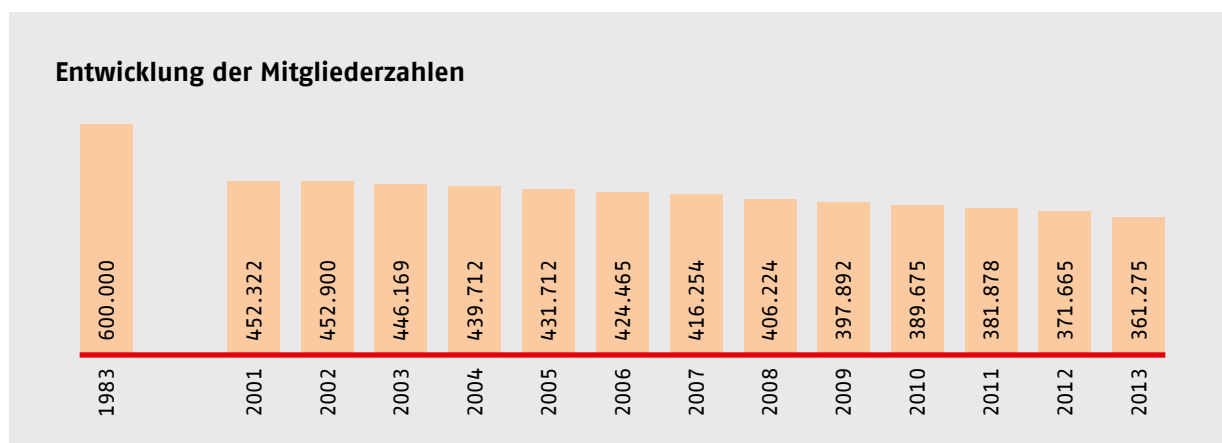
So ist es besonders erfreulich, dass es weiterhin sehr lebendige und wachsende Ortsvereine gab und gibt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Ortsvereine, die von Überalterung oder Mitglieder-rückgang betroffen sind. Dem will der Bundesverband der AWO aktiv entgegenwirken. Das Ziel ist es, allen Ortsvereinen die nötige Unterstützung zukommen zu lassen, damit diese attraktive zielgruppengerechte Angebote anbieten können.

Der Mitgliederbericht der AWO offenbart zudem, dass sich auch die AWO den Folgen der bundesdeutschen demografischen Entwicklung nicht entziehen kann. Einer immer älter werdenden Mitgliederschaft stehen immer weniger junge Neumitglieder gegenüber.



Die AWO muss ihre Aktivitäten und ihr Engagement bündeln, um den Mitgliederverband weiter lebensfähig zu halten. Das hat die Bundeskonferenz bestätigt und verstärkte Anstrengungen angemahnt. Auffällig ist die starke Diskrepanz zwischen sinkenden Mitgliederzahlen und den rapide wachsenden Zahlen der hauptamtlichen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter. Das starke Unternehmen Arbeiterwohlfahrt kann dauerhaft nur mit einem starken Mitgliederverband bestehen. Deshalb müssen sich die hauptamtlichen Bereiche der AWO verstärkt darum bemühen, Mitglieder zu gewinnen. Daran werden wir arbeiten.



I Der AWO Bundesverband e.V.

Der Bundesverband der AWO vertritt die fachpolitischen Interessen des Gesamtverbandes auf der bundespolitischen und der europäischen Ebene. Er nimmt darüber hinaus Außenvertretungen in

Stiftungen, Hilfswerken, anderen Fachverbänden und Netzwerken auf der nationalen und europäischen Ebene wahr. Die AWO ist föderal organisiert.

I Organe des AWO Bundesverbandes

Die Aufgaben und Dienstleistungen des AWO Bundesverbandes ergeben sich aus dem Statut, der Satzung des Bundesverbandes und dem Grundsatprogramm der AWO. Die satzungsgemäßen Gremien und Organe des AWO Bundesverbandes und des Gesamtverbandes sind:

- die Bundeskonferenz (440 Delegierte)
- der Bundesausschuss (94 Mitglieder)
- das Präsidium (18 Mitglieder)
- der Vorstand (3 Mitglieder)

Die Bundeskonferenz

Die Bundeskonferenz ist das oberste Beschlussorgan des Verbandes und setzt sich nach einem festgelegten Schlüssel aus gewählten Vertreterinnen und Vertretern (Delegierten) des Gesamtverbandes, den Mitgliedern des Präsidiums, dem Vorstand, einem Mitglied des Bundesjugendwerkes und Beauftragten der korporativen Mitglieder zusammen. Die Bundeskonferenz tagt alle vier Jahre. Sie nimmt unter anderem Rechenschaftsberichte entgegen,

wählt das Präsidium, die Revisorinnen und Revisoren und das Schiedsgericht, beschließt die Mitgliedsbeiträge, verabschiedet fach- und verbandspolitische Anträge und legt Arbeitsschwerpunkte fest. Ihre Beschlüsse sind für den Gesamtverband bindend. Die letzte Bundeskonferenz fand vom 23. bis 25. November 2012 in Bonn statt.

Der Bundesausschuss

Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus den stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern aller Landes- und Bezirksverbände, der/dem Vorsitzenden des Präsidiums und ihren/seinen Stellvertretern und Stellvertreterinnen, dem/der Vorsitzenden des Vorstandes, zwei Vertreter/innen des Bundesjugendwerkes und je einer/einem bevollmächtigten Vertreter/in der korporativen Mitglieder. Er unterstützt die Arbeit des Präsidiums und beschließt über Angelegenheiten des Gesamtverbandes, sofern nicht die Rechte der Bundeskonferenz tangiert sind. Der Bundesausschuss tagte im Jahr 2013 zweimal.

Schwerpunkte der Sitzungen des Bundesausschusses 2013

Mai 2013

- Bundestagswahl 2013 – Erwartungen der AWO
- Regierungsprogramm der SPD
- 2. Ermächtigungsgesetz 1933 – Zerschlagung der AWO
- Rückblick auf die Bundeskonferenz
- Soziale Innovationen
- Umsetzbarkeit der Bürgerversicherung in Kranken- und Pflegeversicherung

November 2013

- Aktuelle politische Situation nach der Bundestagswahl
- Soziales Europa
- Gemeinsame Konferenz von Jugendwerk und AWO
- Sonderkonferenz
- Beratung der Änderungen in Statut, Schiedsordnung und Satzung des Bundesverbandes
- Beschlüsse zu den Richtlinien für korporative Mitglieder sowie für verbandliches Markenrecht
- Mitgliederbericht 2012

Das Präsidium

Das Präsidium wird von der Bundeskonferenz für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Tätigkeit ist grundsätzlich ehrenamtlich. Aufgaben sind u. a. die Zustimmung zu grundsätzlichen Fragen der Verbandsführung, der sozialpolitischen Leitlinien

sowie der strategischen Steuerung der Unternehmen, die Beschlussfassung über die Grundsätze und Richtlinien zur Förderung des freiwilligen Engagements, die Berufung und Abberufung des Vorstandes.

Sitzungen des Präsidiums

Das Präsidium traf sich von Januar bis Dezember 2013 insgesamt fünf Mal zu ordentlichen Sitzungen. Wichtiger Bestandteil und Thema jeder Sit-

zung war neben den genannten Schwerpunkten die Vorbereitung der Sonderkonferenz 2014, die im November 2014 stattfinden wird.

Schwerpunkte der Sitzungen des Präsidiums 2013**März 2013**

- Geschäftsordnung des Präsidiums und Berufung Kommissionen und Fachausschüsse
- Planung Ethikrat 2013
- Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2013
- Kitaausbau – Rechtsanspruch U3 (AWO-Kampagne, Finanzierungsmodell, Bundesqualitätsgesetz)
- Verbandliches Risikomanagement – Auswertung Ratingverfahren 2012

Mai 2013

- Statut/Satzung
- ZMAV/Gemeinnützigkeitsrecht/Unterstützungsbedarf der Ortsvereine
- Förderer
- Bündnis zur Rentenangleichung Ost
- Bündnis für Gute Pflege
- Erhalt des Sozialstaates
- Aufruf des DGB zur Reform der Minijobs

August 2013

- Jahresabschluss 2012 und Entlastung des Vorstandes für das Jahr 2012
- Mitgliederbericht 2012
- awo.org jetzt auch in „Leichter Sprache“ und Social-Media-Leitfaden
- Schnittstelle Behindertenhilfe und Pflege

Oktober 2013

- Richtlinie korporative Mitglieder und Richtlinie Verbandliches Markenrecht
- Reisekostenregelungen und Vergütung
- AG Frauen und Gender
- Dortmunder Erklärung zur Inklusion

November 2013

- Bundestagswahl 2013
- Positionspapier Solidarischer Sozialstaat
- Projekt Quartiersentwicklung – Bericht
- Planungen der AWO zum DJHT
- Vorläufige Wirtschaftsführung

| Präsidiumsmitglieder



*Wilhelm Schmidt,
Vorsitzender*



*Prof. Dr. Thomas Beyer,
Stellvertreter*



*Rudi Frick,
Stellvertreter*



*Michael Scheffler,
Stellvertreter*



*Iris Spranger,
Stellvertreterin*



*Dr. Manfred Ragati,
Ehrevorsitzender*



Georg Förster



Petra Grimm-Benne



Karin Hirschbeck



Helga Kühn-Mengel



Eva-Maria Lemke-Schulte



Erika Lotz



Friedhelm Merkentrup



Horst Moser



Nils Opitz-Leifheit



Wilfried Pfeiffer



Christiane Reckmann



Michael Rosellen



Gerwin Stöcken



*Larissa Krümpfer,
Bundesjugendwerk*



*Sebastian Kunze,
Bundesjugendwerk
(bis Mitte 2013)*

| Der Vorstand

Der Vorstand gemäß § 26 BGB besteht aus drei hauptamtlichen Mitgliedern: einer/einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Sie werden jeweils für die Dauer von fünf Jahren berufen. Der Vorstand leitet den Verein eigenverantwortlich und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.



Wolfgang Stadler

Wolfgang Stadler

Der Bundesverband wird seit dem 1. Januar 2010 von Wolfgang Stadler geleitet, der zudem Geschäftsführer des ElternService ist, einem Unternehmen aller AWO Bezirks- und Landesverbände. Bevor der Bielefelder Diplom-Soziologe, der seit 1979 bei der AWO tätig ist, zum Bundesverband kam, leitete er als Geschäftsführer von 1993 bis 2009 den AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe.



Brigitte Döcker

Brigitte Döcker

Seit Mai 2010 ist die Diplom-Pädagogin Brigitte Döcker Mitglied des AWO Vorstandes. Brigitte Döcker war von 1987 bis 2004 beim AWO Landesverband Berlin tätig, bevor sie von 2003 bis 2010 bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) für die gemeinsame Qualitätspolitik der Freien Wohlfahrtspflege zuständig war.



Martina Arends

Martina Arends

2012 hat das Präsidium des AWO Bundesverbandes Martina Arends zum neuen Vorstandsmitglied mit dem Schwerpunkt Finanzen zum 1. Januar 2013 berufen. Die Diplom-Ökonomin Martina Arends war nach einer Ausbildung zur Industriekauffrau und einem Studium der Wirtschaftswissenschaften seit 1991 als Leiterin der Innenrevision beim Bezirksverband Weser-Ems der Arbeiterwohlfahrt tätig.

I Gremien des AWO Bundesverbandes

Fachausschüsse

Das Präsidium beruft Fachausschüsse. Die Fachausschüsse erarbeiten Positionen zu Grundsatzfragen und setzen sich mit grundlegenden Fragestellungen auseinander. Sie arbeiten dem Präsidium zu.

Fachausschuss Soziales und Gesundheit

Dieser Fachausschuss befasst sich u. a. mit Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Alterssicherung, Wohnen und Leben, Gesundheit und Behinderung, Migration und Integration. Der Fachausschuss Soziales und Gesundheit hat 2013 zwei Mal getagt. Er hat ein neues Format „Sozialpolitisches Kolloquium“ entwickelt und umgesetzt, bei dem externe Gäste zu Vorträgen im Rahmen des Fachausschusses eingeladen werden.

Fachausschuss für Jugendpolitik und Bildung

Der Fachausschuss konstituierte sich am 19. April 2013 mit Schwerpunktthemen wie Bildungspoli-

tik, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, Frauen- und Gleichstellungspolitik. Der Bundesfachausschuss für Jugend- und Bildungspolitik hat 2013 zwei Mal getagt.

Fachausschuss Verbandspolitik

Das Präsidium hat Ende 2012 einen neuen Fachausschuss „Verbandspolitik“ berufen. Dieser berät u. a. folgende Themen: Mitgliederentwicklung, AWO-Werte, AWO-Grundsätze, Bürgerschaftliches Engagement, Strukturfragen, Verbandspolitik, Statut, Satzung. Im Jahr 2013 haben zwei Sitzungen stattgefunden.

Finanzausschuss

Der Fachausschuss Finanzen beschäftigt sich u. a. mit der Sicherstellung der kaufmännischen Überwachung des Bundesverbandes. 2013 hat der Fachausschuss drei Mal getagt.

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Soziales und Gesundheit 2013

- Übernahme des Vorsitzes durch Professor Dr. Thomas Beyer
- Themenfindung und Arbeitsplanung für den neu zusammengesetzten Fachausschuss
- Erarbeitung, Beratung und Verabschiedung eines Positionspapiers „Solidarischer Sozialstaat – Arbeiterwohlfahrt für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft“ mit umfangreichen politischen Forderungen
- Beratung der Unter-AG „Schutz uns anvertrauter Menschen“
- Sozialpolitisches Kolloquium zur Alterssicherung mit Dr. Johannes Steffen und vielen weiteren Expertinnen und Experten zum Thema Rente
- Entwicklung von Positionen zur Alterssicherung
- Diskussion der AWO-Position zur Altenpflegeausbildung

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Jugendpolitik und Bildung 2013

- Expertengespräch „Jugendpolitik stärken – AWO als Partnerin junger Menschen profilieren“ zu Sichtweisen auf das Thema seitens der Kommunen, Jugendhilfeträger, Jugendverbände und Wissenschaft. Die Ergebnisse werden in einer Dokumentation gesichert
- Erarbeitung eines Grundsatzpapiers zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Vorbereitung der gemeinsamen Konferenz von Jugendwerk und AWO im November 2014
- Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der „Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen“ der Bundesregierung
- Verabschiedung des Konzepts einer Expert/innen-Anhörung „Zeit für Familie“
- Vorbereitung der Sozialkonferenz 2015 zum Thema „Frauen in der AWO – von der Gründung bis heute“ (Arbeitstitel)
- Überlegungen zu einem AWO-Gleichstellungsbericht

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Verbandspolitik 2013

- Mitgliedergewinnung und -bindung
- Statut, Satzung, Schiedsordnung
- Verbandsstrukturen
- Beratung zu Fragen einer Beitragsordnung

Schwerpunkte der Sitzungen des Fachausschusses Finanzen 2013

- Jahresabschluss 2012
- Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz
- Budgetplanung
- Betriebsprüfung des Finanzamtes
- Berichte der Verbandsrevision

Geschäftsführerkonferenz

Die Geschäftsführerkonferenz (Geko) setzt sich aus den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern

der Landes- und Bezirksverbände zusammen und trifft sich in der Regel vier Mal im Jahr.

Schwerpunkte der Geschäftsführerkonferenzen 2013

März 2013

- Forderungen der Arbeiterwohlfahrt aus unternehmerischer Sicht vor der Bundestagswahl
- Strategie zur Struktur der Selbstverwaltung im SGB XI
- Erhaltung und Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung
- „Ergänzendes Hilfesystem für von sexuellem Missbrauch Betroffene“ – Vereinbarung der AWO mit den Ministerien
- Kitausbau – Rechtsanspruch U3
- Freiwilligendienste
- ZMAV/Sachstand Beitragsquittung/Zuwendungsbestätigungen
- Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer/innen in der Pflege
- Fördermöglichkeiten der Aktion Mensch
- Weiterentwicklung der AK-Kundenbefragung
- Jugendmigrationsdienste/Migrationsberatung für Erwachsene
- Glücksspirale
- Ratingverfahren

Juni 2013

- angemessene Vergütung in der Sozialwirtschaft
- Umsetzungsstrategie „Nachhaltiges Handeln in der AWO“, Ökoprot-Projekte
- Mediation
- Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- AWO-Normen in der Revision
- Umsetzung der Ergebnisse aus dem Projekt „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“
- Ergänzendes Hilfesystem sexueller Missbrauch
- Soziale Innovationen
- Schüler- und Jugendwettbewerb „InklusivKreativ“
- Social-Media-Strategie
- Positionspapier der AWO – Anwerbung ausländischer Fachkräfte
- AWO-QM-Zertifizierung

- Bildungs- und Teilhabepaket – Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit nach 2013
- Gemeinsame Aktivitäten AK Arbeitsmarkt und UAK Werkstätten für Menschen mit Behinderung
- AWO Trägerbefragung im Bereich Jugendsozialarbeit/Arbeitsmarktprojekte
- Rundfunkbeitrag
- Behindertenhilfe und Psychiatrie
- Erziehungsberatungs-Profil-Projekt

September 2013 (Brüssel)

- Entwurf Richtlinien korporative Mitglieder und Richtlinie über das Verbandsmarkenrecht
- Kontakte zu Israel
- Bundestagswahl 2013/Landtagswahlen Bayern und Hessen
- Mitgliederbericht
- Kommission AWO-Standards
- Diskussions- und Abstimmungsprozess zur Schnittstelle Behinderung und Pflege
- Bericht/Diskussion angemessene Vergütung in der Sozialwirtschaft
- Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Positionspapier Fachkräftemangel

Dezember 2013

- Bericht aus der 7. Altenberichtscommission
- Erste Auswertung Koalitionsvertrag
- Zwischenstand Onlineberatung Pflege
- Büro Leichte und Einfache Sprache
- Leitlinien der fachlichen Arbeit (Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe, Straffälligenhilfe)
- Gemeinsame Konferenz und Sonderkonferenz 2014
- Idealverein/wirtschaftlicher Verein (Gutachten BAGFW)
- Entwurf einer Handreichung aus der Kommission gegen Rechtsextremismus
- Verbandliches Markenrecht – Waren-/Dienstleistungsverzeichnis der AWO-Marken
- Empfehlungen zur Prävention und Intervention gegenüber Gewalt in Einrichtungen und Diensten der AWO
- Anstehende Änderung des EU-Pauschalreiserechts
- Glücksspirale Verteilung
- Familienbildung

Arbeitskreise

Die Arbeitskreise sind Gremien der AWO Geschäftsführerkonferenz (Geko). Sie arbeiten ihr zu und führen deren Aufträge aus.

Ziel der Arbeit der Arbeitskreise ist der fachliche Austausch und die Meinungsbildung zu aktuellen fachlichen, organisatorischen und sozialpoli-

tischen Themen. Die Beratungsergebnisse dienen als Grundlage für Verbandspositionen. Den Vorsitz hat ein/e Vertreter/in der Geko inne. Die Mitglieder werden von den Landes- und Bezirksverbänden schriftlich benannt. Jeder Arbeitskreis tagt in der Regel zweimal jährlich und legt der Geko seine Ergebnisse vor.

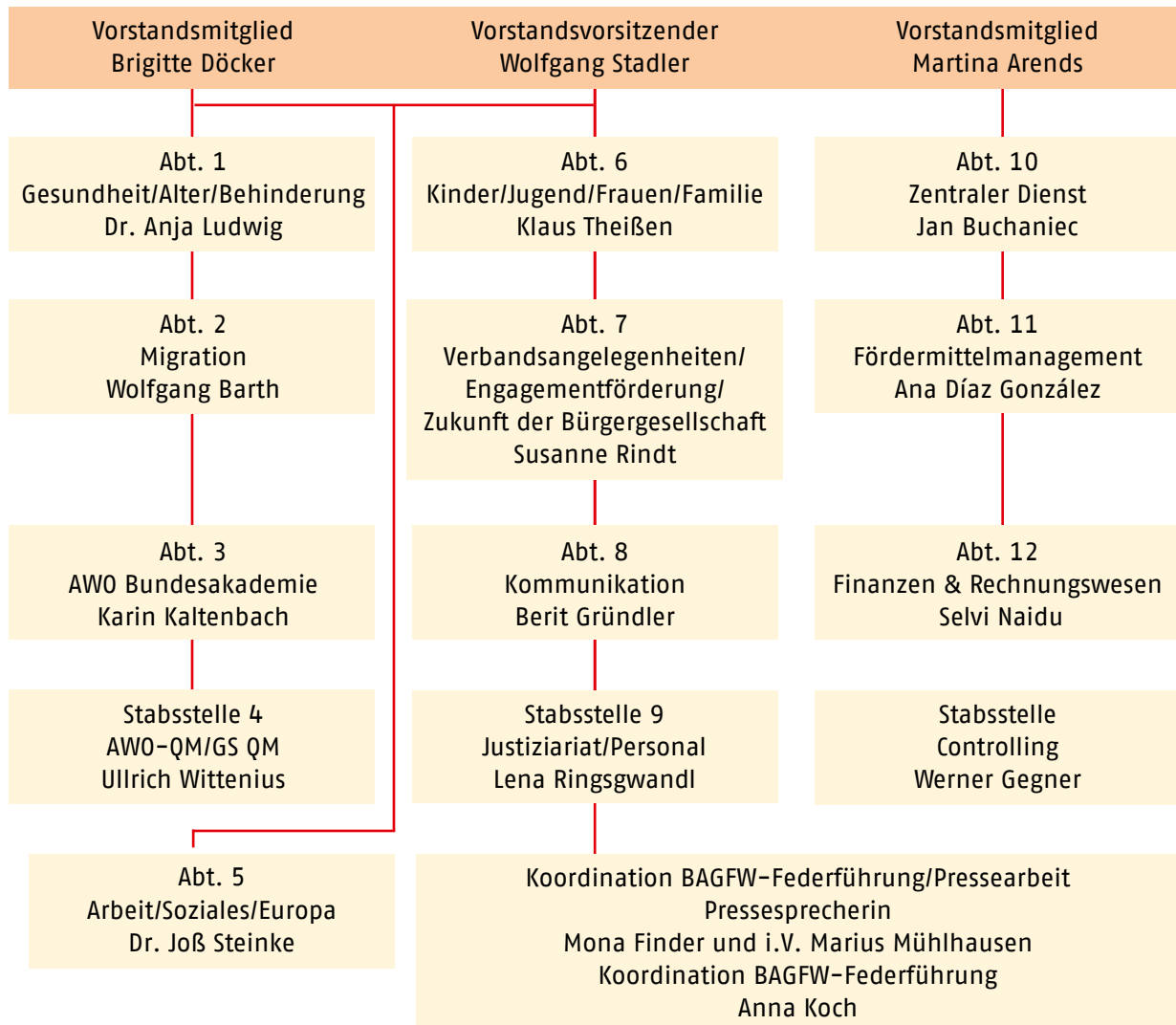
Arbeitskreise 2013

- | | |
|--------------------------------------|--|
| » Kinder, Jugend, Familie, Frauen | » Kommunikation |
| » Behindertenhilfe, Psychiatrie | » Recht |
| » Gesundheit, Vorsorge und Reha | » Personal |
| » Altenhilfe | » Qualitätsmanagement |
| » Finanzen | » Betreuungsvereine |
| » Arbeitsmarkt | » Schuldnerberatung, Suchtberatung, Straffälligenhilfe, Wohnungslosenhilfe |
| » Europa | » Nachhaltigkeit |
| » Migration | |
| » Engagementförderung und Mitglieder | |

Bundesgeschäftsstelle

Um eine effiziente und transparente Arbeitsweise sicherzustellen, sind die verschiedenen Aufgaben

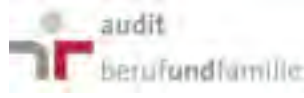
und Themenschwerpunkte der Bundesgeschäftsstelle in 13 Abteilungen bzw. Stabsstellen untergliedert.

Organigramm 2013**Geschlechtergerechtigkeit**

Zum 31.12.2013 lagen 60 Prozent aller Führungspositionen beim AWO Bundesverband in weiblicher Hand. Das zeigt erneut die hohe Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit für den Bundesverband.

Hier bleibt die Gleichstellung von Mann und Frau nicht nur ein politisches Lippenbekenntnis, sondern sie wird gelebt und durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen gefördert.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Für den AWO Bundesverband hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin oberste Priorität. Der Vorstand und die Steuerungsgruppe zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im AWO Bundesverband haben ihr diesbezügliches Engagement 2013 fortgesetzt, und so konnten weitere Ziele und Maßnahmen umgesetzt werden, die im Rahmen des audit berufundfamilie 2012 vereinbart worden sind. Im Mittelpunkt des ersten Berichtszeitraumes stand die Implementierung der Grundsätze einer familienbewussten Führung. Am 26. Juni 2013 wurde dem AWO Bundesverband auf einer Festveranstaltung der berufundfamilie gGmbH unter dem Motto „Familienbewusst in die Zukunft“ in Berlin das Zertifikat der berufundfamilie gGmbH verliehen und damit das vorbildliche Wirken für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgezeichnet.

BAGFW-Federführung des AWO Bundesverbandes 2013

Seit dem 1. Januar 2013 hat der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. turnusgemäß die zweijährige Federführung in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Für diesen Zeitraum übernimmt der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler die Position des Präsidenten der BAGFW. Mitarbeitende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt haben in vielen Fachausschüssen den Vorsitz übernommen. Es wurde eine Stabsstelle zur Koordinierung der Federführung eingerichtet.

Gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege wurden Schwerpunktthemen für die Zeit der Federführung verabredet. Hierzu zählen Themen wie „Die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege“ oder „Soziale Innovationen“. Brigitte Döcker übernahm den Vorsitz der Sozialkommission I der BAGFW, die der Mitgliederversammlung operative Aufgaben abnimmt in den Themenbereichen Alter und Pflege, Behindertenpolitik, Gesundheit und Betreuungsarbeit.

Stellungnahmen/Papiere/Anhörungen – Auszug

Die Arbeiterwohlfahrt hat im ersten Jahr der BAGFW-Präsidentschaft zahlreiche spitzenpolitische Gespräche führen und die wohlfahrtsstaatlichen Anliegen auf nationaler sowie auch auf europäischer Ebene mit Erfolg vertreten können. Wir verfassten Stellungnahmen, Papiere, Broschüren und Arbeitshilfen und wurden als Experten zu vielen unterschiedlichen Themen angefragt, zum Beispiel:

- » zu Entwürfen von Richtlinien und Gesetzen, wie z. B.
 - zum Entwurf der Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes über die Prüfung der in Pflegeeinrichtungen erbrachten Leistungen und deren Qualität (Qualitätsprüfungs-Richtlinien – QPR) (11. Oktober 2013)
 - zum Entwurf der Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten (12. Juli 2013)
 - zum Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (7. Januar 2013)
 - zum Gesetzesentwurf zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung (18. März 2013)
 - zum Gesetzesentwurf zur Einführung der Kooperationsgesellschaft und zum weiteren Bürokratieabbau bei Genossenschaften (2. September 2013)
 - zum Gesetzesentwurf zur Förderung der Prävention (1. Februar 2013)
- » zu Anhörungen von Ausschüssen im Bundestag, wie z. B.
 - dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zum Sozialen Arbeitsmarkt (15. April 2013)
 - dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (5. Juni 2013)
 - zur Strategischen Sozialberichterstattung der Bundesregierung 2013 (2. Mai 2013)
 - Zum Nationalen Reformprogramm im Rahmen des Europäischen Semesters (23. Januar 2013)

Darüber hinaus fanden in Organisation der Federführung zahlreiche Projekte und Fachtagungen der BAGFW statt, wie beispielsweise parlamentarische Frühstücke, ein BAGFW-Strategieworkshop zu bürgerschaftlichem Engagement, Veranstaltungen zu Prävention in der Gesundheitsförderung, Profis für die Kita, Sozialraum als Ort der Teilhabe etc. Für das Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe“ wird gerade ein Anschlussprojekt aufgelegt.

Israelreise der BAGFW

Auf Initiative der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.) fand vom 2. bis zum 7. Juni 2013 eine Israelreise der Mitglieder der BAGFW-Mitgliederversammlung unter der Leitung von Wolfgang Stadler statt. Mit der Reise verdeutlichte die BAGFW ihre große Verbundenheit mit dem jüdischen Wohlfahrtsverband und den in Deutschland und Israel lebenden Jüdinnen und Juden. Die Vertreter/innen der Mitglieder-

versammlung der BAGFW nutzten die Gelegenheit, zwischen Institutionen und Menschen in Israel und Deutschland Kontakte aufzubauen. Es waren viele Parallelen zu erkennen zwischen Deutschland und Israel, die typisch sind für hochentwickelte, moderne und wirtschaftlich starke Gesellschaften. Der Begriff der sozialen Spaltung, die besondere Situation von Minderheiten und teilweise die Perspektivlosigkeit von jungen Menschen trotz einer rasanten, aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung begegnete den Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliederversammlung.

Insbesondere im Verhältnis zwischen ambulanter und stationärer Versorgung waren große Unterschiede zwischen Israel und Deutschland festzustellen. Da sich auch in Israel die traditionellen Familienstrukturen auflösen, wird es interessant sein zu beobachten, wie die deutliche Vorrangstellung der ambulanten Pflege in Israel diese Problematik bewältigt. Ins Auge fielen hohe Investitionen in die

Bildung als Schlüssel zur Erreichung von gleichen Lebensbedingungen sowie die offene und zugewandte anwaltschaftliche Position für gefährdete Kinder und Jugendliche.

Eindrücklich waren die Rahmenbedingungen und Herausforderungen, hervorgerufen durch die besondere Situation Israels und seiner Nachbarn. Einrichtungen kümmern sich um traumatisierte palästinensische Kinder, die einen Elternteil verloren haben; Einrichtungen und Initiativen helfen unter größter Gefahr kranken und hilfsbedürftigen Menschen. Die Qualität in der Arbeit in Kindertagesstätten vor Ort hat nicht nur etwas mit Fachkraftquoten, sondern auch mit der Stabilität der „Bunkerdächer“ zu tun. Bunt angemalte Röhren auf Spielplätzen dienen nicht nur dem Versteckspiel, sondern auch dem Schutz der Kinder vor Raketenangriffen.

Vielen Dank an die ZWST, die einen solchen Erfahrungsaustausch ermöglicht hat.

Mitglieder der BAGFW-Mitgliederversammlung in Israel (Foto: BAGFW).



BAGFW 2020, Strategiedebatte der BAGFW – Stärkung der Rolle der BAGFW als gemeinsam handelnder Akteur aller Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Begleitet wurde dieses erste Jahr der AWO-Federführung von der Debatte über die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen. Mit dem Aufkommen von „Social Entrepreneurs“ und der Diskussion um Soziale Innovationen wurde und wird die Freie Wohlfahrtspflege gefordert, sich und ihre Rolle selber kritisch zu hinterfragen und im Ergebnis offensiver mit ihrer Innovationsfähigkeit umzugehen, diese mehr in den Vordergrund zu rücken. Die Mittel für Soziale Arbeit werden vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, der Zunahme der Akteure und der zu erwartenden bescheidenen Wachstumsraten knapper.

Dennoch wächst die ökonomische Bedeutung der Sozialwirtschaft. Die in der BAGFW vertretenen Verbände sind soziale Dienstleister, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Sie agieren dabei nicht gewinnorientiert. Da die Arbeit der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auf der Grundlage ihrer jeweiligen Verbandsgrundwerte basiert, muss sich diese Wertebindung in der tagtäglichen Arbeit widerspiegeln. Dadurch bekommen und erhalten die Verbände ihren größten Wert – ihre Glaubwürdigkeit. Der Wettbewerb darf nicht über niedrige Löhne, sondern muss über die Qualität der angebotenen Leistungen gewonnen werden. Angesichts eines stetig wachsenden Kosten- und Preisdrucks ist es eine immer größere Herausforderung, die eigene Arbeit zu refinanzieren. Hier ist die Politik gefragt, für eine ausreichende Refinanzierung Sozialer Arbeit zu sorgen, denn vor allem darf eines nicht vergessen werden: Soziale Dienstleistungen sind Dienstleistungen am Menschen. Eine gleichbleibend hohe Qualität muss sichergestellt sein.

Die Bereitschaft, Strukturen zu fördern, wird jedoch zugunsten von wirkungsvollen Projekten abnehmen. Die Glaubwürdigkeit und das Image der Freien Wohlfahrtspflege werden davon abhängen, wie es ihr gelingt, das Spannungsverhältnis zwischen dem anwaltlichen Anspruch und der Trägerrolle überzeugend aufzulösen.

Ausblick

In der noch verbleibenden Zeit der BAGFW-Präsidenschaft der AWO bis zum 31. Dezember 2014 wird es ein Schwerpunkt sein, die Perspektiven und den weiteren Weg der BAGFW zu definieren und zu stärken. Es sind gemeinsame strategische Ziele, die in der Arbeitsgemeinschaft verfolgt werden sollen, zu definieren. Am 19. Februar 2014

fand eine Klausurtagung der BAGFW-Mitgliederversammlung zum Thema „Perspektiven der BAGFW“ statt, in der über bestimmte strategische Themen zur Identifizierung der zukünftigen Aufgaben der BAGFW beraten wurde. Diese Ziele und die Arbeit in der BAGFW dürfen nicht im Widerspruch zur einzelverbandlichen Arbeit stehen.

Aktivitäten zur Hochwasserhilfe 2013

Vor dem Hintergrund der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2013 hat die AWO die Aktion „Ferienfreizeiten für Kinder aus den Hochwassergebieten“ ins Leben gerufen. Durch einen Aufruf an die Gliederungen sowie durch Pressemitteilungen wurde um Unterstützung der Aktion in Form von Plätzen in Ferienfreizeiten oder aber in Form eines kleinen Geldbetrags, um vom Hochwasser betroffenen Kindern eine Ferienfreizeit zu ermöglichen, gebeten. Die Aktion wurde in Kooperation mit der ElternService AWO GmbH durchgeführt.

Wir haben zahlreiche Spenden von engagierten Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Diese Beiträge ermöglichten es uns, vielen Kindern eine kostenlose Teilnahme an einer der vielseitigen Ferienfreizeiten anbieten zu können. Kinder und Jugendliche aus den Hochwassergebieten konnten so wohlverdiente schöne Tage in Feriencamps, Freizeiten oder Ferienspielen erleben. Die AWO, die Jugendwerke der AWO und auch externe Anbieter und Veranstalter stellten kostenlos Plätze in bestimmten Ferienangeboten zur Verfügung und konnten hiermit die betroffenen Familien unterstützen und den Kindern trotz Hochwasser einen Sommer- oder Herbsturlaub ermöglichen. Es ist gelungen, 75 Kindern und 7 Familien aus den Hochwassergebieten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine kostenlose Teilnahme an verschiedenen Ferienmaßnahmen zu ermöglichen. 52 Kinder verreisten ohne ihre Eltern in die Ferien, 23 Kinder mit ihren Familien bzw. einzelnen Familienangehörigen. Die Reiseziele verteilten sich dabei auf das gesamte Bundesgebiet und das Ausland. Zusätzlich konnte es ermöglicht werden, einer Gruppe von 40 Kindern einen Bustransport zu einem Ferienangebot zu finanzieren.

Die Unterstützungsaktion der AWO „Ferienfreizeiten für Kinder aus den Hochwassergebieten“ erstreckte sich insgesamt über einen Zeitraum von knapp 5 Monaten (Ende Juni bis Ende Oktober/Anfang November 2013) und wurde von der zunächst geplanten Phase der Sommerferien 2013 bis hin zu den Herbstferien 2013 verlängert. Der Großteil der vermittelten Angebote wurde bereits von den Betroffenen in den Sommerferien in Anspruch genommen.

ANGEHÖRIGE BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG UND GESELLSCHAFTLICHE ANERKENNUNG

Bündnis
FÜR GUTE PFLEGE

WIR FORDERN

- Umfassende Beratung
- Entlastungsstrukturen für pflegende Angehörige
- Pflege und Beruf vereinbar machen
- Unterstützung der Selbsthilfe

Mehr Informationen:

www.buendnis-fuer-gute-pflege.de



WWW.BUENDNIS-FUER-GUTE-PFLEGE.DE



Gutes
tun
Mit
Briefmarken
helfen



Hänsel
und Gretel

Wohlfahrtsmarken 2014

Kaufen. Kleben. Helfen.

www.awo.org





Das Jahr 2013 im Bundesverband

| Gesundheit, Alter, Behinderung

Die Schwerpunktthemen der Abteilung sind Altenhilfe, Menschen mit Behinderung und psychi-

schen Erkrankungen, Gesundheit und die Themen Suchthilfe und besondere Lebenslagen.

| Bereich: Gesundheit

Zustiftung Sorgearbeit im Müttergenesungswerk (MGW)

Seit Ende Oktober 2013 gibt es innerhalb der Elly Heuss-Knapp-Stiftung Deutsches Müttergenesungswerk (MGW) die „Zustiftung Sorgearbeit“. Damit hat das Müttergenesungswerk, zu dessen Trägergruppen die AWO gehört, den Zugang neben Müttern auch Vätern und pflegenden Angehörigen eröffnet, die durch die familiäre Beanspruchung zu erkranken drohen. Zur Zeit der Stiftungsgründung war es für Elly Heuss-Knapp kaum vorstellbar, dass auch Männer zunehmend Verantwortung für familiäre Aufgaben übernehmen würden. Insofern stand allein die Unterstützung der Mütter in der Satzung des Müttergenesungswerkes. Indem Mittel in eine Zustiftung eingebracht wurden, konnte der Satzungszweck behutsam erweitert werden. Alle Träger von Mutter-/Vater-/Kind-Einrichtungen der AWO haben in diese Zustiftung gespendet, um dies – gemeinsam mit Trägern anderer Wohlfahrtsverbände und Einzelspenden – zu ermöglichen. Einige der 20 AWO-Mutter-Kind-Kliniken haben mit Vater-Kind-Maßnahmen bereits gute Erfahrungen gemacht. Sie können ihre Einrichtungen nun für pflegende Angehörige öffnen. Der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit liegt nach wie vor bei den Müttern, die auch heute noch häufig gesundheitlich belastet sind. Dass aber auch die Väter und pflegenden Angehörigen, die sich in und für ihre Familien

engagieren, nun ebenfalls kompetente Angebote der Vorsorge und Rehabilitation bekommen, halten wir für einen bedeutsamen Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit. Die Vorsorge- und Rehakliniken der AWO sind dafür bereit.

Arbeitstagung für Mitarbeiter/innen von Kurberatungsstellen der AWO

Im Dezember 2013 fand eine Arbeitstagung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kurberatungsstellen der AWO statt. Die Tagung wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Inhalt waren aktuelle rechtliche Grundlagen der Beratung. Intensiv wurde dabei auch auf die Situation pflegender Angehöriger eingegangen, da künftig auch zu Vorsorge- und Reha-Maßnahmen für pflegende Angehörige in Einrichtungen, die vom MGW anerkannt sind, beraten werden kann. Ziel der Tagung war es, die Beraterinnen und Berater darauf gut vorzubereiten. Im MGW-Verbund haben derzeit noch wenige Kliniken dezidierte Angebote für pflegende Angehörige, auch gibt es noch keine entsprechenden Atteste bei den Krankenkassen. Auf diese Anfangsschwierigkeiten sollten die Berater/innen vorbereitet werden. Außerdem konnten sie aus ihrem Erfahrungsschatz im Umgang mit Müttern und Vätern schöpfen, die aufgrund des Einsatzes für Familienangehörige an ihre eigenen gesundheitlichen Grenzen stoßen.

Die Kuratorinnen des Müttergenesungswerkes auf ihrer Sondersitzung im August 2013 nach Beschluss zur Zustiftung Sorgearbeit.



Besonders hervorgehoben wurde, dass eine Vernetzung mit Pflegeberatungsstellen hilfreich sei, um pflegebedürftige Angehörige bei Fragen, die nicht die Vorsorge- und Reha-Maßnahmen betreffen, an kompetente Berater/innen verweisen zu können.

Krebsberatungsstellen

Anfang 2013 fand in Berlin eine Fachtagung zur Finanzierung von Krebsberatungsstellen der Deutschen Krebshilfe statt. An dieser Tagung nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände teil. Einige ihrer Krebsberatungsstellen werden von der Deutschen Krebshilfe finanziell unterstützt. Die AWO wurde von der Krebsberatungsstelle Hamburg vertreten. Zur Vorbereitung des Beitrags wurde im Vorfeld mit Unterstützung des Bundesverbandes die Finanzierungssituation der zehn AWO-Krebsberatungsstellen anhand eines Fragebogens erhoben, um vergleichende Aussagen über die sehr unterschiedlichen Finanzierungsmodelle treffen zu können. Die AWO begrüßte in ihrem Tagungsbeitrag, dass sich die Deutsche Krebshilfe für eine Sicherung der nachhaltigen Finanzierung einsetzt. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit gesehen, dass die Wohlfahrtsverbände an der Definition von Qualitätskriterien mitwirken, die für die Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung aufgestellt werden. Um ein abgestimmtes Vorgehen zwischen den Verbänden zu ermöglichen, wurde das Thema „nachhaltige Finanzierung von Krebsberatungsstellen“ in den Fachausschuss Gesundheit eingebracht und soll dort weiterverfolgt werden. AWO-intern ist geplant, 2014 eine gemeinsame Arbeitstagung der Krebsberatungsstellen der AWO durchzuführen, um die vorliegenden Erfahrungen für eine mögliche gemeinsame Strategie auszuwerten.

Zusammenarbeit mit dem ISS in den Teilprojekten Gesundheit und Altenhilfe



Seit dem Jahr 2012 besteht eine Kooperation unter dem Leitthema „Soziale Inklusion“ zwischen dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) Frankfurt und dem AWO Bundesverband.

Ziel dieser Kooperation ist es, einen Beitrag zum Abbau von Barrieren und der Ermöglichung von Inklusion und Teilhabe in den verschiedenen Settings zu leisten. Hierzu wurden in verschiedenen Arbeitsfeldern, in denen die AWO aktiv ist, Teilprojekte durchgeführt, die besonders vulnerable Gruppen in den Blick nehmen. Mit den Ergebnissen soll eine Diskussionsgrundlage bereitgestellt werden für die weitere konzeptionelle Ausgestaltung der AWO-Angebote in den einzelnen Handlungsfeldern. Zwei dieser Projekte liegen in den Themenbereichen Gesundheit und Altenhilfe. Zum einen soll die Teilhabe am Gesundheitssystem untersucht werden. Dabei wird der Blick auf begrenzende wie auf gelingende bzw. Teilhabe ermöglichende Strukturen im Gesundheitswesen gerichtet. Für die Untersuchung wurden zwei in der Fachliteratur als vulnerabel geltende Gruppen hinsichtlich ihrer Teilhabemöglichkeiten ausgewählt: alleinerziehende Mütter und Familien mit Migrationshintergrund. Auch bei der Auswahl des Settings, das sich hier auf Mutter-Kind-Kureinrichtungen der AWO konzentrierte und auf Migrationsberatungsdienste sowie die Herstellung von Kontakten zu Expertinnen und Experten, fungierten die Mitarbeitenden des Bundesverbandes als Gate-Keeper. Das Projekt im Arbeitsfeld Altenhilfe startete als letztes der fünf Teilprojekte und untersuchte die Teilhabemöglichkeiten für ältere Menschen durch sozialraumorientierte Strukturen. Ein bisher noch wenig untersuchtes Feld. Die Mitarbeitenden des AWO Bundesverbandes waren in beiden Arbeitsfeldern in die Entwicklung der Projektidee und des Projektdesigns eingebunden. Ende 2013 wurden erste Ergebnisse vorgelegt, die nun in einer gemeinsamen Bewertung analysiert und 2014 veröffentlicht werden sollen.

Stellungnahme zum Kabinettsentwurf eines Gesetzes zur Förderung der Prävention

Eines der wichtigsten Themen im Bereich Gesundheitspolitik ist und bleibt für die AWO die Reduzierung sozialer und damit verbundener gesundheitlicher Ungleichheit. Das Präventions- und Gesundheitsverständnis der AWO orientiert sich an den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta. Aufgrund der Bedeutsamkeit des Themas für die AWO verfasste sie 2013 deshalb eine Stellungnahme zum Kabinettsentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Förderung der Prävention. Hierin hat die AWO deutlich gemacht, dass der im Gesetzentwurf beschriebene verengte Ansatz von Prävention nur marginal zur Verringerung gesundheitlicher Chancengleichheit beiträgt. Viele der von der AWO in der Stellungnahme kritisierten Punkte wurden auch vom Bundesrat bemängelt,

der das Gesetz im letzten Jahr stoppte und eine grundlegende Überarbeitung anmahnte.

Suchthilfe – Leitlinien für die fachliche Arbeit

2013 wurden die bisherigen Leitlinien der fachlichen Arbeit für die Suchthilfe, die Wohnungslosenhilfe und die Straffälligenhilfe der Arbeiterwohlfahrt überarbeitet. Am 5. Dezember 2013 wurden sie von der AWO Geschäftsführerkonferenz verabschiedet und als Grundlage für das Leitbild in den Einrichtungen der AWO-Suchthilfe empfohlen. Die Leitbilder basieren auf der sozialen Verantwortung in der praktischen Arbeit mit den Menschen und deren sozialen und gesellschaftlichen Kontexten. Sie berücksichtigen dabei insbesondere das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion.



Titel der Leitlinien „Die Suchthilfe der Arbeiterwohlfahrt“.

Selbsthilfe Sucht in der AWO

Der AWO sind bundesweit ca. 250 Selbsthilfegruppen Sucht angeschlossen, in denen sich sowohl Betroffene als auch Angehörige zusammenfinden. Vonseiten des Bundesverbandes werden bundesweit Fortbildungen und Ausbildungen für die Gruppenleiter/innen der Selbsthilfegruppen Sucht angeboten. Die Planung, Konzeptionierung und Durchführung von Fortbildungsseminaren und die Beratung von Selbsthilfeinitiativen waren wie in den Vorjahren wesentliche Schwerpunkte der Arbeit. Die Planung der Seminare speist sich aus dem ermittelten Bedarf der Teilnehmenden. 2013 wurde die fünfte Kursreihe zur Ausbildung für das freiwillige Engagement in der Suchthilfe durchgeführt und erfolgreich beendet. Die theoretische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Suchtmitteln und deren Auswirkungen und Behandlung etc. eröffnet den Teilnehmenden eine weitere Perspektive für ihre Arbeit. Die Interkulturelle Öffnung der Selbsthilfe ist integraler Bestandteil der Ausbildung, in der ein interkulturelles Training durchgeführt wird.

Suchthilfe als Querschnittsthema

Die Problematik von Abhängigkeit und problematischem Konsum von Suchtmitteln ist ebenso wie die Abhängigkeit von nichtstoffgebundenen Süchten ein Thema in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen der AWO. Der AWO Bundesverband und der Deutsche Caritasverband (DCV) haben mit dem Universitätsklinikum Freiburg als Antragsteller ein mehrjähriges Projekt „Primärprävention alkoholbezogener Störungen bei älteren Migrantinnen und Migranten – Entwicklung und Evaluation eines transkulturellen Präventionskonzeptes“ durchgeführt. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Ziele des Projekts waren die Stärkung gesundheitsfördernder Verhaltensweisen von älteren Menschen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf ihren Alkoholkonsum sowie die Verhinderung bzw. Reduktion von riskantem Alkoholkonsum und Alkoholmissbrauch. Besondere Bedeutung hatte dabei die verbindliche Kooperation zwischen Suchtberatungsstellen und Migrationsdiensten an den insgesamt acht Projektstandorten. Die Themen Sucht im Alter, Behinderung und Sucht, Online-Abhängigkeit in Einrichtungen der Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Wohnungslosenhilfe wurden 2013 in den unterschiedlichen AWO-Gremien thematisiert. Inzwischen werden von der AWO Bundesakademie Fortbildungsseminare angeboten, die sich an Fachkräfte der Suchthilfe, Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Behindertenhilfe, Psychiatrie und anderer sozialer Einrichtungen arbeitsfeldübergreifend richten.

Deutsch-israelischer Fachkräfteaustausch

Interkulturelle Kompetenz ist seit jeher von großer Bedeutung für diejenigen, die in der Sozialen Arbeit tätig sind, und heute gilt dies noch mehr. Das Wissen und die Kenntnis von Geschichte, Traditionen, Werten und Eigenheiten anderer Kulturen ist ausschlaggebend dafür, für Menschen unterschiedlicher Herkunft ein Verständnis entwickeln zu können und in der Lage zu sein, sie zu unterstützen und mit ihnen zu arbeiten. Durch internationale Austauschprogramme für Fachkräfte in der Sozialen Arbeit werden Lernprozesse angeregt und entwickelt. Dies trifft in besonderem Maße auf die vom AWO Bundesverband bzw. der AWO Bundesakademie seit ca. 1989 durchgeführten Fachkräfteaustauschprogramme mit Israel zu. Die Programme finden wechselnd in Israel und in Deutschland statt. 2013 war eine Delegation von zehn Fachkräften an unterschiedlichen Orten in Israel. Die Mischung aus historischen, politischen, kulturellen, religiösen und fachlichen Inhalten ist auch aufgrund der deutschen Vergangenheit

die Besonderheit der deutsch-israelischen Austauschprogramme für Fachkräfte. Die Reise hat mehr Verständnis geweckt für die multiethnischen Gruppen in Israel und für ihre Helfer/innen. Die sozialen Probleme wie Drogenkonsum, Wohnungslosigkeit, Prostitution und von Gewalt bedrohte Frauen in vielen Facetten sind vergleichbar mit denen in unserem Land. Aber die Kolleginnen

und Kollegen in der Sozialen Arbeit in Israel sind noch in anderer Weise gefordert. Besonders der israelisch-palästinensische Konflikt prägt den Arbeitsalltag und das Miteinander der Sozialarbeiter/innen. Die deutsche Delegation war überrascht von der Offenheit und dem Interesse der israelischen Kolleginnen und Kollegen sowie von der Bereitschaft, über die Arbeit zu sprechen.

| Bereich: Alter

Beirat zur Erarbeitung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Die AWO hat sich 2013 als Vertreterin der BAGFW aktiv und intensiv in die Arbeit des Beirates zur Entwicklung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eingebracht. Dabei hat sie die Arbeitsprozesse stets kritisch begleitet, so beispielsweise die von Beginn an fehlende Klarheit bezüglich des finanziellen und politischen Rahmens. Sie hat an der Weiterentwicklung des neuen Begutachtungsinstruments wie auch an der sogenannten Road Map zur Einführung des neuen Begutachtungsverfahrens mitgewirkt. Zudem haben wir in einem arbeitsgruppenübergreifenden BAGFW-Gremium die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen gemeinsam diskutiert und in den Gesamtblick genommen. Noch im Dezember wurde von diesem BAGFW-Gremium eine Zusammenfassung des Abschlussberichtes des Beirates erarbeitet und innerhalb der Verbände versendet. Darüber hinaus stellte die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs in allen politischen Aktionen des Bündnisses für Gute Pflege, dem die AWO von Beginn an angehört, eine zentrale Kernforderung dar.

Erhalt und Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung

Im März 2013 hat die AWO nach einem intensiven Diskussions- und Arbeitsprozess ein Positionspapier zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung in Deutschland vorgelegt. Darin zeigt die AWO auf, weshalb in Zeiten des demografischen und sozialen Wandels das Berufsbild Altenpflege dringend erhalten bleiben und weiterentwickelt werden muss und die Zusammenlegung der drei heute bestehenden Pflegeberufe zu einem Berufsbild die Versorgungsqualität gefährdet. Um dieser Forderung der AWO mehr Gewicht zu verleihen, sind wir dem ebenfalls im März 2013 gegründeten Bündnis für den Erhalt der Altenpflege beigetreten.

Auch um die europäische Dimension des Themas haben wir uns intensiv gekümmert und haben

den gesamten Prozess bis zur Verabschiedung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Dezember 2013 kritisch begleitet. Diese wird für die Ausbildungsreformdebatte in Deutschland möglicherweise erhebliche Auswirkungen haben. Die nationalen und europäischen Entwicklungen, deren Auswirkungen sowie Lösungsansätze zum Thema haben wir immer wieder in den einschlägigen Fachkreisen der AWO diskutiert.



Pflege-Transparenzvereinbarung für die stationäre Pflege (PTVS) und Qualitätsprüfungs-Richtlinien (QPR)

Auch 2013 haben die Aufgaben des AWO Bundesverbands im Rahmen der Selbstverwaltung in der Pflege einen breiten Raum eingenommen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Überarbeitung der Pflege-Transparenzvereinbarung für die stationäre Pflege (PTVS) hatten bereits 2012 einige Verbände der Leistungserbringer sowie zum Jahresende auch der GKV-Spitzenverband die Schiedsstelle angerufen. Die Schiedsstelle legte darauf im Juni in mehreren Sitzungen die PTVS fest. Neben den Schiedsstellenterminals gab es Vorbereitungstreffen mit anderen Bundesverbänden der Träger von Pflegeeinrichtungen. Durch die intensive Vorbereitung und Begleitung fanden wesentliche Positionen der Leistungserbringer im Spruch der Schiedsstelle Berücksichtigung. Aufgrund der Änderungen in der PTVS war der GKV-Spitzenverband im Nachgang gezwungen, die Qualitätsprüfungs-Richtlinien (QPR) anzupassen.

Zum Entwurf der QPR war die AWO als Federführerin der BAGFW zur Stellungnahme berechtigt. Durch die gute Abstimmung mit den Bundesverbänden der privaten Träger bezüglich wesentlicher gemeinschaftlicher Änderungsanforderungen an den Entwurf der QPR konnten einige dieser zentralen Forderungen durchgesetzt werden.

Bundesmodellprojekt „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“

Parallel zum Prozess der Überarbeitungen der PTVS und QPR hat die AWO gemeinsam mit den in der BAGFW kooperierenden Verbänden die Umsetzung der Ergebnisse des Bundesmodellprojekts „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ („Wingefeld-Projekt“) vorgebracht. Der bereits 2012 entwickelte konzeptionelle Rahmen zu einer Umsetzung wurde weiterentwickelt, an vielen Stellen konkretisiert und es wurde begonnen, ergänzende Informationsmaterialien zu erstellen. Die Ergebnisse wurden 2013 beim Deutschen Pflegekongress im Rahmen des Hauptstadtkongresses Medizin und Gesundheit präsentiert. Am 16. Juni fand außerdem ein Informations- und Besichtigungstermin mit dem Bundesgesundheitsminister Bahr zur Umsetzung der Ergebnisse aus dem „Wingefeld-Projekt“ in einer Projekteinrichtung in Münster statt.

Gesetzesänderung im Rahmen des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes (PNG)

2013 griffen die Wohlfahrtsverbände die Gesetzesänderung im Rahmen des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes (PNG) auf und erarbeiteten den Entwurf einer Anlage zu den Maßstäben und Grundsätzen

für die stationäre Pflege. Auf Basis dieses Entwurfs konnten die Verbände der Träger privater Pflegeeinrichtungen für die Verhandlungsstrategie gewonnen und ein gemeinsamer Entwurf erstellt werden. Im November forderten die Verbände der BAGFW gemeinsam mit den privaten Trägern die Kostenträger zu Verhandlungen auf.

Rahmenempfehlungen zur häuslichen Krankenpflege

Im Bereich des SGB V standen 2013 die Verhandlungen zu den Rahmenempfehlungen zur häuslichen Krankenpflege auf der Agenda und konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die inhaltlichen Anforderungen der AWO fanden dabei eine angemessene Berücksichtigung.

Bündnis für Gute Pflege

Ziel des Bündnisses war es, das Thema „Pflege alter Menschen“ auf die Agenda der Bundestagswahlen 2013 zu setzen. Dazu gab es im Bundestagswahlkampf verstärkte Aktivitäten, beginnend mit einer Veranstaltung am 12. Mai zum Thema „Das verflixte 7. Jahr – Kommt nun endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?“ in der saarländischen Landesvertretung in Berlin. Vom 1. bis 21. Juli fanden bundesweite Aktionswochen statt. Drei Wochen lang wurden Kundgebungen vor den Wahlkreisbüros von Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Bundestags, Pressegespräche, Podiumsdiskussionen mit Politikerinnen und Politikern sowie am 20. Juli eine Aktion auf dem Berliner Alexanderplatz durchgeführt. Das Bündnis war mit Informationsständen bei den Parteitagen der SPD und der Linkspartei vertreten und führte mit den Vorsitzenden von SPD, Linkspartei und Bündnis 90 / Die Grünen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der CDU im Bundeskanzleramt Ge-

101 Demonstration des Bündnisses für Gute Pflege am 20. Juli 2013 auf dem Berliner Alexanderplatz (Foto: Volkssolidarität/T. Gräser).
 102 Bundesgesundheitsminister Bahr (Mitte) informiert sich in einer Projekteinrichtung in Münster über das „Wingefeld-Projekt“. Mit dabei: Klaus Wingefeld (rechts) Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied AWO (links) (Foto: DCV Münster, BAGFW).



sprache. Mit den Veranstaltungen, Aktionen und Gesprächen ist es gelungen, das Thema „Pflege alter Menschen“ in der Politik prominenter zu platzieren und zu einem der Wahlkampfthemen zu machen. Die AWO hat sämtliche Aktivitäten aktiv unterstützt und führte gemeinsam mit ver.di das Organisationsbüro des Bündnisses.

Online-Pflege- und Seniorenberatung



Die Online-Pflegeberatung der AWO.
Für Angehörige und Senioren.

Die bundesweite Online-Beratung informiert und berät seit Mai 2011 pflegende Angehörige, Pflegebedürftige, Seniorinnen und Senioren wie auch weitere Interessierte rund um das Thema Pflege und Alter(n). Die Beratung erfolgt als verschlüsselte E-Mail-Beratung auf dem Portal www.awo-pflegeberatung-online.de. Die Ratsuchenden haben insbesondere Fragen zu Leistungsansprüchen aus der Pflegeversicherung und suchen Pflegehilfen. Oft sind die Fragen komplex und beinhalten mehrere Beratungsanlässe.

2013 wurden Maßnahmen ergriffen, um die Online-Pflegeberatung innerhalb des Verbandes bekannter zu machen. Dazu gehörten Veröffentlichungen in Printmedien, Online-Marketing und die Vorstellung der Beratung in Gremien und Veranstaltungen. Auch außerhalb der AWO wurden Kooperationen in Form von Verlinkungen geschlossen oder Beiträge in Zeitschriften für pflegende Angehörige oder Senioren veröffentlicht. Im September 2013 hat sich die Online-Beratungsstelle beim REHACARE-Kongress vorgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt 2013 war es, die virtuelle Beratungsarbeit inhaltlich und qualitativ weiterzuentwickeln. Es wurden Textbausteine für häufige Fragestellungen erarbeitet und umfangreiches Material an Dokumenten und Links auf der Beratungsplattform abgelegt. Dies vereinfacht die Beratungsarbeit und sichert deren Qualität. Im Rahmen der Online-Pflegeberatung wurden vom Bundesverband vielfältige Aktivitäten für die Qualitätsentwicklung der AWO-Pflegeberatung initiiert. Die bereits bestehende Arbeitsgruppe Pflegeberatung hat Arbeitshilfen für die Pflegeberaterinnen und Pflegeberater entwickelt. Es wurden Informationsblätter zu häufigen Fragestellungen aus der Pflegeberatungspraxis und ein Beratungshandbuch für die Leistungsanspruchsberatung als Online-Version entwickelt. Eine projekterprobte Qualifizierung zur Pflege- und Seniorenberaterin/zum Pflege- und Seniorenberater wurde überarbeitet und für den Beginn im Januar 2014 vorbereitet.



Webseite der Online-Pflege- und Seniorenberatung der AWO.

Das Projekt „Online-Beratung in der AWO“ wurde 2013 weiterentwickelt. Über dieses Vorhaben wird allen Beratungsstellen der AWO ein Portal zur Präsentation bereitgestellt und die Verlinkung ermöglicht die schnelle Erreichbarkeit. Auch ist hier einfach dargestellt, wo in der AWO Beratung online angeboten wird. Erstmals fanden im Rahmen der Implementierung insgesamt sechs regionale Workshops mit dem Ziel statt, Berater/innen der teilnehmenden Einrichtungen inhaltlich für die Online-Beratung zu qualifizieren. In diesem Zusammenhang wurde die Zertifikatsreihe „Online-Beratung“ der AWO Bundesakademie evaluiert und neu konzipiert. Beratungsstellen weiterer Beratungsfelder, wie (Jugend-)Migrationsdienste, Mutter-Kind-/Vater-Kind-Kuren, Krebsberatungsstellen und Betreuungsvereine, wurden 2013 neu auf der Webseite www.awo-beratung.org ausgewiesen. Diese erhielten ebenfalls die Möglichkeit, in die Online-Beratung einzusteigen.

AWO-Antragsberatung zur Quartiersentwicklung des Deutschen Hilfswerks

Seit 2011 hat sich das Deutsche Hilfswerk (DHW) der Förderung der Quartiersentwicklung im Bereich der Altenhilfe zugewandt. Verbände und Mitglieder der AWO können sich über den AWO Bundesverband bei der Stiftung bewerben, um eine Förderung sozialer Maßnahmen zur Quartiersentwicklung in Form eines Zuschusses zu beantragen. Eine bedarfsgerechte Anpassung des sozialen Nahraums mit dem Ziel, älteren hilfe- und/oder pflegebedürftigen Menschen einen längeren Verbleib im eigenen Wohnraum zu ermöglichen, erachtet das DHW nicht allein vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und den damit verbundenen Herausforderungen Fachkräftemangel und Rückgang familialer Unterstützungspotenziale als möglichen Lösungsansatz. Die gesellschaftliche und soziale Relevanz der Quartiersentwicklung wird von der AWO ähnlich eingeschätzt. Verschiedene Arbeitszusammenhänge

und -gruppen auf unterschiedlichen Ebenen haben sich in den vergangenen Jahren mit der Bedeutung des Sozialraums und/oder des Quartiers für unterschiedliche Zielgruppen vor dem Hintergrund der eigenen Arbeit beschäftigt. Diese Aktivitäten wurden 2013 deutlich ausgeweitet. So hat der AWO Bundesverband u. a. in Kooperation mit der AWO-Tochter Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH (gos) seinen Mitgliedern, die sich im Bereich der Quartierso-

rientierung (weiter-) entwickeln wollen, mehrere Unterstützungsmöglichkeiten angeboten. Neben der aktiven Teilnahme an dem Projekt „AWO stark im Quartier“, in dem Träger bei der Planung und Umsetzung ihrer Sozialraumanalysen und Quartierskonzepte wie auch bei der Akquise von Fördermitteln des DHW unterstützt werden, bietet der Bundesverband den Trägern Unterstützungsleistungen bei der Beantragung von Fördermitteln.



Anzeigenmotiv Online-Pflege- und Seniorenberatung.



Aus dem Informationsblatt zur Tagespflege.

Bereich: Behinderung

Begleitung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

2013 setzte der AWO Bundesverband seine kritische Begleitung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK-Allianz) in Deutschland fort. Bereits 2012 legte die Arbeiterwohlfahrt dazu ein Positionspapier vor. 2013 hat der AWO Bundesverband das Positionspapier in Leichter Sprache übertragen, um noch besser mit Menschen mit Lernschwierigkeiten und anderen Nutzerinnen und Nutzern von Leichter Sprache in den Dialog treten zu können zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Der AWO Bundesverband beteiligte sich 2013 weiter an der

„Allianz zur UN-Behindertenrechtskonvention“. In dieser BRK-Allianz wirken u. a. Verbände der Behindertenselbsthilfe, Sozialverbände, Wohlfahrtsverbände, die Fachverbände der Behindertenhilfe und der Psychiatrie sowie Elternverbände und Gewerkschaften mit. Ein wichtiges Ziel der BRK-Allianz war die Erstellung eines Parallelberichts zur offiziellen Berichterstattung der Bundesregierung über die Umsetzung der UN-BRK. Der erste Staatenbericht wurde im August 2011 vom Bundeskabinett verabschiedet. Der fertige Parallelbericht der BRK-Allianz wurde Anfang 2013 vorgelegt und anschließend an den zuständigen Überwachungsausschuss der Vereinten Nationen weitergeleitet.

Der AWO Bundesverband erarbeitete gemeinsam mit den anderen fünf Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege Eckpunkte zu einem Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Seminare, Tagungen und Veranstaltungen

Im Mai 2013 fand das Seminar „Borderline-Persönlichkeitsstörung – Auswirkungen auf die elterliche Erziehungskompetenz, die Bindungsentwicklung der Kinder und die multiinstitutionellen Hilfsangebote“ statt. Unter Federführung der AWO hat die BAGFW im Mai 2013 ein parlamentarisches Frühstück zum Thema „Demokratie in Bewegung – Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft“ ausgerichtet. Dr. Peter Radtke, Mitglied des Deutschen Ethikrates, hat das einleitende Impulsreferat gehalten. Den Anwesenden gab er mit auf den Weg: „Persönlich sehe ich die UN-Behindertenrechtskonvention nicht als sofort verwirklichtbares Vorhaben. Vielmehr ist sie ein Leuchtturm, der uns die Orientierung gibt, der unser Denken und Handeln leiten sollte. Wenn wir ihn nicht als Utopie, sondern als reale Möglichkeit sehen, werden wir auch eines Tages das Ziel, das uns heute noch so ferne scheint, erreichen.“ Im September 2013 wurde die Arbeitstagung „Inklusion konkret – Konzeption inklusiver Kinder- und Jugendprojekte“ ausgerichtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Referentinnen und Referenten, alle engagiert mit unterschiedlichsten Interessen und Visionen, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen, haben sich innerhalb der zwei Tage inspirieren lassen und ihre Ideen aufs Papier gebracht. Um die Qualität der Dienstleistungen im Bereich Wohnen für Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern, fand im Dezember 2013 in Berlin ein Seminar „Wohnen im System der Eingliederungshilfe“ statt.

Schnittstelle Behinderung und Pflege

In der AWO wird bisher klar unterschieden in eine Leistungserbringung für alte und pflegebedürftige Menschen und eine Leistungserbringung für Menschen mit Behinderungen. Es gibt jedoch immer mehr behinderte Menschen, die bereits in jungen Jahren ausgeprägte Pflegebedarfe haben oder diese im Alter entwickeln. Zudem erheben alte Menschen und/oder deren Angehörige auch im Falle von Pflegebedürftigkeit immer stärker den berechtigten Anspruch darauf, weiterhin aktiv an der Gemeinschaft teilzuhaben. Diese Entwicklun-

gen hat das Präsidium des AWO Bundesverbandes aufgegriffen und beschlossen, im Verband Möglichkeiten zu diskutieren, wie Teilhabe und Pflege im Sinne von Inklusion in den Diensten und Einrichtungen verbunden und die Schnittstelle mittelfristig überwunden werden kann.

AWO-Büro Leichte Sprache



© Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.
Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

Das AWO-Büro Leichte Sprache hat mit Jahresbeginn 2013 sein Leistungsangebot auch an Behörden, Institutionen und Einrichtungen außerhalb der AWO gerichtet. Ein Ziel war die Bearbeitung von Aufträgen mit größerer Reichweite. Aufgrund der hohen Auftragsnachfrage wurden 2013 weitere Prüfer/innen für Leichte Sprache in die Arbeit eingebunden und Übersetzer/innen für Leichte Sprache gesucht, die das Team unterstützen können. Sowohl Prüfer/innen wie auch Übersetzer/innen für Leichte Sprache müssen intensiv geschult und begleitet werden, um die Qualität des AWO-Büros Leichte Sprache zu gewährleisten. Der AWO Bundesverband ist Gründungsmitglied des im August 2013 gegründeten bundesweiten Netzwerks Leichte Sprache und in dessen Vorstand vertreten. Das Ziel ist die weitere Etablierung und Verbesserung der Qualitätsstandards für Leichte Sprache. In regelmäßigen Abständen wurde über die aktuellen Entwicklungen im AWO-Büro Leichte Sprache über den AWO-Informationsservice und in Arbeitskreisen berichtet. Das Konzept Leichte Sprache wurde über Vorträge (z. B. Consozial), politische Stellungnahmen, Pressemitteilungen, Interviews, Infostände sowie Schulungen innerhalb und außerhalb der AWO weiterhin bekannt gemacht. Leichte Sprache wird zunehmend als ein wesentlicher Aspekt von Barrierefreiheit im Schriftsprachbereich wahrgenommen.

I Migration

Die Abteilung Migration hat die Aufgabe, die Integrationsprogramme des Bundes zu steuern und zu koordinieren. Der Schwerpunkt der Programme liegt in der Migrationsberatung. Dabei soll eine bedarfsorientierte und individuelle Beratung für Migrantinnen und Migranten angeboten werden, um deren individuellen Integrationsprozess zu in-

itiieren, zu begleiten und zu steuern. Die Beratung erfolgt vor, während und nach Integrationskursen. Eine weitere Aufgabe der Abteilung besteht darin, Konzepte und Umsetzungsvorschläge für die Interkulturelle Öffnung in den einzelnen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit zu entwickeln.

Expertenworkshop zu „Sinti- und Roma-Familien“ in der Sozialen Arbeit

Im Zusammenhang mit den Freizügigkeitsregelungen der EU-Länder hat die Einwanderung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in den letzten Jahren zugenommen. Die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsländer können sich ohne Reisepass und Visum im gesamten EU-Gebiet frei bewegen. Eine Minderheit der Eingewanderten aus den neuen EU-Ländern sind Roma. Diese sind häufig erst in den letzten Jahren aus den neuen Beitrittsländern (Bulgarien und Rumänien) nach Deutschland gekommen und genießen als Unionsbürger/innen in der gesamten EU Freizügigkeit (Art. 21 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Damit ist ihnen Zugang zur Regelversorgung zu gewähren. Dazu gehören Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie Gesundheitswesen. Daraus ergibt sich die Frage, wie die professionelle Soziale Arbeit Familien, die vielfach am Rande der Gesellschaft stehen, lebensweltorientiert begleiten und unterstützen kann. Der AWO Bundesverband befasst sich daher intensiv mit den EU-Bürgerinnen und -Bürgern in der Sozialen Arbeit. Das grundsätzliche Ziel dabei ist und bleibt, hilfesuchenden Menschen Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund führte der Bundesverband 2013 einen Expertenworkshop durch. Neben kritischen Stellungnahmen zum Thema und zur Diskussion, welche Zugangsbarrieren für Roma-Familien zu den Diensten der Sozialen Arbeit existieren, wurden Handlungsperspektiven der Sozialen Arbeit in ihrer politischen und gesellschaftlichen Dimension erläutert. Die Teilnehmer/innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Medien, Migrantenorganisationen und der AWO-Praxis verständigten sich über die notwendigen Schritte und Lösungswege im Rahmen der Sozialen Arbeit zur Verbesserung der Lebenssituation von Roma-Familien. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung wurden in Form einer Broschüre veröffentlicht, die eine erste Orientierung in der Thematik gibt, verbunden mit dem Ziel, die Migrationssozialarbeit mit Blick auf „neue“ Zielgruppen weiterzuentwickeln.

Resettlement und syrische Flüchtlinge – Humanitäres Aufnahmeprogramm (HAP)

Resettlement nach den Leitlinien des UNHCR ist von seinem Grundgedanken als dauerhafte Lösung („Durable Solution“) konzipiert: Die Flüchtlinge sollen daher bei ihrer Ankunft im aufnehmenden Drittstaat den Flüchtlingsstatus und ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht sowie den Zugang zu Rechten ähnlich denen eines Staatsangehörigen des entsprechenden Aufnahmestaats erhalten, mit der Option, selbst die Staatsangehörigkeit des Aufnahmestaats zu erlangen. Seit 2009 beteiligt sich Deutschland an den entsprechenden Aufnahmeprogrammen in Kooperation mit dem UNHCR. In den Jahren 2012 bis 2014 werden insgesamt 900 Resettlement-Flüchtlinge aufgenommen. Die AWO-eigenen Migrationsberatungen für erwachsene Zuwanderer (MBE), Jugendmigrationsdienste (JMD) und Flüchtlingseinrichtungen und -dienste waren Ansprechpartner vor Ort für die hier lebenden Syrerinnen und Syrer und für die aufgenommenen Flüchtlinge und Verwandten. Für die Aufnahme von Flüchtlingen sind eine klare Aufgabenverteilung und gute Absprachen der beteiligten Akteure notwendig. Die zuständigen öffentlichen Behörden und Ämter und die zivilgesellschaftlichen Akteure müssen über die Situation der ankommenden Flüchtlinge ausreichend informiert sein. Empfohlen werden vonseiten der AWO von der Kommune oder den Ländern organisierte Arbeits- oder Steuerungsgruppen zu bilden sowie Ansprechpartner/innen für die Flüchtlinge in den für sie zentralen kommunalen Behörden zu benennen. 2013 befanden sich rund 2,5 Mio. syrische Flüchtlinge außerhalb Syriens (4,5 Mio. innerhalb Syriens) auf der Flucht. Dies veranlasste die deutsche Bundesregierung in Absprache mit den Bundesländern zum Beschluss der humanitären Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen überwiegend aus dem Libanon. Das Auswahl- und Einreiseverfahren war jedoch überaus kompliziert und bürokratisch, sodass selbst Anfang 2014 erst ca. 2.000 von den 5.000 Flüchtlingen in Deutschland eingetroffen sind. Die AWO unterstützte hier lebende Familienangehörige dabei, ihre syrischen

Verwandten nach Deutschland zu holen und die bürokratischen Hürden zu überwinden. Seitens des Bundesverbandes wurde intensive Lobbyarbeit mit den betroffenen Ministerien auf Bundesebene gepflegt. Im Sommer 2013 wurde der AWO Bundesverband als sogenannter National Focal Point vom Europäischen Resettlement-Netzwerk ausgewählt und ist somit die nationale Informations- und Kontaktstelle für alle Fragen rund um die Versorgung von Resettlement-Flüchtlingen (www.resettlement.eu/page/national-network-focal-points). Das europäische Netzwerk beabsichtigt, das öffentliche Bewusstsein für die Aufnahme Schutzbedürftiger zu erhöhen. In diesem Sinne wird der National Focal Point beteiligte Akteure unterstützen und so weit als möglich mit relevanten Informationen versorgen sowie die praktische Aufnahme von Schutzbedürftigen vor allem auf Bundesebene und auf Ebene der Länder und Kommunen beobachten und begleiten.

Modellvorhaben „Kompetenzmanagement in den Migrationsdiensten der AWO“

Die Beratung von Migrantinnen und Migranten durch die Mitarbeitenden in den Migrationsfachdiensten der AWO geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus, der sich an den Kompetenzen und Ressourcen der Ratsuchenden orientiert und die erreichten Bildungsabschlüsse sowie die non-formalen und informell erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten einbezieht. Kompetenzermittlung und Kompetenzentwicklung sind eng miteinander verzahnte Prozesse. Eine gezielte Kompetenzentwicklung im Rahmen des Case Managements setzt immer auch eine systematische Kompetenzermittlung voraus. Um das Thema Kompetenzermittlung in den Migrationsfachdiensten der AWO fachlich weiterzuentwickeln, wurde zu Beginn des Jahres 2012 in Kooperation mit dem AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V., Fachdienste für Migration und Integration, mit dem Modellvorhaben „Kompetenzmanagement in den Migrationsdiensten der AWO“ begonnen. Insgesamt fanden jeweils vier Workshops (Grundlagen-Workshop, Vorstellung von Modulen und Verfahren zur Kompetenzermittlung, Methoden-Workshop, Praxis-Workshop) an den Erprobungsstandorten Bielefeld, Essen und Dortmund statt, wodurch insgesamt 100 Teilnehmende erreicht werden konnten. Zielgruppe der Workshops waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Programmen Jugendmigrationsdienste (JMD), Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und Mitarbeitende aus der sozialpädagogischen Begleitung in Sprachkursen. Ziele des Modellvorhabens sind die Vermittlung von Grundlagen und Grundannahmen von Kompetenzer-

mittlung, die Erweiterung des Methodenkoffers im Kontext von Kompetenzermittlung und -entwicklung sowie die Erarbeitung eines eigenen, den individuellen Möglichkeiten, Zielen, Strukturen vor Ort und der Zielgruppe entsprechenden Kompetenzmanagements. Die Erfahrungen, die bei der Durchführung der Workshops gemacht wurden, wurden den Trägern der Jugendmigrationsdienste und Jugendsozialarbeit auf der Fachtagung des Kooperationsverbands Jugendsozialarbeit mit dem Titel „Kompetenzmanagement – Herausforderung und Chance in der Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund“ vorgestellt. 2014 soll das Modellvorhaben mit zwei weiteren Workshops, einer Multiplikatorenschulung und der Erarbeitung eines Methodenhandbuchs abgeschlossen werden. Die oben erwähnte Fachtagung wurde unter Federführung der AWO im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung innerhalb des Kooperationsverbands Jugendsozialarbeit am 24. Oktober 2013 in Berlin durchgeführt. Die Fachtagung unterstützte die Weiterentwicklung des Themas und förderte den Erfahrungsaustausch und den Know-how-Transfer zwischen Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe und Jugendmigrationsdiensten. Nähere Informationen zur Fachtagung sind der Dokumentation zu entnehmen, die Ende 2013 veröffentlicht wurde.

ESF-Projekt „FaDA – Fachsprache Deutsch in der Altenpflege“. Erste Schritte der Implementierung

Bis Ende 2013 wurden die Qualifizierungsmaßnahmen des seit Mai 2011 laufenden ESF-Projektes „Fachsprache Deutsch in der Altenpflege“ an acht Standorten umgesetzt und es wurden erste Schritte der Implementierung unternommen. In dem Zeitraum 2012–2013 nahmen insgesamt 80 Teilnehmer/innen in 11 Lerngruppen an den Standorten Bielefeld, Düsseldorf, Karlsruhe, Kirchlingern, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart und Suhl an 24 stationären Pflegeeinrichtungen der AWO teil. Neben der Präsenzsulung von 80 Stunden bietet FaDA zusätzlich eine 20-stündige Onlinephase auf einer Lern- und Kommunikationsplattform der AWO an. Das Besondere der Schulung ist, dass die Teilnehmenden Module und Themen auswählen und aktuelle Themen, Fallbeispiele und Dokumente aus dem Arbeitsalltag in den Unterricht einbringen, wie z. B. das Thema „Gespräche mit Angehörigen führen“ oder „Sturzprophylaxe und Sturzdokumentation“. Die Erweiterung von Wortschatz, Grammatik, Satzbau sowie Kommunikation und Gesprächsführung usw. wird gleichzeitig geübt. So kann das Gelernte direkt wieder in der Praxis umgesetzt und ausprobiert werden. Die Lernmotivation wird gesteigert. Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden sind

Pflegehilfskräfte (mit und ohne eine einjährige Helferausbildung). Diese Teilnehmer/innen verfügen zum Teil über akademische Berufsabschlüsse in anderen Berufen (z. B. Ingenieur, Erzieherin, Ärztin, Bibliothekar usw.) und über Kompetenzen und Potenziale, die aufgrund von unzureichenden Deutschkenntnissen nicht anerkannt wurden. Durch FaDA wird die Befähigung und Motivation für eine Fort- oder Ausbildung gestärkt. So äußerten 50 % der teilnehmenden Pflegekräfte konkrete Pläne für eine berufliche Weiterentwicklung oder Weiterbildung, z. B. als Wohnbereichsleitung oder Ausbildung als Pflegehelfer/in oder Pflegefachkraft. Ziel der AWO ist es, FaDA als Weiterbildungsangebot in der Altenpflege z. B. über die Altenpflegeschulen nachhaltig zu implementieren. Hierzu wurden 2013 zwei Transfer-Workshops mit interessierten Bildungseinrichtungen, Akademien, Trägern der berufsbezogenen Deutschkurse und Altenpflegeschulen der AWO sowie Dozentinnen und Dozenten für Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache durchgeführt. Die Ergebnisse des Projektes FaDA werden ausgewertet und in einem Handbuch dokumentiert, das 2014 veröffentlicht werden soll. Weitere Informationen unter fada.awo.org.

Das Projekt „FaDA – Fachsprache Deutsch in der Altenpflege“ wird im Rahmen des Programms „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



Handlungsempfehlungen der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und der Jugendmigrationsdienste (JMD) für die gemeinsame Arbeit in der Familie

Angestoßen durch einen Workshop Ende 2011 mit dem Titel „Beratung in der Familie aus einer Hand – Optimierung der Zusammenarbeit von JMD und MBE“ war die Zusammenarbeit der beiden großen Beratungsprogramme im Bereich Migration ein Schwerpunktthema 2012/13. Zu dem Workshop hatten die für die Programme zuständigen Ministerien Bundesministerium des Inneren (BMI) und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geladen. Als Ergebnis der Veranstaltung wurden im

Jahr 2012 Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Kooperation der Beratungsdienste MBE und JMD durch die beteiligten Verbände und Trägergruppen sowie die Ministerien erstellt. In einer anschließenden Konsultationsphase wurden die Handlungsempfehlungen von Oktober 2012 bis März 2013 an einigen Standorten auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft. Für die AWO waren die Standorte Jena und Bad Kreuznach an der Erprobung beteiligt. In Jena sind die Beratungsdienste MBE und JMD in AWO-Trägerschaft und unter einem Dach angesiedelt. Die dienstübergreifende Zusammenarbeit ist daher fester Bestandteil des Arbeitsalltags an diesem Standort und die Handlungsempfehlungen konnten durch die Praxiserfahrungen der Berater/innen ergänzt werden. Am Standort Bad Kreuznach ist nur die MBE in Trägerschaft der AWO tätig. Die Kooperation mit dem Jugendmigrationsdienst am Standort ist hier noch in der Anfangsphase, und so wurden die Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele als hilfreich für den Ausbau der Zusammenarbeit bewertet. Nach dem Abschluss der Konsultationsphase wurden die Handlungsempfehlungen in einem Abschlussworkshop mit allen Beteiligten im Juni 2013 zur Veröffentlichung freigegeben.

Ergebnisse verschiedener Evaluationen der Migrationssozialarbeit

Im Jahr 2013 wurden die Endberichte von zwei Evaluationsvorhaben vorgelegt, die sich mit der Umsetzung der Bundesprogramme Jugendmigrationsdienste (JMD) und Migrationsberatung für erwachsene Migranten (MBE) beschäftigen.

DJI-Evaluation des KJP bzw. des Programms Jugendmigrationsdienste

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die 16. Legislaturperiode wurde festgelegt, den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) einer Prüfung zu unterziehen. Ziel sollte es sein, das wichtigste Förderinstrument auf Bundesebene im Bereich Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich seiner Wirkungen und Nachhaltigkeit zu evaluieren. Einher ging diese Vorgabe mit einem fachpolitischen Interesse des BMFSFJ. Seit Herbst 2008 werden schrittweise die 18 Förderprogramme des KJP durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) evaluiert; von 2010 bis 2013 wurde die Evaluation des Programms „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Jugendmigrationsdienste“ durchgeführt. Die Evaluation untersuchte die Leistungen des Förderprogramms jeweils für die Koordinierungsebene bzw. die Zentralstellen bei den Wohlfahrtsverbänden und für die Jugendmigrationsdienste unter drei unterschiedlichen Perspektiven:

- die Strukturen der Zentralstellen und der Jugendmigrationsdienste,
- zentrale Leistungsformate und
- Aufgaben und Funktionen, die diese Strukturen und Leistungsformate erfüllen.

Darüber hinaus wurde die Wirkung der Arbeit der Zentralstellen und der Jugendmigrationsdienste in den Kommunen untersucht. Hierzu wurden sogenannte Resonanzorte befragt. Die Evaluation kommt zu dem Ergebnis, dass die KJP-geförderten Infrastrukturen originäre Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe für die Zielgruppe junge Migrantinnen und Migranten durch Case Management, Beratung, Gruppenangebote und Netzwerkarbeit erbringen. Die Arbeit der Jugendmigrationsdienste vor Ort – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen kommunalen Herausforderungen – wird erfolgreich umgesetzt und die Begleitung durch die Zentralstellen hat sich bewährt.

Evaluationsprojekt „Integrationsvereinbarungen erproben“

Am 23. April 2013 fand in Berlin die Abschlussveranstaltung des von der damaligen Integrationsbeauftragten Maria Böhmer in Auftrag gegebenen Evaluationsprojekts „Integration verbindlicher machen, Integrationsvereinbarungen erproben“ statt. An bundesweit 18 Modellstandorten und unter Beteiligung von 16 AWO-Migrationsfachdiensten wurde während der zweijährigen Laufzeit des Projektes der Einsatz von individuellen Integrationsvereinbarungen im Beratungsprozess evaluiert. Ein weiterer Fokus der Untersuchung waren die lokalen Kooperations- und Netzwerkstrukturen im Rahmen des Case Managements. Im Abschlussbericht zum Projekt wird festgehalten,

dass zum einen der Kenntnisstand der Migrationsberater/innen zum Case Management sehr hoch ist und offiziellen Fachstandards entspricht. So gilt für die überwiegende Mehrheit der untersuchten Beratungsdienste, dass eine systematische individuelle Förderplanung sowie die Formulierung differenzierter Ziele gemeinsam mit den Ratsuchenden zum Standard im Case Management gehören. Während die individuelle Arbeit zwischen Ratsuchenden und Berater/in also insgesamt sehr gut funktioniert (was sich auch in der hohen Zufriedenheitsrate der Ratsuchenden von 97 % spiegelt), hat sich der zweite Untersuchungsspekt „Kooperationen und Netzwerkarbeit“ als entscheidender Ansatzpunkt für die Verbesserung der Unterstützungsleistung für Migrantinnen und Migranten herausgestellt: Es ist die Qualität der Kooperations- und Netzwerkbeziehungen auf der kommunalen Ebene, die sich als förderlich oder hinderlich für die Umsetzung eines verbindlichen und erfolgreichen Case Managements erweist. Für eine effektive Zusammenarbeit im Netzwerk ist es ausschlaggebend, dass die Migrationsfachdienste als Partner „auf Augenhöhe“ wahrgenommen und anerkannt werden. Durch die gemeinsame Teilnahme am Evaluationsprojekt und die damit verbundene Aufmerksamkeit haben Netzwerkarbeit und Kooperationen an vielen beteiligten Standorten wichtige Impulse erhalten. Es ist daher sinnvoll und entspricht dem Wunsch vieler Beteiligter, diese positiven Entwicklungen auch nach Abschluss des Vorhabens weiterzuentwickeln, auszubauen und an andere Standorte zu transferieren. Die Stärkung und Professionalisierung lokaler Netzwerk- und Kooperationsarbeit muss eine Aufgabe für die Weiterentwicklung der Migrationsfachdienste sein.

Teilnehmer/innen der FaDA-Schulung aus Nürnberg bei der Zertifikatsübergabe am 15. März 2013 mit Wolfgang Barth (Mitte hinten) und Dragica Baric-Büdel (rechts) vom AWO Bundesverband und Claudia Cech, FaDA-Projekt Koordinatorin Region Süd (links) (Foto: FaDA).



Kommission gegen Rechtsextremismus

Die Kommission gegen Rechtsextremismus, in der das Präsidium, der Bundesvorstand sowie Akteurinnen und Akteure aus dem Verband regelmäßig zum Austausch zusammenkommen, hat die Aufgabe, sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen zum Thema Rechtsextremismus und dessen Auswirkungen und Konsequenzen für die Arbeiterwohlfahrt als Verband und als Arbeitgeberin auseinanderzusetzen und Ideen und Vorschläge zu entwickeln, die im Kampf gegen Rechtsextremismus eingesetzt werden können. Im Jahr 2013 war die Aufarbeitung der rassistisch motivierten

Straftaten der Rechtsterroristen (sogenannter NSU) und die daraus folgenden Konsequenzen für die AWO ein bestimmendes Thema. Ferner hat sich die Kommission aufgrund der öffentlich geführten Debatten mit der EU-Binnenmigration und der populistisch zugespitzten Debatte, die im Begriff „EU-Armutszuwanderung“ sichtbar wird, beschäftigt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Kommission bestand darin, im Verbund mit Partnerorganisationen eine Langzeitstrategie zu entwickeln, um wirksam nach außen gegen Rechtsextremismus Position zu beziehen und nach innen die Sensibilität für Alltagsrassismus zu erhöhen.



**GEGEN
RASSISMUS!**

AWO Bundesakademie



Die AWO Bundesakademie plant, organisiert und führt bundesweite Qualifizierungsmaßnahmen für haupt- und

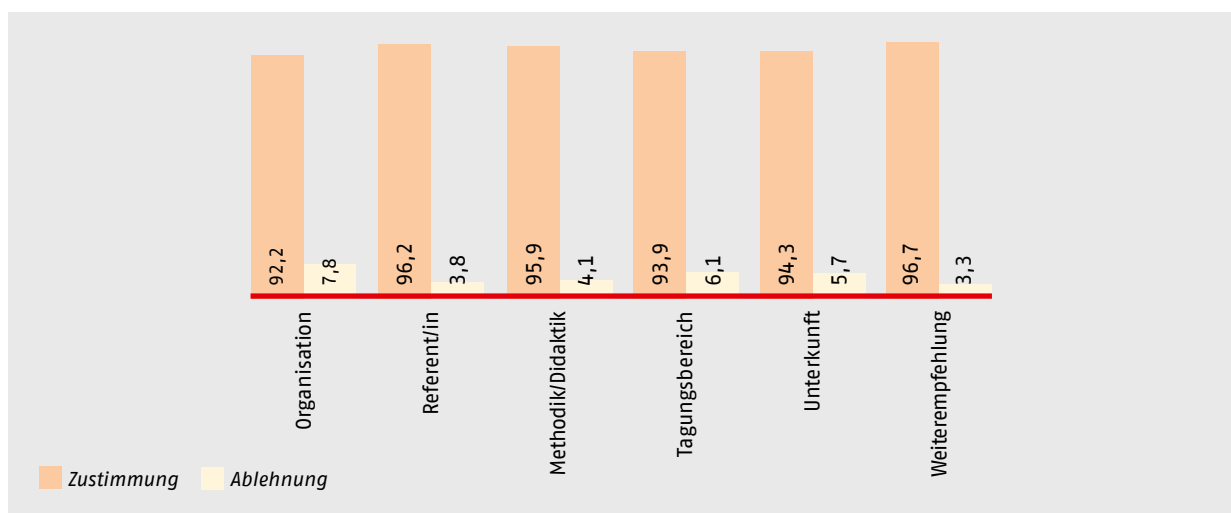
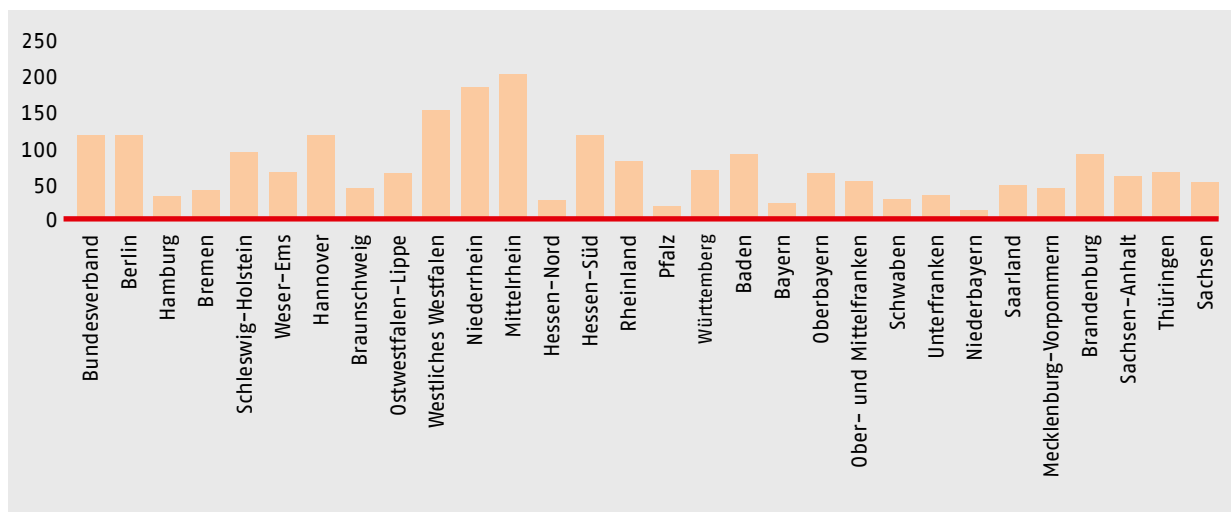
ehrenamtliche Mitarbeiter/innen der AWO durch. Die Fort- und Weiterbildungen richten sich insbesondere an Fach- und Führungskräfte unseres Verbandes und sind zum Großteil auch offen für Teilnehmer/innen aus anderen sozialwirtschaftlichen Organisationen.

Überblick über das Fortbildungsgeschehen 2013 in Zahlen

Das Fortbildungsjahr 2013 war ein erfolgreiches Jahr für die Akademie. Die Nachfrage nach den Angeboten war hoch, teilweise wurden Veranstaltungen aufgrund des vermehrten Interesses wiederholt angeboten. Dies führte erfreulicherweise auch zu einer deutlichen Verminderung der Ausfallquote. Insgesamt hat die Bundesakademie im Berichtsjahr 195 Veranstaltungen durchgeführt, inklusive 16 Arbeitstagungen und einer Fachtagung. Damit erreichte sie eine Steigerung von 38,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Es nahmen 2.903 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an un-

seren Veranstaltungen teil, wovon rund 830 Teilnehmende mehrere Seminare im Laufe des Jahres belegten, z. B. in Form von Zertifikatskursen oder Reihen. Dies entspricht einer Steigerung von über zwanzig Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die durchschnittliche Gruppengröße liegt bei 15 Teilnehmenden pro Seminar.

Die AWO Bundesakademie evaluiert ihre Veranstaltungen regelmäßig und bezieht die Rückmeldungen kontinuierlich in die Verbesserung ihrer Prozesse ein. Nachfolgende Grafik fasst die Bewertungen aller durchgeführten Seminare 2013 zusammen:



Highlights aus dem Bereich Qualitätsmanagement (QM)

2013 gab es wieder eine große Nachfrage für alle Angebote im Bereich Qualitätsmanagement. Mit insgesamt 233 Teilnehmenden fanden fünf Ausbildungslehrgänge, vier Update-Veranstaltungen und sechs Auftragsmaßnahmen statt. Insgesamt wurden 67 Qualitätsmanagementbeauftragte ausgebildet.

Managementkompetenz für Führungskräfte – Weiterbildung zur Sozialwirtin/zum Sozialwirt

Die Zertifikatsreihe erfreut sich auch weiterhin eines großen Zuspruchs mit durchschnittlich 20–25 Teilnehmenden. Seit 2013 findet die Weiterbildung in Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule Berlin und mit kontinuierlicher wissenschaftlicher Begleitung statt und ist erstmalig mit dem Erwerb europäischer Creditpoints ausgestattet.

Personalmanagement/Personalführung

Als absolutes Highlight hat sich die neu konzipierte Weiterbildung „Die Kunst des Führens – Erfolgreiche Personalführung in sozialen Organisationen“ mit drei Modulen gezeigt. Aufgrund des sehr großen Interesses wurde die Fortbildungsreihe 2013 insgesamt viermal durchgeführt. Die seit Jahren stark nachgefragten Praxisseminare „Von der Fach- zur Führungskraft“ und „Führungskraft als Coach“ waren von angehenden oder erfahrenen Führungskräften wieder schnell ausgebucht. Insgesamt haben sich 95 Teilnehmende zum Thema Führungskompetenz weitergebildet. Dies ist in Bezug auf das allgegenwärtige Verbandsthema „Personalbindung“ umso erfreulicher, da gut ausgebildete Führungskräfte und eine wertschätzende Führungskultur wesentliche Faktoren zur langfristigen Personalbindung darstellen. In diesem Kontext spielt auch die Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren in unserem Verband eine zunehmend wichtige Rolle. So ist es besonders erfreulich, dass im September bereits die zweite Zertifikatsreihe „Führen mit Mediationskompetenz – Ausbildung zur Mediatorin/zum Mediator“ für alle Teilnehmenden mit Erfolg endete.

Qualifizierungen im Arbeitsfeld Kita

Die Nachfrage nach Zertifikatsreihen ist in diesem fachspezifischen Bereich ungebrochen. Dreimal startete 2013 die Qualifizierung „Fachkraft für Frühpädagogik U3“ mit insgesamt 50 pädagogischen Fachkräften. Die Weiterbildung „Multiplikator/in für Partizipation – Kinderstube der Demokratie“ setzte mit Praxisprojekten einen neuen fachlichen Schwerpunkt in das Arbeitsfeld der frühkindlichen Pädagogik. Die angebotenen Kitamanagement-Qualifizierung diente vielen AWO-

Trägern als Instrument der Personalentwicklung und wurde 2013 sowohl bundeszentral als auch als Inhouse-Schulung durchgeführt.

Aktivitäten im Bereich Fachkräftesicherung

Der Buko-Beschluss „Dem Fachkräftemangel entgegenwirken“ sieht vor, dass der Bundesverband die zentralen Handlungsfelder der Personalbindung und -entwicklung innerhalb der AWO erfasst und in einem Wissens- und Erfahrungstransfer verbreitet und weiterentwickelt. Die federführende Zuständigkeit dafür ist in der Geschäftsstelle bei der Bundesakademie angesiedelt. Die Schwerpunkte waren 2013 die Erarbeitung des Positionspapiers „Anwerbung von ausländischen Fachkräften in der Pflege“ und die Beobachtung des Programms des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie „Vietnamesische Arbeitskräfte als Auszubildende in der Pflege“. Das Positionspapier, das in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Geschäftsführerkonferenz (Geko) und der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet und im Juli 2013 von der Geko verabschiedet wurde, beschreibt die Forderungen der AWO an die Anwerbung von ausländischen Fachkräften oder Auszubildenden für die Pflege. Zentral ist dabei, dass die Anwerbung nicht zu Qualitätseinbußen oder Lohndumping innerhalb der Pflege führen darf. Ebenso sollte diese zu keinem Mangel an Fachkräften in den Herkunftsländern führen und faire und verlässliche Bedingungen für die Arbeitskräfte umfassen. Anwerbung kann nur als kleiner Beitrag zur Fachkräftesicherung angesehen werden. Darüber hinaus beteiligt sich die Akademie an der BAGFW-Arbeitsgruppe „Fachkräftesicherung/Soziale Berufe“, die ein gemeinsames Positionspapier der BAGFW zum Fachkräftemangel in den sozialen Arbeitsfeldern erarbeiten wird. Weitere Aktivitäten auf dem Gebiet der Fachkräftesicherung finden im Rahmen des Projektes „Lernnetzwerk Personalbindungskonzepte in der stationären Altenpflege“ statt.

Lernnetzwerk „Personalbindungskonzepte in der stationären Altenpflege“

Das ESF-geförderte Verbundprojekt hatte 2013 als Schwerpunkte, den Start der Qualifizierungsreihe „Aktiv gegen den Fachkräftemangel – Personalbindung in der stationären Altenpflege“ und die Vernetzung und den Austausch von Personalbindungsaktivitäten in der AWO zu realisieren. Auf Initiative des Verbundprojektes treffen sich Projektleitungen der AWO-Projekte aus den ESF-Programmlinien „rückenwind“, „gleichstellen“ und „weiter bilden“ zum Erfahrungsaustausch und zum Aufbau von Kooperationen. Ein weiteres Anliegen der Vernetzung ist die Sichtbarkeit dieser Projekt-

ergebnisse. Deshalb wurde im November 2013 die Fachtagung „So wertvoll wie nie zuvor – Personalbindung in der AWO“ veranstaltet, an der rund 80 Interessierte teilnahmen. Neben Fachvorträgen und Workshops zu den Themen Betriebliches Gesundheitsmanagement, Führung, Nachwuchsförderung und Lebenszyklische Personalentwicklung bildete eine Projektbörse, auf der diese Projektergebnisse der AWO-Fachöffentlichkeit präsentiert wurden, den Schwerpunkt der Veranstaltung. Die Datenbank zu Projekten, Instrumenten und Studien im Bereich Personalbindung, -entwicklung und -gewinnung ist das Kernstück der Homepage des Projektes. Das Projekt stellt damit dem Verband über die Projektlaufzeit hinaus eine Wissensplattform zur Verfügung, die den Austausch und die Nutzbarmachung der verschiedenen Konzepte und Strategien der Fachkräftesicherung innerhalb der AWO fördern soll.

Weiterbildung und Deutscher Qualifizierungsrahmen (DQR)

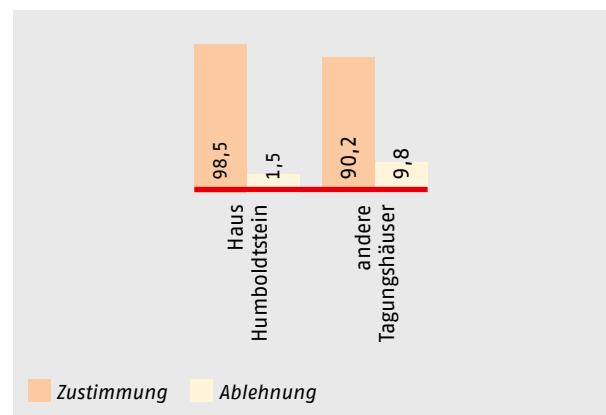
Der DQR stellt, analog zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR), ein Referenzsystem dar, das sich an bestehenden Bildungsergebnissen orientiert. Ziel ist es, die Anschlussfähigkeit an Abschlüsse und zwischen Bildungsbereichen sicherzustellen, wofür (zertifizierbare) Instrumente zur Erfassung und Bewertung von Kompetenzen entwickelt und Kompetenzstandards den DQR-Stufen zugeordnet werden müssen. Weiterbildung ist in diesem Kontext dem nicht-formalen Lernen (NFL) zugeordnet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 2013 dazu einen Arbeitskreis einberufen. Die AWO Bundesakademie ist Mitglied in dieser Expertenarbeitsgruppe, die sich mit der Zuordnung von Ergebnissen nicht-formalen Lernens zum DQR befasst. Sie beteiligt sich aktiv bei der Erarbeitung von Empfehlungen, die 2014 fertiggestellt werden und als Grundlage zur weiteren Beratung im Bildungsministerium dienen.

Werkstattgespräche

2013 wurden die regelmäßigen Arbeitstreffen der AWO Bundesakademie mit den regionalen Bildungsträgern weitergeführt und verstetigt. Im Vordergrund stand dabei die Bearbeitung von relevanten Themen im Bildungsbereich, wie Fragen des Bildungs- und Qualitätsmanagements, Beobachtung von Transfer und Wirksamkeit der Bildungsangebote und Einsatz von E-Learning.

Haus Humboldtstein

Das AWO-Tagungszentrum Haus Humboldtstein mit Sitz in Remagen-Rolandseck ist ein traditionsreicher Ort für die Weiterbildung in der AWO. Das Tagungshaus bietet eine freundliche und anregende Atmosphäre für Kontakte und Vernetzungen und fördert so den kollegialen Austausch. Der AWO Bundesverband setzt sich dafür ein, dass der Standard in der Bildungsstätte kontinuierlich erhöht wird. 2013 wurde der Flur des Tagungshauses mit Textelementen neu gestaltet. Auszüge aus historischen Quellen und aus dem Leitbild der AWO geben den Besucherinnen und Besuchern verbandsgeschichtliche Anregungen und dienen zur Identifizierung mit der AWO. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten das Tagungshaus im Vergleich zu anderen Orten deutlich positiv.



Impressionen des AWO-Tagungszentrums Haus Humboldtstein in Remagen-Rolandseck.



AWO-QM, Geschäftsstellen-QM



Die Stabsstelle AWO-QM ist verantwortlich für das verbandliche Qualitätsmanagement-Konzept der AWO und die Abstimmung im Verband. Darunter fallen die Erarbeitung der konzeptionellen

Grundlagen, die (Weiter-)Entwicklung der AWO-Normen, die AWO-QM-Zertifizierung, das Wissensmanagement, der AWO-Ethikrat und der Schutz der Verbandswerte. Auch der Bereich Nachhaltigkeit ist der Stabsstelle zugeordnet.

Weiterentwicklung des AWO-QM-Konzeptes

Im Rahmen der dreijährigen Revisionszeiträume wurden 2013 die verbindlichen AWO-Qualitätskriterien (AWO-Normen)

- Jugendsozialarbeit
- Dienstleistungen in den Einrichtungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung
- Dienstleistungen der Bildung, Erziehung und Betreuung in Ganztagschulen
- Fachdienste für Migration

weiterentwickelt.

Das Kuratorium der Elly Heuss-Knapp-Stiftung, Deutsches Müttergenesungswerk hat 2011 die Entwicklung eines eigenen Qualitätssiegels beschlossen. Im vergangenen Jahr ist es gelungen, im Rahmen der Mitwirkung an der Entwicklung des Gütesiegel-Konzeptes die integrierte Prüfsystematik des AWO-QM durchzusetzen. Im Rahmen eines AWO-QM-Förderaudits wurden die MGW-Kriterien erprobt.

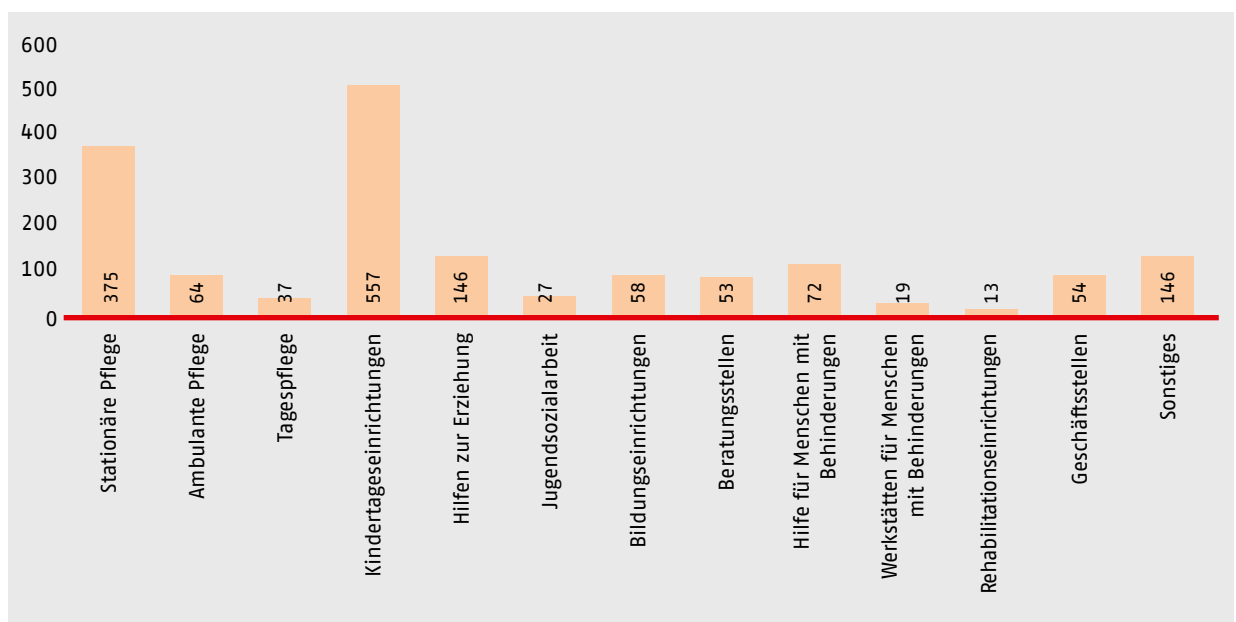
Eine Verknüpfung mit dem AWO-QM-Zertifizierungsverfahren hat sich im Rahmen des vorgeschlagenen zeitlichen Mehraufwandes als umsetzbar erwiesen.

QM-Entwicklung im Verband

Auch 2013 hatte das „Konzept zur Übergangsgestaltung der Zertifizierungsverpflichtung im Rahmen der Magdeburger Beschlüsse“ und dessen Umsetzung eine hohe Priorität. Das Konzept konkretisiert den zeitlichen Rahmen für die Umsetzung der Zertifizierungsverpflichtung ausgegliederter AWO-Unternehmen entsprechend den Verbandsbeschlüssen von 2007. Auf Basis der zusammengeführten Daten sind nunmehr 316 ausgegliederte AWO-Unternehmen erfasst worden, für die eine Zertifizierungsverpflichtung besteht. Hinsichtlich der Erfüllung dieser Verpflichtung zeichnet sich somit folgendes Bild:

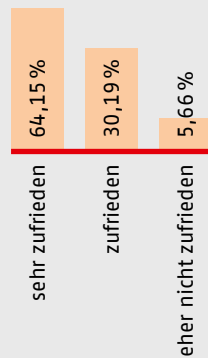
	Zertifizierung erfolgt	Projektplan liegt vor	noch offen	Gesamt
LV/Be	38,5 %	33,0 %	18,5 %	100 %
KV	11,6 %	50,0 %	38,4 %	100 %

Die Gesamtzertifizierungsquote bei den ausgegliederten AWO-Unternehmen liegt zum Jahresende 2013 bei 29,5 %. Insgesamt sind in allen Verbandsgliederungen und Unternehmen 1.621 Einrichtungen und Dienste AWO-QM-zertifiziert. Die Schwerpunkte bilden dabei weiterhin die Arbeitsfelder Pflege und Kindertageseinrichtungen.



Zur Unterstützung der QM-Entwicklungen wurde für Mitglieder des AK AWO-QM innerhalb des AWO-Onlineservices ein Good-Practice-Pool eingerichtet. Die ca. 850 hinterlegten QM-Dokumente, die von verschiedenen AWO-Gliederungen zur Verfügung gestellt wurden, bieten Anregung und Hilfestellung für die Erarbeitung oder Weiterentwicklung eigenständiger, auf eine spezifische und individuelle Praxissituation ausgerichteter Lösungen. Für ein AWO-QM-Prüfkonzept auf EFQM-Basis wurden die wesentlichen Eckpunkte erarbeitet. Insgesamt kann eine ausgesprochen hohe Zufriedenheit mit den Leistungen und Kompetenzen der AWO-Auditorinnen und -Auditoren festgestellt werden. Auch die Zufriedenheit zur Zusammenarbeit mit den Zertifizierungsunternehmen ist sehr hoch.

Rückmeldungen der AWO-Auditor/innen über die Zusammenarbeit mit dem Zertifizierungsunternehmen



Nachhaltigkeit in der AWO

Für ökologisch verantwortungsvolles Handeln in den Verbänden und Unternehmen der AWO wurden die konzeptionellen Grundlagen in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Nachhaltigkeit erarbeitet. Die Bausteine dazu wurden bereits mit konkreten Aktivitäten gefüllt, u. a. mit der Aufbereitung und Kommunikation bestehender Good Practices (z. B. Ökoprofit), Vorträgen und Besuchen bei den Gliederungen vor Ort sowie durch Fortbildungsangebote der Bundesakademie. Über den AWO-Informationsservice wurden Arbeitsmaterialien und Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt (z. B. Checkliste nachhaltiger Bau von Wohn- und Pflege-

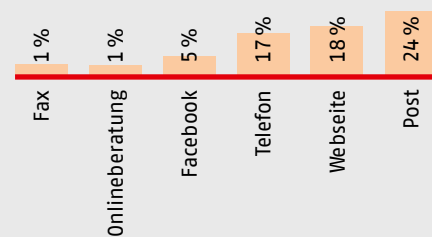
heimen). Über eine intensive Vernetzung mit den Umweltverbänden konnten die Lobbyarbeit an der Schnittstelle von umwelt- und sozialpolitischen Themen ausgebaut und entsprechende Stellungnahmen abgegeben werden (z. B. Charta zur sozial gerechten Energiewende). In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Naturschutzring wurde durch einen Workshop auch auf Ebene der Jugendorganisationen eine Zusammenarbeit angeregt.



Das Umweltschutzkonzept der Bundesgeschäftsstelle wurde 2013 in Kraft gesetzt. Es erfolgt nun eine systematische Erfassung und Bewertung relevanter Umweltdaten und die Einbindung des Umweltmanagements in das interne Qualitätsmanagement.

Verbandliches Beschwerdemanagement

Im Rahmen der Bearbeitung von Beschwerden über Einrichtungen und Dienste der AWO, die an den Bundesverband gerichtet sind, wurde die Systematisierung der Bearbeitung von Beschwerden weiter fortgesetzt. Zunehmend werden Beschwerden über Facebook kommuniziert, die häufigste Form stellen jedoch nach wie vor Mails und Postsendungen dar.



Kommunikationswege bei verbandlichen Beschwerden.

| Arbeit, Soziales, Europa

Integration in den Arbeitsmarkt, Fördermöglichkeiten für besonders benachteiligte Personengruppen, Ausgestaltung von Angeboten einer sinnvollen öffentlich geförderten Beschäftigung und Jugendberufshilfe sind ebenso Schwerpunkt-

themen der Abteilung wie die Organisation und Durchführung von Jugendaustauschen, das Anstoßen gesellschaftlicher Debatten rund um das Problem der steigenden Armut und die Schwächen der nationalen und europäischen Sicherungssysteme.

| Bereich: Arbeit

Impulse für die Arbeitsförderung

Die in den letzten Jahren vorgenommenen massiven Kürzungen der Eingliederungsmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik haben zu Schrumpfungprozessen in den Angebotsstrukturen geführt. Durch vielfältige Bemühungen und zahlreiche Beratungsangebote ist es jedoch gelungen, diese Tendenz zumindest vorerst zu stoppen. Hier hat der AWO Bundesverband durch seine Gremien wie den Arbeitskreis Arbeitsmarkt der Geschäftsführerkonferenz immer wieder für Austausch und Informationen gesorgt. Hier wurden durch einen engeren Austausch mit dem Unterarbeitskreis Werkstätten für behinderte Menschen neue Impulse gesetzt. Die Probleme, die sich aus dem 2012 eingeführten neuen Zertifizierungssystem AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) ergaben, wurden über die zuständige BAGFW-Vertreterin im neu eingerichteten AZAV-Beirat zielgerichtet artikuliert. Am 28. Januar informierten sich rund 30 Vertreterinnen und Vertreter von AWO-Einrichtungen in einer vom AWO Bundesverband organisierten Informationsveranstaltung über das pädagogische Konzept sowie die Förderbedingungen, die sich aus dem neuen Fachkonzept der Bundesagentur für Arbeit für Produktionsschulen ergaben. Es ging hier um ein sehr konkretes Angebot für junge Menschen mit komplexen Förderbedarfen. Produktionsschulen schaffen für diese Jugendlichen ein individuelles, praxisorientiertes, pädagogisches Lern- und Arbeitsangebot. Dieses Konzept wurde mit hoher fachlicher Kompetenz von verschiedenen Seiten beleuchtet. Auf dem vom AWO Bundesverband organisierten Seminar „Trends in der Arbeitsmarktpolitik“, das am 19. und 20. September im Haus Humboldtstein in Rolandseck stattfand, wurde die Situation der Träger breit mit Expertinnen und Experten diskutiert. Organisationsberater Lutz Wende lieferte den Teilnehmenden Impulse zu den neuen Übergangssystemen im Bereich der Förderung Jugendlicher beim Übergang von der Schule in den Beruf. Trotz der zum Teil krisenhaften Situation, in der sich die Trägerlandschaft befindet, ist eine

breite Diskussion entstanden, wie gerade für die Haushalte, die lange ALG II beziehen, soziale Teilhabe möglich ist. Evelyn Sthamer vom Frankfurter Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) hat dazu einen fachlichen Beitrag geleistet, den sie im Rahmen des AWO-ISS-Kooperationsprojekts „Soziale Inklusion“ entwickelt hat. Dieser Ansatz bzw. diese Problematik wurde bereits auf der Sozialkonferenz am 28. Juni in Dortmund im Rahmen eines Fachforums aufgegriffen. Der AWO Bundesverband hat 2013 erneut zur Weiterentwicklung der Jugendberufshilfe beigetragen und gemeinsam mit den Verbänden des Kooperationsverbands Jugendsozialarbeit zahlreiche Prozesse in Gang gesetzt. Auch im Jahr 2013 spielte das Thema (nichtmonetäre) Personalbindung in der Jugendberufshilfe im Rahmen eines Jour Fixe Übergang Schule-Beruf eine wichtige Rolle. Weitere Ergebnisse sind ein Fachartikel zur Interkulturellen Öffnung der Jugendberufshilfe, der 2014 erschienen ist, sowie eine Überarbeitung der geltenden AWO-Normen, die für die Jugendsozialarbeit gelten.

Sozialer Arbeitsmarkt

Gemeinsam mit den Partnerverbänden der BAGFW und weiteren Fachverbänden hat sich der AWO Bundesverband 2013 massiv dafür eingesetzt, wieder Perspektiven für Benachteiligte zu schaffen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang seine maßgebliche Beteiligung an der Entwicklung einer Broschüre, die das Konzept eines Sozialen Arbeitsmarktes umsetzungsnah erläutert. Auch das Thema inklusiver Arbeitsmarkt spielte bei der AWO im Jahr 2013 eine wichtige Rolle. So nahm eine erfolgreiche Kooperation mit dem Bereich Behindertenpolitik auf BAGFW-Ebene ihren Anfang. Gemeinsame Schreiben an die Bundesagentur für Arbeit, ein Gespräch in der Zentrale in Nürnberg sowie weitgehende Planungen für eine gemeinsame Positionierung zum inklusiven Arbeitsmarkt konnten auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus war der AWO Bundesverband beratend in einem Gremium der Aktion Mensch aktiv, das den Aufbau von Integrationsunternehmen für Menschen mit und ohne

Behinderung unterstützt. Am 16. April wurde die BAGFW vom Ausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags als sachverständiger Verband zu einer Anhörung zum Sozialen Arbeitsmarkt eingeladen. Als derzeit federführender Verband hat der AWO Bundesverband die BAGFW in dieser Anhörung vertreten und sich dort noch einmal für die Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarkts eingesetzt. Gemeinsam mit den anderen Verbänden hat die AWO deutlich hervorgehoben, dass insbesondere in der Umsetzung des sogenannten Aktiv-Passiv-Transfers große Chancen liegen. Dabei werden Finanzmittel, die derzeit in der Grundsicherung ohnehin für den Lebensunterhalt von Langzeitarbeitslosen bereitgestellt werden, eingesetzt, um Beschäftigung zu finanzieren.

Teilhabe und Betreuung im SGB II

Der AWO Bundesverband hat sich 2013 in besonderer Weise mit den Teilhabechancen von SGB-II-Leistungsempfängerinnen und -empfängern beschäftigt: Neben dem bereits erwähnten Ko-

operationsprojekt „Soziale Inklusion“ mit dem ISS wurde beispielsweise ein Workshop im Rahmen des jährlich stattfindenden Kongresses „Armut und Gesundheit“ organisiert. Dort wurde unter aktiver Beteiligung des AWO Bundesverbands die Frage erörtert, inwieweit der Bezug von SGB-II-Leistungen zu gesundheitlichen und weiteren Einschränkungen führt. In diesem Zusammenhang war auf dem Kongress, aber auch in vielen weiteren Gesprächen die Frage der Förderinstrumente im SGB II sowie das Zusammenwirken von Fachkräften der Jobcenter mit den Betroffenen immer wieder Thema. Die AWO hat sich wiederholt für die Abschaffung der Sonderregeln bei den Sanktionen für Jugendliche ausgesprochen. Als erfolglos hat die AWO immer wieder die sogenannte „Work-First-Strategie“ kritisiert, nach der insbesondere Jugendliche in unpassende, schlecht entlohnte und kurzfristige Tätigkeiten gedrängt werden. Die AWO hält dieser Strategie ihren Ansatz der Befähigung entgegen.

| Bereich: Soziales

Wohnen und Energie

Das Thema „Energie“ und die Frage nach dem Zugang zu bezahlbarem Wohnraum hatten 2013 Konjunktur. Steigende Mietpreise in den Ballungsräumen und immer höhere Kosten für Strom, Gas und Heizöl tragen zur Gefahr der sozialen Segregation bei – zumal die Ungleichheit der Einkommen ebenfalls zunimmt. Der AWO Bundesverband hat hier mit Pressearbeit, aber auch auf politischer Ebene versucht, diesen Spaltungstendenzen entgegenzuwirken. Unter aktiver Mitarbeit des AWO Bundesverbands hat sich auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge sowie die Nationale Armutskonferenz (nak) dem Thema gewidmet und unter anderem Empfehlungen zur Prävention von Wohnungslosigkeit durch Kooperation von kommunalen und freien Trägern veröffentlicht. Im Rahmen der BAGFW ist es gelungen, gemeinsam im zuständigen Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages unsere Sichtweise zu platzieren. Bei einer öffentlichen Anhörung hat der AWO Bundesverband die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vertreten. Ein Vertreter des Bundesverbands stand den Abgeordneten am 5. Juni Rede und Antwort. Im Vorfeld hat die AWO eine schriftliche Stellungnahme eingebracht, an der sich alle Verbände mit viel Engagement beteiligt haben. Inhaltlich haben sich die Verbände gemeinsam für die Förderung lebenswerter Quartiere, für sozialen Wohnungsbau

sowie für Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen starkgemacht.

Kommunale Sozialpolitik

Einen Monat zuvor, am 6. und 7. Mai, stand das Thema Energie und Wohnen bereits ganz oben auf der Tagesordnung des „Rolandsecker Kreises“. Diesen Austausch zwischen AWO und Sozialamtsleiterinnen und -leitern organisiert die AWO jedes Jahr im Haus Humboldtstein. Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Bernhard „Felix“ von Grünberg stellte die Problematik aus seiner Sicht dar und berichtete über mögliche kommunale Strategien. Jürgen Blume, für die Stadt Hildesheim im Rolandsecker Kreis, hatte die Problemlage zuvor anhand von Befragungsdaten verdeutlicht. Weitere Themen des Rolandsecker Kreises waren „Wirkungsorientierung in der Berichterstattung“ und „Europäisches Vergaberecht“. Am 28. Mai fand in Berlin die vom AWO Bundesverband in Kooperation mit der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt organisierte Tagung „Kommunale Sozialpolitik. Handlungsfelder für local governance“ statt. Dies war die zweite Veranstaltung in der neuen Reihe „Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis“. Debattiert wurde über die Bedeutung der Kommunen als Akteure der Sozialpolitik und über die Herausforderungen, denen sie sich in dieser Rolle gegenüber sehen. Auch hier tauchten die Fragen

nach bezahlbarem Wohnraum in Ballungsgebieten und steigenden Energiekosten wieder auf. Dazu kamen noch Themen wie zunehmende Altersarmut und demografische Veränderungen. Unter den Referenten waren der Hamburger Staatsrat Jan Pörksen und der stellvertretende Vorsitzende des AWO Präsidiums Prof. Dr. Thomas Beyer. Der Kölner Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Schulz-Nieswandt, Jana Kirsch vom SPI in Halle sowie Margarete Meyer von der Stadt Essen diskutierten über „Leben und Wohnen als Herausforderung und Chance“. Das Thema Altersarmut, das im Jahr 2012 im Mittelpunkt einer größeren Tagung gestanden hatte, wurde wieder aufgegriffen und von Dr. Irene Vorholz vom Deutschen Landkreistag, Dr. Kay Bourcade vom Rheinland-pfälzischen Sozialministerium und dem BAGSO-Vorstandsmitglied Ruth Brand debattiert. Den Abschluss bildete ein Podium zur Frage, inwieweit Bürgerschaftliches Engagement zur Problemlösung beitragen kann. Hier lieferten sich der Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Bayern Dr. Thomas Röpke, Susanne Rindt vom AWO Bundesverband, der Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Dr. Ansgar Klein und Dr. Susanne Schubert vom Wirtschaftsforschungsinstitut wifor eine hochinteressante Diskussion. Die gesamte Tagung wurde umfassend dokumentiert.

Alterssicherung

Der AWO Bundesverband thematisiert schon seit längerem die drohende Altersarmut, die durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und sinkende Löhne einerseits sowie durch die Rentenentwicklung andererseits verursacht wird. Nachdem auf der Bundeskonferenz 2012 und einer Tagung zum Thema im selben Jahr Grundlagen gelegt wurden, hat der AWO Bundesverband den Druck in dieser Frage

noch erhöht – durch Pressearbeit, durch Fachartikel z. B. in der „neuen caritas“ sowie durch eine aktive Mitarbeit in einer Netzwerkgruppe des Verbraucherzentrale Bundesverbands, in der das Thema von verschiedenen Seiten beleuchtet wurde. Vorbereitet wurde gleichzeitig eine umfassende Positionierung, die im Bundesfachausschuss Soziales und Gesundheit derzeit diskutiert wird. Die AWO setzt sich insbesondere dafür ein, dass eine weitere Absenkung des Rentenniveaus verhindert wird. Darüber hinaus bringt sie sich in die Debatte um die Absicherung derjenigen ein, die in ihrem Erwerbsleben nur wenig Vorsorge leisten konnten. Sie plädiert für Veränderungen am Arbeitsmarkt – beispielsweise im Bündnis für eine Reform der Minijobs, das gerade im Vorfeld der Bundestagswahl sehr aktiv war. Auch die Rentenangleichung Ost ist ein wichtiges Thema, hier agiert die AWO seit 2013 in einem Bündnis gemeinsam mit vielen anderen Verbänden.

Das SGB II und seine Schnittstellen

Die Frage, wie angemessen die Höhe der SGB-II-Regelbedarfe ist, war ebenfalls ein Schwerpunktthema im Jahr 2013. Auf Basis der Bundeskonferenzbeschlüsse aus dem Jahr 2012 hat der AWO Bundesverband umfangreiche Stellungnahmen an das Bundesverfassungsgericht adressiert. Das Gericht hat sich jeweils mit der Höhe der Regelbedarfe allgemein und für Kinder im Speziellen beschäftigt. Der AWO Bundesverband vertritt die Ansicht, dass dringend eine Neuermittlung der Regelbedarfe benötigt wird und hat sich intensiv an den Diskussionen um eine Verbesserung der Rechtsgrundlagen beteiligt. Insbesondere bei der Frage um die Schnittstellenprobleme und Regelungsbedarfe zwischen den einzelnen Sozialgesetzbüchern hat er sich intensiv eingebracht. Dazu hat er sich an ei-

- | 01 BAGSO-Vorstandsmitglied Ruth Brand zum Thema Altersarmut bei der Tagung „Kommunale Sozialpolitik. Handlungsfelder für local governance“.
- | 02 Der stellvertretende Vorsitzende des AWO Präsidiums Prof. Dr. Thomas Beyer, Prof. Dr. Werner Sesselmeier von der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. und der Hamburger Staatsrat Jan Pörksen (v.l.n.r.) diskutieren über kommunale Sozialpolitik.



nem politischen Beratungsprojekt beteiligt, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiert wurde. Für die BAGFW hat die AWO federführend den Konsultationsprozess des Sozialmonitorings organisiert, in dem die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege die Bundesregierung auf besondere Rechtslücken und Problemlagen hinweisen. Hierzu wurde gegen Ende der Legislaturperiode 2009–2013 ein umfassender Abschlussbericht erarbeitet, der die aufgegriffenen und angegangenen sowie die nach wie vor existierenden Probleme auflistet.

Soziale Arbeit und Soziale Innovationen

Die Bedeutung der AWO und ihrer guten Arbeit muss den Entscheidungsträgern im politischen Raum immer wieder neu vor Augen geführt werden. Vor diesem Hintergrund hat der AWO Bundesverband gemeinsam mit dem Berliner Landesverband einen „AWO-Tag“ für Mitarbeitende von Bundestagsabgeordneten organisiert. Am 11. Dezember fuhr eine Delegation des Deutschen Bundestags durch Berlin und besuchte verschiedene Einrichtungen, um sich vor Ort einen Einblick in die Projekte zu verschaffen und um sich die Probleme und Sorgen der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuhören. Aus diesem Besuch sind als positiver Nebeneffekt vielfältige neue Kontakte entstanden. Soziale Innovationen bildeten einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2013. Die Frage nach Innovationen ist ein wichtiges und existenzielles Thema für die AWO und die Freie Wohlfahrtspflege. Hier hat es viel Bewegung gegeben – im Bereich der Anbieter, aber auch bei den politischen Akteuren. Auch der neue Koalitionsvertrag, den SPD und Union Ende 2013 vereinbart haben, identifiziert die Förderung Sozialer Innovationen als Ziel. Damit sind viele verschiedene Themenstränge verknüpft: neue Methoden der Wirkungsmessung, Organisationsveränderungen sowie Chancen und Risiken im Bereich der Finanzierung durch private Stiftungen und Investoren. Es geht aber auch um eine politische Positionierung und die Frage nach der Zukunft der Sozialen Arbeit. Der AWO Bundesverband hat die Gliederungen der AWO 2013 mehrfach über die laufenden Debatten informiert und Impulse gesetzt. Dazu fanden Vorträge im Rahmen der Geschäftsführerkonferenz, im Bundesausschuss der AWO sowie in einzelnen Gliederungen statt. Zudem wurde ein AWO-interner Workshop vorbereitet, der im Januar 2014 stattfand. Gleichzeitig gab es 2013 umfangreiche Konsultationen mit den Partnerverbänden der BAGFW.

Armut und Verteilungsfragen

Die Frage nach Armut und Verteilung ist eine zentrale politische Frage, die angesichts der ne-

gativen Entwicklung immer stärker in den Mittelpunkt rückt. Die AWO hat ihre Position immer wieder in den politischen Raum getragen. Der Fachausschuss Arbeit und Soziales hat ein neues Grundlagenpapier erarbeitet, das Anfang 2014 veröffentlicht wird. Erneut gab der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Gelegenheit, die Positionen der AWO deutlich zu machen. Am 3. Juni war die AWO als sachverständiger Verband im Ausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags zu einer Anhörung geladen, in der die Ergebnisse sowie die Berichtslegung selbst im Mittelpunkt standen. Dazu hat die AWO eine eigene Stellungnahme verfasst, die als Bundestagsdrucksache veröffentlicht ist. Die AWO tritt in ihrer Stellungnahme für dringend notwendige Investitionen in den Sozialstaat und seine Infrastruktur ein und zeigt Bereiche auf, in denen dies besonders dringend notwendig ist. In verschiedenen Bündnissen hat sich die AWO für ihre Vorstellungen eines solidarischen Sozialstaats eingesetzt. Sie arbeitete aktiv im „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ mit, das eine deutliche Erhöhung der Regelsätze fordert, und unterstützte in Abstimmung mit AWO International die von VENRO organisierte Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“. Gemeinsam mit insgesamt etwa 100 Mitgliedsorganisationen tritt die AWO im Bündnis „Steuer gegen Armut“ vehement für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) ein. Die Finanztransaktionssteuer soll auf Bankgeschäfte erhoben werden, die bislang von einer Besteuerung gänzlich ausgenommen sind. Nachdem die FTS auf europäischer Ebene 2012 endlich auf den Weg gebracht wurde, galt es 2013, die wichtige Idee gegen den Gegenwind organisierter Interessen zu verteidigen. Mit Erfolg: Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird an der Finanztransaktionssteuer festgehalten.

Nationale Armutskonferenz (nak)

Nach dem turnusmäßigen Ende der überaus erfolgreichen Geschäftsführung durch den Sprecher Prof. Dr. Thomas Beyer und die Geschäftsführerin Carola Schmidt bleibt die AWO weiter engagiert in der nak. Ziel der nak ist es, Menschen, die in Armut leben, eine Stimme zu geben und Selbsthilfefansätze gezielt zu unterstützen. 2013 wurden der Sprecherkreis der nak neu gewählt und die Gremien neu konstituiert. Die neue Geschäftsführung wurde aktiv unterstützt und beraten, sodass der Übergang glatt verlief und die Arbeit unvermindert weitergehen konnte. Höhepunkt war auch 2013 wieder das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung, das am 6. Juni in Darmstadt stattfand.

| Bereich: Europa

Deutsch-französische Kooperation und internationale Jugendarbeit

2013 stand im Zeichen des Deutsch-Französischen Jahres. Anlässlich des 50. Jubiläums des Elysée-Vertrags, der die Zusammenarbeit und Partnerschaft beider Länder neu begründete, gab es zahlreiche Feierlichkeiten. Dazu gehörte ein Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) in Paris. Die AWO, für die der deutsch-französische Jugendaustausch und die Zusammenarbeit mit dem DFJW stets eine wichtige Konstante im Bereich der Jugendarbeit darstellte, war bei den Feierlichkeiten zugegen und gratulierte. Für die Jugendlichen beider Länder, so zeigte sich dort, war dieses Jahr nicht nur ein Moment des Gedenkens. Durch ihre Beteiligung am ePartizipation-Projekt des DFJW „Europa ist unsere Zukunft, wenn ...“ formulierten sie ihre Ideen und Wünsche für die gemeinsame Zukunft und fassten sie im „Appell der deutschen und französischen Jugend an die Politik“ zusammen. Auch die AWO hat sich am Deutsch-Französischen Jahr beteiligt und gemeinsam mit dem DFJW und dem Centre Français de Berlin eine Tagung zum Thema „Mobilität für alle – Chancengleichheit in der internationalen Jugendarbeit“ veranstaltet. Die Veranstaltung ließ Jugendliche sowie Verantwortliche von Austauschprojekten aus Deutschland und Frankreich zu Wort kommen, enthielt jedoch auch Fachbeiträge wie etwa den Beitrag zur deutsch-französischen Begegnungsarbeit und Förderung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf von Prof. Dr. Markus Ottersbach aus Köln. Darüber hinaus wurden die erfolgreichen deutsch-französischen Kooperationen weiterverfolgt. Vom 18.–23. März 2013 fand eine vom AWO Bundesverband zusammen mit dem französischen Verein Les Francas organisierte deutsch-französische Fortbildung in Biarritz (Frankreich) statt. Ziel der Fortbildung war es, den Teamerinnen und Teamern von internationalen Kinderbegegnungen das nötige Rüstzeug für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung solcher Begegnungen zu geben und sie für interkulturelle Prozesse zu sensibilisieren. Entstanden ist ein Handbuch, das die Ergebnisse zusammenfasst.

Auf dem Weg in eine neue Förderperiode

Auf allen politischen Ebenen liefen 2013 in Berlin und Brüssel die Vorbereitungen für die EU-Strukturfonds auf Hochtouren. Das Verordnungspaket für die Strukturfonds wurde in sogenannten Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament (EP), Rat und Kommission verhandelt. Umstritten waren vor allem die Verankerung des Partner-

schaftsprinzips, das es NGOs ermöglicht, sich umfassend an den Vorbereitungen der neuen Förderperiode zu beteiligen, eine Mindestquote der Mittel für den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das thematische Ziel der Armutsbekämpfung. Parallel haben sich EP und Rat auf einen mittelfristigen Finanzierungsrahmen für die Jahre 2014–2020 verständigt. Die Verhandlungen in Brüssel wurden erst im Dezember 2013 abgeschlossen. Von jetzt an kann an der Umsetzung der Strukturfonds in den Mitgliedstaaten gearbeitet werden. Gleichzeitig wurde in Berlin ein neues Partnerschaftsprogramm für die Sozialwirtschaft mit dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales verhandelt. Im Ergebnis soll das erfolgreiche ESF-Programm „rückenwind“, in dem integrierte Vorhaben zur Personal- und Organisationsentwicklung gefördert werden, fortgesetzt werden. Daneben zeichnete sich früh ab, dass es einen neuen Hilfsfonds für besonders benachteiligte Personengruppen geben wird, der zunächst als „Nahrungsmittelhilfsfonds“ gedacht war, nun aber nach Interventionen unter anderem durch den AWO Bundesverband auch Möglichkeiten der Förderung sozialer Inklusion zulässt. Neben der Ausrichtung des Fonds auf sehr benachteiligte Zielgruppen wie z. B. Wohnungslose wird sich Deutschland mit einem Programm an dem von der Kommission verwalteten Hilfsfonds beteiligen. Die konkrete Ausgestaltung wird weiter aktiv begleitet.

Frühzeitig erkannt hat der AWO Bundesverband die Probleme, die sich durch die geplante Neufassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ergeben würden. Hier stehen die Förderbedingungen für AWO-Gliederungen ab einer Beschäftigtenzahl von 251 Personen zur Debatte. Gemeinsam mit vielen anderen Verbänden hat die AWO schnell reagiert und auch die politisch Verantwortlichen in Deutschland über mögliche Konsequenzen informiert. Derzeit wird ein weiterer Konsultationsbeitrag dazu abgestimmt. Ziel der Bemühungen ist es, dass die bisherigen Beihilferegulungen für Einrichtungen in der Sozialwirtschaft beibehalten werden. Die Expertise des AWO Bundesverbands bezüglich des ESF und dessen konkreter Ausgestaltung war 2013 sehr gefragt.

Die Sozialwirtschaft in Europa

Die Sozialwirtschaft in Europa stärken und dabei vor allem die besondere Rolle der gemeinnützigen Verbände herausstellen – das ist ein wichtiges Ziel der politischen Arbeit in Brüssel. Der AWO Bundesverband ist überzeugt, dass in der gezielten Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die ge-

meinnützige Sozialwirtschaft die Chance liegt, das soziale Europa zu stärken und die Legitimation der EU zu erhöhen. Menschen wollen in einer Union leben, in der ein gutes, vertrauensvolles und solidarisches Miteinander gelebt wird, in der Schwächere Unterstützung finden, sowie eine Union, in deren Gestaltung man sich aktiv als Bürgerin und Bürger einbringen kann. Um dies herauszustellen, hat die AWO im Januar 2013 zu einem Kongress nach Berlin eingeladen, der unter dem Dach von SOLIDAR stattfand und zahlreiche Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa zusammenbrachte. Entstanden ist ein Memorandum, das alle Verbände sowie SOLIDAR im Sinne der europäischen Sozialwirtschaft nutzen. Dieser Prozess wurde – organisiert durch die österreichische Volkshilfe – im Dezember 2013 unter aktiver Beteiligung der AWO in Wien fortgesetzt und soll 2014 noch intensiviert werden. Ein Kernthema in diesem Zusammenhang ist die europäische Beihilfe- und Vergaberechtsreform. Im Rahmen des sogenannten informellen Trilogs zwischen Parlament, Rat und Kommission haben die europäischen Institutionen eine Änderung des EU-Vergaberechts auf den Weg gebracht, die von der AWO umfassend beobachtet, begleitet und kommentiert wurde. Ziel der Novellierung ist unter anderem eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Vergabeverfahren. Dies wurde und wird von der AWO und der BAGFW zum Anlass genommen, die Anpassung des deutschen Beihilfe- und Vergaberechts an die Vorgaben der Europäischen Kommission und die Vergabepaxis in Deutschland gezielt unter die Lupe zu nehmen. Gerade die Vorstellungen der Bundesagentur für Arbeit hinsichtlich einer Qualitäts- und Erfolgsmessung führen nach Ansicht der Verbände zu einer Fehlsteuerung der Arbeitsmarktpolitik. Die EU-Vergaberechtsreform sollte daher für eine gründliche und umfassende Reform der Bestimmungen für soziale Dienstleistungen genutzt werden.

Impressionen der deutsch-französischen Fortbildung in Biarritz.

Berichte der Bundesregierung an die Kommission

Die Bundesregierung ist verpflichtet, jährlich ein Nationales Reformprogramm (NRP) an die Kommission zu übermitteln. Darin skizziert sie ihren Beitrag zum „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum“, zu dem die Strategie 2020 alle EU-Mitgliedsländer verpflichtet. Den im Januar 2013 vorgelegten NRP-Entwurf hat der AWO Bundesverband gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden über die BAGFW umfassend kommentiert und u. a. die bereits 2012 entwickelten Vorschläge zur Verbesserung der Indikatoren Auswahl zur Armutsbekämpfung erneuert sowie für eine Ausweitung der Ziele plädiert. Umfassend kommentiert wurde auch der Nationale Sozialbericht, der im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Jahr 2012 neu aufgelegt wurde. Das BMAS wurde schriftlich und mündlich umfassend bei der Berichtslegung beraten. Vieles blieb noch unklar, etwa die Zielsetzungen in Bezug auf die OMK. Jedoch belegen einige Daten des Berichts in ähnlicher Weise wie der Armuts- und Reichtumsbericht eine kontinuierliche Armutszunahme seit 2007. Allein dies ist Anlass genug, die Bundesregierung darauf hinzuweisen, dass weitere Bemühungen zur Armutsbekämpfung zwingend nötig sind.

Die AWO für ein soziales Europa

Die AWO setzte sich vehement für ein soziales Europa ein. Europa muss mehr sein als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft. Hier bringt sich die AWO aktiv ein, sowohl in Gesprächen mit Abgeordneten in Berlin und Brüssel sowie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommission als auch in der Öffentlichkeit, so zum Beispiel in einer Diskussion in einer Radiosendung zum Sozialabbau am 7. Februar (rbb-Inforado). Mitgearbeitet hat die AWO auch an einem Grundsatzpapier zum sozialen Europa, das der Deutsche Verein für öffentliche



und private Fürsorge im Dezember verabschiedet hat. So wird auf vielen Ebenen versucht, Ideen eines sozialen Miteinanders in Europa zu verbreiten und Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür hat die AWO mit SOLIDAR einen starken Partner, mit dem sie gemeinsam auch im Jahr 2013 aktiv war. Auch im europäischen Anti-Armutnetzwerk (EAPN), in dem die AWO Mitglied ist, hat sich der AWO Bundesverband eingebracht. Außerdem war die AWO beim Speed-Dating-Event im Rahmen des 3. Jahreskongresses der Europäischen Plattform gegen

Armut und soziale Ausgrenzung vertreten. Das Format bot die Möglichkeit, Projekte ganz konkret vorzustellen, um sie so zu verbreiten. Präsentiert wurde unter anderem das Mo.Ki-Projekt, das eine Präventionskette der AWO Niederrhein beschreibt, die von der Geburt bis zur Berufsausbildung reicht. Angepasst an erschwerte gesellschaftliche Bedingungen werden Familien über institutionelle Übergänge hinweg begleitet, um Eltern zu unterstützen und Kinder möglichst früh zu stärken.

- | 01 Wolfgang Stadler (1.v.l.), Dr. Markus Ingenlath (Generalsekretär DFJW, 2.v.l.) und die Teilnehmer/innen beim Vortrag von Florian Fangmann (Geschäftsführer Centre Français de Berlin).
- | 02 Diskussionsrunde bei der Kooperationsveranstaltung „Mobilität für alle – Chancengleichheit in der internationalen Jugendarbeit“ von AWO, DFJW und Centre Français de Berlin.





DU BRAUCHST KEINE MUSKELN, UM STÄRKE ZU ZEIGEN.

Bei den Freiwilligendiensten der AWO kannst du auch mit kleinen Dingen Großes vollbringen. Du übernimmst Verantwortung für deine Mitmenschen und sammelst Erfahrungen, die dich ein Leben lang prägen und stolz machen. Wenn du mehr über die Freiwilligendienste wissen möchtest: www.awo-freiwillich.de

www.awo-freiwillich.de



Die Freiwilligendienste
werden gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



freiwilllich!
Freiwillig engagiert mit der AWO.

| Kinder, Jugend, Frauen, Familie

Die Schwerpunktthemen der Abteilung Kinder, Jugend, Frauen, Familie sind Tageseinrichtungen für Kinder, Kindertagespflege, Hilfe zur Erziehung,

Familienbildung, Frauen, Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe und das Projekt Kinderförderung.

| Bereich: Kinder

Dialogworkshop Qualitätsgesetz

Ende Mai 2012 legte das Bundesfamilienministerium das von der Vorgängerregierung verabschiedete „10-Punkte-Programm für ein bedarfsgerechtes Angebot“ in der Kindertagesbetreuung vor: Durch ein Qualitätsgesetz sollen Regelungen mit bundesweiter Gültigkeit geschaffen werden, die den Förderauftrag der Kindertagesbetreuung durch Mindeststandards konkretisieren. Nach gemeinsamer Auffassung der AWO, des Verbands Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder – Bundesverband (KTK) und der Bildungsgewerkschaft GEW handelt es sich dabei um eine handfeste Perspektive für alle, die sich in der Kindertagesbetreuung engagieren, und um einen politischen Entschluss, der seit Langem überfällig ist. Der KTK-Bundesverband, die AWO und die GEW haben diesen Vorstoß des Bundesfamilienministeriums aufgegriffen und die Idee eines Bundesqualitätsgesetzes für die Kindertagesbetreuung in Deutschland konkretisiert. Gemeinsames Ziel ist es, in einem Bundesqualitätsgesetz strukturelle Standards für die Kindertagesbetreuung festzulegen, die länderübergreifend umgesetzt werden. Dazu gehören neben Regelungen zur Freistellung von Kita-Leiterinnen und zu Verfügungszeiten auch Vereinbarungen zur Fachkraft-Kind-Relation, zu den Gruppengrößen, zum Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte, zur Fort- und Weiterbildung und vieles mehr. Am 25. November 2013 veranstalteten die beiden Verbände und die Gewerkschaft in Berlin den Dialogworkshop „Was bringt ein Bundeskitagesetz für die Qualität der pädagogischen Angebote für die Kindertagesbetreuung?“. Ziel der Veranstaltung war es, in einem offenen Austausch das Für und Wider eines Bundeskitagesetzes mit Expertinnen und Experten aller relevanten Gruppen zu diskutieren, die Kita-Politik mitgestalten. Das Ergebnis des Dialogworkshops war eindeutig: Länderübergreifende Qualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung sind unumgänglich. Enttäuschend ist daher, dass im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD kein Qualitätsgesetz aufgegriffen wird.

BAGFW-Veranstaltung „Quergedacht – Profis für die Kita“

Demografischer Wandel, U3-Ausbau, steigender

Anspruch an die Leistungen von Kindertageseinrichtungen und gleichzeitig Arbeitsbedingungen für Erzieher/innen, mit denen sich nicht in jedem Fall werben lässt – das sind die Voraussetzungen, unter denen sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2012 auf den Weg gemacht hat, um mehr Menschen für die Tätigkeit in Kindertageseinrichtungen zu begeistern. Gemeinsam mit dem Runden Tisch Gewerkschaften und Berufsverbände und gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend startete sie die Kampagne „Profis für die Kita“. Eine Fachveranstaltung im Rahmen der Kampagne ging dabei folgenden Fragestellungen nach:

- Werden mehr junge Menschen zu Erzieherinnen und Erziehern ausgebildet und bleiben sie dann auch in diesem Beruf?
- Kann es gelingen, Menschen in der Mitte des Lebens zu motivieren, den einmal erlernten und aus unterschiedlichen Gründen aufgegebenen Beruf wieder aufzunehmen?
- Lassen sich Menschen mit anderen Professionen und Berufsbildern für einen Quereinstieg begeistern?

Teilnahme an der Anhörung „Qualität in der frühkindlichen Bildung und Betreuung“

Unter dem Titel „Worauf es bei Kita und Tagespflege ankommt. Qualität in der frühkindlichen Bildung und Betreuung“ veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion am 24. April 2013 ein Fachgespräch zur Qualität in Kitas. Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaften, Trägern von Einrichtungen sowie Dachverbänden machten aus unterschiedlichen Perspektiven deutlich, dass es in den kommenden Monaten nicht nur um den Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren gehen wird. Sowohl die NUBBEK-Studie (Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit) als auch die aktuelle Untersuchung „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“ der Alice Salomon Hochschule für Pädagogik haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig das Thema Qualität ist und sein wird. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachgesprächs diskutierten verschiedene Lösungsansätze.

ConSocial-Fachveranstaltung zur Kita-Finanzierung

„Die Kita-Finanzierung vom Kopf auf die Füße stellen“ lautete der Vortragstitel, unter dem die Arbeiterwohlfahrt auf der ConSocial am 5. November

2013 ein Modell zu einer alternativen Kita-Finanzierung vorstellte. Kern dieses Vorschlags ist es, den Bund und die Sozialversicherung stärker und regelhafte an den Betriebskosten der Kindertagesbetreuung zu beteiligen.

| Bereich: Jugend

Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung

Auf der Grundlage des Beschlusses der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) im Mai 2012 hat eine vom Deutschen Verein begleitete Koordinierungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aus öffentlicher und freier Jugendhilfe, Fachorganisationen und Wissenschaft im Januar 2013 einen Bericht zur „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ (HzE) vorgelegt. Im Fokus stehen dabei vorrangig gesetzliche Maßnahmen zur Stärkung der Prävention, die Entwicklung sozialräumlicher Ansätze sowie der Ausbau der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Die AWO war über den Deutschen Verein an dem Prozess beteiligt. Einer Abkehr von dem individuellen Rechtsanspruch auf HzE erteilt die AWO eine klare Absage. Im Oktober fand eine bundesweite Tagung des Deutschen Vereins zur selben Thematik statt, auf der der Vorstandsvorsitzende der AWO eines der Einführungsreferate gehalten hat. Für eine Anhörung der Länder von Wissenschaft und Fachorganisationen im Dezember 2013 unter Federführung von Rheinland-Pfalz hat die AWO schriftlich wie mündlich Stellung zu den Weiterentwicklungsfragen genommen.

Fortbildungsreihe „Wie Frühe Hilfen gelingen“

Noch immer befinden sich die im Rahmen der Kinderschutzdebatte gesetzlich verankerten „Frühen Hilfen“ im Aufbau. Die AWO zeigt hier viel Enga-

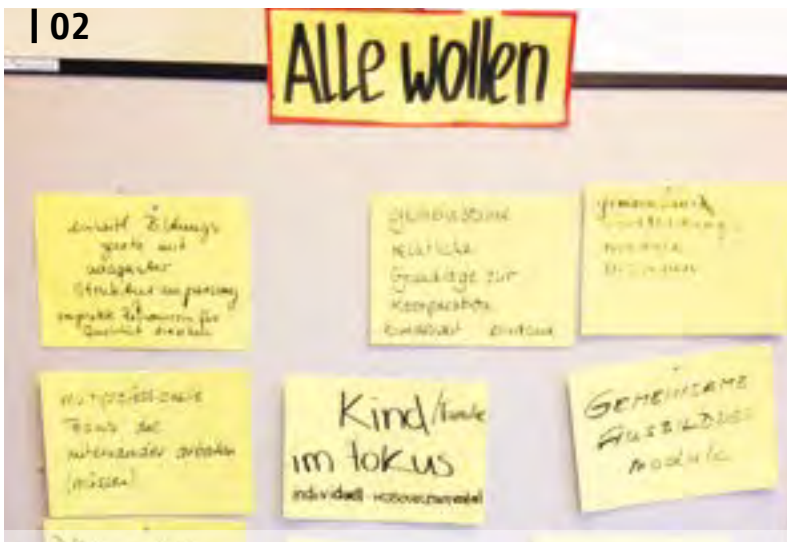
gement, um diese wichtige Leistung für junge Eltern angemessen zu etablieren. Frühe Hilfen sollen Teil der Regelversorgung sein. Es geht um Präventionsarbeit, die allen Eltern zugutekommt, und um Eltern in besonderen Belastungssituationen, die besonders früh erreicht werden müssen. Allerdings sind Fragen der Vernetzung und der dauerhaften Kooperation nicht so einfach zu lösen, wie vielfach angenommen wird. Unterschiedliche Arbeitsfelder der Jugendhilfe, der Schwangerschaftsberatung, des Gesundheitswesens und weiterer Arbeitsbereiche sollen in komplexen Fall-Strukturen konstruktiv zusammenarbeiten. Das stellt neue Anforderungen sowohl an die fachliche Qualifikation als auch an das Organisations- und Kooperationsgeschick der Helfer/innen und die entsprechenden Strukturen, die vereinbart werden müssen. Der Bundesverband unterstützt die örtlichen AWO-Initiativen deshalb mit einer dreiteiligen Qualifizierungsreihe, bei der die Teilnehmenden ihre konkreten Erfahrungen und Anliegen einbringen und ihr Wissen vertiefen können.

Netzwerktagung „Jugendhilfe und Schule arbeiten besser zusammen“

Die Tagung richtete sich an Mitarbeiter/innen in den Hilfen zur Erziehung, die sich nicht immer leicht damit tun, Schulen als Kooperationspartner in die Erziehungsarbeit mit einzubeziehen. Wie die Tagung

| 01 Brainstorming bei der Netzwerktagung „Jugendhilfe und Schule arbeiten besser zusammen“.

| 02 Erste Ergebnisse „Was alle wollen“ bei der Netzwerktagung „Jugendhilfe und Schule arbeiten besser zusammen“.



zeigte, hat sich Schule in den letzten Jahren vielerorts sehr stark verändert. Das wurde bisher nicht ausreichend von der Jugendhilfe wahrgenommen. Wichtig ist daher der Wille zu Kooperationen, denn nur dadurch können erzieherische Fragen bewältigt werden. Da gravierende Probleme, wie z. B. Schulabbrüche, Schulabstinenz, Verhaltensprobleme und Mangelsituationen in den Elternhäusern, nicht von einer der beiden Professionen allein angegangen werden können und es gute Beispiele von gelungener Kooperation gibt, die den Kindern und Jugendlichen sowie den Eltern helfen, fand diese Tagung viel Zuspruch. Am Ende standen gemeinsam erarbeitete Kooperationsansprüche, die in den Verband weiter hineingegeben werden sollen.

AWO-Erziehungsberatungsstellen-Profil-Studie

Die AWO-Erziehungsberatungsstellen-Profil-Studie liegt seit Sommer 2013 vor. Sie erfasst erstmals alle Erziehungsberatungsstellen der AWO (AWO-EB) und zeigt anhand der Profilfragen, wo ihre Stärken liegen. Erstaunlich ist die durchweg hohe Motivation der Mitarbeiter/innen der EB, die z.T. unter schwierigen Refinanzierungsbedingungen ihre Angebote aufrechterhalten und ständig weiterentwickeln. Hervorzuheben ist dabei auch das Engagement der regionalen AWO-Träger. Beiden geht es um ein gutes sozial ausgleichendes Angebot für alle Menschen, die Kinder haben und Unterstützung benötigen – niedrigschwellig, umfassend, zeitnah und kooperativ. Allerdings wird auch deutlich, dass die Qualitäten der AWO-EB noch zu wenig z. B. im Sozialraum wahrgenommen werden. Die gesamten Teams sind hoch und vielfältig qualifiziert. Sie könnten z. B. eine viel stärkere Rolle beim Fall-Clearing oder im Case Management spielen und sie sind Vernetzungsexperten. Die Studie formuliert

außerdem 30 Handlungsempfehlungen für EB. Die AWO-EB werden sich den veränderten Nachfragen und Bedarfen der Familien anpassen. Es ist gravierend, dass die öffentlichen Träger die gesetzlich verankerten Refinanzierungsformen nicht durchgängig zulassen. In einigen Ländern sind daher viele EB der AWO im ständigen Existenzkampf – widersinnig, wenn man die Leistungen und die Kosten-Nutzen-Relation der AWO-EB betrachtet. Der Bundesverband wird weiterhin die Qualitäten der AWO-EB fördern und unterstützen, auch mit der jährlichen Netzwerktagung, die sich 2013 mit dem Thema der Hochstrittigen-Beratung (FamFG) auseinandergesetzt hat.

Inklusion – Fachkräfteaustausch zum Thema „Wenn Hilfe gelingt – Inklusion in der Praxis der Jugendhilfe“

Im Mai 2013 fand in Jekaterinburg ein Fachkräfteaustausch zum Thema „Inklusion in der Jugendhilfe“ statt. Ein ähnlich weitgefasseter Inklusionsbegriff wie der der AWO wirkte bei den sehr engagierten Fachkräften der Familien- und Jugendhilfe im Sverdlovsker Gebiet beflügelnd bei der Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Auch wenn die sozialen und gesellschaftlichen Umstände dort anders sind und die Herangehensweisen pragmatischer scheinen: Die deutschen Gäste haben von den Hospitationen in den Einrichtungen und dem Gebietsseminar in Jekaterinburg, der Gebietshauptstadt im Ural, sehr viel Unterstützendes und Neues mitgenommen. Auch eine russische Teilnehmerin zeigt sich äußerst zufrieden: „Unser Fachkräfteaustausch hat sich diesmal nicht nur mit Inklusion als Thema befasst; er selbst ist ein Beispiel für Inklusion! Interkulturelle Arbeit ist – so betrachtet – sogar ein herausragendes Beispiel für die inklusive Bewegung,

- | 01 „Zusammen leben und arbeiten“ – Begegnungs- und Kommunikationsclub „Fallschirmspringer“ für Jugendliche mit Gesundheitsstörungen (Kinder- und Jugendclub „Freestyle“).
- | 02 „Inklusion hat Namen“ – Begegnungs- und Kommunikationsclub „Fallschirmspringer“ für Jugendliche mit Gesundheitsstörungen, Übergabe von Gastgeschenken an die Leiterin des Clubs, Frau Natalja Terjoschina.
- | 03 „Kompetenz und Engagement“ – Team des Familien- und Jugendclubs „Forpost“ im Pausengespräch mit deutschen Gästen.



die durch die UN-BRK auch in Russland in Gang gekommen ist. Wir haben jetzt ein großes, verbindendes Thema und wir danken unseren deutschen Freunden für die fachliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Kommt wieder!“ Alle Beteiligten verbindet das gemeinsame Anliegen, die soziale Realität zu verändern, den Bedürftigen bestmöglich zu helfen und die Politik entsprechend zu bewegen. Den anderen in seiner Verschiedenheit zu verstehen lernen, heißt immer auch, sich selbst in seiner Besonderheit und seinen Stärken zu entdecken. Das bringt auch uns neuen Schwung in die alltägliche Aufgabenerledigung und die eine oder andere neue Idee für die Weiterentwicklung der Konzepte. 2013 sind erfreulicherweise drei regionale Jugendaustausch-Programme in Hessen-Süd, Thüringen und Hamm-Westfalen mit dem Sverdlovsker Gebiet erwachsen. Für 2014 sind Fortsetzungen schon konkret geplant. Der Fachkräfteaustausch des Bundesverbandes trägt nach mehr als 13 Jahren nun auch regionale Früchte in Form der Jugendbegegnungen.

ISS-Studie zur inklusiven Schule

Das AWO-ISS-Projekt „Inklusive Gesellschaft – Kinder und Jugendliche in ihrer Teilhabe in der Schule fördern“ ist der Frage nachgegangen, wie Jugendhilfe in der Kooperation mit Schule soziale Inklusion und individuelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fördern und Schule als Ort der Lebenswelt förderlich mitgestalten kann. Auf Grundlage eines weitgefassten Inklusionsverständnisses und von Ergebnissen aus Experteninterviews wurde ein Modell entwickelt, welches auf den unterschiedlichen Ebenen der Kulturen, Strukturen und Praktiken Zugangsmöglichkeiten und Handlungsansätze von Jugendhilfeträgern für eine sich inklusiv ausrichtende Schule erfasst und darstellt. Hierzu werden sowohl die Gelingensbedingungen von Inklusion in der Schule als auch ihre Barrieren für alle drei Ebenen herausgearbeitet. Im Ergebnis entsteht ein Konzept,

welches auf die Erfordernisse und Anforderungen der Träger Sozialer Arbeit in den Bereichen Schulsozialarbeit und Kooperation von Ganztagschule und Jugendhilfe abgestimmt ist und sich mit abschließenden Empfehlungen an beide Systeme richtet, um ganzheitliche Konzepte einer inklusiven Schule gemeinsam zu realisieren.

„InDuBi – Inklusion Durch Bildung“ – Zwischenfazit des ESF-Projekts

Das Projekt „InDuBi – Inklusion durch Bildung“ wird aus dem ESF-Bundesprogramm „weiter bilden“ finanziert und für die Laufzeit 1. April 2012 – 31. Dezember 2014 gefördert. Im Rahmen des Projektes verpflichtet sich die AWO als Verband dem inklusiven Ansatz und setzt über die Weiterbildung arbeitsfeldübergreifende Impulse. Kindertagesstätten sind die ersten Orte öffentlicher Bildung, hier werden die Grundlagen gelingender Teilhabe und Teilnahme von Kindern am gesellschaftlichen Leben gelegt. In der Altenhilfe sind Mitarbeiter/innen unserer stationären Einrichtungen gefordert, immobilen, hochaltrigen oder in ihrer Alltagskompetenz eingeschränkten Bewohnerinnen und Bewohnern Möglichkeiten der Teilhabe und Persönlichkeitswahrung zu schaffen. Das Projekt richtet sich daher an Mitarbeiter/innen von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Altenhilfe der AWO in ganz Nordrhein-Westfalen. Ziel ist, über regional konzipierte Fortbildungsreihen bis Ende 2014 insgesamt 85 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und 136 Fachkräfte zum Thema Inklusion weiterzubilden. In beiden Arbeitsfeldern wird durch das Instrument der Weiterbildung die Sensibilisierung für eine inklusive Betrachtung des individuellen Selbstverständnisses und der eigenen Arbeitsweise gefördert. Mit dem Projekt „InDuBi“ werden innerhalb der AWO Impulse für den Wandel hin zu einer vielfaltorientierten Gesellschaft gegeben. Inklusion ist als Querschnittsthema, das die Weiterbildung

Zertifikatsübergabe.



verschiedener Arbeitsfelder berührt, in besonderer Weise geeignet, Weiterbildungsstrukturen zu optimieren. Zumal da die UN-Behindertenrechtskonvention und der Nationale Aktionsplan Einrichtungen vor die Herausforderung stellen, sich dem inklusiven Ansatz zu verpflichten. InDuBi ist dazu angelegt, vor diesem Hintergrund ein multidisziplinär ausgerichtetes, inklusives Weiterbildungskonzept zu entwickeln.

Die Qualifizierungen sprechen zwei Zielgruppen an:

1. Die Leitungsebene der Einrichtungen, die Fachberatungen und Trägervertreter als Multiplikatoren. Sie werden mithilfe des zu entwickelnden Indexes für Inklusion befähigt, ihre Arbeitsfelder im Hinblick auf inklusive Strukturmerkmale zu überprüfen und zu optimieren. Zudem dienen die Multiplikatoren der Schaffung von nachhaltigen Vernetzungsstrukturen im Sozialraum.
2. Das pädagogische und pflegerische Fachpersonal als Praktiker/innen der Arbeitsebene, in der inklusive Arbeitsansätze erprobt und umgesetzt werden. Sie werden Methoden- und Handlungskompetenz erhalten, um die inklusive Öffnung ihrer eigenen Einrichtung zu gestalten.

Das Curriculum konzentriert sich in beiden Fortbildungsreihen auf die sogenannte Trias der Inklusion: inklusive Kulturen entfalten, inklusive Strukturen etablieren und inklusive Handlungspraxis entwickeln.

Die Erfahrungen der bis Ende 2013 durchgeführten Fortbildungsreihen „Prozessbegleiter/in Inklusion“ und „Inklusion in meinem Arbeitsfeld“ haben deutlich gemacht, dass die Sensibilisie-

rung für inklusive Prozesse wie auch die Vermittlung von Methodenkompetenz Schwerpunkte der Weiterbildung darstellen. Im feierlichen Rahmen überreichte Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied des AWO Bundesverbandes, am 11. Oktober 2013 die ersten Fortbildungsbescheinigungen des Projektes. Insgesamt 48 Absolventinnen und Absolventen der Fortbildungsreihen nahmen die Fortbildungsbescheinigung persönlich entgegen und bummelten während der Mittagspause über einen „Markt der Möglichkeiten“, wo viele von den Teilnehmenden angestoßene Praxisprojekte der Fortbildung ausgestellt wurden und zum Nachdenken über das Thema Inklusion anregten. Um die Nachhaltigkeit der Fortbildungen und den Prozess der inklusiven Öffnung zu gewährleisten, ist die Entwicklung eines „AWO-Index für Inklusion“ implizites Ziel der Weiterbildungsreihen. Es handelt sich dabei um ein operationalisiertes Instrument zur Erhebung von inklusiven Strukturmerkmalen und ist damit Grundlage für die Weiterentwicklung des Verbandes im Hinblick der Erfordernisse und Handlungskonsequenzen aus der UN-BRK.

Inklusion – AWO wird inklusiv!

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) 2009 wurde erstmals dem Inklusionsprinzip in einem Menschenrechtsabkommen Rechtsqualität zugebilligt. Auf der Bundeskonferenz 2012 ist der Aktionsplan zur Implementierung des Leitprinzips der Inklusion in das Selbstverständnis der AWO einstimmig beschlossen worden. Der Aktionsplan sollte auf allen Ebenen Lösungsmöglichkeiten entwickeln sowie Forderungen und selbstverpflichtende Maßnahmen umsetzen. Zu den beschlossenen Maßnahmen gehörten die Durchführung einer Sozial-

- | 01 Gut besucht: die 4. AWO Sozialkonferenz zum Thema Inklusion.
- | 02 Diskussion zum Thema „Inklusion als zentraler Wert der AWO“ mit Dr. Thomas Beyer, MdL, Stv. Präsident des AWO Bundesverbandes e. V., Matthias Münning, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGÜS), Dinah Ratke, Mitbegründerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e. V. (ISL) (v.r.n.l.).
- | 03 Zahlreiche inklusive Projekte stellten sich auf dem Markt der Möglichkeiten der 4. AWO Sozialkonferenz vor. Mit dabei: das Lädchen für alles in Leinach.



konferenz mit dem Schwerpunkt Inklusion sowie die Erarbeitung und Weiterentwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Inklusion, die Entwicklung eines AWO-Indexes Inklusion und die Errichtung einer Arbeitsgruppe im Bundesverband zur Steuerung weiterer Prozesse. Die Implementierung des Leitprinzips Inklusion in den Gliederungen war ebenfalls Bestandteil des Maßnahmenplans. Diesem wurde mit der Entwicklung einer AG Inklusion im Bundesverband Rechnung getragen.

4. Sozialkonferenz „Inklusion – Auch bei uns!“

Damit die Arbeiterwohlfahrt aktiv zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft beitragen kann und um als Wohlfahrtsverband ihrer Vorreiterrolle gerecht zu werden, befasste sich die AWO auf der Sozialkonferenz zur Inklusion am 28. Juni 2013 in Dortmund mit den dafür notwendigen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie den notwendigen Maßnahmen der AWO als Trägerin von Einrichtungen und Diensten. Es wurde sich mit der zentralen Frage auseinandergesetzt, wie die AWO zu dem notwendigen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel beitragen kann und welche neuen Wege dafür notwendig sind. Die Sozialkonferenz wurde unter inklusiven Gesichtspunkten ausgerichtet. Am Nachmittag wurden in sechs Arbeitsgruppen verschiedene Schwerpunkte behandelt. Dazu gehörten die Messbarkeit von Teilhabe, Soziale Inklusion in Kindertagesstätten und Schulen, inklusive Quartiersentwicklung, Inklusion im Einwanderungsland sowie die Frage nach der Reichweite von Inklusion und der Bedeutung von Inklusion in Bezug auf SGB II. Die Ergebnisse dieser Debatten bildeten eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Dortmunder Erklärung.

Dortmunder Erklärung

Die im Oktober 2013 veröffentlichte Erklärung ist Ergebnis einer ausführlichen Debatte im Verband

und beinhaltet die zentralen Fragestellungen, Forderungen, aber auch Selbstverpflichtungen der AWO, die im Rahmen der vierten Sozialkonferenz in Dortmund diskutiert wurden. Es wird ein interdisziplinäres Verständnis von Inklusion begründet, das eine Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion in allen Arbeitsfeldern der AWO notwendig macht. Die AWO orientiert sich mit dieser Erklärung an dem Leitprinzip Inklusion, stellt sich den notwendigen Veränderungsprozessen, um Inklusion in allen Einrichtungen und Diensten anstoßen zu können, und erfüllt damit eine Anforderung aus dem Buko-Beschluss 2012 „Aktionsplan zur Implementierung des Leitprinzips der Inklusion in das Selbstverständnis der AWO“. In der Erklärung ist das gemeinsame Verständnis der AWO von Inklusion festgehalten: Die AWO versteht Inklusion als gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel, der alle Gesellschafts- und Politikbereiche erfasst. Inklusion ist ein Prozess, der die Mehrheit ebenso fordert wie die Minderheiten. Inklusion nimmt einen Perspektivwechsel vor, weg von der Verengung des Blicks auf die Hindernisse und ihre Bewältigung im Einzelnen hin zu der Frage, was die Gesellschaft und ihre Institutionen brauchen, um ihrem Bildungs- und Förderauftrag für alle Menschen zu entsprechen, ohne auszugrenzen. Gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen sowie Kontextfaktoren müssen so entwickelt werden, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe und barrierefreie Zugänge in alle gesellschaftlichen Subsysteme ermöglicht werden. Die Teilhabe von Einzelnen an der Gesellschaft ist gegründet auf einer Akzeptanz von Unterschiedlichkeit und dem konsequenten Abbau von Barrieren, z.B. durch den kulturellen Hintergrund, die Ethnie, den sozio-ökonomischen Status, das Geschlecht oder auch Behinderungen. Inklusion ist Ziel und Umsetzung zugleich – und sie benötigt Zeit.

Live-Zeichnungen zur 4. AWO Sozialkonferenz.



Aktivitäten zum Buko-Beschluss „Den Deutschen Qualifikationsrahmen nutzen! Kompetenzorientierung in der Bildung umsetzen – Fachkräftepotenziale für den Verband erschließen“

Die Europäische Union hat einen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen vorgelegt, der durch nationale Qualifikationsrahmen in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden soll. Damit werden zwei grundlegende Ziele verfolgt. Zum einen soll zur Verbesserung der Mobilität in der EU die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen erleichtert werden. Zum anderen sollen auch außerhalb staatlicher Bildungsinstitutionen, also nichtformal und informell erworbene Kompetenzen formal anerkannt werden können. Damit soll das in der sich immer schneller verändernden Arbeitswelt notwendige lebenslange Lernen unterstützt werden. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) wurde 2012 eingeführt. Bisher wurden zunächst die formalen Abschlüsse des beruflichen Bildungssystems und der Hochschule dem 8-stufigen Referenzrahmen zugeordnet. Von der Bundesregierung wird derzeit noch daran gearbeitet, die Abschlüsse des allgemeinbildenden Schulsystems und nichtformal und informell erworbene Kompetenzen zuzuordnen. Für Letzteres muss allerdings ein Validierungsverfahren geschaffen werden, das entsprechend einer Vorgabe der EU-Kommission 2018 vorliegen soll. Hier sieht die AWO die Notwendigkeit, durch eigene Entwicklungen im Interesse insbesondere benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt und der Sicherung des eigenen Fachkräftenachwuchses für die Dienstleistungen des Wohlfahrtsverbands Vorschläge für ein entsprechendes Verfahren zu erarbeiten. Dazu fasste die AWO Bundeskonferenz 2012 den Beschluss „Den Deutschen Qualifikationsrahmen nutzen! Kompetenzorientierung in der Bildung umsetzen – Fachkräftepotenziale für den Verband erschließen“.

Auf der Grundlage einer vom Bundesverband in Auftrag gegebenen 2012 veröffentlichten Expertise wurde 2013 ein Projektdesign zur Erprobung eines entsprechenden Validierungsverfahrens entwickelt, das in den nächsten zwei bis drei Jahren erprobt werden soll.

Kompetenzmanagement im Übergang Schule-Beruf

Die Bewältigung des Übergangs von der Schule in den Beruf ist für die betroffenen Jugendlichen zu einer immer anspruchsvolleren Aufgabe geworden. Insbesondere Jugendliche, deren Schulabschluss gefährdet ist bzw. die ohne Abschluss die Schule verlassen, benötigen eine intensive Unterstützung. Aber auch Jugendlichen mit einem Abschluss der Sekundarstufe 1 gelingt oft nicht der direkte Übergang in eine betriebliche Ausbildung. Die Förderangebote im Übergangsbereich führen nicht selbstverständlich in eine weitere berufliche Perspektive. Neben notwendigen Reformen der gesetzlichen und förderpolitischen Rahmenbedingungen des SGB II, III und VIII stehen konzeptionelle Fragen hinsichtlich einer kohärenten Förderung bei der Unterstützung des einzelnen Jugendlichen im Fokus der aktuellen (fach-)politischen Diskussion. In diesem Kontext befasst sich die AWO seit vielen Jahren mit der Frage, wie die Potenziale gerade bei Jugendlichen mit Lern- und Motivationsproblemen für ihre berufliche Entwicklung erschlossen werden können. Mit Überarbeitung der AWO-Rahmenkonzeption von 2007 wurde das Konzept der Potenzialanalyse zu einem Kompetenzmanagement im Übergang von der Schule in den Beruf weiterentwickelt, das individuelle Förderung mit der Erschließung von lokalen Ressourcen und der Kooperation mit „Schlüsselakteuren“ durch Netzwerkarbeit verknüpft.

| 01 Jörg Rodenbüsch, Koordinator der AWO-Fanprojekte zu Gast bei einer Verbundtagung.
 | 02 Verbundtagung AWO-Fanprojekte.



Partizipation in der Jugendsozialarbeit – Expertise und Pilotprojekt zur Praxiserprobung

Die Rahmengesetzgebung des Bundes (§ 8, SGB VIII) sieht eine aktive Beteiligung junger Menschen an sie betreffenden Entscheidungen und Verfahren sowie vor allem auch die Befähigung zur Selbstbestimmung und zur Übernahme sozialer Mitverantwortung vor. Europäische Jugendstrategien fordern und fördern den Ausbau der Partizipationsintensität in Jugendpolitik und Jugendarbeit auch im Sinne der Befähigung zum demokratischen und zivilgesellschaftlichen Engagement. Auch nachhaltiges Lernen hängt entscheidend von aktiver Beteiligung, also einer Partizipationskompetenz, ab. Gerade die aktive Beteiligung benachteiligter Jugendlicher in der Jugendsozialarbeit ist jedoch voraussetzungsreich. 2013 wurde vom Bundesverband eine Expertise veröffentlicht, die einen erheblichen Bedarf in der Jugendsozialarbeit zur Umsetzung zielgruppenorientierter und altersgemäßer Partizipationskonzepte aufzeigt. Die Expertise definiert Partizipation im Kontext der Jugendsozialarbeit, gibt Hinweise zur Gestaltung einer partizipativen Pädagogik und zur Umsetzung von Partizipationskonzepten. Sie soll darüber hinaus Grundlagen bereitstellen für die notwendige längerfristig angelegte Praxisentwicklung. Daran anschließend wurde eine Praxiserprobung von Partizipationskonzepten an zwei Standorten durchgeführt. Daraus wurde ein Leitfaden für Träger entwickelt, der erprobte Umsetzungshinweise gibt.

Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches sexueller Missbrauch

Die AWO hat sich an der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ sowie am Monitoring zur Implementation der „Leitlinien zur Prävention und Intervention sowie zur langfristigen Aufarbeitung“ beteiligt. Im Bereich des „Ergänzenden Hilfesystems für Betroffene von sexuellem Missbrauch in Institutionen“ konnten die Vereinbarungen mit den zivilgesellschaftlichen Dachorganisationen, u. a. den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, aufgrund aufgetretener steuerrechtlicher Probleme nicht zum

Abschluss gebracht werden. Diese Thematik wird in dieser Legislaturperiode vom Bundesfamilienministerium wieder aufgegriffen werden, mit dem Ziel, einen bundesweiten Fonds für die Opfer aufzulegen oder mit den Verbänden entsprechende Einzelregelungen zu treffen.

Verbundtagung AWO-Fanprojekte



Die Vertreter/innen der elf AWO-Fanprojekte trafen sich am 31. Juli und am 1. August 2013 in Berlin zu ihrer fünften Verbundtagung. Wolfgang Stadler betonte in seiner Begrüßung die Wichtigkeit der niedrigschwelligen Jugendarbeit der Fanprojekte und sprach sich für eine intensive Vernetzung innerhalb der AWO aus. Die AWO-Fanprojekte haben sich intern vernetzt und einen Arbeitskreis gebildet, der regelmäßig zusammenkommt und an Qualitätsmaßnahmen arbeitet. In Fanprojekten arbeiten in der Regel zwei hauptamtliche Mitarbeiter/innen. Über die Betreuung während und im Umfeld von Spielen hinaus finden weitere Angebote für die Jugendlichen im Rahmen von Freizeiten oder Einzelberatungen statt. Die Struktur der Fanprojekte wird durch einen Fan-Rat stabilisiert, dem neben den Fans auch die Vereine, die Polizei und das Jugendamt angehören. Die Finanzierung erfolgt zu je einem Drittel durch den Deutschen Fußball-Bund/Deutsche Fußball Liga (DFL), das Land und die Kommunen. Vertreter der DFL und der Koordinierungsstelle der Fanprojekte betonten auf der Tagung den Mehrwert eines solchen Fanprojekt-Verbundes, insbesondere in der Stärkung der Rahmenbedingungen der einzelnen Standorte und in der Veröffentlichung einer einheitlichen politischen Positionierung zu wichtigen Entwicklungen im Umfeld der Fanprojektarbeit. Die Veränderungen im Profi-Fußball erfordern eine Modernisierung der Kommunikationsstrukturen in der Zusammenarbeit der Vereine mit den Fanprojekten – hier können Verbände einzelner Fanprojekte eine sinnvolle Steuerung und Unterstützung leisten.

| Bereich: Frauen

Gewalt an Frauen – Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe

Im Oktober 2013 führte die AWO gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden im Rahmen der Frauenhauskoordinierung e.V. ein Fachgespräch zum „Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder“ durch. Ziel des Gespräches war es, sich auf

Länderebene zu vernetzen und neue Ideen im Bereich politische Lobbyarbeit für die Umsetzung des grundgesetzlich gegebenen Anspruchs auf Gewaltschutz und eine dauerhafte Finanzierung des Hilfe- und Unterstützungssystems zu entwickeln. Am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen hatte die Frauenhauskoordinierung Parlamentarierinnen aller Fraktionen zu einem Besuch in zwei

brandenburgischen Frauenhäusern eingeladen, um vor Ort über die Hauptprobleme schutzsuchender Frauen zu informieren.

Kooperationsvertrag Frauenhauskoordinierung und Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe

Die bundeszentralen Zuwendungsempfänger Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) und bff Bundes-

verband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe sollen nach Vorgabe des BMFSFJ bis Ende 2015 eine neue strukturelle Form der Kooperation finden. Zu diesem Zweck unterzeichneten FHK und bff im Jahr 2013 eine Kooperationsvereinbarung zur verbindlichen fachlichen Zusammenarbeit, um in den nächsten zwei Jahren gemeinsam Formen und Wege einer dauerhaften Zusammenarbeit zu diskutieren und zu entwickeln.

| Bereich: Familie

Positionspapier: Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Positionen der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Handlungsmöglichkeiten und Praxisbeispiele

Die AWO hat erkannt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine der zentralen Herausforderungen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Zukunft ist. Deshalb hat die Geschäftsführerkonferenz ein Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschlossen, das im Dezember 2013 veröffentlicht wurde. Es beinhaltet zum einen sozialpolitische Perspektiven und Forderungen der AWO sowie zum anderen konkrete Handlungsmöglichkeiten und Beispiele aus der Praxis. Die AWO stellt sich mit dem Positionspapier „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Positionen der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Handlungsmöglichkeiten und Praxisbeispiele“ dem Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf als sozialpolitischer Akteur, aber auch als Arbeitgeberin, sie wertschätzt die Leistungen, die in Familien erbracht werden, sie will die Rechte des Kindes stärker berücksichtigt wissen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen, aber auch für Männer ermöglichen und damit auch gleichstellungspolitische Perspektiven einbringen.

Elternchance

Im zweiten Jahr der Weiterqualifizierung „Elternbegleiter/in“ durch das Trägerkonsortium Elternchance, dessen Zentralstelle im AWO Bundesverband angesiedelt ist, wurden rund 70 Kurse mit durchschnittlich 16 Teilnehmenden bundesweit durchgeführt. Insgesamt konnten bis Jahresende mehr als 1.800 Fachkräfte durch das Trägerkonsortium ausgebildet werden. Zur Entwicklung nachhaltiger Perspektiven für Elternbegleitung ist es gelungen, sieben Impulswerkstätten im Bundesgebiet ins Leben zu rufen. Ziel der Impulswerkstätten ist es, Netzwerke aufzubauen und zu verstärken, mittels derer einerseits die Qualitäten und Errungenschaften des Programms „Elternchance ist Kinderchance“ weiterverbreitet werden und andererseits nachhaltige Perspektiven von

und für Elternbegleiter/innen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren anderer Felder geschaffen werden können: zum Beispiel Kommunalvertreter/innen, Lokalpolitik oder Jugendämter. An die 400 Fachkräfte aus AWO-Einrichtungen wurden in den letzten zwei Jahren qualifiziert oder befinden sich noch in der Weiterqualifizierung. Sie kommen in ihren Einrichtungen zum Einsatz, vernetzen sich und/oder entwickeln trägerübergreifende Projekte in ihren Regionen. Seit 2011 begleiten Expertinnen und Experten der Netzwerktagung Familienbildung das Projekt, nutzen das Potenzial für die Weiterentwicklung der AWO-Familienbildung und arbeiten gemeinsam an Strategien der Implementierung von Elternbegleiterinnen und -begleitern im Gesamtverband der AWO.

BAGFW-Arbeitsgruppe „Sozialraum als Ort der Teilhabe“

Vor dem Hintergrund grundlegender Veränderungen im Selbstverständnis sozialer Dienstleistungserbringung sollen Sozialraum und Sozialraumorientierung zukünftig bewusster Bestandteil des strategischen Denkens in der Arbeit der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege werden. Hierzu hat der Vorstand der BAGFW die Arbeitsgruppe „Sozialraum als Ort der Teilhabe“ beauftragt, ein Konzept zu entwickeln. Dieses 2012 erstellte Konzept wurde im Rahmen eines internen Workshops am 26. Juni 2013 mit Teilnehmenden aus den Verbänden der BAG der Freien Wohlfahrtspflege diskutiert und reflektiert, mit dem Ziel, zur Klärung und Vertiefung eines fachübergreifenden Verständnisses von Sozialraumorientierung und zur Beförderung zielführender strategischer Handlungsansätze zu führen. Expertinnen und Experten beispielhafter Dienstleistungen hatten ihre Erfahrungen zu Anlass, Strategiekonzept und Botschaft ihrer sozialraumorientierten Angebote als Good Practice in die Tagung eingebracht. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Workshops wird 2013 das Thema mit externen Partnern weiterbearbeitet.

Wer **zusagt**,
muss auch **aufmachen**.



jetzt
schlägt's

13

Ab August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr Anspruch auf Betreuung. Das sagen die Gesetzgeber zu. Jetzt geht's ans Einhalten. Die AWO macht sich stark für mehr Kita-Plätze bei hoher Betreuungsqualität.

www.kita-kampagne.awo.org

| Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft

Die Abteilung Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft behandelt alle Angelegenheiten des Verbandes, wie die Entwicklung von Leitlinien und die strategische Verbandsausrichtung. Die Abteilung ist

mit dem Themenbereich Engagementförderung, in den zum Beispiel das Thema Freiwilligendienste fällt, betraut und hat die Aufgabe, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

| Bereich: Verbandsangelegenheiten

Strategie zur Stärkung der Mitgliederentwicklung

Wir wissen, dass sich die Erwartungen der Menschen an Traditionsverbände und die Motivationen, sich in ihnen zu engagieren, verändert haben. Mitgliedergewinnung und -bindung muss heute konkreter, vielfältiger und individueller gedacht und umgesetzt werden. Wir müssen die Menschen nicht nur durch Sachthemen überzeugen, sondern sie auch emotional binden können. Nur wenn die AWO weiterhin eine starke Gemeinschaft bleibt, kann sie gesellschaftlich etwas bewegen und sozialpolitisch Einfluss nehmen. Daher hat die Bundeskonferenz beschlossen, dass wir eine zukunftsfähige Gesamtstrategie zur Stärkung der Mitgliederarbeit brauchen, die vom Bundesverband zusammen mit den Gliederungen entwickelt werden soll. Der Bundesverband arbeitet hierzu mit dem Unterarbeitskreis Mitglieder, einem hauptamtlichen Organ der Geschäftsführerkonferenz, zusammen und stimmt sein Vorgehen wiederum mit den ehrenamtlich besetzten Gremien ab. Nur in einem gemeinsamen koordinierten Vorgehen der AWO als Mitgliederorganisation und als Unternehmen werden wir die vielfältigen En-

gagementmöglichkeiten und Teilhabeformen der AWO stärken können und einen attraktiven Mitgliederverband schaffen. 2013 wurden die notwendigen Fachveranstaltungen, Konferenzen und Qualifizierungsmaßnahmen in die Wege geleitet, die größtenteils 2014 stattfinden. Auftakt ist eine Werkstatt zur Mitgliederarbeit. Auch die Sozialkonferenz 2014 wird sich dem Thema widmen. Mit einer Fortbildung für ehrenamtliche Vorstände in Aufsichtsfunktionen nutzt der Bundesverband die Fortbildungskompetenzen der AWO Bundesakademie.

Historische Konferenz 2013: Werkstattkonferenz – Vermittlung von Ansätzen und Methoden der historischen Arbeit

Alle Menschen, die in der AWO an historischen Themen arbeiten und sich mit entsprechenden methodischen Fragestellungen beschäftigen, waren am 21. November 2013 in die Berliner Kulturbrauerei zur 2. Historischen Konferenz der AWO eingeladen. Die Konferenz bot die Möglichkeit, Ansätze und konkrete Methoden historischer Arbeit kennenzulernen, zu erproben und ihre Umsetz-

01 Wilhelm Schmidt, Präsidiumsvorsitzender der AWO, begrüßt zur Historischen Konferenz 2013.

02 V.l.n.r.: Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender der AWO, Lydia Struck, Thomas Heppener, Direktor Anne-Frank-Zentrum, Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Präsidiums der AWO, Michael Scheffler, stellv. Vorsitzender des Präsidiums der AWO.



barkeit vor Ort zu bewerten. Thomas Heppener, Direktor des Anne-Frank-Zentrums Berlin, lieferte in seinem Eingangsreferat wertvolle Impulse für die Auseinandersetzung mit der eigenen Verbandsgeschichte und zur Entwicklung von Projektideen. Er bestätigte das Vorhaben der AWO, bereits jetzt mit den Planungen zum 100. Gründungsjubiläum der AWO 2019 zu beginnen. Für die Konferenz-Workshops konnten Expertinnen aus dem Archiv- und Museumswesen gewonnen werden. Die Teilnehmenden arbeiteten zu den Themenfeldern Grundlagen von Sammlungskonzepten, Fotonutzung, Urheberrechte, Durchführung biografischer Interviews sowie Erschließung und Erhaltung von Schriftgut. Die Werkstattkonferenz ist ein wichtiger Baustein zur Umsetzung des 2012 auf der AWO Bundeskonferenz in Bonn gefassten Beschlusses zur „Unterstützung der Gliederungen bei der historischen Arbeit“. Die Anregungen, Ergebnisse und Inputs der Konferenz werden in der Historischen Kommission auf der Bundesebene gebündelt und für den weiteren Prozess der Konzepterstellung zur historischen Arbeit in der AWO aufbereitet.

Intensivierung der historischen Arbeit in der AWO

Die Intensivierung der historischen Arbeit findet auf mehreren Ebenen statt. Über die Internetseite „Historisches Archiv der AWO“ wird vielfach Kontakt zum AWO Bundesverband aufgenommen. Kontinuierlich werden verbandsinterne wie auch externe Anfragen bearbeitet. Der historische Raum „Marie Juchacz“ in der Bundesgeschäftsstelle

wird regelmäßig als „Fenster“ in die Verbandsgeschichte genutzt. Anhand von Vorträgen und Diskussionen wird die Geschichte der AWO veranschaulicht. Sowohl AWO-Gliederungen als auch sozialdemokratische Vorfeldorganisationen treten verstärkt mit der Bitte an den Bundesverband heran, die Geschichte und Entwicklung der AWO zu vermitteln. Weiterhin erstellt der Bundesverband Konzepte zur Digitalisierung und systematischen Aufarbeitung des Dokumenten- und Bildarchivs der AWO, das sich im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn befindet. Ziel ist der unkomplizierte Zugriff auf die Fotos und Dokumente für die Verbandsgliederungen sowie die Erfassung und Erschließung im Hinblick auf das 100-jährige Jubiläum zur Gründung der AWO 2019.

Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk der AWO

Nach einer Analyse der auf der Bundeskonferenz 2012 in Bonn gefassten Beschlüsse haben sich Vertreterinnen und Vertreter der AWO und des Jugendwerks im Rahmen mehrerer Sitzungen der gemeinsamen Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ ausgetauscht. Der Bundesverband hat Teile der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen übernommen und die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Kern der gemeinsamen Arbeit lag in der Entwicklung eines Konzepts für die am 8. November 2014 in Berlin erstmalig stattfindende „Gemeinsame Konferenz von AWO und Jugendwerk“.

Ausstellungsstücke im Historischen Raum – Marie Juchacz.



I Bereich: Engagementförderung

Bürgerschaftliches Engagement in der AWO

Das Bürgerschaftliche Engagement und eine starke Mitgliederbasis sind für die Arbeiterwohlfahrt, die sich als Teil einer demokratischen und partizipativen Bürgergesellschaft versteht, von großer Bedeutung. Diese Position galt es 2013 weiterhin intensiv nach innen und außen zu vertreten und mit Leben zu füllen. Die Grundlage für die Fachdiskussionen innerhalb der verbandlichen Gremien, v.a. im Fachausschuss Verbandspolitik und im Arbeitskreis Mitgliederverband und Engagementförderung, bleiben das 2012 vom Bundesausschuss verabschiedete Positionspapier zum Bürgerschaftlichen Engagement sowie die entsprechenden Bundeskonferenzbeschlüsse. Die Positionen der AWO werden derzeit auf den Stand ihrer Umsetzung hin überprüft, weitere notwendige Entwicklungsschritte werden identifiziert, z. B. im Hinblick auf Instrumente der Engagementförderung wie Freiwilligenmanagement, Qualifizierung und Anerkennungskultur.

Strategiepapier Bürgerschaftliches Engagement der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Unter der Federführung der AWO hat der BAGFW-Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement gemeinsam mit der Sozialkommission II 2013 ein Strategiepapier erarbeitet. Darin stellen die Wohlfahrtsverbände ihr Selbstverständnis und ihre Leitlinien für das Bürgerschaftliche Engagement heraus. Sie benennen die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und formulieren ihre Strategieansätze für die Engagementförderung. Das Strategiepapier richtet sich v.a. an Politik und Fachöffentlichkeit und wurde von der BAGFW Ende 2013 veröffentlicht.

Bundesfreiwilligendienst für Teilnehmende über 27

Im Jahrgang 2012/13 absolvierten 352 Freiwillige älter als 27 Jahre einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) bei der AWO. Das waren 29% aller Freiwilligen im BFD bzw. rund 12% aller Freiwilligen bei der AWO, betrachtet man das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den BFD zusammen. Bereits bei der Einführung des BFD 2011 wurde über die Ausgestaltung des Dienstes für über 27-Jährige diskutiert. Schon zu diesem Zeitpunkt forderte die AWO in einem Positionspapier die arbeitsmarktneutrale Ausgestaltung bzw. die Abgrenzung von Arbeitsmarktinstrumenten sowie eine kritische Betrachtung der Auswirkungen auf das Bürgerschaftliche Engagement. Diese Fragen mündeten in einen

entsprechenden Beschluss der Bundeskonferenz 2012, mit dem die Forderung nach einer arbeitsmarktneutralen Ausgestaltung der Freiwilligendienste einmal mehr bestätigt und der Ersatz von Arbeitsmarktinstrumenten abgelehnt wurde. Im Jahr 2013 wurde in den Medien und vonseiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Debatte um die Arbeitsmarktneutralität im BFD angestoßen, insbesondere bezogen auf den Einsatz älterer Freiwilliger. Die AWO nimmt zusammen mit anderen Verbänden an Gesprächen mit den Gewerkschaften teil, um dieses Thema übergreifend zu diskutieren. Aus Sicht der AWO kommt der Weiterentwicklung des BFD als Lern- und Orientierungsdienst für über 27-Jährige eine besondere Bedeutung zu – im Sinne der Arbeitsmarktneutralität, aber auch zur Qualitätssicherung. Um die vorliegenden Positionen und Grundsätze zum BFD für Lebensältere in praktische Handlungsempfehlungen zu übersetzen, wurde 2013 in einer Arbeitsgruppe damit begonnen, eine „Rahmenkonzeption für den BFD ü27“ zu erarbeiten. Im Zusammenhang mit der Gewährleistung hoher Qualität im BFD ist der Einsatz der AWO für den Erhalt des bisherigen Kostenzuschusses für die pädagogische Begleitung älterer Freiwilliger zu sehen. Die AWO engagiert sich gemeinsam mit anderen Verbänden dafür, dass die Bundesregierung die 2013 erfolgte Kürzung wieder zurücknimmt. Im Jahr 2014 wird es darum gehen, die begonnenen Prozesse weiterzuführen bzw. abzuschließen. Entsprechend dem Buko-Beschluss von 2012 sollen für den BFD über 27 Jahre verbindliche AWO-Mindeststandards formuliert werden.

Qualitätsentwicklungsprozess im FSJ

Die AWO Bundeskonferenz 2012 hat beschlossen, dass der Verband sein Freiwilligendienst-Profil und seine Rahmenkonzeption für die Dienste weiterentwickeln und sich noch stärker der Qualitätsentwicklung widmen wird. Die AWO verfügt bisher über eine 2008 von der Geko beschlossene Rahmenkonzeption und den Leitfaden für das Freiwillige Soziale Jahr bei der Arbeiterwohlfahrt. Beides bildet die Grundlage für die Durchführung des FSJ und richtet sich vor allem an Träger und Einsatzstellen. Im Jahr 2013 hat der Unterarbeitskreis Freiwilligendienste intensiv daran gearbeitet, diese Dokumente zu aktualisieren und zu ergänzen, insbesondere um auch den 2011 eingeführten Bundesfreiwilligendienst zu berücksichtigen. Für das FSJ wurde die Überarbeitung mit einem weitergehenden Qualitätsentwicklungsprozess verbunden. In insgesamt fünf Treffen einer Arbeits-

gruppe wurden Qualitätsziele und Qualitätsstandards erarbeitet und formuliert. Ziel ist es, den Qualitätsentwicklungsprozess im Herbst 2014 abzuschließen. Im Ergebnis soll ein Handbuch für die Freiwilligendienste der AWO vorliegen, das neben der Rahmenkonzeption für FSJ und BFD und den FSJ-Qualitätsstandards auch Informationen zu Einsatzbereichen, gesetzlichen Grundlagen und Ansprechpartnerinnen und -partnern innerhalb der AWO enthält.

Partizipation: Gruppensprecher/innen der Freiwilligen

Ein FSJ oder BFD bei der AWO soll den Freiwilligen Raum und Möglichkeiten geben, soziale, praktische und gesellschaftspolitische Kompetenzen zu erwerben und sich aktiv einzubringen. Dazu werden den Freiwilligen im Rahmen der pädagogischen Begleitung verschiedene Angebote gemacht. Eine Partizipationsform, die es bei einigen Trägern der AWO-Freiwilligendienste bereits seit längerem gibt, ist die Gruppensprecher/innenarbeit. In jeder Seminargruppe werden zwei Gruppensprecher/innen gewählt, die sich mit den anderen gewählten Gruppensprecherinnen und -sprechern auf regionaler Ebene treffen. Seit dem Jahrgang 2012/13 wählen sie aus ihren Reihen wiederum

zwei Vertreter/innen, die an Treffen auf der AWO-Bundesebene teilnehmen. Die Freiwilligen können sich auf diesem Weg intensiv daran beteiligen, den Freiwilligendienst für sich und andere Freiwillige auszugestalten. Die Sprecher/innen stellen sich der Herausforderung, sich selbst als Gremium zu organisieren, gemeinsam Entscheidungen zu treffen, Projekte durchzuführen und ihre Interessen innerhalb der Strukturen der Freiwilligendienste und gegenüber der Politik zu vertreten. Sofern es ein trägerübergreifendes Landessprecher/innensystem der Freiwilligen gibt, wirken die gewählten Gruppensprecher/innen der AWO bzw. ausgewählte Vertreter/innen daran mit. Gemeinsam mit den interessierten Trägern hat der Bundesverband im Jahr 2013 das Sprecher/innensystem für die AWO weiterentwickelt und ein Konzept dafür erarbeitet. Inzwischen beteiligen sich elf Träger der AWO-Freiwilligendienste daran. Vom Sprecher/innensystem profitieren nicht nur die Freiwilligen, sondern auch die Träger der Freiwilligendienste und der AWO Bundesverband: Sie erhalten durch aktive Sprecher/innen Anregungen und Rückmeldungen zur Qualität der Freiwilligendienstangebote bei der AWO. Diese Impulse können in den Prozess der Profilierung und Weiterentwicklung der Freiwilligendienste einbezogen werden.

Postkartenaktion der AWO-Gruppensprecher/innen im Jahrgang 2012/13 zur Anerkennungskultur in den Einsatzstellen.



Liebe Einsatzstelle,

bei Euch engagiert sich seit einiger Zeit ein Freiwilliger im FSJ oder im BFD. Sie oder er hat sich für ein Bildungs- und Orientierungsjahr entschieden, um sich sozial zu engagieren, das Tätigkeitsfeld kennen zu lernen und vielleicht sogar eine Berufswahlentscheidung zu treffen. Die Freiwilligen arbeiten gern bei Euch, wenn sie sich ausprobieren können und dabei von Euch begleitet und unterstützt werden!

Was wollt ihr euren Teammitgliedern gern mit auf dem Weg geben? Sind habt ihr Euch schon überlegt, wie ihr ein Dankeschön gestaltet?

Die Sprecher der -Freiwilligen
Bundesstreifen Erfurt, 2013

| Kommunikation

Im Bereich Kommunikation erfolgt die inhaltliche Planung, Koordination und Umsetzung von öffentlichkeitswirksamen, bundesweiten Maßnahmen mittels verschiedenster Veröffentlichungs- und Veranstaltungsformate. Dies umfasst u. a. die Um-

setzung von strategischen Kampagnen, Wettbewerben, die Veröffentlichungen in den Neuen Medien und in verschiedenen Publikationen sowie die Organisation von überregionalen Veranstaltungen.

Heinrich-Albertz-Friedenspreis an Egon Bahr – AWO würdigt jahrzehntelangen Einsatz des Sozialdemokraten für den Frieden

Am 13. Dezember 2013, dem 94. Geburtstag der Arbeiterwohlfahrt, hat der AWO Bundesverband das Wirken und Handeln von Prof. Dr. Egon Bahr mit der Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises gewürdigt. Der AWO Präsident Wilhelm Schmidt sprach zu Beginn seine Anerkennung aus. Er hob hervor, dass es dem Preisträger wie kaum einem zweiten gelungen war, „die politische Gleichgültigkeit in diesem Land zu durchbrechen“. Egon Bahr hat wie kaum ein anderer Politiker die Bundesrepublik Deutschland geprägt. Als Journalist, als Bundestagsabgeordneter und als Minister zeichnete ihn seine stetige Haltung, für Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten, in besonderer Weise aus. Als politischer Vordenker hat er den „Wandel durch Annäherung“ entscheidend geprägt und den Weg zur deutschen Wiedervereinigung geebnet. Die Laudatio auf Bahr hielt die vorangegangene Friedenspreisträgerin Prof. Dr. Jutta Limbach. Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und des Goethe-Instituts ehrte Egon Bahr im Wappensaal des Roten Rathauses in Berlin. „Egon Bahr zeichnet aus, dass er Empathie mit einem bemerkenswerten Sinn für Realitäten paart. Dass er Politik als die Kunst des Möglichen verstand und sich dafür stetig einsetzte“, bezeichnete Jutta Limbach als einen seiner großen Verdienste. Der Preisträger fühl-

te sich sichtlich geehrt und machte deutlich: „Ich habe diesen Preis auch mit Freude angenommen, weil ich mich bis heute Heinrich Albertz tief verbunden fühle.“ Geprägt durch die gemeinsamen Jahre im Schöneberger Rathaus, als enge Vertraute Willy Brandts, teilten sie eine gemeinsame Vergangenheit. Für Bahr ist Albertz jemand gewesen, der „die Klaviatur der Bürokratie beherrschte und einen zuverlässigen Sinn für Ethik und Moral besaß“. In seiner Rede hob Bahr die Bedeutung dieses Friedenspreises abschließend hervor. Es sei „erstaunlich, dass die meisten der Themen, die Albertz bewegten, noch heute aktuell sind. Das bedeutet, dass er uns noch immer was zu sagen hat.“ Mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis ehrt die AWO seit 1999 Persönlichkeiten, die Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen und die sich um die Ausgestaltung der Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und um den inneren und äußeren Frieden in besonderer Weise verdient gemacht haben. Der Preis wird in diesem Jahr im 20. Todesjahr des Namensgebers Heinrich Albertz vergeben.

Bisherige Preisträger/innen

1999: Johannes Rau
2001: Paul Spiegel
2005: Gerhard Schröder
2008: Hans-Jochen Vogel
2011: Jutta Limbach

- | 01 Preisträger Egon Bahr bedankt sich vor allem mit Erinnerungen an Heinrich Albertz, mit dem ihn eine lange Freundschaft verband.
| 02 AWO Präsident Wilhelm Schmidt (l.) und AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler (r.) mit Laudatorin Jutta Limbach (Friedenspreisträgerin 2011, 2.v.r.) und dem 2013 geehrten Friedenspreisträger Egon Bahr.



Das AWO-Sozialbarometer

Von Juli 2010 bis Juni 2013 hat der AWO Bundesverband zu Beginn jeden Monats nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland gefragt, um so das soziale Klima in Deutschland zu messen. Seit Oktober 2013 erscheint das AWO-Sozialbarometer einmal im Quartal. So besteht nun die Möglichkeit, ein Thema mit mehreren Fragen vertiefend zu behandeln. Jenseits dessen zeigen die

Ergebnisse des zurückliegenden Jahres, dass die Menschen viele Probleme erkennen und benennen, auch wenn diese oft nicht in der politischen oder medialen Öffentlichkeit thematisiert werden. So etwa Lohnungleichheiten, schlecht bezahlte Arbeit, wachsende Armutsgefahren (Alters- und Kinderarmut) oder die finanziellen Unsicherheiten für Jugendliche mit Blick auf ihre Zukunft. (www.awo-sozialbarometer.org)



Postkarte zum Sozialbarometer „So denkt Deutschland über faire Löhne“ im Oktober 2013.

2 | 3

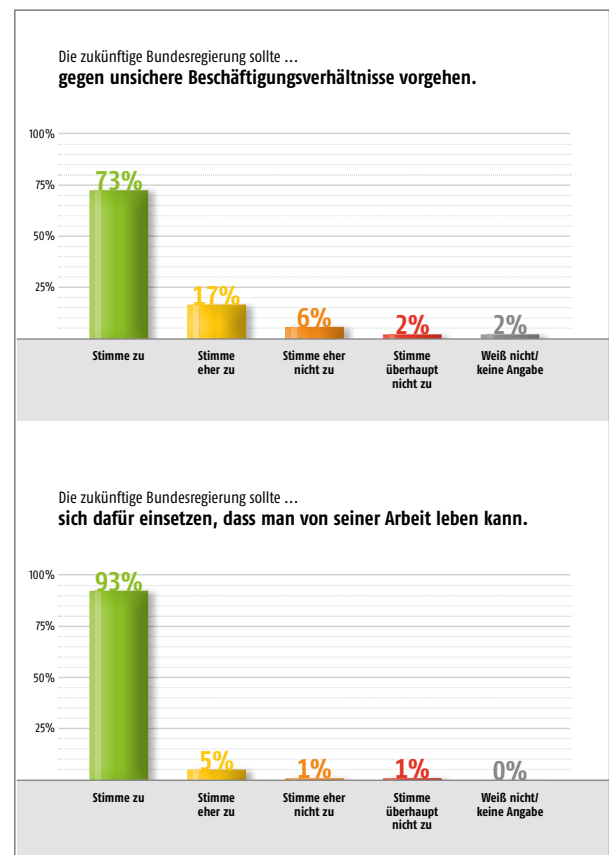
Sichere Arbeit und faire Löhne

Unabhängig davon, welche Parteien künftig die Bundesregierung bilden werden, erwarten die Bürger laut aktuellem AWO Sozialbarometer eine Politik, die sichere Arbeitsverhältnisse ermöglicht, faire Löhne gewährleistet und Altersarmut verhindert.

„Die Menschen spüren, dass es ihnen im Alltag oftmals nicht so gut geht, wie ihnen bestimmte Interessenvertreter glauben machen wollen“, so der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. „Die deutlich belegte Erwartungshaltung der Menschen erfordert deshalb eine sozial ausgewogene Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und verbietet jegliche Forderungen nach einem Sozialabbau“, betont Stadler.

FRAGE

»Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.«



Aus einer Studie von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der AWO. Befragt wurden 1.000 Personen ab 18 Jahren im Zeitraum vom 30.09.–01.10.2013.

Kampagne „Jetzt schlägt's 13“ – Abschlussaktion „Sand im Getriebe“

Im April 2012 startete die AWO unter dem Motto „jetzt schlägt's 13 – wer zusagt, muss auch aufmachen“ eine bundesweite Kampagne, die darauf aufmerksam macht, dass ab dem 1. August 2013 alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Die AWO hat mit dieser Kampagne auf Ausbauhindernisse hingewiesen und ihre Ansprüche an gute Qualität in der Kinderbetreuung beschrieben. Anders gesagt, die AWO macht auf den Sand aufmerksam, der im Getriebe des Kita-Ausbaus steckt. Für die Abschlussveranstaltung der Kampagne haben daher zahlreiche AWO-Kitas aus ganz Deutschland Sand aus ihren Buddelkisten an den Bundesverband geschickt, um auf ihre Problemlage hinzuweisen. In den mitgeschickten Briefen beschrieben sie eindrücklich, vor welchen Schwierigkeiten die Kitas vor Ort stehen. Dabei waren aber auch zahlreiche Fotos, die die gute Arbeit der AWO-Kitas abbilden. Bei einem Abschlussfest der Aktion, das der Bundesverband gemeinsam mit dem Landesverband Berlin ausgerichtet hat, unterstrich Wolfgang Stadler die Forderungen der AWO für eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung. Dazu gehört ein Kita-Ausbau, der nicht zulasten der Betreuungsqualität geht. Außerdem fordert die AWO ausreichende und flexible Betreuungszeiten sowie Beitragsfreiheit für alle Kinder, damit diese gleiche Chancen auf frühkindliche Bildung und Betreuung, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Wohnort haben. Der Sand, und das wofür er steht, die Problemanzeigen und Forderungen der Kitas, wurde in Paketen und einem riesigen Briefumschlag an den Bundesrat adressiert. Die Länder stehen in der Verantwortung, ihren Teil zur

Umsetzung des Rechtsanspruches beizutragen. In den letzten 100 Tagen vor dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte oder in Kindertagespflege wurden täglich – jeweils um 13 Uhr – die Wünsche, die uns zahlreiche Kitas sowie Tagesmütter und -väter für die Aktion „Sand im Getriebe“ zugesendet hatten, und die Forderungen des Bundesverbandes auf der Kampagnenwebseite und den Social-Media-Kanälen des AWO Bundesverbandes veröffentlicht.

Kinder- und Jugendwettbewerb „InklusivKreativ“

Inklusionsbaum, Verliebte Fische, Inklusion ist wie eine bunte Futtertüte, Zusammenhalt in der Klasse – so lauten Titel der vielfältigen Beiträge, die zum Kinder- und Jugendwettbewerb „InklusivKreativ“ eingereicht worden waren. Der AWO Bundesverband lobte den Wettbewerb gemeinsam mit der Aktion Mensch aus, um junge Menschen zu Ideen für eine inklusive Gesellschaft zu ermuntern. Gesucht waren Geschichten, Fotos, Collagen, Blogbeiträge, Audiobeiträge oder Filme zu diesem Thema. Die Einreichungen sollten zeigen, wie eine inklusive Welt aussehen kann, und andere zur Nachahmung anregen. Beteiligen konnten sich Schulklassen sowie Kinder- und Jugendgruppen im Alter von 10 – 18 Jahren. Insgesamt wurden über 130 Beiträge in drei Kategorien – Text, Bild und Film – eingereicht. Eine Jury, bestehend aus Menschen mit und ohne Behinderung, ermittelte die Gewinnergruppen, denen Preise wie Gruppenfahrten, ein Zirkusworkshop oder eine Geo-Caching-Tour und Kinobesuche für die gesamte Klasse winken. Auch ein Publikumsvoting fließt in die Entscheidung der Jury ein. Die Gewinner werden im Frühjahr 2014 in zwei Altersgruppen ausgezeichnet. Die Beiträge finden sich unter www.inklusivkreativ.de.

| 01 Auf dem Hof des Bundesverbandes.

| 02 Der AWO Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler und der Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin Hans-Wilhelm Pollmann.

| 03 Kinder füllen Sand in an den Bundesrat adressierte Pakete.



Präsenz auf Parteitag und Deutschlandfest der SPD

Die AWO war 2013 auf zwei Parteitagen der SPD und dem großen SPD-Sommerfest sehr gut vertreten. Gemeinsam mit dem AWO Bezirksverband Schwaben präsentierte sich der AWO Bundesverband auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der SPD im April 2013 in Augsburg, auf dem die SPD ihr Regierungsprogramm 2013 verabschiedet hat. Beim SPD-Bundesparteitag im November 2013 in Leipzig war der Bundesverband zusammen mit dem Landesverband Sachsen vor Ort. Die Stände waren gut besucht und auch zahlreiche prominente Gäste konnten begrüßt werden. AWO Präsident Wilhelm Schmidt und AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler eröffneten außerdem den Informationsstand der AWO (Bundesverband und Landesverband Berlin) auf dem SPD-Deutschlandfest am Brandenburger Tor in Berlin im August 2013. Das Fest war die zentrale Feier zum 150-jährigen Jubiläum der SPD. Von den 500.000 Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung fanden viele den Weg zur AWO. Dort gab es neben Informationen rund um die AWO, einem Quiz in „Leichter Sprache“ auch einen „AWO-Kirschkerne-Spuck-Wettbewerb“, der für große Unterhaltung und Heiterkeit unter den Gästen sorgte.

Barrierefreie Gestaltung der 4. Sozialkonferenz „Inklusion – Auch bei uns!“

Der Bundesverband machte es sich zur Aufgabe, diese Konferenz entsprechend ihrem Thema auch barrierefrei zu kommunizieren und somit allen Teilnehmenden eine gleichberechtigte Teilhabe an den Informationen vor und während der Konferenz zu ermöglichen. Erstmals wurden die Einladungen und das Programm mittels verschiedener Medien sowohl in „schwerer“ als auch in „Leichter Sprache“ angeboten (siehe Seite 67). Ein Hinweis

in Brailleschrift leitete auf die Konferenzhomepage www.soko2013.awo.org mit allen wichtigen Rahmendaten zur Veranstaltung weiter. Diese Internetseite wurde so programmiert und gestaltet, dass neben einer größer wählbaren Schrift und Texten in „Leichter Sprache“ die Inhalte von einem sogenannten Screenreader (Software) vorgelesen werden können. Weiter gelang es durch die barrierefreie Gestaltung und Ausschilderung des Konferenzortes, die Begleitung der gesamten Konferenz durch Gebärdendolmetscherinnen sowie durch einen Live-Zeichner die Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu arrangieren.

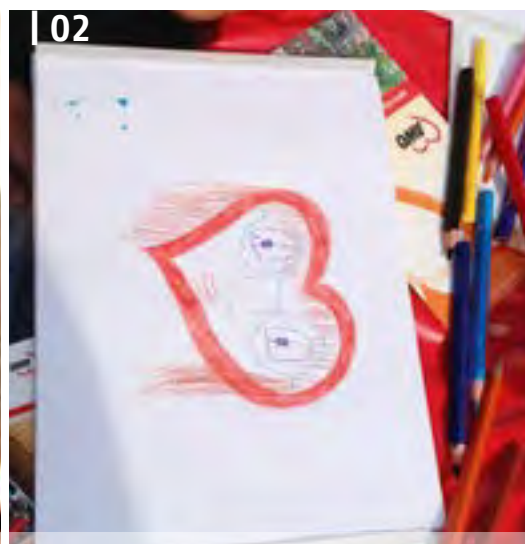
Social-Media-Leitlinie

Soziale Netzwerke halten immer mehr Einzug in die tägliche Lebensrealität vieler Menschen. Diese Entwicklung macht auch nicht vor der Arbeiterwohlfahrt halt. Im Juli 2013 verabschiedete die Geschäftsführerkonferenz „Leitlinien für die Anwendung von sozialen Netzwerken für die AWO“, die zuvor multiprofessionell im AK Kommunikation entwickelt wurden. Die Social-Media-Leitlinie soll Unsicherheiten in Bezug auf Datenschutz, Persönlichkeitsrechte, Urheberrechte und besonders auf Verhaltensregeln abbauen, gerade wenn berufliche und private Inhalte miteinander vermischt werden. Sie soll eine Hilfestellung geben für alle Menschen, die sich beruflich oder ehrenamtlich in der AWO engagieren und die diese Netzwerke vielfältig nutzen möchten. Als Bestandteil der Leitlinie wurde ein Handbuch entwickelt, in dem die wichtigen Social-Media-Anwendungen ausführlich für die Nutzung durch AWO-Gliederungen und -Verbände dargestellt sind. In der Folge der Veröffentlichung der Leitlinie wurden auf Nachfrage bereits zwei AWO Landesverbände bei der Implementierung sozialer Netzwerke beraten.

| 01 Auf dem AWO-Stand beim SPD-Parteitag in Leipzig: Knut Fleckenstein (rechts), MdEP und Bundesvorsitzender des ASB, Wilhelm Schmidt (mitte), Vorsitzender des Präsidiums des AWO Bundesverbands.

| 02 Kinder malten AWO-Herzen beim SPD-Deutschlandfest.

| 03 Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier am AWO-Stand auf dem SPD-Deutschlandfest.





Aus der Einladung zur 4. Konferenz in Leichter Sprache. Die Bilder sind von: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e. V., Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013.

AWO-Online-Services

Nach einer Evaluation wurden 2013 die AWO-Online-Services weiterentwickelt und in dem neuen AWO-Web-Design veröffentlicht. Verbessert wurden die neu strukturierte Suchfunktion in allen Diensten, die klare Strukturierung der Sitzungen im Sitzungsservice und das neue Good-Practice-Tool des Qualitätsmanagements. Die Nutzer/innen haben bessere Möglichkeiten, wichtige Inhalte aus dem System heraus an ihre jeweiligen Verteilerkreise weiterzuleiten. Im Redaktionsservice stehen neben den Corporate-Design-Elementen nun auch Vorlagen für das Erstellen von Webseiten im AWO-Design zur Verfügung.

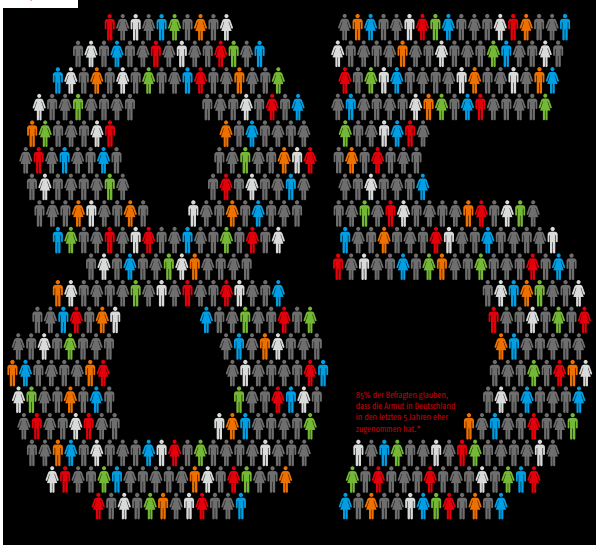
Pressearbeit

Durch schnelle, flexible und kontinuierliche Begleitung aller für den Verband relevanten Themen

geling es, die Arbeit der AWO öffentlichkeitswirksam darzustellen. Dabei standen verstärkt die Familienpolitik – insbesondere die Kinderbetreuung – und die Pflege im Fokus. Zudem konnte die AWO durch gezielte Pressearbeit im Jahr der Bundestagswahl ihre sozialpolitischen Forderungen in der Öffentlichkeit geltend machen. Damit hat sie ihre Rolle als gewichtiger Themenanwalt untermauert und konnte politisch Einfluss nehmen. Vermehrt wurde die Arbeiterwohlfahrt durch überregionale Presseerklärungen des Bundesverbandes in einschlägigen Medien bundesweit genannt. Die AWO landet auf den Titelseiten der überregionalen Zeitungen und wird zunehmend von wichtigen Nachrichtenagenturen wahrgenommen, die unsere Meldungen in die Regionalpresse hineintragen. Zudem werden Vorstandsmitglieder, Referentinnen und Referenten sowie Abteilungsleiter/innen des

4. Sozialkonferenz: Inklusive Veranstaltung dank Gebärdendolmetscherin und Live-Zeichner.





Ansicht 1.13

Armutsfalle Deutschland? Zahlen und Analysen in diesem Heft zeigen: Die Angst der Menschen in Deutschland vor Armut nimmt zu. Es ist an der Zeit, die Ursachen von Armut endlich zu bekämpfen.

*92 Prozent (Erhebung im Auftrag der AWO Bundeszentrale, Januar 2013)



Ansicht 2.13

Vergessene Jugend. Die Anforderungen an Jugendliche steigen. Herkunft und Bildung entscheiden über die Zukunft. Ist eine freie Entfaltung der Persönlichkeit unmöglich?



Ansicht 3.13

Versorgungslücke. Es müssen endlich gute Rahmenbedingungen für Soziale Arbeit existieren. Nur so können Fachkräfte gehalten und gewonnen werden. Wie das gehen kann, zeigt dieses Heft.



Kein

Platz

für Ansicht 4.13

RASSISMUS

Augen öffnen. Alltagsrassismus, unbewusste Vorurteile und rechtsextremistisches Gedankengut sind in der Gesellschaft verankert. Davor die Augen zu verschließen, ist für die Demokratie in Deutschland fatal.

Bundesverbandes zu Hintergrundgesprächen bei führenden Zeitungen und zu Interviews mit bekannten Radiosendern eingeladen.

Pressekonferenz am 30. Mai 2013: „Auswirkungen des Kita-Rechtsanspruchs auf die Qualität der Kinderbetreuung“

„Die Qualität in Kitas darf unter dem neu geltenden Rechtsanspruch auf keinen Fall leiden“, erklärte der AWO Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler. Die Pressekonferenz wurde genutzt, um die Position der AWO weit zu streuen und Einfluss zu nehmen. Gemeinsam mit dem anerkannten Kinder- und Entwicklungspsychologen Prof. Dr. Rainer Strätz wurde unterstrichen, dass der Rechtsanspruch keinesfalls zulasten der Qualität und zugunsten der Quote umgesetzt werden dürfe. Unter großem öffentlichem Interesse wurden die zuvor erarbeiteten Forderungen der AWO vorgestellt. Entscheidend ist der Dreiklang aus qualitativ guter Betreuung, genügend gutbezahlten Fachkräften und einer ausreichenden staatlichen Finanzierung. „Unausweichlich sind bundeseinheitliche Standards aufgrund pädagogischer Vorgaben und eine solide Finanzierung mithilfe von Bundesmitteln“, erklärten Strätz und Stadler.

Pressekonferenz am 18. Juli 2013: „Gutachten zur Umsetzbarkeit und Verfassungskonformität einer Bürgerversicherung“

AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker stellte gemeinsam mit den Autoren des Gutachtens Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback und Prof. Dr. Stefan Greß die Ergebnisse vor. Die Wissenschaftler waren sich einig, dass das AWO-Modell der Pflege-Bürgerversicherung administrativ und rechtlich umsetzbar ist. „Vor dem Hintergrund der gewaltigen pflegepolitischen Herausforderungen ist die Pflege-Bürger-

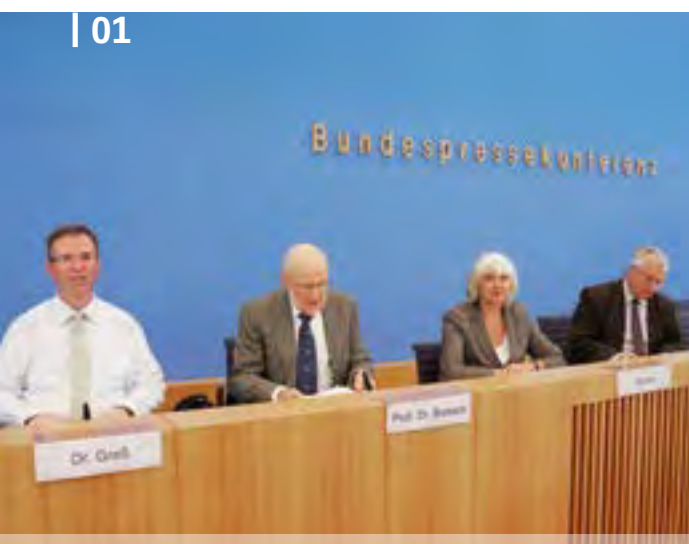
versicherung der gerechteste und sicherste Weg für alle“, unterstrich Döcker die Ergebnisse. Durch das AWO-Konzept würden für die Bürger/innen keine zusätzlichen Kosten entstehen; auf eine private Zusatzversicherung und auf ein risikobehaftetes kapitalgedecktes System wird hierbei verzichtet. Das Gutachten hatte nicht zuletzt eine breite Streuung, weil es endgültig verfassungsrechtliche Bedenken wie auch Ängste vor einem erhöhten Verwaltungsaufwand ausräumen konnte.

Pressekonferenz am 24. Oktober 2013: „Ungerechte Kita-Finanzierung – Mehr Verantwortung für den Bund“

„Die finanzielle Unterstützung einer Kita und somit auch die Qualität der Kinderbetreuung dürfen nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen“, betonte der AWO Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler vor zahlreichen Medien. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz sieht auch Prof. Dr. Stefan Sell als wissenschaftlicher Experte auf diesem Gebiet dringenden Handlungsbedarf: „Der Bund und die Sozialversicherungen sind stärker in die Regelfinanzierung einzubinden und die Mittel für die Kinderbetreuung zweckgebunden zu vergeben.“ Das sind Kernpunkte des Modells der AWO zur Kita-Finanzierung. Es gilt, die gesellschaftliche Chance zu nutzen, dass immer jüngere Kinder für immer längere Zeit in die Verantwortung von Kitas und Tageseltern gegeben werden. Mit dem AWO-Modell kann es gelingen, positiven Einfluss auf die Entwicklung der Kinder in Sachen Sprachförderung, Bildung, Mobilität und auch bezüglich ihrer Sozialkompetenz zu nehmen. „Es braucht aber ein bundesweites Qualitätsgesetz oder ein Abkommen, das die Qualität der Betreuungsangebote sicherstellt“, betonte Stadler.

| 01 *Pressekonferenz zum Gutachten zur Bürgerversicherung.*

| 02 *Pressekonferenz zur Kita-Finanzierung.*



InklusivKreativ

Zeigt uns beim Wettbewerb **InklusivKreativ**,
was Ihr unter Inklusion versteht und gewinnt tolle Preise.



In Kooperation mit:



AKTION
MENSCH

| Justizariat/Personal

Die Stabsstelle Justizariat/Personal umfasst folgende Tätigkeitsbereiche:

Justizariat

Das Justizariat ist zuständig für die Beratung des Vorstandes des Bundesverbandes in allgemeinen Rechtsangelegenheiten, für die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung sowie für die Verständigung zu rechtlichen Themen auf Bundesebene. Seine Aufgabe ist es, rechtliche Probleme im Vorfeld zu erkennen, Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, mit dem Ziel, Streitigkeiten zu vermeiden.

In diesem Jahr nahm der Bundesverband Stellung zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Pauschal- und Bausteinreisen. Zentraler Kritikpunkt für die AWO war die Ausweitung der Pflichten für Reiseveranstalter auf Veranstalter von gelegentlichen Reisen, was die AWO-Gliederungen unverhältnismäßig treffen würde. Dies vertrat der Bundesverband auch in einer Anhörung des Bundesjustizministeriums zum Kommissionsvorschlag.

Personal

Der Bereich Personal beschäftigt sich mit den Fragen der Personalbeschaffung und Personalverwaltung der Beschäftigten des Bundesverbandes. Die Organisation der Bewerbungsverfahren und der Arbeitssicherheit ist hier ebenso angesiedelt wie Gehaltsabrechnung und -buchhaltung sowie die Abrechnung personenbezogener Fördermittel, beides in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Fördermittelmanagement sowie Finanz- und Rechnungswesen. Mit einer Entgeltordnung zum Tarifvertrag AWO Bundesverband wurden im Mai

2013 die Verhandlungen des Arbeitgeberverbands Deutschland e.V. (AGV) mit ver.di erfolgreich abgeschlossen. Die Entgeltordnung regelt sowohl die Eingruppierung der Beschäftigten des Bundesverbandes anhand ihrer Tätigkeit als auch die Entgelterhöhungen. Ziel war es, eine auf den Bundesverband zugeschnittene Vergütungsordnung zu schaffen, die Verantwortungsbereiche und Aufgaben gerecht abbildet.

Wirtschaftsrecht, insbesondere Gewerblicher Rechtsschutz

Zu den Aufgaben des Justiziariats gehört auch die Bearbeitung vielfältiger juristischer Fragen des Wirtschaftsrechts, unter anderem im Handelsrecht, Gesellschaftsrecht sowie im Vergaberecht. Ein Schwerpunkt liegt in der Bearbeitung von Angelegenheiten des Gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere des Verbandlichen Markenrechts. Der Bundesverband hat eine „Richtlinie zur Ausführung des Verbandlichen Markenrechts“ erarbeitet, die der Bundesausschuss im November 2013 verabschiedet hat. Sie konkretisiert die Regelungen, die auf Beschlussfassung der Bundeskonferenz 2012 neu in das Verbandsstatut aufgenommen wurden. Ziel des neuen Regelwerkes ist es, durch eine transparente Ausgestaltung der verbandlichen Nutzung die Marken des Gesamtverbandes, deren Verteidigungsmöglichkeiten nach außen und somit den Markenauftritt der AWO insgesamt zu stärken.

Rahmenverträge und AWO-Einkaufsverbund

In der Stabsstelle erfolgt auch die vertragliche Arbeit für den Bereich der AWO-Rahmenverträge und den AWO-Einkaufsverbund.



IHR EINSATZ SCHENKT FREUDE

Seit 1956 fördert die Fernsehloterie soziale Projekte in ganz Deutschland. Zahlreichen Menschen wird so ein besseres Leben ermöglicht – ganz gleich ob Kindern, Jugendlichen oder Familien, Menschen mit Behinderung, Kranken oder Senioren.

Gemeinsam können wir in Zukunft noch mehr bewegen!

Helfen auch Sie mit einem Los – und sichern Sie sich gleichzeitig die Chance auf viele attraktive Gewinne.

Lose und weitere Infos erhalten Sie unter der gebührenfreien Servicenummer **08000/411 411** oder auf **www.fernsehloterie.de**

Loskauf ab 18 Jahren. Glücksspiel birgt Risiken. Infos auf www.bzga.de



Zentraler Dienst

Hauptaufgabe der Abteilung Zentraler Dienst ist die Unterstützung der Fachabteilungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben. Darüber hinaus werden durch diese Abteilung Dienstleistungen für den Gesamtverband erbracht. Dabei umfasst der Zentrale Dienst folgende Arbeitsfelder:

Betriebsdienst

Die Bereitstellung aller für die Durchführung eines reibungslosen Bürobetriebs notwendigen Produkte und Dienste steht im Mittelpunkt des Arbeitsfeldes Betriebsdienst. Darüber hinaus werden die im Bundesgebiet vorhandenen Immobilien bewirtschaftet.

IT

Aufgabe des Arbeitsfeldes IT ist die Sicherstellung einer möglichst redundanten, hoch verfügbaren und funktionalen Arbeitsumgebung sowie die sichere Speicherung aller elektronisch vorliegenden Informationen.

Verlag/Vertrieb

Der Bundesverband erbringt Dienstleistungen für den Gesamtverband. Dafür erstellt das Arbeitsfeld Verlag/Vertrieb Informationsmaterialien und Broschüren. Diese Druckereierzeugnisse werden neben Werbearbeiten, Ausstellungen und Wohlfahrtsmarken innerhalb des Verbandes vertrieben bzw. bereitgestellt und unterstützen den Gesamtverband bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Fördermittelmanagement

Die Abteilung Fördermittelmanagement ist die zentrale Serviceeinrichtung für die Verwaltung von Förderprogrammen des Bundes sowie einiger Stiftungen. Die Querschnittsaufgaben dienen der

sachgerechten verwaltungsmäßigen Abwicklung von Fördermaßnahmen und -projekten und der gesicherten Mittelweiterleitung an die örtlichen Projektträger.

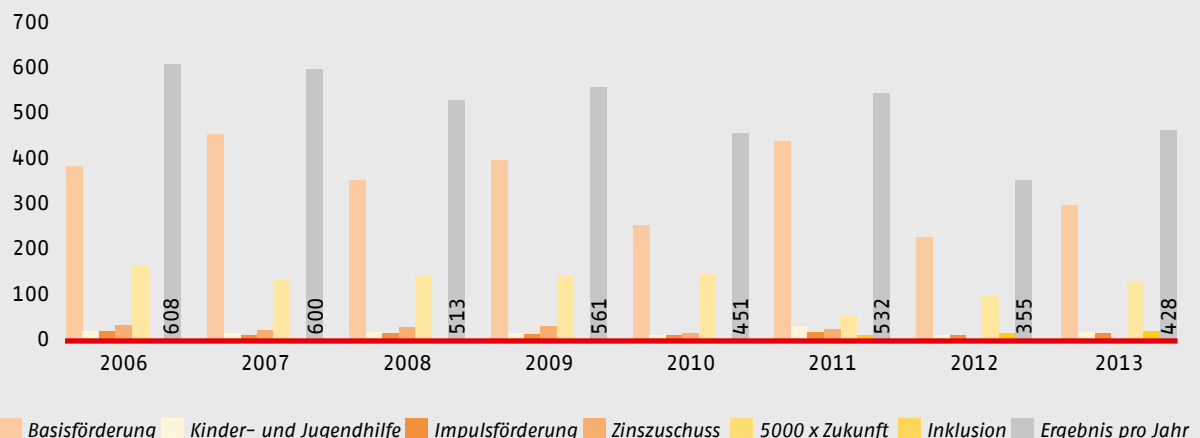
Aktion Mensch



Das Ziel der Aktion Mensch ist es, die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen, Menschen

in sozialen Schwierigkeiten und von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Im Jahr 2013 wurden 428 Anträge der Arbeiterwohlfahrt für Projekte, Investitionsmaßnahmen, Fahrzeugförderung, Ferien- und Bildungsmaßnahmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen gestellt und von der Aktion Mensch gefördert (siehe Grafik). Diese Zahlen machen

Anzahl bewilligte Anträge Aktion Mensch 2006–2013



deutlich: Auch 2013 war Aktion Mensch wieder ein verlässlicher Partner für innovative Projekte und Konzepte. Neue Impulse zu setzen in der Behindertenhilfe, im Rahmen von sozialpsychiatrischen Angeboten, bei der Sucht- und Wohnungslosenhilfe sowie in der Kinder- und Jugendhilfe wäre ohne die Förderung durch die Aktion Mensch häufig weder finanzier- noch durchführbar. So gelang es 2013, insbesondere durch das Förderprogramm Inklusion, weitere Vernetzungsprojekte von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen eines Sozialraums anzustoßen, um Inklusion in einer Region gezielt voranbringen zu können.

Deutsche Fernsehlotterie



Die Arbeiterwohlfahrt erhielt 2013 aus der Deutschen Fernsehlotterie Fördermittel für insgesamt 36 Projekte. Schwerpunkt der Lotterie ist die Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe. Außerdem werden Einrichtungen und Projekte im Bereich Kinder-, Jugend- und Gesundheitshilfe bezuschusst. Die größte Anzahl der Anträge aus der Arbeiterwohlfahrt ist der Altenhilfe zuzuordnen. Dabei sind Einrichtungen des gesamten Spektrums gefördert worden. Der AWO Bundesverband dankt allen Trägern, die durch die öffentliche Dokumentation der Herkunft der Mittel dazu beitragen, die Attraktivität der Lotterie zu steigern. Der Dank bezieht ebenso diejenigen mit ein, die durch den Erwerb von Losen für sich selbst oder auch als Präsente diese Fördermittel sichern. Seit Mai 2012 hat sich die Fernsehlotterie in „Deutsche Fernsehlotterie“ umbenannt und wirbt mit dem Slogan „macht mehr als glücklich“ – um noch mehr Aufmerksamkeit auf den guten Zweck der Lotterie zu lenken.

Glücksspirale



2013 wurden 37 Projekte der Arbeiterwohlfahrt bezuschusst. Der Schwerpunkt der Anträge lag in den Bereichen „Hilfen für Beratungs- und Betreuungsdienste“ sowie „Hilfen für Seniorenarbeit“. Der AWO Bundesverband ist allen Trägern dankbar, die durch eine medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit ihre Projekte vorstellen und die Herkunft der Fördermittel entsprechend darstellen. Dies ist wichtig, um den Bekanntheitsgrad der Lotterie zu erweitern und diese weiterhin attraktiv zu gestalten. Der Dank gilt auch und vor allem den Mitspielenden bei der Lotterie. Erst durch ihren Spieleinsatz sichern sie die Mittel zur Förderung von sozialen Projekten.

Kuratorium Deutsche Altershilfe



2013 erhielt die Arbeiterwohlfahrt vom Kuratorium Deutsche Altershilfe Fördermittel für folgende Bereiche:

- Hospitation in Einrichtungen mit innovativen Wohn- und Betreuungskonzepten
- spezielle Qualifizierung im Hinblick auf Schwerpunktbereiche
- Umsetzung von Projekten des bürgerschaftlichen Engagements im Quartier und zum Aufbau von Nachbarschaften/Nachbarschaftshilfen
- Konzeptentwicklung und kleinere Modellvorhaben für Träger von Diensten und Einrichtungen
- fachliche Begleitung von innovativen Ansätzen

Finanz- und Rechnungswesen

Der AWO Bundesverband führt seine Bücher nach den Regelungen der §§ 238 - 263 HGB (Vorschriften für alle Kaufleute). Das Rechnungswesen ist nach dem System der kaufmännischen Buchführung eingerichtet.

Für den Jahresabschluss per 31.12.2012 wurde von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein uneingeschränktes Testat erteilt. Die Prüfung des Jahresabschlusses per 31.12.2013

war bei Erstellung dieses Verbandsberichtes nicht abgeschlossen. Das vorläufige Ergebnis 2013 ist durch den Aufwand für die Bildung einer Rückstellung für bauliche Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln des Brandschutzes beeinflusst. Die gesamte wirtschaftliche Situation des Bundesverbandes ist solide. Die Zahlungsbereitschaft des Bundesverbandes war im Berichtszeitraum zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Vorläufige Bilanz des AWO Bundesverbandes e.V. zum 31.12.2013

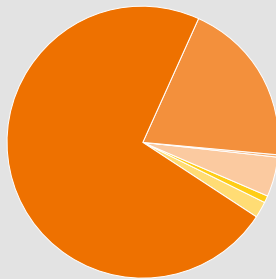
Aktiva	Stand 31.12.2013 €	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen	15.709.080,01	16.337
B. Umlaufvermögen	18.695.137,39	18.256
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	47
	34.404.217,40	34.640

Passiva	Stand 31.12.2013 €	Vorjahr T€
A. Eigenkapital	15.069.341,81	15.179
B. Fonds-Vermögen	1.529.225,81	1.478
C. Sonderposten aus Zuschüssen	6.199.830,96	6.621
D. Rückstellungen	2.076.790,83	1.968
E. Verbindlichkeiten	9.039.846,88	9.364
F. Rechnungsabgrenzungsposten	489.181,11	30
	34.404.217,40	34.640

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB	338.985,27	339
--------------------------------------	------------	-----

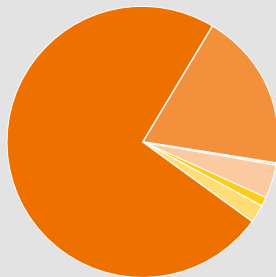
| Erträge und Aufwendungen

Erträge 2013



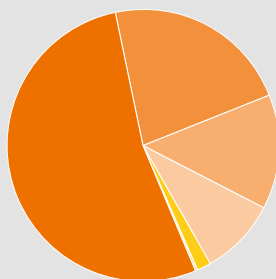
- 73%** Zuwendungen
- 19%** Einnahmen aus Leistungen d. Verbandes
- 0%** Spenden
- 5%** Sonstige Einnahmen
- 1%** Erträge aus der Auflösung der Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens
- 2%** Finanzerträge
- 0%** Außerordentliche Erträge

Erträge 2012



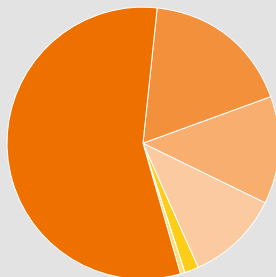
- 74%** Zuwendungen
- 19%** Einnahmen aus Leistungen d. Verbandes
- 0%** Spenden
- 4%** Sonstige Einnahmen
- 1%** Erträge aus der Auflösung der Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens
- 2%** Finanzerträge
- 0%** Außerordentliche Erträge

Aufwendungen 2013



- 53%** Aufwendungen für Programme/Maßnahmen
- 22%** Aufwendungen für den Gesamtverband/Fortbildung
- 14%** Personalaufwand
- 9%** Sonstiger Aufwand
- 2%** Abschreibungen
- 0%** Finanzaufwand
- 0%** Veränderung des Fondskapitals

Aufwendungen 2012



- 56%** Aufwendungen für Programme/Maßnahmen
- 18%** Aufwendungen für den Gesamtverband/Fortbildung
- 13%** Personalaufwand
- 11%** Sonstiger Aufwand
- 2%** Abschreibungen
- 0%** Finanzaufwand
- 0%** Veränderung des Fondskapitals

Wer **zusagt**,
muss auch **aufmachen**.



jetzt
schlägt's

13

Ab August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr Anspruch auf Betreuung. Das sagen die Gesetzgeber zu. Jetzt geht's ans Einhalten. Die AWO macht sich stark für mehr Kita-Plätze bei hoher Betreuungsqualität.
www.kita-kampagne.awo.org



**Das Jahr 2013 für die Fachverbände
und Partner der AWO**



| AWO International



Was uns bewegt hat – AWO International 2013

Es waren extreme Wetterereignisse, die uns im letzten Jahr bewegt und beschäftigt haben und dazu beitrugen, auf bisher ungewohnte Art und Weise auf die Folgen globaler Entwicklungen zu reagieren. Fast unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit forderten im Juni 2013 durch starke Monsunregenfälle ausgelöste Überschwemmungen in Indien im Bundesstaat Uttarakhand über 5.700 Tote. Eine unserer indischen Partnerorganisationen arbeitet direkt in diesem Bundesstaat, sodass wir umgehend Mittel bereitstellen konnten. In 17 Dörfern wurden so über 500 Familien mit Lebensmitteln, Geschirr, Kochern und Planen versorgt.

Anfang November zog ein Taifun mit Windgeschwindigkeiten von über 380 km/h über mehrere Inselgruppen der Philippinen. Mehr als 5.000 Menschen kamen bei diesem zerstörerischsten Taifun seit Jahrzehnten ums Leben. 13 Millionen Menschen waren von den Verwüstungen betroffen. Die Häuser in der Region, in der der Taifun wütete, bestehen oft nur aus wenigen gemauerten Steinen, Holzbrettern und Wellblech. Schutzräume für die regelmäßig wiederkehrenden Stürme gibt es viel zu wenige. AWO International wurde mit Aktion Deutschland Hilft (ADH) sofort nach dem Tropensturm aktiv und plant, bis voraussichtlich Ende 2015 im Wiederaufbau tätig zu sein.

Hochwasser in Deutschland – eine andere Klimapolitik ist gefordert

Im Juni war es das Hochwasser im eigenen Land, das eine beeindruckende Welle der Solidarität auslöste. Als AWO International haben wir uns schnell entschieden, uns zum ersten Mal auch in der Katastrophenhilfe im eigenen Land zu engagieren und unser Know-how einzubringen. Gemeinsam mit den Landesverbänden der Arbeiterwohlfahrt und unterstützt durch Spendengelder, die wir im ADH-Netzwerk, aber auch durch vielfältige Direktspenden von Mitgliedern sowie Freundinnen und Freunden der AWO erhielten, konnten „Flutbüros“ eröffnet und Hilfe geleistet werden. Langfristig angelegte qualifizierte Beratung zur Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber Versicherungen und staatlichen Programmen ist für Flutbetroffene derzeit eine wichtige Unterstützung.

Alle drei Ereignisse haben mit den dramatisch werdenden Klimaentwicklungen zu tun. Sie sind Folgen einer Globalisierung, die von zunehmenden ökologischen Katastrophen geprägt ist. Zwar sind die Auswirkungen von Naturkatastrophen weltweit höchst unterschiedlich, die Ursachen sind jedoch dieselben: Wissenschaftliche Studien zeigen, dass extreme Wetterereignisse wie Starkregen im letzten Jahrzehnt messbar zugenommen haben und auf den sich beschleunigenden Klimawandel zurückzuführen sind. Millionen Menschen sind, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, in Südasien und auf kleinen Inselstaaten, durch den Klimawandel gefährdet. Klimapolitik, so zeigen diese Beispiele, ist zu einem zentralen globalen Politikfeld geworden. Eine entschiedene Energiepolitik in Deutschland wäre auch ein Beitrag

| 01 *Fluliyabai Dhurvey konnte ihr Jahreseinkommen mit Unterstützung von AWO International vervierfachen.*

| 02 *Feierlicher Abschluss: Nach 15 Jahren Zusammenarbeit wurde das Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen an die Baiga – eine indigene Bevölkerungsgruppe in Indien – übergeben (Foto: AWO International).*

| 03 *Der Taifun Haiyan hinterließ eine Spur der Verwüstung. AWO International stellte Gelder aus dem Nothilfefonds zur Verfügung und rief zu Spenden auf, um den Menschen auf den Philippinen zu helfen (Foto: ADH/Zanettini).*

| 04 *Starke Monsunregenfälle führten zu massiven Überschwemmungen und Erdbeben in Indien. AWO International leistete umgehend Nothilfe (Foto: MSS).*



zur Katastrophenprävention weltweit. So verstehen wir unser internationales Engagement auch als ein Engagement für mehr Klimagerechtigkeit. Länder und Bevölkerungsgruppen, die am meisten zu den Klimaveränderungen beigetragen haben, sind vorrangig verpflichtet, den Betroffenen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Internationale Solidarität buchstabiert sich heute als konsequenter Klimaschutz, der im eigenen Land wie weltweit umgesetzt werden muss.

Vorsorge hilft

In Mittelamerika waren wir im letzten Jahr mit Fragen der Katastrophenprävention beschäftigt. Dort gibt es regelmäßig Erdbeben, Vulkanausbrüche und Hurrikane. Niemand kann diese verhindern, aber es kann gelernt werden, was bei einem Erdbeben zu tun ist. So wurden in zehn Gemeinden über 1.000 Familien mit Kindern, die mit Behinderungen leben, geschult. Kooperiert wurde dabei mit Los Pipitos, einer landesweiten Eltern-Selbsthilfe-Organisation, die sich für Inklusion, behinderte Kinder und Jugendliche einsetzt. In Jakarta wurden Mitarbeitende unserer Partnerorganisationen als „Präventionstrainer/innen“ ausgebildet, die ihr Wissen im Rahmen ihrer Arbeit weitergeben können. Die Praxis zeigt, wie hilfreich und wichtig diese Trainings sind und dass sich Menschen, die sich auf extreme Naturereignisse vorbereitet haben, mit gestärkter Widerstandskraft (Resilienz) besser schützen können.

Menschenrechte gelten auch für Migrantinnen und Migranten in den Golfstaaten!

Zurzeit bauen wir einen neuen Arbeitsschwerpunkt „Sichere Migration“ in Nepal und Bangladesch auf. Zigtausende Menschen verlassen jedes Jahr diese beiden Länder, häufig in Richtung Golfstaaten,

wo sie unter katastrophalen Bedingungen schuften. Die Nachricht von 44 bei Bauarbeiten im zukünftigen FIFA-Weltmeisterschaftsstadion zu Tode gekommenen nepalesischen Arbeitern im August 2013 markiert nur die Spitze des Eisberges. Unsere beiden Partnerorganisationen Pourakhi und Warbe beraten potenzielle Migrantinnen und Migranten, klären sie über ihre Rechte auf und betreuen Rückkehrer/innen, was angesichts der eklatanten Menschenrechtsverletzungen, denen sie ausgesetzt sind, einer Herkulesaufgabe gleichkommt.

15 Jahre erfolgreiche Partnerschaft mit NIWCYD

Eine große Zeremonie zur feierlichen Übergabe eines über 15 Jahre von der AWO begleiteten Projektes an die Bevölkerung fand in Zentralindien mit unserem Projektpartner NIWCYD statt. Über 3.000 Personen nahmen an dem bewegenden Festakt mitten im Wald teil und machten deutlich, wie sehr sie von der erfolgreichen Kooperation profitiert haben. Sie kennen ihre Rechte und können sich so organisieren, dass sie diese auch zukünftig bei den lokalen Regierungen einfordern werden.

Gemeinsam sind wir stärker

Ende des Jahres haben wir unsere Kisten gepackt, um im Januar in das Heinrich-Albertz-Haus, in dem auch der AWO Bundesverband sitzt, zu ziehen. Von der engeren räumlichen Nähe werden beide Verbände profitieren: Themen wie Inklusion, Teilhabe, politische Partizipation, Resilienz, faire Beschaffung und Klimapolitik finden weltweit Aufmerksamkeit. Der innerverbandliche Austausch mit internationaler Perspektive kann – so die bereichernde Erfahrung nicht nur im Rahmen der Hilfe für die Flutopfer in Deutschland – beide Verbände befruchten.

AWO International ist Mitglied von



solidar



| Das Bundesjugendwerk der AWO



Das Jugendwerk, der eigenständige Kinder- und Jugendverband der AWO, tritt für eine demokratische, solidarische und gerechte Gesellschaft ein. Wir unterstützen Kinder und Jugendliche dabei, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens aktiv mitzuwirken und ihre Interessen und Rechte wahrzunehmen.

Das Bundesjugendwerk der AWO arbeitet als Dach der Landes- und Bezirksjugendwerke eng mit seinen Gliederungen zusammen. Die Schwerpunkte liegen in der Bildungsarbeit für Jugendwerkerinnen und Jugendwerker auf Landes- und Bezirksebene und in der offenen politischen Auseinan-

dersetzung mit Kinderrechten, Armut, Sozialpolitik, Bildung und Erziehung sowie Inklusion. Wir fördern und unterstützen den intensiven Austausch unserer Gliederungen untereinander, die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung des Gesamtverbandes und die Vernetzung mit Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe. Als politische Interessenvertretung macht das Bundesjugendwerk darüber hinaus die Lebenslagen, Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen sichtbar und bringt sie kontinuierlich in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse ein. Dafür stehen wir in intensivem Austausch mit unserem Mutterverband, der AWO, mit befreundeten Jugendverbänden und politischen und zivilgesellschaftlichen Entscheidungsträger/innen und Partner/innen.

Bundesjugendwerkstreffen 2013

Im Mai 2013 fand in Kooperation mit dem Landesjugendwerk Schleswig-Holstein das Bundesjugendwerkstreffen statt. Diese größte bundesweite Veranstaltung für die ehren- und hauptamtlich Aktiven unseres Verbandes, die alle zwei Jahre stattfindet, stand dieses Mal unter dem Motto: „Klönchnack und Meer – Jugendwerk op platt!“ Hierzu trafen sich rund 350 Jugendwerker/innen an der Kieler Förde. Mit Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu Themen wie „Anti Bias“, „Bundeskinderschutzgesetz“, „Sozialismus“, „Armut in Deutschland“ oder „AWO-Fanprojekte“ sowie mit Kreativ-, Theater- und Spielangeboten, Ausflügen in die Umgebung von Kiel und Volleyball- und Fußballturnieren wurde den Teilnehmenden ein buntes und vielfältiges Programm geboten. Außerdem war ein professionelles Film-

team vor Ort, um zwei Imagefilme für die Öffentlichkeitsarbeit der Jugendwerke zu drehen. Diese Filme sind abrufbar unter: www.jugendwerk-der-awo.de.

Zukunft der Jugendverbandsarbeit

Die Seminarreihe „Zukunft der Jugendverbandsarbeit“, der ein Bundesjugendwerkskonferenzbeschluss aus dem Jahr 2012 zugrunde liegt, wurde mit dem Thema „Junge Menschen im Jugendwerk stärken“ 2013 weitergeführt. Ziel der Seminarreihe ist es, die Arbeit und die verbandlichen Strukturen des Jugendwerks vor dem Hintergrund aktueller Rahmenbedingungen und Interessenlagen junger Menschen zu hinterfragen und so auszurichten, dass unser Verband auch zukünftig ein attraktiver Ort des Engagements und der Begegnung für die junge Generation bleibt. Hier-

| 01 Larissa Krümpfer und Sebastian Kunze (Vorsitzende des Bundesjugendwerks der AWO) mit Sigmar Gabriel für die Kampagne „STANDpunkt“ des Deutschen Bundesjugendrings, 2013 in Berlin.

| 02 Volleyballturnier, Bundesjugendwerkstreffen, 2013 in Kiel.

| 03 Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendrings im September 2013.





Dreh eines Imagefilms, Bundesjugendwerkstreffen 2013 in Kiel.

bei beschäftigen sich Jugendwerkerinnen und Jugendwerker unter anderem mit der geltenden Altersgrenze von 30 Jahren sowie mit Möglichkeiten des daran anschließenden Engagements, z. B. in der AWO.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte unserer Arbeit

Der Vorstand des Bundesjugendwerkes begleitete die Seminare und Veranstaltungen und widmete sich schwerpunktmäßig der verbandsinternen Vernetzung und Entwicklung von Themen wie Ferienfahrten, Freiwilligendienste, Tradition der Arbeiter/innenbewegung oder Medienarbeit. Außerdem wurde über die Mitarbeit in Fachauschüssen, Arbeitskreisen und im Bundespräsidium die Zusammenarbeit mit der AWO weiter in-

tensiviert. Die Idee und erste Planungen für eine gemeinsame Konferenz von Jugendwerk und AWO im November 2014 wurden zusammen von der Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ auf den Weg gebracht.

Ein wichtiges Anliegen des Bundesjugendwerkes ist zudem die politische Lobbyarbeit für die Belange von Kindern und Jugendlichen. Dafür ist uns der Deutsche Bundesjugendring ein wichtiger Partner. Hier haben wir uns 2013 gemeinsam für die Stärkung ehrenamtlichen Engagements, einen leistungsfähigen Sozialstaat, Leitlinien für eine jugendpolitische Netzpolitik, Inklusion und Diversität in der Jugendarbeit sowie die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa eingesetzt.

| gos – Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH



Erfolge und Mühen nach dem Neustart – Die gos auf dem Weg

Seit gut einem Jahr segeln wir unter neuer Flagge als gos Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH. Mit dem Neustart war der Wunsch verbunden, die gute Praxis in der AWO umfassend zu fördern und unsere Unterstützungsangebote konsequent an den Bedarfen der Unternehmen und Gliederungen der AWO auszurichten. Zugleich wollten wir unsere Erfahrungen aus vielen Jahren intensiver Projektarbeit und neue sozialwissenschaftliche Erkenntnisse als Praxiswissen zur Verfügung stellen. Wir vermitteln dieses Angebotsspektrum auf unserer neu gestalteten Internetpräsenz www.gos-organisationsberatung.de. Im März schlossen wir gemeinsam mit dem AWO Bundesverband mit einer Fachtagung in Berlin unter Beteiligung vieler Projektteilnehmer/innen das Pilotprojekt „Inklusiv leben – Wege zur Inklusion im sozialen Raum für Menschen mit geistiger Behinderung“ ab. Während dieses Projekts wurden an vier Standorten (Dortmund, Karlsbad, Dillingen und Hamburg) unterschiedliche Wege der Veränderung des lokalen Umfeldes für eine offene, gemeinschaftliche Lebensgestaltung von behinderten und nicht behinderten Menschen entdeckt und ausprobiert. Die vielen hieraus entstandenen Ideen für die Gewinnung, Aktivierung und Ver-

netzung möglichst vieler Akteure im lokalen Raum sind in der Projektdokumentation, bestehend aus Bericht und CD mit Eindrücken aus den Standorten, zu finden. Viele Jahre der Projektarbeit zur Verbesserung der Bewohnerbeteiligung, der Abschieds- und Sterbekultur und der Betreuung von Menschen mit Demenz fanden im Juni mit der vom AWO Bundesverband und der gos gestalteten Fachtagung „Vergesst nicht die, die vergessen! Pflege dementiell Erkrankter am Lebensende“ ihren vorläufigen Abschluss. Im Mittelpunkt dieser Tagung standen die Erfahrungen der 20 Einrichtungen aus der stationären Altenhilfe der AWO, die seit 2010 das Pilotprojekt „Palliative Care und Abschiedskultur bei Menschen mit schwerer Demenz“ vorangetrieben hatten. Die Mitarbeiter/innen dieser Einrichtungen beteiligten sich an konzeptionellen Entwicklungen, erprobten neues Handeln und bildeten sich fort. Die Erkenntnisse hieraus sind in Praxishilfen zu den Themen Assessment, Milieugestaltung, Palliative Pflege sowie Abschiedskultur und Sterbebegleitung für Menschen mit schwerer Demenz eingeflossen.

Jeder Abschied birgt einen Neuanfang

Mit einem Personalwechsel im Arbeitsfeld Senioren- und Altenhilfe war 2013 auch eine fachliche Neuausrichtung verbunden. Künftig geht es um Fragen wie: Was wird gebraucht, damit ältere Menschen möglichst lange im vertrauten Wohnquartier leben können? Über welche Kompetenzen und Möglichkeiten für neue Lösungen verfügen Einrichtungen und Gliederungen der AWO? Gemeinsam mit dem Bundesverband und Angeboten der AWO zur Seniorenbetreuung und Pflege entwickelten wir das neue Pilotprojekt „Sozialraumorientie-

|01 Die gos-Teammitglieder (v.l.n.r.: Anne Bicker, Ullrich Wittenius, Rainer Schwarz, Angela Göring, Dr. Christiane Schönknecht).

|02 Podiumsdiskussion auf der Fachtagung „Vergesst nicht die, die vergessen!“ (u. a. links Monika Bischoff).

|03 Gerd Kähler während der Abschlussveranstaltung des Projektes Inklusiv leben.



„AWO-Altenhilfe – AWO stark im Quartier“. Die Glücksspirale fördert in diesem Projekt eine zentrale Regiestelle, die die beteiligten Standorte bei der Neuausrichtung der Alten- und Seniorenhilfe in ihrem Quartier aktiv unterstützt. Hierzu werden Regionalwerkstätten durchgeführt, auf denen unter anderem Faktoren ermittelt werden, die sich fördernd oder hemmend auf die Weiterentwicklung der Altenhilfeangebote in Richtung Quartier auswirken und die in einen Handlungsleitfaden einfließen werden.

Qualität entwickeln

Die „AWO-QM-Zertifizierung“ hat an Fahrt aufgenommen. 335 ausgegliederte AWO-Unternehmen sind inzwischen registriert. Die Zertifizierungsquote auf Ebene der Landes- und Bezirksverbände liegt bei 34 %, auf Ebene der Kreisverbände bislang bei knapp 10 %. Hier engagieren wir uns mit auf den speziellen Bedarf von Unternehmen und Gliederungen der AWO abgestimmter QM-Beratung. Neben vielen kleinen Gesellschaften, einzelnen Einrichtungen und Gliederungen von Hannover bis ins Saarland berät die gos mehrere große QM-Verbände.

Gemeinsam geht's besser – Verbundzertifizierung

In Sachsen-Anhalt begleiten wir den Aufbau eines QM-Verbundes aus Seniorenzentren, Kindertagesstätte, Beratungseinrichtung und AWO-Geschäftsstelle und beraten Einrichtungen des Gesundheitswesens bei der Entwicklung und Verstetigung von Qualitätsmanagement, zum Beispiel den QM-Verbund der AWO Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH mit Fachkrankenhäusern, medizinischen Versorgungszentren und Angeboten der Integration und Rehabilitation. Das breite fachliche Spektrum bei Verbundzertifizierungen fordert den Einsatz von mehreren Beraterinnen und Beratern mit unterschiedlicher Expertise bzw. Profession. Darüber hinaus erfordert die große Komplexität von QM-Verbundsystemen eine besonders intensive Begleitung von Projekt- und Lenkungsgruppen. So entsteht ein komplexes Steuerungssystem im Rahmen einer intensiven, kollektiven Anstrengung, an deren Ende sich das AWO-QM erneut bewährt.

Bedarfs- und termingerechte Inhouse-Fortbildungen

Anfang des Jahres 2013 haben wir unser Inhouse-Schulungsangebot überarbeitet, aktualisiert und neue Themen aufgenommen. Besonders die von der gos in diesem Jahr durchgeführten Inhouse-Schulungen für interne Auditorinnen und Auditoren werden von den Teilnehmenden sehr gut bewertet. Bei einer im Oktober in Magdeburg durchgeführten Schulung mit angehenden internen Auditorinnen und Auditoren aus verschiedenen AWO-Kreisverbänden schätzten die Teilnehmenden die Kompetenz der Referierenden, den schlüssigen Aufbau der Veranstaltung sowie die Gelegenheiten zum kollegialen Austausch und die methodisch-technische Gestaltung als ausgezeichnet ein.

Eine Organisation ist mehr als die Summe ihrer funktionierenden Bestandteile

Wir begleiteten Verbands- und Unternehmensentwicklungsprozesse im Rahmen unseres Organisationsberatungsangebotes. Hierzu gehörten komplexe Entwicklungsvorhaben wie in Weser-Ems und Westfalen-Lippe. Wir wurden hierbei analysierend, konzeptionell, beratend und moderierend tätig. Außerdem standen wir 2013 für die Initiierung von Veränderungsprozessen in einzelnen kleinen Einrichtungen zur Verfügung. Oft beanspruchten diese ein vielfältiges Methodenspektrum von Konfliktmoderation über Supervision/Coaching bis zur Zukunftskonferenz. Als Tochter des Bundesverbandes werden wir auch unmittelbar für dessen Abteilungen und Referate tätig. Wir führten Freiwilligen- und Kundenbefragungen durch, bereiteten diese vor und werteten sie aus.

Berater/innen sind gut beraten, sich beraten zu lassen

Intensiv haben wir uns um die Vernetzung von Beratern im Rahmen der AWO bemüht. Mit Treffen im Frühjahr und Herbst bereiteten wir die Gründung eines Netzwerkes „AWO Praxisberatung“ vor und vollzogen diese Ende des Jahres. Die Mitglieder bilden ein sehr breites fachliches Spektrum ab, unterstützen und beraten sich gegenseitig und analysieren den AW-Unterstützungsbedarf. Sie stellen sich unter www.gos-organisationsberatung.de mit ihren Tätigkeitsprofilen vor.

| Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS-Frankfurt a.M.)



Kooperation in Forschungs- und Beratungsfragen

Das ISS-Frankfurt a.M. wurde als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbstständiger gemeinnütziger Verein organisiert.

Das ISS-Frankfurt a.M. und die AWO arbeiten seit Langem zu den Themenschwerpunkten „Prekäre Lebenslagen“ und „Soziale Ausgrenzung“ eng zusammen. Seit 2012 konzentrierte sich die Kooperation auf die Themen „Prävention“ und „Soziale Inklusion“. 2013 wurden Fragen zu „Lokaler Sorgpolitik“ und „Social Innovation Europe“ ergänzt.

| Drei der Projekte in Zusammenarbeit mit der AWO

Soziale Inklusion und Teilhabe

Was hält die Gesellschaft zusammen, wie kann Inklusion ermöglicht und die Teilhabe insbesondere von sozial benachteiligten Gruppen gesichert werden? Diese Fragen sind wichtige Aspekte im Rahmen der AWO-ISS-Kooperation „Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland“. Dieses Forschungsprojekt im Auftrag des AWO Bundesverbandes e.V. betrachtet inklusionsfördernde und -hemmende Faktoren, die den gesamten Lebensverlauf von der frühen Kindheit bis zum hohen Alter berücksichtigen. Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft sind sowohl die normative Verankerung von Vielfalt als positivem Wert als auch die Schaffung entsprechender rechtlicher, finanzieller und politischer Rahmenbedingungen. Ziel von Inklusion ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Anspruch und Herausforderung ist hier, die Unterschiedlichkeit der individuellen Anforderungen und sozioökonomischen Lagen wahrzunehmen sowie Benachteiligungen auszugleichen. Das Bemühen darum zeigt sich aktuell z. B. im Diskurs

um eine Neuausrichtung von Stadtentwicklungskonzepten; es sollen im Quartier/Sozialraum inklusive Prozesse in der Lebenswelt der Menschen gestärkt werden. Ein Leitgedanke der Planung lautet, „Ungleiches ungleich behandeln“. Ziel der AWO-ISS-Kooperation ist es, den Begriff und das Verständnis von Inklusion theoretisch fundiert zu betrachten. Es sind über Analysen der AWO-Praxis in fünf Handlungsfeldern zentrale Faktoren des Gelingens von Inklusion herauszufiltern. Schließlich geht es darum, einen Beitrag zur Profilierung des verbandlichen Selbstverständnisses sowie zur Weiterentwicklung der Praxis zu leisten.

Veröffentlichungen

- Tina Aliche: *Integration-Diversity-Inklusion, in: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.): Inklusion – Integration – Diversity. Wie kann die Jugendsozialarbeit Vielfalt fördern und Diskriminierung entgegenreten?* Berlin 2013, S. 6–13.
- Tina Aliche/Antje Eichler (2013): *Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland. Kinder und Jugendliche: Teilhabe in der Schule.* Frankfurt a.M. 2013.
- Tina Aliche/Kathrin Linz-Dinchel: *Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland: Grundlagen und theoretischer Hintergrund.* Frankfurt a.M. 2012.

| 01 Michael Schöttle, Gerda Holz, Christoph Gilles, Annette Berg anlässlich der Preisverleihung (v.l.n.r.).

| 02 Urkunde des Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“.



Kinder- und Jugendarmut

Die Forschung zu „Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen“ wird seit 1997 vom ISS-Frankfurt a.M. im Auftrag des AWO Bundesverbandes e.V. durchgeführt. Im Rahmen dieser Studie wurde ein eigener Ansatz kindbezogener Armutsprävention entwickelt, der – dem Inklusionsgedanken verpflichtet – an einer Prävention auf der Verhaltens- und der Verhältnissebene ansetzt.

Immer mehr Kommunen verfolgen diesen Ansatz und auf Länderebene dient er als Orientierungspunkt. Eine bundesweite ISS-Recherche 2013 zeigte, dass zwischenzeitlich rund 50 Kommunen – von der Klein- bis zur Großstadt – konsequent ein integriertes Gesamtkonzept zur kindbezogenen Armutsprävention umsetzen. Auf überregionaler Ebene hat die ISS-Forschungs- und Entwicklungsarbeit deutlichen Niederschlag im Programm „Netzwerk Kinderarmut bekämpfen“ des Landesjugendamtes Rheinland, im NRW-Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen – Kommunen beugen vor“ oder auch im Programm der BzGA „Gesund aufwachsen für alle“ gefunden.

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Gerda Holz: *Kinderarmut – Armutsprävention vor Ort gemeinsam gestalten*, in: *Bildung und Wissenschaft* 12/2013, S. 29–31.
- Gerda Holz/Claudia Laubstein/Evelyn Sthamer: *Armut(sfolgen) bei Kindern und Jugendlichen – Ein Plädoyer zur Neuausrichtung (nicht nur) der Jugendhilfe*, in: *Unsere Jugend* 3/2013, S. 98–111.
- Gerda Holz/Claudia Laubstein/Evelyn Sthamer: *Für Forschung schwer erreichbar? Zur quantitativen Befragung sozial benachteiligter Zielgruppen*, in: *Soziale Arbeit* 3/2013, S. 105–115.

Mo.Ki – Monheim am Rhein

Seit 2002 wird „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ von der AWO Niederrhein e.V. und der Stadt Monheim

am Rhein mit wissenschaftlicher Begleitung des ISS-Frankfurt a.M. sowie u. a. durch Förderung der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW und des Jugendministeriums (MFKJKS) NRW als kommunaler Präventionsansatz entwickelt und umgesetzt.

Monheim am Rhein ist Vorreiter und Benchmark praktischer (Armuts-)Prävention, die sowohl auf „Frühes Fördern und Inklusion von Anfang an“ eines jeden Kindes als auch auf die Verankerung „struktureller Prävention“ für alle Monheimer Kinder und Jugendlichen hinzielt.

Ein erfolgreich wirkendes Kernelement ist die Präventionskette „Von der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg“. Seit Herbst 2012 und bis Mitte 2015 wird „Mo.Ki III“ modellhaft umgesetzt. Im Fokus steht die präventiv und inklusiv ausgerichtete Weiterentwicklung der Sekundarstufe I: Neuland in einem noch immer stark sozial selektierenden Schulsystem.

„Mo.Ki – Monheim für Kinder“ zählt 2013/14 zu den 100 Preisträgern des bundesweiten Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“. Bei der Publikumsabstimmung per Internet wurde es 3. Sieger. Anlässlich der Preisverleihung präsentierten die Schülerinnen und Schüler des 6. Jahrgangs der Peter-Ustinov-Gesamtschule ihre persönlichen Erfahrungen mit „Mo.Ki III“ in einem mit professioneller Unterstützung selbst gedrehten Video. Vielsagender Titel: „Mo.Ki III – mit vielen kleinen Schritten zum Super-Mo.Ki!“ (<http://www.monheim.de/kinder-und-familie/moki-monheim-fuer-kinder/>).

Veröffentlichungen (Auswahl)

- Gerda Holz/Claudia Laubstein: *Frühes Fördern als Anspruch der Sekundarstufe I – „Mo.Ki III“ ein Projekt für 10- bis 14-Jährige!* Frankfurt a.M. 2013.

| 03 Die Preisverleihung im Bürgerhaus Baumberg in Monheim am Rhein.

| 04 Friedhelm Haussels, Anke Wieland, Arno Berberich, Daniel Zimmermann, Dr. Christine Bornemann, Jürgen Otto.



| SOLIDAR – aktiv in Brüssel für ein soziales und solidarisches Europa

solidar

SOLIDAR widmet sich für seine Mitglieder der besseren Information über und dem Einfluss auf die politischen Prozesse der EU-Institutionen, dem besseren Zugang zu europäischen Fördertöpfen und einer intensiveren transnationalen Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks, von der auch die AWO profitiert. Das Netzwerk umfasst mittlerweile 60 Organisationen in mehr als 20 Ländern, die in mindestens einer von SOLIDARs drei Säulen aktiv sind: Sozialpolitik, internationale Zusammenarbeit, Bildung und lebenslanges Lernen. Zu Beginn dieses Jahres hat SOLIDAR ein 4-jähriges Kooperationsabkommen mit der Europäischen Kommission im neuen Programm E@SI zur Be-

gleitung des Europäischen Semesters geschlossen und wird dabei ein besonderes Augenmerk auf die soziale Komponente der Reformbemühungen der Mitgliedsstaaten zur Erreichung der EU2020-Ziele legen. Außerhalb Europas verfügt SOLIDAR über Partnernetzwerke auf allen Kontinenten (GLOBAL NETWORK) und eine Plattform für Soziale Gerechtigkeit im Nahen Osten und Nordafrika. SOLIDAR ist ein gutes Beispiel, wie die Präsenz in Brüssel die Zugangsmöglichkeiten zu den Institutionen verbessert und den Einfluss zum Nutzen der Mitglieder durch transnationale Kooperationen erhöht. Die AWO als wichtige Trägerin der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland kann SOLIDAR als wichtiges Sprachrohr auf europäischer Ebene nutzen.

Die EU ist mehr als eine Wirtschaftsunion, wir brauchen die Sozialunion!

SOLIDAR setzt sich besonders für die Stärkung der sozialen Dimension des Europäischen Semesters ein, dem jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung zur Erreichung der EU2020-Ziele. In den letzten fünf Jahren sind die Auswirkungen einseitiger Sparpolitik sichtbar geworden: 24 Millionen Arbeitslose, 120 Millionen Menschen in Armut oder mit Armutsgefährdung und eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50% in Spanien und Griechenland. Die Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten nehmen kontinuierlich zu; es ist höchste Zeit für einen Politikwandel. Daher hat SOLIDAR neben einer Veröffentlichung mit Empfehlungen für eine stärkere soziale Konsolidierung im Europäischen Semester gemeinsam mit Mitgliedern und Partnerorganisationen die „Social Progress Watch“-Initiative

ins Leben gerufen. Mit dieser Initiative wird der Fortschritt der sozialen Inklusion, bei der auch die Förderung des lebenslangen Lernens eine wichtige Rolle spielt, kontinuierlich gemessen und bewertet. SOLIDAR wird daraus konkrete Empfehlungen bezüglich sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die europäischen Institutionen entwickeln.

Anfang dieses Jahres hat die neue Programmperiode 2014–2020 der europäischen Struktur- und Investitionsfonds begonnen. SOLIDAR hat sich gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen dafür eingesetzt, dass 23% des EU-Budgets für Strukturmittel zur Verfügung stehen müssen. Im Europäischen Sozialfonds (ESF) stehen für die kommenden sieben Jahre mehr als 74 Mrd. Euro bereit. SOLIDAR und seine Partner haben da-

| 01 Veröffentlichung „European Semester 2014: Ensure Social Progress“.

| 02 SOLIDAR-Jahreshauptversammlung 2013.

| 01

European Semester 2014: Ensure Social Progress

Recommendations to strengthen the social dimension of the European Union



| 02



für gekämpft, dass diese Gelder nicht allein für Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt, sondern auch für die Armutsbekämpfung und die soziale Integration von Menschen genutzt werden können. Erfolgreich! 20 % der Mittel sind nun in jedem Mitgliedsstaat dafür vorgesehen. Weiterhin konnte SOLIDAR gemeinsam mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die verbindliche Verankerung des Partnerschaftsprinzips und damit die umfassende Einbindung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Akteuren der Sozialwirtschaft etc. in alle Phasen der Programmierung der Struktur- und Investitionsfonds erreichen. So kann die AWO dank ihrer täglichen Arbeit mit den Menschen vor Ort einen wertvollen Beitrag zur effektiven und effizienten Umsetzung des ESF leisten und umgekehrt von mehr Transparenz und längeren Konsultationszeiten profitieren.

In einem breiten Bündnis von Gewerkschaften, Sozialdienstleistern und Umweltverbänden hat sich SOLIDAR bei der Revision der Konzessions- und Vergaberichtlinien dafür eingesetzt, dass bei öffentlichen Vergaben ein Fokus auf Qualitätskriterien gelegt wird. Öffentliche Auftraggeber können demnach Anbieter bevorzugen, die bessere Arbeitsbedingungen, die Integration benachteiligter Menschen oder nachhaltig produzierte Produkte anbieten. Der Preis bleibt nach wie vor Auswahlkriterium, allerdings kann nun auch das Preis-Leistungs-Verhältnis unter Einbeziehung qualitativer Kriterien herangezogen werden. Im Bereich der Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitssektor begrüßt SOLIDAR die Anwendung eines vereinfachten Ausschreibungsverfahrens.

Soziale Dienstleister wie die AWO spielen eine wichtige Rolle in der Erbringung qualitativ hochwertiger, universell zugänglicher und erschwinglicher Dienstleistungen und tragen somit zu sozialer Inklusion und Konvergenz bei.

Soziale Dimension von EU-Erweiterung und EU-Nachbarschaftspolitik

Die Kampagne „The Freedom of Association – das Recht auf friedlichen Zusammenschluss und Versammlung“ wurde erfolgreich im November in Brüssel gestartet. Das Kooperationsprogramm „Soziale Gerechtigkeit im Mittleren Osten und Nordafrika“ zwischen SOLIDAR-Mitgliedern, Partnern in der Region, darunter Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen, und progressiven politischen Bewegungen setzt sich für die Versammlungsfreiheit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen und den sozialen Schutz in der Region ein. SOLIDAR hat 2013 ein 4-Jahres-Programm zum Aufbau von zivilgesellschaftlichen Sozialdienstleistern auf dem Balkan aufgelegt.

Nichtformelles und informelles Lernen endlich anerkennen

SOLIDAR setzt sich kontinuierlich für die Förderung und Anerkennung des nichtformellen und informellen Lernens ein, die bis 2018 in den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt und aktiv angewendet werden muss. Im kürzlich erschienenen Positionspapier „Building Learning Societies“ macht SOLIDAR die Bedeutung des nichtformellen und informellen Lernens deutlich und zeigt anhand von guten Beispielen seiner Mitglieder Wege zur Anerkennung dieser Lernleistungen auf.

- |03 Positionspapier „Empowering People through Non-formal and Informal Learning“.
- |04 MENA-Seminar Social Justice 2013.

BUILDING LEARNING SOCIETIES

| 03
briefing #63

Empowering People through Non-formal and Informal Learning

| 04



| Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)



2013: Familienpolitik im Zeichen des Wahlkampfs

Das Jahr 2013 stand für das ZFF über weite Teile im Zeichen der Bundestagswahl im Herbst und der nachfolgenden Regierungsbildung. In Form von Wahlprüfsteinen haben wir die politischen Parteien zu unseren zentralen familienpolitischen Themen und Forderungen befragt. Die Auswertung der Positionierungen haben wir auf unserer Homepage und als Sonderausgabe unseres Newsletters „ZFF-Info“ veröffentlicht. Während der Koalitionsverhandlungen haben wir uns in einem Brief an die SPD-Spitze für das neue, faire Kindergeld und die Einführung einer Familienarbeitszeit starkgemacht. Den schließlich im Dezember 2013 geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD haben wir einer aufmerksamen Prüfung und Auswertung hinsichtlich seines familienpolitischen Gehalts unterzogen.

Intensive politische Diskussion lösten im Jahr 2013 auch die Ergebnisse der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen aus, die erst knapp vor Ende der schwarz-gelben Regierungskoalition nach und nach veröffentlicht wurden. Das ZFF begrüßte grundsätzlich das Vorhaben, die Wirkung und das Zusammenspiel der Leistungen zu untersuchen. Kritisch wurden vom ZFF das Timing, die Einbindung der Zivilgesellschaft und der Umgang der Politik mit den Ergebnissen gesehen. Die inhaltlich wichtigste Kritik an den Erkenntnissen aus der Evaluation lautete, dass monetäre Transfers und infrastrukturelle

Unterstützungsmaßnahmen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen: Familien benötigen Zeit, Geld und Infrastruktur gleichermaßen.

Kinderarmut/Kindergrundsicherung

Im Vorfeld der Bundestagswahl haben wir Vertreter/innen aller im Bundestag vertretenen Parteien dazu eingeladen, Rede und Antwort zur Familienförderung in Deutschland zu stehen. Rund 40 familienpolitisch interessierte Bürger/innen sowie Vertreter/innen aus Verbänden, Gewerkschaft und Wirtschaft kamen Anfang Juni im Berliner taz.café zusammen, um mit den Politikerinnen und Politikern zu diskutieren und Einblicke in die Wahlprogramme zu erhalten. Einig waren sich die Teilnehmer/innen vor allem darin: Familienpolitik soll die Gerechtigkeitslücken im System der Familienförderung schließen. Die Konzepte auf dem Weg dorthin sind unterschiedlich. Das ZFF sieht sich jedoch bestätigt, die langjährige Forderung nach einer Kindergrundsicherung voranzutreiben.

Im Rahmen des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG wurden alle Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten für den Deutschen Bundestag mit einer Postkarte über unser Konzept informiert und dazu aufgefordert, sich für eine Kindergrundsicherung einzusetzen. Das Bündnis ist im Jahr 2013 weiter gewachsen: Es konnten vier neue Bündnismitglieder, u. a. die NaturFreunde Deutschlands und Prof. Jutta Allmendinger, gewonnen werden.

Zeitpolitik

Das Thema „Familienarbeitszeit“ hat das ZFF weiter beschäftigt: Nach der Ausrichtung eines Expert/innen-Workshops zu Modellen familiengerechter Arbeitszeiten mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

| 01 Arbeit im World Café.

| 02 Brigitte Scherb, Präsidentin LandFrauenverband, Christiane Reckmann, ZFF-Vorsitzende.

| 03 Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer AWO Bezirksverband Westliches Westfalen.



im März 2012 wurde im Jahr 2013 die Idee eines Lohnersatzes bei partnerschaftlicher Arbeitszeitreduktion beider Elternteile mit einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) unterlegt. Diese wurde vom ZFF begleitet: ZFF-Geschäftsführerin Barbara König nahm im November 2013 an der öffentlichen Vorstellung der Studie in der Friedrich-Ebert-Stiftung teil und kommentierte das Modell einer Familienarbeitszeit aus Sicht des ZFF.

Der Aspekt der kommunalen Familienzeitpolitik stand im Mittelpunkt einer Arbeitsgruppe des Deutschen Vereins, an der sich das ZFF beteiligte. Ziel der erarbeiteten Empfehlungen ist es, Bewusstsein für den zeitlichen Unterstützungsbedarf von Familien zu schaffen und Wege aufzuzeigen, wie die zeitlichen Belastungen von Familien durch lokale Unterstützungsmöglichkeiten entschärft werden können.

Schließlich beschäftigte die Zeitpolitik das ZFF – wie den AWO Bundesverband – auch verbandsintern: Als Ergebnis einer kleinen Arbeitsgruppe zur Umsetzung der familienpolitischen Beschlüsse der letzten AWO Bundeskonferenz im November 2012 wurde ein Expert/innen-Hearing zum Thema „Zeit für Familie“ konzipiert, das 2014 stattfinden soll.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel wie Alterung und rückläufige Geburtenentwicklung trifft die ländlichen Regionen in besonderem Maß. Im Oktober 2013 hat das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) gemeinsam mit dem Deutschen LandFrauenverband e.V. (dlv) auf einer Fachtagung das Thema „Familie im ländlichen Raum“ beleuchtet. Schwerpunkt der Tagung waren die Fragen, ob auf dem Land andere Familienbilder als in der Stadt vorherrschen,

wo der Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur ansetzen muss und wo es noch dringenden Nachholbedarf gibt. Die Dokumentation der Fachtagung „Idylle im Grünen! – Familie im ländlichen Raum“ steht unter www.zukunftsforum-familie.de zum Download bereit und kann dort auch als Druckexemplar bestellt werden.

Die Präzisierung von Herausforderungen des demografischen Wandels für Familien und die Entwicklung von Lösungsansätzen werden das ZFF in Zukunft beschäftigen. Im Rahmen eines von der Glücksspirale geförderten Projektes soll dabei der Fokus auf die Lebenssituation älterer Menschen in der Familie gerichtet werden. In Diskussionsrunden, Tagungen und Positionspapieren wollen wir unter anderem Fragen zur Zukunft der Pflege, zur Vermeidung von Altersarmut, aber auch Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Generationenbeziehungen diskutieren.

Ausblick

Im Jahr 2014 wird sich das ZFF intensiv mit dem Querschnittsthema Demografie beschäftigen. Den Auftakt macht eine gemeinsame Fachtagung von ZFF und dem AWO Bezirksverband Westliches Westfalen im Juni 2014 in Gelsenkirchen. Hier sollen die Veränderungen von Familie und Lebensräumen sowie die Herausforderungen der Sozialsysteme in Zeiten des demografischen Wandels näher beleuchtet werden.

Auch das Thema „aktive Väter“ will das ZFF gemeinsam mit einem seiner Mitgliedsverbände in einer Fachtagung näher beleuchten. Ziel ist es, die Vielfalt des Verständnisses von Vatersein heute deutlich zu machen und den Wandel von Rollenbildern insbesondere auch in den Unternehmen zu befördern.

|01 Ute Schäfer, Familienministerin NRW, Barbara König, ZFF-Geschäftsführerin.

|02 Medienkooperation mit der taz.

|03 Wahlcheck mit Lisa Paus MdB (Grüne), Simone Schmollack (taz), Caren Marks MdB (SPD), Jörn Wunderlich MdB (Linke), Mieke Senftleben (FDP).





Das Jahr 2013 der AWO in den Bundesländern

| AWO Bezirksverband Baden e.V.

Offensiv auf demografischen Wandel reagieren

Die Deutschen werden immer älter, zugleich nimmt die Zahl junger Menschen kontinuierlich ab. Diese Tatsache stellt insbesondere den Bereich der Altenhilfe vor große Herausforderungen. Immer mehr ältere Menschen brauchen adäquaten Wohnraum, eine gute Pflege und Betreuung. Der AWO Bezirksverband Baden e.V. hat in diesem Bereich reichhaltige Erfahrungen und stets neue Konzepte entwickelt. Wir investieren selbst oder mit Investoren in neue Bauprojekte; damit wird das Pflegeplatzangebot größer und vielfältiger, da wir die baulichen Standards verbessern, aber auch Konzepte aufgreifen, die Individualität und Gemeinschaft fördern. 2013 wurden die Bauarbeiten für einen Ersatzneubau unseres AWO-Seniorenzentrums Louise-Ebert-Haus in Heidelberg begonnen. In Graben-Neudorf wurden mit einem Erweiterungsbau bedarfsgerecht neue Plätze geschaffen.

Neue Pflegeplätze benötigen neue qualifizierte Pflegefachkräfte. So haben wir unsere Ausbildungsstätte für Altenpflege in Seelbach erweitert und zusätzlich eine Personalmanagementkampagne gestartet. Durch eine zielgruppenorientierte Ausbildungsoffensive wurde unsere Kampagne 2013 erfolgreich gestartet. Diesen Weg werden wir fortsetzen und ausweiten, um dem drohenden Fachkräftemangel effektiv begegnen zu können. Gute Konzepte sind nur erfolgreich, wenn wir die Bedürfnisse der Menschen aufgreifen, unsere Häuser nach heutigen Erkenntnissen baulich gestalten und Menschen finden, die auf der Grundlage unserer Werte qualifiziert und engagiert haupt- und ehrenamtlich mitarbeiten.

Solidarität mit krebskranken Kinder

Die Katharinenhöhe, Rehabilitationsklinik für krebskranke Kinder mit Familie und junge Erwachsene in Schönwald/Schwarzwald, ist ein modellhaftes Projekt der AWO in Baden. Die familienorientierte Rehabilitation wurde dort 1985 erstmals entwickelt und ist heute bundesweit der anerkannte Standard. Das Konzept wurde inhaltlich und baulich von uns stets fortentwickelt. Nach der Neugestaltung von Sport- und Spielflächen werden 2014 neue barrierefreie Appartements und Gruppenräume geschaffen. Die Finanzierung muss vorwiegend über Spenden sichergestellt werden. Dank gilt unserer Stiftung, die durch Benefizprojekte unsere Klinik nachhaltig unterstützt. Viele Ortsvereine zeigen durch ihre Mitgliedschaft im Förderverein Solidarität mit krebskranken Kindern. Ein Leuchtturmprojekt der AWO, das Unterstützung verdient.

Neues Online-Angebot für Ortsvereine

Ehrenamtliches Engagement bewusst fördern – eine wichtige Aufgabe zur Stärkung der Verbandsarbeit im Bezirksverband Baden. Durch die Gründung unserer Sozialstiftung können jedes Jahr Projekte insbesondere von Ehrenamtlichen in den Ortsvereinen unterstützt werden. 2013 kam ein neuer Service für die örtliche AWO-Vereinsarbeit hinzu: eine Art virtueller „Vorstandskoffer“ mit praktischen Alltagshilfen für Ortsvereinsvorstände, der mithilfe der Kreisverbände erarbeitet wurde. Unter www.awo-ortsverein.de können nach erteilter Zugangsberechtigung Materialien, Leitfäden und Vorlagen sowie Beispiele für erfolgreiche Projekte abgerufen werden.

| 01 Zu den zahlreichen Materialien der Ausbildungsoffensive gehören auch zielgruppenorientierte Werbepлакate.

| 02 Der Bezirksvorstand der AWO Baden vor dem Louise-Ebert-Haus in Heidelberg, das derzeit durch einen Neubau ersetzt wird.



| AWO Landesverband Bayern e.V.

Ehre, wem Ehre gebührt

Das Fundament der AWO in Bayern heißt Ehrenamt: Ohne die Vielzahl und die Vielfalt freiwilligen Engagements wären die Angebote, die die AWO den Menschen vor Ort bietet, undenkbar: vom Vorlesen für Senioren und der Betreuung von Kindern über Kranken- und Altenpflege bis zu Migrationsberatung und geselligem Beisammensein: Ehrenamtlich Tätige sind Garanten für Mitmenschlichkeit. Mit dem neuen Projekt „Engagement macht Schule“ – Startschuss war am 1. Dezember 2013 – will der AWO Landesverband Bayern das Ehrenamt ausbauen. Denn so viel steht fest: Obwohl sich laut „Freiwilligensurvey Bayern 2009“ immer mehr Menschen freiwillig engagieren wollen, möchten sich gleichzeitig immer weniger langfristig binden. Beständigkeit ist aber beispielsweise im Vorstand unabdingbar. Hier setzt das von der Glücksspirale mitfinanzierte Projekt an, für das Brigitte Limbeck die Leitung übernommen hat: Vorstandsmitglieder sollen ebenso verstärkt gewonnen werden wie jüngere Menschen, Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. Im Gegenzug möchte man Ehrenamtliche besser unterstützen, unter anderem durch Schulungen. Ziel ist auch, die Anerkennungskultur zu modernisieren, indem stärker auf die individuellen Bedürfnisse der Engagierten eingegangen werden soll.

Inklusion geht alle an

Mit „Inklusion – ein Gewinn für alle“ würdigt der AWO Landesverband Bayern nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention. Seit dem 1. Oktober 2013 wird mit dem von Stefanie Lurf und Katharina Wurm geleiteten und von der Glücks-

spirale geförderten Projekt auch einem ureigenen AWO-Anliegen Nachdruck verliehen: die Inklusion von Menschen mit Behinderung nachhaltig fördern. Zu diesem Zweck sollen die Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention unterstützt werden, beispielsweise durch Beratung der Träger vor Ort. Stichwort „Ambulantisierung“: Insbesondere für Menschen mit seelischen Behinderungen will man mehr ambulante Angebote schaffen. Weitere Zielsetzungen lauten: Entwicklung von Konzepten, um unterschiedliche Inklusionsbarrieren abzubauen, Konversion größerer stationärer Einrichtungen für seelisch behinderte Menschen, Umbau von heilpädagogischen Förderstätten und Förderschulen, Aufbau inklusiver Angebote in Kindertageseinrichtungen, insbesondere Horte für Kinder mit Behinderung. Außerdem sollen quartiersnahe niedrigschwellige Angebote für seelisch behinderte Menschen aufgebaut und Arbeitsmöglichkeiten für diese geschaffen werden.

Mehr Hände für die stationäre Pflege

Während viele Branchen wegen stetigen Personalabbaus in die Schlagzeilen geraten, gibt es gute Nachrichten aus dem Pflegesektor in Bayern: Nicht zuletzt unter Mitwirkung des AWO Landesverbands Bayern im Rahmen des Bündnisses für Pflege hat die Landespflegesatzkommission des Freistaats eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels in den stationären Pflegeeinrichtungen beschlossen. In Zahlen: Nahezu 10 Prozent mehr Personal kann ab dem Jahr 2014 in bayerischen Einrichtungen eingesetzt werden. Dies ist ein wesentlicher Schritt in Richtung „Gute Pflege“.

| 01 „Engagement macht Schule“ heißt das neue Projekt des AWO Landesverbands Bayern, für das Brigitte Limbeck die Leitung übernommen hat.

| 02 Stefanie Lurf (links) und Katharina Wurm leiten das auf drei Jahre angelegte Projekt „Inklusion – ein Gewinn für alle“.

| 03 Dank der Mitwirkung des AWO Landesverbands Bayern konnte der Personalschlüssel in der stationären Pflege des Freistaats deutlich verbessert werden.



| AWO Landesverband Berlin e.V.

150 Jahre SPD – Ein Fest in Rot!

Am 17. und 18. August beging die SPD ihr 150-jähriges Bestehen mit einem Fest vor dem Brandenburger Tor. Gefeierte wurde mit viel Sonne, vielen Gästen und natürlich nicht ohne die Arbeiterwohlfahrt. Der AWO Landesverband Berlin und der AWO Bundesverband beteiligten sich mit einem Informations- und Aktionsstand an den Feierlichkeiten. Darüber hinaus gaben einige Einrichtungen und Projekte der AWO in Berlin Einblick in ihre praktische Arbeit. So konnten sich die Gäste beispielsweise beim Projekt „ExChange“ (Kreisverband Südost) über Freiwilligenarbeit informieren, sie konnten mehr über „IsA-K“ (Kreisverband Mitte), eine Einrichtung für straffällige Frauen zur Tilgung von gerichtlichen Auflagen und Geldstrafen durch freie Arbeit, erfahren oder sich in Sachen Pflege beraten lassen. Darüber hinaus konnten sich die Kleinen schminken lassen, die Großen an einem Quiz in „Leichter Sprache“ teilnehmen und Klein wie auch Groß am „AWO-Kirschkerne-Spuck-Wettbewerb“ teilnehmen, was für große Unterhaltung bei den Gästen sorgte. Einer von ihnen war Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der den AWO-Stand gemeinsam mit dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und dem (damaligen) SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier besuchte. An den beiden Tagen zog es rund eine halbe Million Besucher/innen aus ganz Deutschland auf das Fest – viele von ihnen führte der Weg zur AWO. Auch das Landesjugendwerk der AWO Berlin hatte anlässlich der 150-Jahr-Feier einen eigenen Stand auf der Festmeile und bot ein breites Spektrum an Aktivitäten für Kinder und Jugendliche an.

Jahresempfang des AWO Landesverbandes

Am 9. August fand der Jahresempfang der Berliner AWO statt. In seiner Rede ging der Landesvorsitzende Hans Nisblé schwerpunktmäßig auf die derzeit hochaktuelle Flüchtlingsthematik ein, die sowohl das Land Berlin als auch die AWO beschäftigt. Die ablehnenden bis rassistischen Verhaltensweisen vieler Bürger/innen erschütterten und sorgten die AWO zutiefst, so Nisblé. Er appellierte an die Anwesenden, diese fremdenfeindlichen Tendenzen nicht hinzunehmen und sich ihnen entschieden entgegenzustellen. Als Gastredner konnte die AWO den Landesvorsitzenden der Berliner SPD Jan Stöß begrüßen. „Als 20-jähriger Zivi konnte ich direkt erleben, wie die AWO Menschen unterstützt, wie sie bei der Bewältigung sozialer Aufgaben mitwirkt. Ohne die Unterstützung durch die AWO hätten viele Familien die Herausforderungen eines Pflegefalls nicht bewältigen können“, so Stöß. In seiner Rede wies er auf die gemeinsame Geschichte von Arbeiterwohlfahrt und Sozialdemokratie hin und betonte, dass AWO und SPD bis heute dieselben Ziele teilen: „Wir wollen einen vorausschauenden und gerechten Sozialstaat, der frühzeitig Armut und soziale Ungleichheiten bekämpft und die Menschen befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu führen und sozial sicher zu leben.“ Traditionell wurde im Rahmen des Jahresempfangs die Regine-Hildebrandt-Medaille der AWO Berlin und Brandenburg vergeben. Ausgezeichnet wurden Sabine Schudoma, Präsidentin des Sozialgerichts Berlin, Prof. Dr. med. Dr. h.c.mult. Roland Hetzer, Direktor des Deutschen Herzzentrums Berlin, sowie Gisela Littmann für ihr ehrenamtliches Engagement für die AWO und insbesondere den Ortsverein Wittenberge.

- | 01 Prominenter Besuch am AWO-Stand: Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier mit Berit Gründler, Julika Krimphove und der stellvertretenden Landesvorsitzenden Heidemarie Fischer (v.l.n.r., Foto: AWO Landesverband).
 | 02 Die musikalische Untermalung des Abends sorgte bei den Gästen für gute Stimmung (Foto: Axel Sommer).
 | 03 Roland Hetzer, Eva Högl, Gisela v.d. Aue, Sabine Schudoma, Gisela Littmann, Hans Nisblé, Margrit Spielmann (v.l.n.r., Foto: Axel Sommer).



| AWO Landesverband Brandenburg e.V.

AWO-Dialog beim AWO Kreisverband Eberswalde

Der Tradition folgend fand am 22. Oktober 2013 in Eberswalde der AWO-Dialog statt. Die Landesvorsitzende Dr. Margrit Spielmann, ihre Stellvertreterin Monika Kilian und Landesgeschäftsführerin Anne Böttcher waren zum Kreisverband Eberswalde gekommen, um mit haupt- und ehrenamtlichen AWO-Freunden ins Gespräch zu kommen und die Einrichtungen des Verbandes zu besuchen. Zu Beginn fand ein Austausch mit den Vorsitzenden der Ortsvereine des Kreisverbandes und Mitarbeitenden aus den Seniorenheimen und der Kindertagesstätte „Kleine Strolche“ zu aktuellen Fragen wie Fachkraftausbildung, Fachkräftemangel, Situation der Rahmenverträge und Entgelte statt. Dr. Margrit Spielmann dankte den Gesprächsteilnehmenden ausdrücklich für ihr Engagement: „Ohne fleißige und gut ausgebildete Mitarbeiter, die das Herz am richtigen Fleck haben, können wir als Träger nicht erfolgreich sein. Gute Bezahlung der Mitarbeiter ist wichtig, aber genauso wichtig ist es, ein Klima zu schaffen, in dem die Mitarbeiter gerne arbeiten, motiviert und gewertschätzt sind.“

Rainer Gruzialweski, Vorstandsvorsitzender und geschäftsführender Vorstand, zeigte den Gästen die Seniorenwohnheime „Offenes Herz“, „Wolfswinkel“, „Heegemühle“ und besonders stolz das aktuell im Bau befindliche neue Projekt: das AWO-Concierge-Haus. Das helle, offene und freundliche Gebäude bietet ab 2014 allen Komfort, den man sich wünschen kann: selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden, Betreuung durch eine/n Concierge und einen Begegnungsraum für Veranstaltungen, Kaffeerunden und gemeinsames Beisammensein. Margrit Spielmann und Monika Kilian stellten am Ende dieses ereignisreichen Tages fest:

Der AWO-Dialog ist wichtig, um miteinander vor Ort ins Gespräch zu kommen und „Hausaufgaben“ mit nach Potsdam zu nehmen.

AWO-Kitas durch Gesundheitsinitiative in ihrer Arbeit stärken

Mit der Gesundheitsinitiative „Ich lebe gesund“ für Kindertageseinrichtungen greift der Landesverband Brandenburg aktuelle Entwicklungen und identifizierte Handlungsbedarfe auf, um nicht nur für Aspekte der Gesundheitsförderung und Prävention zu sensibilisieren, sondern auch die praktische Arbeit in den Kitas zu unterstützen. 2013 wurde bewusst auf überregionale Angebote verzichtet und regionale Seminare für die Kita-Leitungen und alle Dienstplanverantwortlichen unter dem Dach der Gesundheitsinitiative angeboten, die die effektive Dienstplangestaltung unter Berücksichtigung kinderfreier Zeiten in den Blick genommen haben. Eine richtige und vorausschauende Personaleinsatzplanung ist ein wichtiger Schlüssel sowohl für eine gelungene Einrichtungsarbeit als auch zur Vermeidung besonderer Stresssituationen. Die Dienstplangestaltung bietet immer wieder Konfliktpotenzial, denn es müssen eine Vielzahl von Faktoren bedacht werden: Stundenzeiten der Mitarbeiter/innen, unerwartete Krankheitsfälle, Eingewöhnung neuer Kinder, Teamberatungen und Fortbildungen und vieles mehr. In der pädagogischen Praxis ist jeder Tag anders und stellt alle vor neue Herausforderungen. Ein gelungener Personaleinsatz misst sich auch durch eine Reduktion von Belastungsspitzen in den Kitas. Mit Impulsen für die eigene Arbeit und ganz praktischen Hilfestellungen stieß die Seminarreihe auf große Resonanz.

| 01 *AWOino ist das Maskottchen der Gesundheitsinitiative und Botschafter für die Gesundheitsprävention und Gesundheitserziehung in AWO-Kindertageseinrichtungen.*

| 02 *Seminareindruck der Gesundheitsinitiative „Ich lebe gesund“.*



| AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.

Herzlich willkommen: Auszubildende aus Vietnam

Zehn junge Menschen aus Vietnam haben – zusätzlich zu ihrer abgeschlossenen Fachausbildung in der Krankenpflege – beim AWO Bezirksverband Braunschweig eine Ausbildung zur Altenpflegerin beziehungsweise zum Altenpfleger begonnen. Sie werden in drei Braunschweiger AWO-Wohn- und Pflegeheimen eingesetzt. Für den theoretischen Teil der Ausbildung arbeiten die Einrichtungen mit der DRK-Fachschule für Altenpflege in Braunschweig zusammen. Mit dieser Maßnahme im Rahmen eines Modellprojekts des Bundeswirtschaftsministeriums will der AWO Bezirksverband dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Die AWO ist verpflichtet, die Teilnehmer/innen kontinuierlich persönlich zu begleiten, was neben der berufsbegleitenden Sprachausbildung dazu beitragen soll, mögliche Schwierigkeiten aufgrund kultureller Unterschiede aufzufangen und das Einleben in Niedersachsen zu erleichtern.

Grundbedingung für die Teilnahme an dem Projekt war, dass die teilnehmenden Verbände tarifgebunden sind und die Auszubildenden entsprechend vergüten, was bei der AWO Braunschweig gegeben ist. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Vietnam wurden zehn zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

AWO Braunschweig wächst weiter

Der AWO Bezirksverband Braunschweig befindet sich weiter auf Expansionskurs. Mit dem AWO-Wohn- und Pflegeheim Königslutter hat der Verband die elfte stationäre Pflegeeinrichtung eröffnet, mit zwei weiteren Kindertagesstätten ist die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen auf 25 angewachsen. Das Wohn- und Pflegeheim ist

Bestandteil des Centro Kö, das in Königslutter diverse Angebote für ältere Menschen vorhält. Die Trägerschaften der beiden Kitas sind der AWO von der Stadt Braunschweig übertragen worden. „Wir sind ein erfahrener Träger von Kindertagesstätten und haben mit unseren Konzepten überzeugt“, erläutert Fersahoglu-Weber. „Uns zeichnet eine große Kundenorientierung und Fachkompetenz aus. Wir wollen mit der Arbeit in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen unseren Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit durch mehr Bildungsgerechtigkeit leisten.“

Hauptamtliche, Ehrenamtliche sowie Kundinnen und Kunden strickten für das Fan-Projekt

50 Meter blau-gelbe Freude über den Aufstieg der Braunschweiger Eintracht in die erste Bundesliga strickte die Braunschweiger AWO. Heimbewohner/innen, Kita-Kinder, Mitarbeitende und Mitglieder beteiligten sich an der Aktion „Der längste Eintracht-Braunschweig-Fanschal der Welt“, die eine Braunschweiger Werbeagentur ins Leben gerufen hatte. Jede/r Teilnehmende strickte einen Schal mit 167 cm Länge und 19,67 cm Breite, der gesamte Schal sollte 1967 Meter lang werden und an das Jahr 1967 erinnern, in dem Eintracht Braunschweig deutscher Meister wurde. Später wurden die einzelnen Schals für je 10 Euro verkauft. Der Erlös kam unter anderem dem Fanhaus zugute. Darin wird die Braunschweiger AWO als Träger des Fanprojektes eine „Fan-Hochschule“ einrichten. Das Projekt will die Fußballbegeisterung junger Fans nutzen, um mit ihnen gesellschaftspolitische Themen wie Diskriminierung oder Rassismus zu bearbeiten.

| 01 Die jungen Auszubildenden bekamen bei ihrer Ankunft einen Braunschweiger Löwen geschenkt.

| 02 Die Braunschweiger AWO betreibt 25 Kinderbetreuungseinrichtungen.

| 03 Sie ließen gemeinsam die Nadeln glühen für ein soziales Projekt.



| AWO Landesverband Bremen e.V.

Gelebte Vielfalt ist Basis für inklusive Zukunft

Mit einem großen Jubiläumsfest und 1.500 Gästen feierten die Einrichtungen der AWO Bremen für Menschen mit Behinderungen und das Bürger- und Sozialzentrum Huchting im August 2013 ihr 25-jähriges Bestehen. In dem einmaligen Stadtteilprojekt mit den Bereichen Kultur, Soziales, Ökologie, Beschäftigung, Sport und Einrichtungen der AWO Bremen für Menschen mit Behinderungen werden Toleranz und Kooperation großgeschrieben. Das Konzept des 1988 im Zuge der Psychiatriereform gestarteten Projektes, die Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern, ist aufgegangen. Heute ermöglicht das den Schritt in eine inklusive Zukunft. Erste erfolgreiche Ansätze gibt es bereits beim projektorientierten Arbeiten in den Tagesförderstätten. Zum Thema Inklusion arbeitet die AWO Bremen an einer eigenen innovativen Positionsbestimmung. Anschließend geht es um Vernetzung und Teilhabe der Betroffenen. Dazu Dr. Burkhard Schiller, Geschäftsführung: „Bei allen Schritten sehen wir uns als Initiator und Ideengeber für einen Prozess, der in der Umsetzung von vielen getragen wird.“

Flüchtlingsarbeit unter erschwerten Bedingungen

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen führte in Bremen zu einer dauerhaften Überbelegung der von der AWO betreuten Erstaufnahme für Flüchtlinge und weiterer Übergangswohnheime. Für eine adäquate Betreuung fehlen Personal und passende Unterkünfte. Erschwerend hinzu kam unangemessene öffentliche Kritik. Dazu Klaus Möhle, Sprecher für Soziales der Bremer SPD: „Die Menschen, die

dort arbeiten, versuchen mit aller Kraft, die Situation zu regeln. Die Verhältnisse sind so, dass der beste Träger es nicht besser schaffen kann.“ Die Einrichtung von Notunterkünften rief neben einer Welle der Hilfsbereitschaft auch viele Ängste der Anwohner/innen hervor. Dazu die Leiterin einer Notunterkunft, Gisela Böhme: „Ich kann Ihre Sorgen verstehen, aber ich kann nur sagen, die Straße kann gar nicht so klein sein, dass nicht ein kleines bisschen Respekt und Toleranz hineinpasst. Die Flüchtlinge werden Ihnen Respekt entgegenbringen. Von Ihnen wird nur Toleranz erwartet.“

„AWO in Form“ –

Gesundheitsmanagement gestartet

Im Frühjahr 2013 hat die AWO Bremen mit der AOK Bremen/Bremerhaven als starkem und erfahrenem Kooperationspartner ein betriebliches Gesundheitsmanagement gestartet. Unter dem Motto „AWO in Form“ fanden Führungskräfte-Workshops statt, die Mitarbeitenden wurden als „Experten in eigener Sache“ befragt und für 2014 ist ein Gesundheitstag geplant. Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und gesundheitsbewusstes Verhalten haben viel mit Lebensqualität und Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu tun, aber auch mit Vorsorge. Daher gilt die besondere Aufmerksamkeit in der Unternehmensgruppe AWO Bremen den Arbeitsbereichen, die mit hohen gesundheitlichen Belastungen einhergehen. Ziel ist es, sinnvolle Ansatzpunkte für Veränderungen der Unternehmensorganisation zu finden und passende Angebote zur Gesundheitsförderung abzuleiten.

| 01 Rollstuhltanz beim 25-jährigen Jubiläum der AWO-Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und des Bürger- und Sozialzentrums Bremen-Huchting.

| 02 Gewinnerinnen und Gewinner des Ideenwettbewerbs für das Logo des Gesundheitsmanagements der AWO Bremen mit Dr. Burkhard Schiller, Geschäftsführung (2. von rechts), und Projektleiterin Julia Eckel (links).



| AWO Landesverband Hamburg e.V.

Neue AWO-Tochter liefert Essen für Schulen

Zum 1. Juli 2013 hatte der Landesverband die bis dahin städtische HAB Service GmbH erworben. Das Unternehmen beschäftigt 140 Mitarbeiter/innen in den Bereichen Schulgastronomie, Gebäudereinigung sowie in einer Radstation. Die HAB Service liefert insbesondere Schulen frisches Essen. Im Mai 2013 wurde das Unternehmen als erster Hamburger Schulcaterer von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) nach den DGE-Qualitätsstandards für Schulverpflegung zertifiziert.

Die neue AWO-Tochter will aber noch weiterwachsen: In der Stadtteilschule Bergedorf wird bis Sommer 2014 eine neue „Gläserne Küche“ entstehen, die in das ernährungspädagogische Konzept „REAL“ (Regional Essen Ausbildung Lernen) eingebunden ist. HAB Service-Geschäftsführer Gert Kekstadt schwärmte: „Die Schulkinder lernen dann den kompletten Herstellungsprozess von gesundem Essen kennen, wobei die Essenzutaten hauptsächlich aus der Region stammen werden.“

Umfangreiche Investitionen in Kitas

Der AWO Landesverband Hamburg führte im Jahr 2013 umfangreiche Renovierungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen in elf seiner 22 AWO-Kitas durch. Investitionen von insgesamt rund zwei Millionen Euro trugen 2013 und in der ersten Jahreshälfte 2014 zur Schaffung von mehr als 100 neuen Krippenplätzen bei.

Ein Highlight stellt die komplett neu gebaute Kita „Am Inseipark“ dar: Sie liegt direkt neben dem Eingang zum grünen Wilhelmsburger Inseipark, dem ehemaligen Gelände der Internationalen Gartenschau Hamburg (igs). Hier entstanden neue

Plätze für 30 Krippenkinder und ebenso viele für Elementarkinder. Im selben Gebäude bezog die AWO eine neue Mutter-Kind-Einrichtung, in der sieben Mütter und ihre Kinder ein neues Zuhause finden können.

Die AWO Hamburg wurde wichtiger Bildungsträger

Die AWO Hamburg hatte zum Jahreswechsel das Kursangebot der Seniorenbildung Hamburg e.V. übernommen und wird damit zu einem wichtigen Bildungsträger in der Hansestadt für 50- bis 65-Jährige. Der Verein musste zum Jahresende 2013 aufgrund finanzieller Probleme schließen. Viele der interessanten Angebote – die jährlich rund 100 Kurse in den Bereichen Sprachen, Fitness, Kultur und Computer sowie die Ausflugs- und Besichtigungsangebote für etwa 2.200 Menschen – wie auch der Veranstaltername „Seniorenbildung Hamburg“, bleiben jedoch unter dem Dach der AWO Hamburg erhalten.

Hierfür wurde eine gemeinnützige Tochtergesellschaft, die „AWO Aktiv in Hamburg gGmbH“ gegründet. Die Geschäftsführerin der neuen Gesellschaft Renate Polis sagt: „Unser Ziel ist es, die bisherigen und neuen Aktivitäten der AWO für Seniorinnen und Senioren künftig besser miteinander zu verknüpfen und noch passgenauere, innovative und soziale Dienstleistungen, Bildungs- und Gesundheitsangebote für alle Altersgruppen ab 50 Jahren zu entwickeln.“

Diese Gesellschaft wird in ein neues Konzept für quartiersbezogene, moderne Angebote eingebunden. Der Startschuss zur Neukonzeption fiel Mitte November 2013.

| 01 Zwei Mitarbeitende bereiten frisches Essen für Hamburger Schulen vor (Foto: AWO Hamburg).

| 02 Die neu gebaute Kita und Mutter-Kind-Einrichtung „Am Inseipark“ (Foto: Richard Lemloh, Agentur listen & tell).

| 03 Neue Kursangebote bereichern das Angebot der AWO Hamburg für über 50-Jährige (Foto: clipdealer.de).



| AWO Bezirksverband Hannover e.V.

Harald Beck neuer Geschäftsführer

Der Betriebswirt und Sozialpädagoge Harald Beck ist seit 1. Januar 2013 Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Hannover e.V. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Thomas Müller leitet er die Geschäfte des Unternehmensverbundes. Beck ist ausgewiesener Experte für Sozialunternehmen und war in leitender Funktion in verschiedenen Unternehmen der Sozialwirtschaft bundesweit tätig.

Bezirksjugendwerk Hannover neu

Lebendig, bunt, aktiv – und natürlich AWO! So stellt sich das erneuerte Bezirksjugendwerk (BJW) Hannover e.V. dar. Die Auflösung des Landesjugendwerkes hatte die Neubelebung 2012/2013 ausgelöst. Zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen koordinieren das Angebot, das von Seminaren bis zu Ferienfreizeiten reicht. Frisch und jung ist auch das neue Magazin „DEIN JW“.

Erfolgreiche Neuausrichtung fordert Sozialpolitik

Die innerbetriebliche Neuausrichtung und Strukturierung des AWO Bezirksverbandes Hannover e.V. gewinnt klare Kontur. „Aber im Pflegebereich werfen uns die niedersächsischen Bedingungen mit ihren extrem niedrigen Pflegesätzen Steine in den Weg, die wir schwer beseitigen können“, sagt Geschäftsführer Harald Beck. In Niedersachsen liegen die Pflegesätze gut 20 Prozent unter denen anderer Bundesländer. Der Bezirksverband setzt sich für eine markt- und bedarfsgerechte Anhebung der Pflegesätze sowie einen einheitlichen Tarifvertrag Soziales ein. Um solidarisch, erfolgreich und sozial für Beschäftigte und Betreute im Pflegebereich tätig sein zu können, muss um die politischen Rahmenbedingungen gekämpft werden. Diese Aufgabe nimmt der Bezirksverband mit in die LAG FW, in der er 2014 und 2015 die Vertretung der niedersächsischen AWO Bezirksverbände innehat.

| 01 Harald Beck, Geschäftsführer des Bezirksverbandes AWO Hannover.

| 02 Titelseite des Jugendwerkmagazins.

| 03 Begrüßung zum Großkonzert durch die Bezirksvorsitzende Kerstin Tack, MdB.

Zwei Auszeichnungen für Projekt zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement

Das durch ESF-Mittel aus dem Programm „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ geförderte Projekt „gesa – gesund arbeiten“ zur Einführung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements in den gGmbHs des Bezirksverbandes errang 2013 zwei Auszeichnungen: Als eines von bundesweit drei Best-Practice-Beispielen präsentierte es sich auf dem 8. Kongress der Sozialwirtschaft in Magdeburg. Und beim Deutschen Unternehmenspreis Gesundheit wurde das Projekt für das Engagement im Betrieblichen Gesundheitsmanagement prämiert und als „Move Europe Partner“ zertifiziert.

AWO-Trialog rettet Bahnhof

Größere Medienbeachtung fand im Spätsommer 2013 das „Gleis 1“ in Syke, eine Einrichtung der AWO Trialog gGmbH Sozialpsychiatrie. Die AWO hat das Bahnhofsgebäude gekauft und unterhält dort eine offene Begegnungsstätte für psychosoziale Hilfe. Im Bahnhofscafé arbeiten Betreute stundenweise mit und bringen so ein Stück Normalität in ihr Leben.

AWO-Großkonzert mit viel Publikum und prominenten Gästen

Den Jahresabschluss bildete das 38. AWO-Großkonzert im Großen Sendesaal des NDR-Funkhauses in Hannover. Das Benefizkonzert ist fester Anziehungspunkt für Mitglieder, Beschäftigte und Einrichtungen aus dem Verbandsgebiet. Vorsitzende Kerstin Tack sprach treffend vom „Familientreffen der AWO-Familie“. Kostenlos boten das Bundespolizeiorchester Hannover und das Blasorchester der Stadt Langenhagen ein abwechslungsreiches Programm; der gesamte Erlös ging an die AWO mit Herz-Stiftung.



| AWO Bezirksverband Hessen-Nord e.V.

Neue Sprach- und Kommunikationskultur in der Altenpflege – Ein Projekt der AWO Nordhessen

Die AWO Nordhessen hat Anfang 2012 zum Thema „Neue Sprach- und Kommunikationskultur“ eine mehrjährige Fortbildungsreihe aufgelegt. Neben der eigentlichen Pflegeleistung sind Sprache und Kommunikation wesentliche Elemente der Altenpflege. Mehr als in anderen Bereichen hat hier die Kultur des Umgangs positive oder negative Effekte und nachhaltige Wirkung. Bewusst schult die AWO Nordhessen alle Unternehmensbereiche und -ebenen. „Denn nicht nur die Kräfte vor Ort in den Einrichtungen und Diensten prägen eine bestimmte Unternehmenskommunikationskultur, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Sigrid Junge, Pflegereferentin des Unternehmens. „Das Projekt der wertschätzenden Kommunikation wird einen deutlichen Beitrag zum positiven Bild der Gesellschaft von unserem Berufsstand und zu unserem Selbstbild leisten“, betont sie. Damit bezieht sie sich auf aktuelle Untersuchungen, die eine geringe Wertschätzung der Altenpflege in der Gesellschaft belegen, obwohl demografischer und sozialer Wandel pflegerische Dienstleistungen immer wichtiger machen. Die AWO-Pflegeexpertin ist überzeugt: Eine „gepflegte“ Sprach- und Kommunikationskultur ist ein wesentlicher Baustein hochwertiger Pflege!

Fertigmachen, umlegen, um die Ecke bringen

Viele in der Altenpflege Tätige kennen die sprachlichen Wendungen aus ihrem Alltag: Wir machen Frau B. fertig, legen Herrn M. um oder bringen ihn mal um die Ecke. Der wahre Inhalt des Gesprochenen bleibt unberücksichtigt und auch der Umstand, dass unsere Sprache und Kommunika-

tion wirken: auf diejenigen, die wir ansprechen und auf uns selber. Sie können wertschätzend oder geringschätzend wirken und entsprechend eine positive oder negative Atmosphäre schaffen. In einer Einrichtung, in der alte Menschen mit Namen angesprochen werden, in der ein „Danke schön, Frau Müller“ oder ein Lächeln dazugehört, wird die Atmosphäre für alle angenehmer sein. Auf diese Weise beeinflusst eine wertschätzende Kommunikation entscheidend die Qualität pflegerischer Dienstleistungen und letztlich deren Wahrnehmung in der Gesellschaft.

Der Weg zu neuer Sprach- und Kommunikationskultur

Grundpfeiler des mehrjährigen Projekts ist die Ausbildung sogenannter Sprachlotsinnen und Sprachpiloten. Zunächst bewerten die Teilnehmenden typische Redewendungen aus ihrem beruflichen Alltag: „Hat das, was ich sage, eine zweifache Bedeutung? Welche Gedanken und Gefühle verbindet die angesprochene Person oder auch ich mit dem Gesagten?“ Danach folgt die Entwicklung eines „Schatzes der guten Worte“. Weiterhin geht es um die Art der Kommunikation. In welchem Ton, in welcher Stimmlage, in welchem Tempo kommunizieren wir? Schauen wir unser Gegenüber beim Sprechen an oder sprechen wir im Vorbeigehen? Nach ihrer Ausbildung schulen die Sprachlotsen und -pilotinnen ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Dieses Schnellballsystem fördert deutlich das Einüben und das selbstverständliche „Sich-zu-eigen-Machen“ der neuen Sprach- und Kommunikationskultur. 2015 soll das Projekt abgeschlossen sein.

Eindrücke der Fortbildung zum Thema „Neue Sprach- und Kommunikationskultur“ in der Pflege.



| AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V.

Der Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd e.V. umfasst die Regionen Süd- und Mittel-Hessen und das Rhein-Main-Gebiet. In 19 Kreisverbänden und 210 Ortsvereinen sind rund 20.000 Mitglieder organisiert. Als Träger von sechs gemeinnützigen Gesellschaften bietet der Bezirksverband soziale Dienstleistungen in 25 Einrichtungen der Altenhilfe, in 26 Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und seit 2012 auch in zwei Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Heimerziehung seit 1947 bei der AWO Hessen-Süd

Im September 2013 stellte der Fachbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe eine historische „Chronik der Erziehungshilfen bei der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd 1945 bis heute“ vor. Anlass für die Chronik war die Annahme, dass in diesem Jahr die Erziehungshilfen 60-jähriges Bestehen feiern würden. Bei den Recherchen stellte sich jedoch heraus, dass es sich mindestens um eine 66-jährige Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe der AWO Hessen-Süd handelt.

Dr. phil. Schahnaz Yamani, die von 1988 bis 2009 als Leitung und pädagogische Fachkraft im Bereich der Hilfen zur Erziehung bei der AWO Hessen-Süd tätig war, erhielt den Auftrag, den Ursprüngen der Erziehungshilfen bei der AWO Hessen-Süd nachzugehen und anhand einer empirischen Untersuchung ihre Entwicklung nachzuzeichnen.

Ziel der Chronik war, vor dem Hintergrund der allgemeinen Kritik an der Heimerziehung Ende der 60er-Jahre sowie der aktuellen Diskussion um ihre menschenunwürdigen pädagogischen Methoden die erzieherischen Prinzipien der AWO und deren Übereinstimmung mit der pädagogischen Praxis in

ihren damaligen Heimen zu beleuchten. Die Autorin wertete Archivmaterial aus und führte umfassende Interviews mit Zeitzeugen, ehemaligen Betreuten und Mitarbeitenden.

Keine „Schwarze Pädagogik“

Herausgekommen ist nicht nur ein Dokument über einen wichtigen Abschnitt der Geschichte der AWO Hessen-Süd. Im Fazit ihrer Untersuchung konstatiert Schahnaz Yamani: „Aus dem geschichtlichen Rückblick auf die Kinder- und Jugendheime der AWO Hessen-Süd lässt sich resümieren, dass die pädagogische Praxis in den Heimen im Großen und Ganzen den von der AWO vertretenen reformpädagogischen Grundsätzen und den damit verbundenen Prämissen entsprochen hat. [...] Abgesehen von der erwähnten und kritikwürdigen Phase im Kinderheim Kiedrich kann aber festgehalten werden, dass die von der AWO postulierten Grundsätze in ihren Heimen weitestgehend umgesetzt wurden.“ (Chronik der Erziehungshilfen bei der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd 1945 bis heute, S. 48)

„Auch wenn ein Werk in dieser Form nicht alle Fragen abschließend beantworten kann, ist es gelungen, zu zeigen, dass es bei der AWO Hessen-Süd keine systematische repressive „Schwarze Pädagogik“ gab. Abgesehen davon, dass es das eine oder andere individuelle Fehlverhalten gegeben hat, kann festgehalten werden, dass die von der AWO postulierten Grundsätze in ihren Heimen weitestgehend umgesetzt wurden. Dies ist ein erfreuliches Ergebnis und macht Mut für die Zukunft“, so Fritz Finger in seinem Schlusswort.

|01 Titelseite der „Chronik der Erziehungshilfen bei der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd 1945 bis heute“.

|02 Kinderheim Quellenhof in Kiedrich.

|03 Kleinkinderzimmer 1957.

| 01



| 02



| 03



| AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

AWO-Landespflegetag/5. Warener Pflegeforum „Älter werdende Mitarbeiter in der alternden Gesellschaft – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung?“

Die AWO Mecklenburg-Vorpommern (M-V) hat im September 2013 zum Landespflegetag nach Klink an die Müritz eingeladen. Rund 80 Führungs- und Pflegekräfte sowie Expertinnen und Experten aus Gesundheitsberufen haben teilgenommen und sich mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Pflegeberufe beschäftigt. Für die Fachvorträge in den Bereichen Demografie, Pflege und Betriebliches Gesundheitsmanagement konnten namhafte Expertinnen und Experten gewonnen werden.

Die konkrete Situation in M-V wurde klar benannt. Götz-Peter Lohmann, stellvertretender Vorsitzender der AWO Landesverband M-V e. V., führte aus, dass in den AWO-Pflegeeinrichtungen in M-V ca. die Hälfte der Mitarbeiter/innen 45 Jahre und älter ist. Der Anteil der älteren Pflegekräfte steigt weiterhin bei gleichzeitig steigendem Bedarf pflegebedürftiger Menschen.

Zur Förderung der Arbeitsfähigkeit alternder Arbeitskräfte stellte Prof. Dr. Juhani Ilmarinen, Finnland, das von ihm entwickelte Konzept vor. Das stufenförmige Handlungsmodell zum Altersmanagement am Arbeitsplatz und im Betrieblichen Gesundheitsmanagement gilt als eine mögliche Lösung, die Stärken älterer Arbeitnehmer/innen besser zu erfassen und zu nutzen.

Horizonte – Stiftung der AWO und der Wirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern

Vor zehn Jahren hat der AWO Landesverband M-V e. V. gemeinsam mit sozial engagierten Unterneh-

mern die Stiftung Horizonte zur Förderung sozialer Belange im Land Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Bislang konnten 48 Stifter gewonnen werden.

Regelmäßige Benefizveranstaltungen, sorgsames Verwalten der Stiftungsmittel und eine ehrenamtliche, zuverlässige Vorstandsarbeit tragen zum Erfolg der Stiftung bei. Die Stiftung wird vor allem dort tätig, wo die staatliche Förderung nicht oder nur beschränkt wirksam wird.

Bisher konnten ca. 40 Projekte und Initiativen, vorrangig im Kinder- und Jugendbereich, mit Stiftungsmitteln gefördert werden.

Zehn Jahre erfolgreiches soziales Wirken der Stiftung Horizonte waren im Sommer 2013 ein guter Grund, im Rahmen einer Feier allen Stiftern für ihr Engagement zu danken.

Studie zur Armut in Mecklenburg-Vorpommern

Der AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sieht sich als Wohlfahrtsverband in der Verantwortung, konkrete Empfehlungen zur Armutsbekämpfung in M-V aufzuzeigen. Aus diesem Grund wurde ein namhaftes Expertenteam beauftragt, eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zu den Erscheinungsformen von Armut im Land durchzuführen.

Beteiligt sind sechs Wissenschaftler vier verschiedener Hochschulen bzw. Institute des Landes, unterstützt durch eine Begleitgruppe der AWO. Die Studie ist auf drei Jahre angelegt. Erste Zwischenergebnisse werden im Frühjahr 2015 erwartet. Vorgesehen ist, die Studie anlässlich der regulären AWO Landeskonferenz M-V im Juni 2016 zu veröffentlichen.

| 01 AWO-Landespflegetag/5. Warener Pflegeforum (Foto: Landesverband M-V e. V.).

| 02 10 Jahre Stiftung Horizonte (Foto: Landesverband M-V e. V.).



| AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Die AWO holt die Rute raus! – Gemeinsame Kampagne der AWO Bezirksverbände Mittelrhein und Niederrhein

Eine gemeinsame Trägerkonferenz der AWO Bezirksverbände Mittelrhein und Niederrhein zur Förderung von Kindern mit Behinderung im November 2013 gab den Startschuss für die Kampagne „Die AWO holt die Rute raus“. Angesichts der geplanten Einführung eines neuen Förderverfahrens für Kinder mit Behinderung im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland wuchs die Sorge um die Qualität der Förderung und die inklusive Betreuungsstruktur. Insbesondere der sukzessive Ausstieg aus der Förderung der therapeutischen Leistungen sorgte für Protest bei allen am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten. Von den Plänen betroffen waren über 1.000 integrative Kita-Gruppen mit insgesamt 15.000 Kindern, darunter über 5.000 mit Behinderung. Unter dem Motto „Die AWO holt die Rute raus“ haben Erzieherinnen und Erzieher, Eltern und Träger der AWO-Kindertageseinrichtungen aus beiden Bezirksverbänden zu einer gemeinsamen Protestaktion aufgerufen und sich dafür eingesetzt, dass Kinder, die therapeutische Förderung und Unterstützung benötigen, diese möglichst im Alltag und während der normalen Aktivitäten erhalten. Am Nikolaustag überreichten ca. 100 Demonstrierende dem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, Prof. Jürgen Wilhelm, in der beschlussfassenden Sitzung rund 350 selbst gebastelte Ruten und Unterschriftenlisten. Die „Ruten-Aktion“ zeigte Erfolg: Die Leistungsträger sind in Gespräche gegangen, die den Übergang vom alten zum neuen Fördersystem neu gestalten und Härten für Kinder und Erziehende vermeiden sollen.

Urban Gardening – Gartenglück über den Dächern der Stadt

„Unser Garten Eden“. So haben die Mitglieder der Gartengruppe im Marie-Juchacz-Zentrum der AWO Gesellschaft für Altenhilfe in Köln-Chorweiler das Urban-Gardening-Projekt einvernehmlich genannt. Beim Urban-Gardening wird in mobilen Behältern gegärtnert. So können Dächer und Betonflächen für den Gemüseanbau genutzt werden. Zuerst wurde eine Grünfläche im Innenhof der Seniorenwohnanlage zu einer kleinen Streuobstwiese umgewidmet. Seit April 2013 wird auf der Dachterrasse über dem 5. Stock Gemüse angebaut. In 50 Korbbeeten, die auch für Rollstuhlfahrer/innen und Rollatorengänger/innen bequem zu erreichen sind, wachsen Rhabarber, Kartoffeln, Sellerie, Kopfsalat und viele Kräuter. Bei der Arbeit und bei Kaffee und Kuchen werden Gartentipps, Erinnerungen und Kochrezepte ausgetauscht. Manchem ist es ein Genuss, gemächlich mit dem Rollator an den Beeten entlangzuflanieren. Andere betätigen sich lieber kreativ und bereiten schon den Kalender mit den Einmachrezepten fürs nächste Jahr vor. Den Garten auf kleinstem Raum zu den Menschen zu bringen – in Köln-Chorweiler hat sich nach dem ersten Jahr schon gezeigt, das Projekt ist ein voller Erfolg. Nicht nur der Kölner Stadtanzeiger berichtete ausführlich über das Projekt, auch im WDR-Fernsehen waren Garten und Gärtner/innen mehrmals Thema der Berichterstattung. Die Erfahrungen aus dem Urban-Gardening-Projekt kommen nun auch anderen Seniorenzentren der AWO Gesellschaft für Altenhilfe zugute: Schon 2014 entsteht im Rudi-Tonn-Seniorenzentrum in Hürth der zweite „Garten Eden“.

| 01 Mit selbst gebastelten Ruten protestiert die AWO im LVR gegen die Umsetzung des neuen Förderverfahrens.

| 02 Die Bezirksgeschäftsführer Andreas Johnsen (BV Mittelrhein) und Jürgen Otto (BV Niederrhein) mit Fachberaterinnen, Eltern, Kindern und Erzieherinnen.

| 03 Gartenglück über den Dächern der Stadt – der WDR war dabei.



| AWO Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V.

Kinder- und Jugendhilfe

Der AWO Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V. engagiert sich mit seiner Tochtergesellschaft „awo-anderland“ seit nunmehr zehn Jahren als Träger in der Betreuung von Schülerinnen und Schülern außerhalb des klassischen Hortangebotes und dem Betrieb von Kindertagesstätten. Auch in diesem Jahr konnte der Bezirksverband in erheblichem Umfang zum Ausbau der Schülerbetreuungs-einrichtungen beitragen – besonders groß ist die Nachfrage nach ganztägigen Betreuungsangeboten im ländlichen Raum. Die nachschulische Betreuung von Schülerinnen und Schülern in den Ganztagsbetreuungs-einrichtungen und die sozialpädagogische Begleitung der Ganztags-schulen und der Praxisklassen sowie die Übernahme der Jugendsozialarbeit an Schulen ergeben ein vielfältiges Spektrum des Engagements der AWO in der Kinder- und Jugendhilfe. Unser Verband ist inzwischen Träger von über 200 Betreuungsgruppen bzw. Klassen mit insgesamt über 8.000 Plätzen. An zahlreichen Standorten sind wir Träger von besonderen Betreuungsjahren wie z. B. der Jugendsozialarbeit an Schulen (25 Standorte) sowie der sozialpädagogischen Betreuung von Praxisklassen (2 Standorte).

„SeniorenSterne“

Die AWO in Niederbayern und der Oberpfalz engagiert sich seit über fünfzig Jahren im Betrieb von Seniorenheimen. Insgesamt betreibt unser Verband direkt oder in Tochtergesellschaften nun neunzehn Seniorenheime mit insgesamt 1.600 Plätzen. 2013 konnte als erste Senioreneinrichtung in ganz Deutschland das AWO-Sozialzentrum am Schlosspark in Regendorf mit „SeniorenSternen“

ausgezeichnet werden. Die „SeniorenSterne“ sollen als Wegweiser dienen, um qualitativ hochwertige Senioreneinrichtungen zu erkennen. Die Zertifizierung erfolgt durch den TÜV Rheinland mithilfe eines umfangreichen Qualitätscheck-Katalogs, welcher von der Bewertungsgesellschaft zur Optimierung der Servicequalität GmbH entwickelt wurde. So bietet das AWO-Sozialzentrum am Schlosspark seinen Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeit, bewirtete Familienfeiern auszurichten, eine Beratung vor dem Einzug, einen Umzugs- und Shopping-Service und vieles mehr. Auch wird über das ganze Jahr verteilt ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm geboten, damit auch das kulturelle Leben nicht zu kurz kommt.

Demenz-Centrum

Das Mehrgenerationenhaus der AWO Landshut eröffnete Ende 2013 offiziell das Demenz-Centrum. Gemütlich gestaltete Räumlichkeiten laden ein zur gemeinsamen Tagesgestaltung, zum Kochen, Singen oder Bewegen. Das Demenz-Centrum grenzt unmittelbar an den offenen, lichtdurchfluteten Cafébereich sowie an den belebten Kindergarten. Das bedeutet, die Generationen begegnen sich und können so von der Lebendigkeit und dem Erfahrungsschatz des anderen profitieren. Das Demenz-Centrum unter Leitung von Maria Karl mit 30 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bietet derzeit vier Betreuungsgruppen wöchentlich an, Einzelbetreuung zu Hause, Schulungs- und Betreuungsangebote für Angehörige und Fortbildungskurse für ehrenamtliche Helfer/innen, Angehörigenkurse in Zusammenarbeit mit der Alzheimer-Gesellschaft und individuelle Beratungs- und Pflegeeinsätze.

| 01 Jugendsozialarbeit: Kinder bei den Team- und Erlebnistagen der Jugendsozialarbeit an der Sport-Mittelschule Hauzenberg.

| 02 „SeniorenSterne“: Groß war die Freude über die Zertifizierung mit 4 SeniorenSternen.

| 03 Demenz-Centrum: Ein voller Erfolg – die Eröffnung des Demenz-Centrums der AWO Landshut.



| AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

EU-Freizügigkeit

Mit einer Fachtagung zum Thema „EU-Freizügigkeit“ wollten die AWO und ihre Integrationsagenturen am Niederrhein dazu beitragen, die aufgeheizte Debatte über die Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien zu versachlichen. Die Tagung in der Alten Feuerwache in Duisburg im Sommer 2013 fand bei den Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wohlfahrtspflege reges Interesse. Die Zahl der Anmeldungen war mit 180 doppelt so hoch wie erwartet. Das Fazit: Die Zuwanderung eröffnet Deutschland wesentlich mehr Chancen, als sie Probleme verursacht! Hinzu kommt, dass den aus EU-Ländern Zugewanderten eindeutig definierte Rechte gar nicht vorenthalten werden dürfen. „Wir treten grundlegende Menschenrechte mit Füßen, wenn wir EU-Bürgerinnen und -Bürgern Bildung, Gesundheit und ein menschenwürdiges Leben verweigern!“, warnte AWO-Niederrhein-Vorsitzende Britta Altenkamp MdL bei der Eröffnung der Veranstaltung. Die zu einem großen Teil gut Ausgebildeten nach Südosteuropa zurückzuschicken und gleichzeitig Menschen aus anderen Ländern zur Beseitigung des Fachkräftemangels anzuwerben, ist für die Bezirksvorsitzende völlig schizophoren. Ungeachtet dessen bedarf es einer Reihe von Sofortmaßnahmen, um die Situation dieser Menschen sowohl in ihren Herkunftsländern als auch in Deutschland zu verbessern. Die Dokumentation der Fachtagung – mit einem umfangreichen Forderungs- und Maßnahmenkatalog – ist bei der AWO Niederrhein verfügbar: www.awo-nr.de.

Jubiläum und Verabschiedung

Das Lore-Agnes-Haus in Essen, eines der bundesweit bedeutendsten Beratungszentren für Schwangerschaftskonflikte und Fragen der Sexualität, feierte im Herbst 2013 sein 30-jähriges Bestehen und hatte dabei mehr Gäste und Prominenz im Haus als jemals zuvor in seiner Geschichte. Dazu beigetragen haben der gute Ruf der Einrichtung und Erwin Knebel, langjähriger Bezirksgeschäftsführer der AWO Niederrhein. Er wollte seinen Abschied in den Ruhestand mit dem Jubiläum verbinden, um den Kreis seiner langen AWO-Karriere dort zu schließen, wo er sich ganz zu Beginn mit der Konzeptionierung und Umsetzung des Beratungszentrums die ersten Sporen verdient hatte. NRW-Familienministerin Ute Schäfer MdL lobte das Lore-Agnes-Haus für die kreative und engagierte Arbeit und bezeichnete es als „eine Vorzeige-Einrichtung der Schwangerschaftsberatung“ unter den mehr als 200 Beratungsstellen, die das Land Nordrhein-Westfalen fördert. Bezirksehrenvorsitzender Paul Saatkamp schilderte die Geschichte und hier vor allem die spannende Vorgeschichte des Beratungszentrums, das nur gegen langjährigen heftigen Widerstand – bis hin zu Demonstrationen mit 20.000 Personen gegen die Einrichtung – ins Leben gerufen werden konnte. Wolfgang Stadler würdigte in seiner Laudatio die Spuren, die sein langjähriger Wegbegleiter Erwin Knebel auch auf der Landes- und der Bundesebene der AWO hinterlassen habe. Die Gründung des Bezirksjugendwerkes der AWO am Niederrhein ist ebenso mit seinem Namen verbunden wie das Lore-Agnes-Haus oder die professionelle Öffentlichkeitsarbeit der AWO NRW und der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen.

| 01 1. Reihe v.r.: Andrea Demming-Rosenberg, Bernhard von Grünberg MdL, Jens Geier MdEP in der gut gefüllten Alten Feuerwache Duisburg.

| 02 Bezirksgeschäftsführer a.D. Erwin Knebel.

| 03 Britta Altenkamp MdL begrüßt die Gäste im AWO-Beratungszentrum Lore-Agnes-Haus (Fotos: Frank Altenwerth).



| AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.

AWO-Sozialzentrum und „Café mit Herz“ eröffnet
 Anfang des Jahres zogen die ersten Seniorinnen und Senioren ins neue AWO-Sozialzentrum in Markt Erlbach ein. Im März wurde das integrierte „Café mit Herz“ eröffnet. Das AWO-Sozialzentrum trägt veränderten Bedürfnissen von Bewohnerinnen und Bewohnern in ihrem letzten Lebensabschnitt Rechnung. Das Haus ist ebenerdig konzipiert und in vier Wohngruppen untergliedert, die sich um einen geschützten Innenhof anordnen. Die Zimmer sind technisch auf dem neuesten Stand, in der Einrichtung jedoch bewusst schlicht gehalten, um eine persönliche Einrichtung und Gestaltung zu ermöglichen. In den jeweiligen Wohnbereichen ist ein großer Aufenthaltsraum mit Küche das zentrale Element. In diesem wohnlich gestalteten Gemeinschaftsbereich werden die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen und Freizeitaktivitäten individuell oder gemeinsam durchgeführt. Bei der Zubereitung der Speisen in ihrer eigenen Küche können die Bewohnerinnen und Bewohner je nach Fähigkeiten und Neigungen mithelfen. Das Konzept betont den Wohncharakter und versucht durch freiwillige Einbindung der Bewoh-

nerinnen und Bewohner in alltägliche Arbeiten in der Küche und im Innenhof (Kräuterbeete u. a.), eine familiäre Atmosphäre und ein Gefühl des Gebrauchtwerdens zu schaffen. Die Versorgung und Pflegeleistungen richten sich individuell nach den Bedürfnissen und Erfordernissen der jeweiligen Bewohnerin bzw. des jeweiligen Bewohners. Aufgenommen werden Seniorinnen und Senioren mit allen Pflegestufen. Ergänzt wird das Wohnhaus durch das „Café mit Herz“. Das Café steht sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern mit ihren Angehörigen als auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Öffnungszeiten: freitags bis sonntags und an Feiertagen von 14 bis 17 Uhr. Das Café ist als Ort der Begegnung gedacht und die Bevölkerung ist herzlich eingeladen. Auch für Fachvorträge und Filmvorführungen sowie Ausstellungen ist das Café bestens geeignet. Abgerundet wird das Angebot des AWO Bezirksverbands Ober- und Mittelfranken in Markt Erlbach durch das AWO-Wohnheim für psychisch Kranke „Frankenhöhe“ mit zusätzlichen Außenwohngruppen und betreutem Wohnen sowie Therapiewerkstätten und einem Verkaufsladen für eigene Produkte.

- | 01 *Zur leichteren Orientierung der Bewohnerinnen und Bewohner wurde die Farbgebung der Wohnbereiche im Innenhof wiederholt. Mithilfe bei der Pflege der gärtnerischen Anlage oder die Bearbeitung eigener Kräuterbeete ist auf Wunsch möglich.*
 | 02 *Blick aus dem „Café mit Herz“.*



| AWO Bezirksverband Oberbayern e.V.

„Neue Steuerungsmechanismen an der Schnittstelle ambulant-stationär“

Unter dieser Überschrift hat sich die AWO Oberbayern in Kooperation mit dem Bezirk Oberbayern auf den Weg gemacht, den Ausbau ambulanter Angebote gegenüber stationären Wohnformen zu befördern. Im Rahmen verschiedener Modellprojekte sollen ambulante Konzepte erprobt werden, die stationäre Angebote ersetzen oder überflüssig machen.

Modellprojekt Traunreut

In unserem Modellprojekt Traunreut werden derzeit zehn stationäre Plätze ambulantisiert. Ausgangssituation: Die sozialtherapeutische Einrichtung Traunreut ist eine am Bedarf in der Region gewachsene Komplexleistungseinrichtung mit 45 stationären und 90 ambulanten Plätzen sowie einer Tagesstätte, einem Zuverdienstprojekt einer Integrationsfirma. Durch die Finanzierung über fixe Betreuungsschlüssel, die eine starre Trennung von stationären und ambulanten Angeboten fest schreibt, ist ein Wechsel von einem Angebot in ein anderes für die Betroffenen in der Regel mit einem Umzug, mit Beziehungsabbrüchen und mit einer Reihe von weiteren Veränderungen verbunden, die den Erfolg einer Wiedereingliederung erheblich gefährden. Hier setzt das geplante Projekt an: Durch die Entwicklung des vorhandenen Leistungsangebots hin zu mehr Durchlässigkeit

und Flexibilität soll den Betroffenen der Zugang zu einer personenzentrierten Unterstützung ermöglicht werden, die sich am jeweiligen Hilfebedarf und nicht am Einrichtungstyp orientiert. Eine Veränderung der Betreuungsintensität ist dabei durch die Möglichkeit zur zeitnahen, individuellen Anpassung des Angebotes an einen veränderten Hilfebedarf nicht mit einem Beziehungsabbruch oder einem Wohnortwechsel verbunden. Mit diesem Modell wird erreicht, dass Menschen ihr Leben in der eigenen Wohnung langfristig selbstbestimmt und mit hoher Lebensqualität führen können. Dazu werden verschiedene Leistungsbausteine eng miteinander verzahnt. Über tagesstrukturierende Maßnahmen und ambulante Betreuungsleistungen wird psychosoziale Unterstützung gewährleistet. Durch die Verbindung mit dem offenen tagesstrukturierenden Angebot der Tagesstätte, den bereits bestehenden Kontakten innerhalb der Gemeinde und dem Modellprojekt wird die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft gefördert; ebenso durch die Einbindung von bürgerschaftlich engagierten Menschen und durch weitere bereits vorhandene Arbeitsangebote. Über ein angeschlossenes Krisenzimmer können Krisen (ohne Selbst- oder Fremdgefährdung) so bearbeitet werden, dass Krankenhauseinweisungen nicht mehr nötig sind und Angebote in der Folge den jeweils veränderten Bedürfnissen angepasst werden können.

| 01 *Holzschnitzerei.*

| 02 *Modellprojekt Traunreut.*



| AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.

Kontinuität und Wandel

Wenn etwas in Ostwestfalen-Lippe (OWL) mit „solide“ beschrieben wird ist dies eine hohe Auszeichnung. Die AWO in der Region rund um den Teutoburger Wald (www.awo-owl.de) hat 2013 solide gearbeitet. Die bestehenden Einrichtungen wurden erfolgreich fortgeführt, neue Impulse und Projekte wurden gestartet. Die Hauptarbeitsbereiche sind weiterhin die neun Seniorenzentren und 113 Kindertageseinrichtungen. Aber die AWO ist auch Trägerin von Beratungsstellen und Begegnungszentren, Bildungswerken und Schulen. Eine dynamische Entwicklung vollzog sich im Bereich der Altenpflege. Differenzierte und bedarfsgerechte Angebote für ältere und pflegebedürftige Menschen vom Pflegedienst über die Senioren-Hausgemeinschaft bis hin zu Wohngruppen in Seniorenzentren wurden aufgebaut. Die Vernetzung von Angeboten findet sich ebenfalls in neuen Einrichtungen wie dem Familienhaus Versmold. Fit für die Zukunft ist auch der Bereich Kindertagesbetreuung. Die U3-Betreuung ist in allen Kitas möglich. Baulich und personell ist die AWO hier gut aufgestellt.

Projekte sind Impulsgeber

Im Umfeld dieser Einrichtungen kommen vielfach stiftungs- und eigenmittelfinanzierte Projekte zum Tragen. Wichtige Impulsgeber waren 2013 u. a. die Aktionen „Vielfalt in der Kita“ (www.vielfalt-in-der-kita.de), das Musikmobil (www.awo-musikmobil.de) und „MEGA – Mein Engagement gegen Ausgrenzung“ (www.mega-bielefeld.de). Die Vernetzung von professioneller Arbeit und

die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements waren immer zentral.

Die Basis muss gepflegt werden

Die Basis der hauptamtlichen Arbeit der AWO in OWL sind die 5.500 Beschäftigten in 250 Einrichtungen. 12.500 Mitglieder in rund 145 Ortsvereinen und sieben Kreisverbänden sind das Gesicht der AWO vor Ort und bieten eigene Aktivitäten an. Speziell für sie wurden besondere Angebote geschaffen. Bereits seit längerem gibt es einen Info-Dienst, der jedem Mitglied per Post direkt ins Haus geschickt wird. Aber auch die Beschäftigten werden „gepflegt“. Im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) und der Beruflichen Eingliederungsmaßnahmen (BEM) wird neben der kritischen Betrachtung von Arbeitsabläufen auch Vorsorge organisiert.

Teampayer/innen gesucht

Eine der bestimmenden Aufgaben des vergangenen Jahres war die Gewinnung von Nachwuchs. Ein gutes Fundament für diese Arbeit wurde u. a. von dem ESF-geförderten Projekt „Nachwuchsförderung in sozialen Einrichtungen und Diensten“ gelegt. Angebote mit Erlebnischarakter und Nähe zum Menschen kommen immer an. Wachsende Bedeutung für die AWO als Verband und Unternehmen haben auch die Freiwilligendienste. „Bufdis“ und „FSJ-ler“ sind allorten anzufinden (www.awo-freiwilligendienste-owl.de). Neu ist hier die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund. Die AWO sucht und braucht Teampayer/innen!

- | 01 Mit einem Flashmob auf dem Bielefelder Alten Markt haben Aktive des Projektes „musikmobil“ 2013 auf ihr Angebot eines musikalischen Besuchsdienstes für Menschen mit und ohne Demenz aufmerksam gemacht.
- | 02 Singen macht glücklich. Der Chor Grenzenlos aus dem Seniorenzentrum Feierabendhaus in Bad Salzuflen ist der Beweis. Bewohner/innen, Angehörige und Pflegekräfte machen mit.
- | 03 Das AWO-Berufskolleg für Sozial- und Gesundheitsberufe, das AWO-Fachseminar für Altenpflege und das AWO-Jugendwerk beteiligen sich jedes Jahr mit besonderen Events am Boys Day. Motto: „Mehr Jungs in die Kitas/Pflege!“.

| 01



| 02



| 03



| AWO Bezirksverband Pfalz e.V.

Das Jahr 2013 zeichnete sich für den Bezirksverband Pfalz durch viele Neuerungen aus. Zu Beginn des Jahres, am 4. März, gründete sich das Bezirksjugendwerk der AWO Pfalz, welches 2013 mit ersten Aktivitäten startete.

Im AWO Bezirksverband Pfalz arbeitete man unterdessen mit Hochdruck am neuen Internetauftritt, der seit dem Sommer unter www.awo-pfalz.de zu sehen ist. Hier wird erstmals neben den Leistungen des Bezirksverbandes auch zu den Angeboten der Kreis- und Ortsverbände berichtet. Ein eigens eingerichteter Veranstaltungskalender hilft Interessierten, das passende Angebot zu finden.

Parallel zum neuen Internetauftritt wurden auch der Messeauftritt sowie Printmedien auf den aktuellen Stand gebracht. Mit neuer Ausstattung präsentierte sich die AWO Pfalz so 2013 unter anderem am Rheinland-Pfalz-Tag, auf dem Ehrenamtstag, auf diversen Gesundheitsmessen sowie Leistungsschauen und informierte über ihr Angebot mit Schwerpunkt im Bereich Altenhilfe.

Das jährliche Mitarbeiter-Sommerfest fand 2013 wieder im Naturfreundehaus Finsterbrunnertal statt. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Naturfreunden, auch im Verbandsbereich, wurde 2013 eigens ein Arbeitskreis gegründet. Hier geht es unter anderem darum, den gemeinsamen Ausbildungsverbund neu zu beleben.

Da die Mitgliederzahlen des Bezirksverbandes rückläufig sind, startete 2013 in Kooperation mit dem Bezirksverband Rheinland eine Initiative zur Mitgliederwerbung. Unter dem Motto „Mach Mitmensch“ wurden über das gesamte Kalenderjahr für die Orts- und Kreisverbände Seminare zur Mitgliederwerbung angeboten, bei denen diese auch mit aktuellen Materialien ausgestattet wurden und viele Anregungen zur Werbung neuer Mitglieder für die AWO erhielten.

Zur besseren Zusammenarbeit zwischen dem Bezirksverband und den Kreis- sowie Ortsvereinen begann die AWO Pfalz 2013 mit der Durchführung von Regionalkonferenzen. Diese fanden jeweils mit gleicher Thematik in der Südpfalz und der Westpfalz parallel statt. Die nun regelmäßig, zweimal jährlich, geplanten Veranstaltungen stießen auf großes Interesse und dienten dem gegenseitigen Austausch und der Information.

Zusammenarbeit fand jedoch nicht nur innerhalb des Bezirksverbandes statt – auch im Bündnis AWO Südwest, in dem sich der Landesverband Saarland, der Bezirksverband Rheinland und der Bezirksverband Pfalz austauschen, konnten 2013 viele kleine Erfolge verzeichnet werden. Dies feierte man auch beim großen Fest der AWO Südwest, welches 2013 beim Gastgeber, dem Landesverband Saarland, in Saarbrücken stattfand.

- | 01 Rheinland-Pfalz-Tag in Pirmasens – Geschäftsführer Werner Wagner schenkt Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein Herz.
 | 02 Erste 1a Sozialstation in Deutschland – Sozialstation Lambrecht der AWO Pfalz wird auf dem Gesundheitstag in Neustadt ausgezeichnet.
 | 03 Treffen mit Freunden – die AWO Rheinland-Pfalz auf dem Landesparteitag der SPD. Hier: Fredi Winter MdL, der Vorsitzende der AWO Pfalz Klaus Stalter und Sozialminister Alexander Schweitzer (v.l.n.r.) am Stand der AWO.



| AWO Bezirksverband Potsdam e.V.

Im Zeichen fachlichen Austauschs

Wir wollen Themen setzen, wir wollen neue Wege gehen, wir wollen bewegen: Deshalb stand das Jahr 2013 beim AWO Bezirksverband Potsdam e.V. ganz im Zeichen fachlichen Austauschs – landesweit, bundesweit, europaweit.

Inklusion muss von den Kindern her gedacht werden

„Inklusion – Ja, aber richtig!“ Unter diesem Motto hat der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. über das vergangene Jahr an vielen Orten in Brandenburg mit einer Vielzahl von Eltern von Kindern mit und ohne Behinderungen, Lehrkräften von Grundschulen und weiterführenden Schulen, Sonderpädagoginnen und -pädagogen und Erzieherinnen und Erziehern sowie mit Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politikern darüber diskutiert, wie sich jeder Mensch im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Gesellschaft beteiligen kann. Wie schnell lassen sich Voraussetzungen für inklusive Bildung flächendeckend schaffen? Inwiefern werden die Kinder mit Unterstützungsbedarf individuell gefördert? Getragen von einem Beirat und unterstützt von der Aktion Mensch stand für uns fest: Das Wohl von Kindern mit oder ohne Behinderung muss der Maßstab für die Umsetzung inklusiver Bildung sein. Im Ergebnis der Kampagne ist ein Forderungskatalog entstanden, der den Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Land Brandenburg überreicht wird.

Fachtagung: Enthospitalisierung – alles gut?

Seit mehr als 20 Jahren ist sie eines der größten Themen der Behindertenhilfe und Psychiatrie – die Enthospitalisierung. Der AWO Betreuungsdienste gGmbH ist es gelungen, eine zwei Jahrhunderte

währende Geschichte des Anstaltswesens in Wittstock zu beenden. Im September verschloss ein langjähriger Bewohner des AWO-Dosse-Parks, einer Großeinrichtung mit einst über 500 Betten, die Eingangstür ein letztes Mal. Er und seine Mitbewohner/innen leben heute in kleinen Wohneinheiten in selbst mitgestalteten Einzelzimmern. Aus diesem Anlass fand am 15. Oktober 2013 in Potsdam eine bundesweite, von der Aktion Mensch geförderte Fachtagung statt. Unter der Fragestellung „Enthospitalisierung – Integration – Inklusion – alles gut?“ diskutierten mehr als 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Referierenden, darunter Prof. Dr. Karin Beck von der Universität Hamburg und Fabian Schwarz, Referent für Behindertenhilfe beim AWO Bundesverband e.V. Zur Tagung wurde ein „Thesenpapier zur Zukunft der Eingliederungshilfe aus Sicht des AWO Bezirksverbandes Potsdam e.V.“ erarbeitet.

Studie: Schulkrankenschwestern

In fast allen westlichen Industrieländern üblich, sind Schulkrankenschwestern in Deutschland die Ausnahme. Fachleute aus Polen und Finnland lud der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. am 6. November 2013 zum Thema in die brandenburgische Landeshauptstadt ein. Der transnationale Workshop ist Teil des mit EU-Mitteln geförderten Projektes „Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zum arbeitsmarktpolitischen Innovationskonzept schuleigener Krankenpflegefachkräfte im Land Brandenburg“, das die Potsdamer Arbeiterwohlfahrt zusammen mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und dem Bündnis „Gesund Aufwachsen in Brandenburg“ durchführt. Abschluss der Studie ist im Oktober 2014.

|01 Abschluss der Inklusionskampagne mit Ramba-Zamba.

|02 Transnationaler Austausch mit Polen und Finnland zum Thema Nurses at School.



| AWO Bezirksverband Rheinland e.V.

Der AWO Bezirksverband Rheinland e.V. umfasst die Regionen im mittleren und nördlichen Rheinland-Pfalz. Etwa 18.500 Mitglieder sind in 19 Kreisverbänden und 189 Ortsvereinen organisiert. Die AWO Rheinland beschäftigt rund 1.900 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in ihren 27 Einrichtungen, darunter 14 Alten- und Pflegeheime, zwei Seniorenwohnanlagen sowie vier Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderhorte.

AWO-Haus der Generationen

Ein Höhepunkt des Bezirksverbands AWO Rheinland war im Jahr 2013 die Einweihung einer neuen AWO-Einrichtung in Worms. Für rund zwölf Millionen Euro ist das AWO-Altenzentrum zu einem AWO-Haus der Generationen umstrukturiert worden. Neuste Haustechnik und innovativste Konzepte haben aus dem „Remeyerhof“ eines der modernsten Häuser der Region gemacht. Nach einer Umbauzeit von fast fünf Jahren ist aus der Anlage ein harmonisch zusammengefügt Haus geworden. „Eine große architektonische Herausforderung“, so Winfried Bauer, Geschäftsführer der AWO Rheinland, „die letztlich alle Mühe wert war.“ Besonders der neu gestaltete Garten im Innenhof ist ein Ort für die Begegnungen der Generationen. Der Kindergarten bietet 75 Plätze für Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren an. Nach der Sanierung ist die Anzahl der Pflegeplätze von 111 auf 187 gestiegen. Dabei ist außerdem die Betreuung der Seniorinnen und Senioren konzeptionell weiterentwickelt worden. Die Pflegeoase bietet sieben Plätze für Menschen im Endstadium Demenz. Beim Projekt EGO (Einrichtungen ganzheitlich optimieren) werden die Bewohnerinnen und Bewohner

abseits regulärer Pflege- und Betreuungskonzepte individuell nach ihren körperlichen und geistigen Bedürfnissen versorgt, betreut und gepflegt. Weitere Angebote sind die Langzeitpflege, die Kurzzeitpflege, das Betreute Wohnen, die Versorgung von Palliativ-Patientinnen und -Patienten sowie die psychobiografische Demenzbetreuung nach Professor Erwin Böhm. „Das AWO-Haus der Generationen ist eine Bereicherung für beide Generationen. Die Mädchen und Jungen sorgen für den buchstäblich frischen Wind und die älteren Menschen geben ihre Erfahrungen an die junge Generation weiter“, so Rudi Frick, Vorsitzender der AWO Rheinland.

„Helft uns Leben“

Einen weiteren Meilenstein erreichte die Aktion „Helft uns Leben“. Der gleichnamige Verein der Rhein-Zeitung und die AWO Rheinland erreichten die Marke von über zwei Millionen Euro, die sie in den letzten neun Jahren an über 6.000 bedürftige Familien verteilen konnten. Allein im Jahr 2013 stellte die erfolgreiche Kooperation 570 Familien oder Alleinerziehenden mit Kindern im nördlichen und mittleren Rheinland-Pfalz in einem Volumen von 250.000 Euro lebensnotwendige Dinge zur Verfügung, die sie sich sonst nicht leisten können. Die Palette reicht dabei von Kleidung und Lebensmitteln bis hin zu Kinderwagen oder Waschmaschinen. „Helft uns Leben“ engagiert sich seit mehr als 25 Jahren für Kinder in Not. „Das Elend auf der Welt ist nicht kleiner geworden“, so Jürgen Claßen, Geschäftsführer des Vereins, „ohne die Hilfe der Rhein-Zeitungs-Leser und der fleißigen Spender aber wäre es noch größer.“

Das AWO-Altenzentrum Remeyerhof wurde zu einem Haus der Generationen um- und ausgebaut. Bei der Einweihung im August versammelten sich die Verantwortlichen und Gäste im neu gestalteten Garten im Innenhof der Einrichtung, der inzwischen zu einem Ort für Begegnungen der Generationen geworden ist (Fotos: Sandra Bruns).



| AWO Landesverband Saarland e.V.

10.000 kamen zum großen AWO-Familienfest

150 Jahre Arbeiterbewegung: Grund genug für die AWO Saarland, ein großes Fest auszurichten. Ein Fest der Gemeinschaft, ein Fest der Solidarität und vor allem ein Fest für die ganze Familie. Ein Fest, zu dem insgesamt rund 10.000 Besucher/innen auf den Platz vor der Saarbrücker Congresshalle kamen. Darunter auch viele prominente Gäste aus der Politik wie Andrea Nahles und Heiko Maas, die gemeinsam mit dem AWO Landesvorsitzenden Marcel Dubois das Fest eröffneten. „Ihr seid auf Tuchfühlung mit den Menschen. Ihr kümmert euch“, rief Nahles den Gästen zu, die aus vielen Ortsverbänden der AWO Saarland und auch aus den Nachbarverbänden Rheinland und Pfalz gerne nach Saarbrücken gekommen waren. An zahlreichen Ständen gab es viel Gelegenheit für Spiel und Spaß, Information und Unterhaltung. Dafür sorgten auch zahlreiche Helfer/innen aus allen Kreisverbänden, Sparten und Abteilungen der AWO.

Hier ist die AWO immer wieder jung

Jugendhilfe ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die AWO als großer Träger von Jugendhilfeeinrichtungen im Saarland ist hier stark engagiert, oftmals im Auftrag von Jugendämtern und Kommunen. „Uns liegt die Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche am Herzen, ganz gleich, welcher sozialen Herkunft oder Nationalität sie entstammen“, sagt AWO Landesgeschäftsführerin Ines Reimann-Matheis. Das Arbeitsfeld ist weit gesteckt. Es reicht von ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen zur Erziehung über Kindertageseinrichtungen, Jugendsozialarbeit und Schulkooperationen bis hin zu speziellen Projek-

ten. Einen Schwerpunkt hat die AWO laut Reimann-Matheis bei ihrem Vorschulangebot gesetzt. Hier ist sie in vielen Orten im Saarland zu finden. In 24 Tageseinrichtungen an 20 Standorten werden in Krippen, Kindergärten oder Horten mehr als 1.200 Kinder betreut. Am Krippenausbau hat sich die AWO gerne beteiligt und dazu beigetragen, die Anzahl der Krippenplätze im Saarland deutlich zu erhöhen. Zukunftsweisend sind auch die Kooperationen mit der Dillinger Hütte, Saarstahl und der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) beim Aufbau betriebsnaher Kindertagesstätten.

Gemeinsam Brücken bauen

Beim Benefizabend der AWO-Saarland-Stiftung wurde gefeiert und Bilanz gezogen: Bereits zum fünften Mal hatte der AWO Landesverband zu einem festlichen Benefizabend zugunsten der AWO-Saarland-Stiftung eingeladen. Unter dem Motto „Chante la vie“ wurde im Großen Saal der Handwerkskammer mit vielen Gästen gefeiert und Rückblick auf die Stiftungsarbeit gehalten. Seit 2009 hilft die Stiftung saarlandweit Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch. Mit über 120.000 Euro wurden seither Einzelpersonen, Familien und kleine Projekte unterstützt. „Wir wollen Menschen, die in Schwierigkeiten stecken, eine Brücke zurück in die Gesellschaft bauen“, sagte der AWO Landesvorsitzende Marcel Dubois. AWO Landesgeschäftsführerin Ines Reimann-Matheis konnte von zahlreichen Einzelaktionen und Projekten berichten, in denen die Stiftung hilfreich war. Dabei standen meist Familien und Kinder im Mittelpunkt.

| 01 Eindrücke vom AWO-Familienfest.

| 02 Preisgekröntes Projekt: Der Burbacher Kinderkochclub „Flotte Lotte“ wurde kürzlich beim Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ausgezeichnet.

| 03 Die Tänzerinnen von Fatima Serin boten beim Benefizabend ein farbenprächtiges Bild.



| AWO Landesverband Sachsen e.V.

Dreischritt zur Verbandsentwicklung

„meeting“ – ein Ort des Austauschs in Papierform

„Wir möchten, dass unsere Mitglieder noch umfassender informiert werden und auch selbst zu Wort kommen“, erläutert die sächsische AWO Landesvorsitzende Margit Wehnert das Anliegen: „Seit Mai 2013 bieten wir mit unserem Mitgliederjournal eine zusätzliche Plattform des Austausches für die Mitglieder an. Allein die Rückmeldungen zur Leserbefragung, zu den Rätseln und fachlichen Diskussionen zeigen, dass das Journal auf eine aktive Leserschaft trifft. Das freut uns sehr.“ Das halbjährliche Heft trägt den ungewöhnlichen Namen „meeting“. Er steht für „mitarbeiten, eingreifen, entscheiden, teilhaben, integrieren, nachdenken und gestalten“. Meeting wird auch über Sachsens Grenzen hinaus versandt. „Ein gelungenes Werk“, lobte unter anderem Paul Saatkamp die Erstausgabe. Der Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein sandte seinen „Glückwunsch zur gelungenen Mitgliederzeitung“ und führte aus: „Ich muss sagen, dass sie mir sowohl von Inhalt, Information und Sprache wie auch vom ansprechenden Erscheinungsbild her sehr gut gefällt.“

„Jugend gewinnen – Zukunft sichern“.

AWO Sachsen wirbt um junge Leute

Für Stefanie Jurisch aus Hoyerswerda ist es klar: „Wenn wir uns nicht attraktiv für junge Leute aufstellen, haben wir irgendwann ein personelles Problem im Fachkräfte- und Ehrenamtsbereich.“ Dabei spricht die einundzwanzigjährige Niederlausitzerin das an, was für die AWO in Sachsen bereits 2012 die Frage der intensivierten Jugendverbandsarbeit auf die Tagesordnung brachte. Derzeit

entwickelt der AWO Landesverband dazu ein Konzept. Verantwortlich sind mit Sandra Haaf und Ilko Keßler zwei Beauftragte, die im Gespräch mit den Kreisverbänden Initiativen und Projekte erarbeiten, mit deren Hilfe Jugendliche gezielt angesprochen werden können. Dies kann über Anzeigen in Schülerzeitungen, auf regionalen Messen oder in kommunaler Zusammenarbeit erfolgen. Vor Ort sollen die Jugendlichen eigene Ideen entwickeln und umsetzen. „Wir wollen, dass die Jugendlichen die AWO kennenlernen, bei ihrem Engagement Spaß haben und letztlich auch eigene Wege gehen können“, betont Sandra Haaf. Junge Menschen im Alter von 17 bis 31 Jahren können die eigene Gestaltungskraft nutzen, wie Stefanie Jurisch: Sie hat mit Azubis und jungen Beschäftigten der AWO Lausitz gemeinsam einen Anfang gemacht und ihr Projekt geplant: Es heißt „7 unter 31“ und will in Ostsachsen kräftig wirbeln. Jurisch: „Das wird bestimmt spannend.“ Andere werden folgen.

Quellen sichern. Spuren finden

Am 10. Dezember 2013 gründete sich die Historische Kommission der sächsischen Arbeiterwohlfahrt. Zwei Ziele hat sich das Gremium aus erfahrenen Historikern und altgedienten AWO-Funktionären und Hauptamtlichen gesetzt: die Quellen und Erinnerungen der Wiedergründungsgeneration von 1989/90 zu sichern und den Gliederungen vor Ort Anhaltspunkte und Instrumente an die Hand zu geben, um die Geschichte der sächsischen Arbeiterwohlfahrt während der Weimarer Republik eigenständig zu erforschen. Beides soll nach innen und außen deutlich machen: Die AWO hat tiefe Wurzeln im Land.

| 01 Mit dem halbjährlichen Mitgliederjournal werden alle sächsischen AWO-Freundinnen und AWO-Freunde auf dem Laufenden gehalten.

| 02 Jugendverbandsentwicklung bedeutet Planung – ohne dass der Spaß zu kurz kommt.

| 03 Die Historische Kommission der sächsischen Arbeiterwohlfahrt will der Forschung zur Verbandsgeschichte vor Ort auf die Sprünge helfen.



| AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Betroffene und Helfer/innen zugleich – Gelebte Solidarität beim Hochwasser

Zusammenhalt in schweren Zeiten

Die Ereignisse um das Hochwasser 2013 haben tiefe Eindrücke bei den Menschen in Sachsen-Anhalt hinterlassen. Als Betroffene und Helfer/innen erlebten viele Beschäftigte und Freiwillige der AWO in Sachsen-Anhalt die Flut und ihre Nachwirkungen. Überwältigend war die Solidarität und Unterstützung, die wir bei der Bewältigung der Katastrophe und dem Wiederaufbau erfahren durften. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Mobile Sozialberatung bietet Hilfe an

Seit dem 15. Juli ist die mobile Sozialberatung Hochwasserhilfe des AWO Landesverbandes im Einsatz. Sie führt in betroffenen Gemeinden Gespräche über die Situation nach dem Hochwasser, ermittelt den Schaden an Hausrat und Gebäuden und sucht nach Fördermöglichkeiten für die Betroffenen. Ständen zunächst finanzielle Hilfen für Inventarschäden in Form von Haushaltsbeihilfen im Vordergrund, werden jetzt Spendengelder vermittelt, um die finanzielle Belastung der Hochwasseropfer zu minimieren. Daneben ist Beratung und Hilfeleistung in sozialen Angelegenheiten ein wichtiges Anliegen. Gespräche über das persönliche Erleben der Katastrophe und deren Verarbeitung sowie Hilfestellung in sozial-, arbeits- und versicherungsrechtlichen Fragen gehören dazu. So wurden Familien Gutachter zur Schadensaufnahme vermittelt, Haushaltsgeräte beschafft und beim Wiederaufbau unterstützt. Zu allen Betroffenen hält die Sozialberatung Kontakt und begleitet sie im weiteren Wiederaufbauprozess. Die mobile Sozialberatung führt im Internet ein Hochwassertagebuch, in dem man sich unter

www.AWO-LSA.de/Hochwasser ein Bild von der Arbeit machen kann. Die mobile Sozialberatung wird über AWO International und Aktion Deutschland Hilft gefördert.

Spendenaufruf für Familie Grabitzki

Die Grabitzkis mussten in zweifacher Hinsicht erfahren, wie eine Naturkatastrophe aus der Bahn werfen kann. Zunächst mussten die Eltern der fünfköpfigen Familie wegen des Hochwassers evakuiert werden. Nachdem sie zurückkehren durften, zerstörte ein Unwetter das Haus, das die Grabitzkis erst 2000 gekauft und aus eigener Kraft umgebaut und saniert hatten. Das Gebäude wurde samt Inventar zerstört. Nachfragen der Familie nach Spendengeldern oder staatlicher Förderung im Rahmen der Hochwasserhilfe wurden negativ beantwortet, da es sich nicht um einen Hochwasserschaden handelt. Durch einen telefonischen Hilferuf wurde der AWO Landesverband auf die Familie aufmerksam und versuchte zu helfen. Im Oktober startete die AWO Sachsen-Anhalt bundesweit bei den AWO-Gliederungen einen Spendenaufruf – und im Dezember konnten der Familie Grabitzki rund 25.000 Euro zweckgebundene Spendengelder für Sanierungs- und Renovierungsarbeiten übergeben werden.

Austausch mit Lettland

Von April bis Juni absolvierten Krankenpflegeschüler/innen aus dem lettischen Daugavpils ein Pflegepraktikum im AWO-Krankenhaus Calbe. Die letzten Tage waren für sie wegen des Elbe-Hochwassers besonders aufregend. Wie auch die anderen Mitarbeitenden packten sie tatkräftig mit an, alles für die Flutopfer herzurichten, die für mehrere Tage im Krankenhaus aufgenommen wurden.

| 01 Die AWO-Kita Spatzennest aus Köthen unterstützt in einer Turnhalle Evakuierte des AWO-Seniorenzentrums Aken.

| 02 Auf dem Sachsen-Anhalt-Tag in Gommern bedankte sich die AWO bei allen Hochwasserhelferinnen und -helfern.

| 03 Hochwasser im Salzlandkreis.



| AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung

Am 30. Oktober 2013 fiel in der Landesgeschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein der Startschuss für die Eröffnung der regionalen Beratungsstellen zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung beschloss im Juni 2013 ein Programm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung. Dieses soll die Zivilgesellschaft stärken, die Erziehung zu Demokratie und Toleranz unterstützen sowie soziale Integration und interkulturelles Lernen fördern. Mit dem Programm baut das Land die Prävention, Beratung und Fortbildung in der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus aus. Hierzu wurden bei der AWO Schleswig-Holstein drei regionale Beratungsstellen in Flensburg, Itzehoe und Lübeck mit insgesamt sechs Vollzeitstellen eingerichtet. Die neuen Stellen ergänzen die vom Bund geförderte und schon seit 2009 bestehende regionale Beratungsstelle in Kiel. Die Beratungsstellen in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt sind das Herzstück des Landesprogramms, für das die Landesregierung jedes Jahr 300.000 Euro zur Verfügung stellt. Mehr Informationen unter www.beranet-sh.de

Die AWO-Pflege und der Sozialverband Deutschland e.V. – Landesverband Schleswig-Holstein stricken weiter gemeinsam an der Zukunft der Pflege

In kaum einem Bereich ist die Zeitnot so groß wie in der Pflege. Die Zeit, die fehlt, trifft vor allem die Pflegebedürftigen, das heißt diejenigen, die sich

selbst am wenigsten bemerkbar machen können. Aber auch die, die pflegen – die Pflegekräfte, Ehrenamtlichen und Nachbar/innen –, empfinden den Zeitdruck als Belastung. Sie wünschen sich nicht nur 30 Minuten für die Körperpflege, sondern auch Zeit für einen Händedruck. Und Angehörige wollen nicht nur eine Pflegezeit, sondern auch Zeit für die Pflege, zum Durchatmen und Abschalten, um anschließend dem pflegebedürftigen Partner oder der Mutter wieder liebevoll begegnen zu können. Im Rahmen der Kampagne „Wer hat an der Uhr gedreht? Pflege braucht Zeit!“ machte die AWO-Pflege nicht nur auf die Zeitnot und die damit verbundenen Probleme aufmerksam. Gemeinsam mit den Ortsvereinen und Kreisverbänden, den Ausbildungsstätten für Altenpflege, den Diensten und Einrichtungen an über 40 Standorten in Schleswig-Holstein und den vielen Helferinnen und Helfern vor Ort sammelte sie Zeit, um diese anschließend der Pflege zur Verfügung zu stellen. Bereits jetzt engagieren sich über 300 Ehrenamtliche in den Einrichtungen und Diensten der AWO Schleswig-Holstein für die Pflege. Viele von ihnen schenken ihre Zeit z. B. den Menschen in den sieben Kieler Servicehäusern – viele Stunden am Tag. Damit unterstützen sie nicht nur die Pflegekräfte vor Ort, sondern bereichern auch das Leben der Bewohner/innen, Mieter/innen und Angehörigen in den WOHNPflege-Einrichtungen und Servicehäusern. Ziel der Kampagne ist es, bis Mitte des Jahres 2014 zahlreiche weitere Menschen zu gewinnen, die sich auch zukünftig mit ihrer Zeit für ein gutes Leben mit Pflege einsetzen.

| 01 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Andreas Breitner, und Landesgeschäftsführer der AWO Schleswig-Holstein, Michael Selck, bringen gemeinsam das Schild für die Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus an der Landesgeschäftsstelle an.

| 02 Grafik der Kampagne „Wer hat an der Uhr gedreht? Pflege braucht Zeit!“.

| 03 Außerordentliche Landeskonferenz 2013 in Rendsburg.



| AWO Bezirksverband Schwaben e.V.

Kerngeschäft stabil – Vorstand unterstreicht positive Unternehmensentwicklung

Die entscheidenden Geschäftsbereiche „Stationäre Altenhilfe“ und „Kindertageseinrichtungen“ garantierten auch 2013 die wirtschaftliche Stabilität und die gedeihliche Entwicklung der AWO Schwaben. Mit der Eröffnung eines neuen Pflegeheimes in Ichenhausen, der Einweihung des Kemptener Hauses mit Betreutem Wohnen und der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes am Neubau des Seniorenheims Augsburg-Göggingen konnten wesentliche Unternehmensziele erfolgreich abgeschlossen werden. Das Engagement der für die Kinder- und Jugendhilfe Verantwortlichen galt dem Ausbau der Versorgung unter Dreijähriger in Kinderkrippen sowie der konsequenten Verfolgung des Inklusionsprinzips der UN-Behindertenrechtskonvention.

„Es gibt viele Jahre obendrauf.“ – Sozialkonferenz empfängt Franz Müntefering

Rund 130 Delegierte, Politiker/innen und Fachleute aus ganz Schwaben beschäftigten sich im Rahmen der AWO-Schwaben-Sozialkonferenz mit dem Thema „Älter werden – Chance und Verpflichtung“. „Es gibt viele Jahre obendrauf. Das ist eine gute Botschaft“, sagte Hauptredner Franz Müntefering. 80 % der über 80-Jährigen benötigten keine Pflege. Älter zu werden, habe Riesencharme, sagte der 73-Jährige. An einen Generationenkonflikt glaubt er nicht. Viele Probleme des demografischen Wandels führte er auf die zu geringe Geburtenzahl zurück. „Wir leiden nicht an Überalterung, sondern an fehlender Unterjüngung.“ Und AWO-Schwaben-Präsidiumsvorsitzender Dr. Heinz Münzenrieder ergänzte: „Wer bei einer Gesellschaft, die immer älter wird, nur von Vergreisung und Überalterung spricht, ist auf der falschen Spur.“

90. Geburtstag – AWO Schwaben baut Online-Chronik auf

Anlässlich ihres 90-jährigen Bestehens hat die schwäbische AWO für ihre bewegte Geschichte eine lebendige Online-Chronik aufgebaut, die alle Verbandsgliederungen und Unternehmensbereiche erfasst und künftig das Geschehen vor Ort tagesaktuell dokumentiert.

Nicht mehr ausgegrenzt – 25 Jahre Aids-Arbeit im Sinne Betroffener

Noch immer stecken sich auch in Deutschland viele Menschen mit dem tückischen HIV-Virus an, weil sie glauben, Aids sei besiegt und heilbar. Im AWO-Zentrum für Aids-Arbeit Schwaben (ZAS) finden Interessierte und Infizierte seit 25 Jahren Rat und Hilfe. Die im Leistungsspektrum der AWO Schwaben inzwischen unverzichtbar gewordene Einrichtung blickte 2013 zusammen mit der Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm auf eine erfolgreiche Arbeit zurück.

AWIT-Systems GmbH – erfolgreicher Ausbau der Dienstleistungen für AWO-Familie

Einen festen Platz in der qualifizierten Versorgung der verbandseigenen Einrichtungen und Dienste mit IT- und Telekommunikations-Dienstleistungen hat sich die AWIT-Systems GmbH schon lange erarbeitet. Inzwischen werden die Dienstleistungen der AWO-Schwaben-Tochter auch weit über die „Südschiene“ hinaus wahrgenommen: Zu attraktiven Konditionen bietet die AWIT GmbH Telefon- und DSL-Anschlüsse sowie Mobilfunkverträge für alle AWO-Verbände. Die Internetsysteme mit Abrechnungsmöglichkeit für Bewohner/innen sowie Patientinnen und Patienten oder Gäste der Einrichtungen überzeugen.

| 01 Die Architektur spricht an – das neue Seniorenheim Kempten.

| 02 Demografische Entwicklung – Franz Müntefering zu Gast in Schwaben.

| 03 25 Jahre Aids-Arbeit – das ZAS feiert mit Bayerns Landtagspräsidentin Barbara Stamm im Gögginger Kurhaus.

| 01



| 02



| 03



| AWO Landesverband Thüringen e. V.

Gegen das Wasser und Alltagsrassismus

Eines der prägenden Ereignisse des Jahres 2013 war das verheerende Hochwasser im Juni. Auch die AWO Thüringen war davon betroffen. Mehrere Kindertagesstätten und einige andere Einrichtungen wurden zerstört oder schwer beschädigt. Zahlreiche Beschäftigte und Mitglieder verloren ihr Hab und Gut. Aber das Hochwasser war auch eine Zeit, in der sich die AWO als Mitgliederorganisation beweisen konnte, die hilft und die zusammenhält. Viele Beschäftigte in den betroffenen Gebieten leisteten Katastrophenhilfe und engagierten sich ehrenamtlich für den Wiederaufbau zerstörter Einrichtungen. Auch die Spendenbereitschaft innerhalb der AWO war enorm. Aus dem ganzen Bundesgebiet kam Hilfe. Die AWO selbst zahlte unbürokratische Soforthilfen an besonders betroffene Mitarbeitende aus. Gemeinsam mit dem AWO Bundesverband und der AWO SANO wurden zudem Ferienfreizeiten und kostenlose Urlaube für Menschen, die von der Flut besonders betroffen waren, organisiert. Auf Beschluss der AWO Landeskonferenz hat der AWO Landesverband Thüringen im vergangenen Jahr ein Projekt gestartet, das sich dem Kampf gegen rechtsradikales und menschenverachtendes Gedankengut widmet. Vor allem Vorurteile und der allgegenwärtige Alltagsrassismus stehen dabei auf der Agenda. Unter dem Titel: „Rechts geht's lang? Nicht mit der AWO!“ werden im gesamten Verband Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geschult, die dann in den Gliederungen und Einrichtungen tätig werden. Auch der Landesausschuss der AWO Thüringen setzte sich insbesondere mit Blick auf bevorstehende Kom-

munal- und Landtagswahlen mit dem Kampf gegen Rechtsradikalismus auseinander. Ein Schwerpunkt der letzten Landeskonferenz war zudem die bessere Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Unter der Federführung des Landesjugendwerkes trafen sich deshalb verschiedene Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu mehrtägigen Workshops, um gemeinsam mit den Kindern mehr Mitbestimmung in den Jugendhilfeeinrichtungen zu vereinbaren. Konkret ging es dabei zum Beispiel um Hausregeln oder mehr Mitbestimmung bei den Ferienfahrten. Auch die Ehrenamtsförderung spielte wieder eine große Rolle in der Arbeit des vergangenen Jahres. Neben einer intensiven Begleitung der Ehrenamtlichen vor Ort durch hauptamtliche Koordinatorinnen und Koordinatoren des AWO Landesverbandes und verschiedener Kreisverbände fand im September zum zweiten Mal ein landesweiter Aktionstag statt. Mithilfe von rund 150 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wurden dabei zum Beispiel ein gemeinsames Sportfest von Kindern und Seniorinnen und Senioren eines Pflegeheimes veranstaltet, Außenanlagen von Kitas neu gestaltet oder Ausflüge für Jugendliche und Kinder organisiert. Werbung für das Ehrenamt und soziales Engagement war auch der Schülerfreiwilligentag, an dem über 600 Schüler/innen in 66 AWO-Einrichtungen kamen, um dort Soziale Arbeit zu unterstützen. Der AWO-Landesausschuss hat darüber hinaus beschlossen, die Struktur der hauptamtlichen Ehrenamtskoordination in jedem Kreisverband zu stützen und zu erhalten.

| 01 Wolfgang Metz, der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der AWO AJS gGmbH, wurde mit der Emma-Sachse-Ehrung ausgezeichnet.

| 02 Die Stärkung der hauptamtlichen Ehrenamtskoordination und der Kampf gegen rassistische Einstellungen standen auf dem Landesausschuss im Mittelpunkt.

| 03 Mitarbeitende des ambulanten Pflegedienstes der AWO in Gössnitz auf dem Weg zu ihren Patientinnen und Patienten.



| AWO Bezirksverband Unterfranken e.V.

Neue Einrichtungen für Unterfranken

Nicht nur ein Seniorenzentrum, sondern auch eine Sozialstation der AWO gibt es seit Kurzem in Schwebheim. Im Umkreis von rund 25 Kilometern bietet die Sozialstation künftig hauswirtschaftliche Versorgung, Betreuungs- und Beschäftigungsangebote sowie Pflegeleistungen an. Das Hans-Sponsel-Haus, eine AWO-Traditionseinrichtung in Würzburg, erfährt mit der Fertigstellung des benachbarten Hans-Sponsel-Zentrums eine deutliche Aufwertung. Der Komplex bietet künftig nahezu alle Formen des Wohnens im Alter unter einem Dach und ist damit noch mehr als bisher geeignet, für Alt und Jung zum Treffpunkt im Stadtteil zu werden. Grund zum Feiern gab es für viele ehemalige Bewohner/innen des Hans-Weinberger-Hauses in Zeil am Main: Mehr als eineinhalb Jahre nach dem Abriss des alten Hans-Weinberger-Hauses wurde ein kompletter Neubau fertiggestellt und die ehemaligen Bewohner/innen konnten glücklich wieder nach Zeil zurückkehren. Untergebracht waren sie zwischenzeitlich in AWO-Seniorenzentren in Schwebheim und Bad Kissingen, ebenso wie die Mitarbeitenden des Hauses.

Zukunftspläne schmieden

Führungskräfte des Bezirksverbandes beschäftigten sich in mehreren Workshops mit dem zentralen Thema „Unternehmenskultur“. Der Wechsel in der Geschäftsführung, die Fusion mit dem Kreisverband Würzburg-Stadt, die Gründung neuer Abteilungen und Stellen sowie personelle Veränderungen erforderten es, neue Strukturen einzuführen. Es ging vor allem darum, wie sich die Veränderungen bei den Einrichtungen und Mitarbeitenden auswirken und wie sich der Prozess, unter Einbezug aller Mitarbeitenden, möglichst

transparent gestalten lässt. Es folgte eine Strategietagung, wo die Weichen für die Zukunft des Verbandes gestellt wurden. Dabei formulierte das Management zusammen mit dem Vorstand die strategischen Kernziele für die nächsten Jahre sowie konkrete Maßnahmenpläne für die einzelnen Geschäftsbereiche.

Erstes Netzwerktreffen

Wie viele andere Vereine steht auch die AWO durch die Altersstruktur vor großen Herausforderungen, sind doch fast zwei Drittel aller Mitglieder im Rentenalter. Im Fokus stehen die Mitgliederwerbung sowie das Gewinnen und Halten von Ehrenamtlichen. Weil es dazu gute Ideen braucht sowie Motivation durch mitreißende Aktionen, beschloss die AWO Bezirkskonferenz, künftig einmal jährlich zum Erfahrungsaustausch der Ortsvereine einzuladen. Über 50 Verantwortliche und Ehrenamtliche aus über 20 Ortsvereinen waren zur Premiere nach Würzburg gekommen. In vier Foren vertieften alle, angeleitet von fachkundigen Referierenden, Themen wie „Mitglieder werben und halten“, „Vorstände verzweifelt gesucht“, „Das Gewinnen von Ehrenamtlichen“ und „Neue Angebote für AWO Ortsvereine“.

Mitarbeiter/innen besser informiert

Mitte des Jahres brachte der Bezirksverband die erste Ausgabe seines Mitarbeiter-Magazins „AWO inside“ unter die Kolleginnen und Kollegen. Dieses Medium war der Geschäftsführung ein großes Anliegen, um die Mitarbeiter/innen zukünftig noch besser an der Entwicklung des Bezirksverbandes teilhaben zu lassen. Gleichzeitig ist das Magazin aber auch Plattform für Einrichtungen und ihre Mitarbeiter/innen.

|01 Besser informiert mit dem neuen Mitarbeiter-Magazin.

|02 Kernziele der AWO Unterfranken.

|03 Erfahrungsaustausch in einem von vier Fachforen beim 1. AWO-Netzwerktreffen der Ortsvereine.

| 01

Mitarbeiterzeitung
Ausgabe
Sommer 2014
AWO inside

Kapovaz oder waz?
Arbeit auf Abruf



| 02



Attraktiver Arbeitgeber

Starke Marke AWO

Innovative Konzepte

Gesundes Wachstum

| 03



| AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.

65 Jahre AWO Weser-Ems nach Wiedergründung

Im Oktober begibt der Bezirksverband sein 65-jähriges Bestehen nach Wiedergründung im Jahr 1948. In ihrem Grußwort betonte die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt die Bedeutung der Arbeit der AWO: „Die vorrangige Wahrnehmung sozialstaatlicher Aufgaben durch Wohlfahrtsverbände und freie Träger hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Sie muss dauerhaft leistungsfähig bleiben, um eine flächendeckende und wohnortnahe Daseinsvorsorge sicherzustellen“. Ein Fachvortrag des Bremer Verwaltungswissenschaftlers Prof. Ernst Mönnich zur Zukunft des Sozialstaates rundete die Veranstaltung, zu der zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Verbänden gekommen waren, ab. Die Botschaft des Abends war, dass die AWO eine der ganz zentralen Akteurinnen ist, wenn es um die konkrete Hilfe am Menschen und die Umsetzung sozialpolitischer Ziele geht.

Regionalforen: Lebendige Ideenwerkstatt

Neue Wege schlug die AWO zwischen Ems und Weser in der Verbandsentwicklung ein. Sie lud über ihre Mitgliederzeitschrift „AWO-Report“ alle Mitglieder zu Regionalforen ein, um die nächsten Entwicklungsschritte zu erörtern. In Arbeitsgruppen wurde besprochen, wie sich der Verband in Zukunft aufstellen und seine gute Arbeit fortsetzen kann. Tenor war, dass sich der Erfolg im vertrauensvollen Zusammenspiel zwischen Haupt- und Ehrenamt entscheidet. Beide Seiten profitieren voneinander und schöpfen den größten Nutzen für den Verband, wenn sie gemeinsam an einem Strang ziehen. Maßnahmen, Arbeitsabläufe und Strategien wurden diskutiert, mit dem Ziel, diese weiter zu optimieren. Weitere Regionalforen sollen

2014 folgen, um die Ergebnisse zu vertiefen und die Entwicklung des Gesamtverbandes weiter kreativ und basisdemokratisch zu begleiten.

Hervorragende Qualität im Tandem besiegelt

Die Tandem-Zertifizierung der Einrichtungen und Dienste ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil des Qualitätsmanagements in der AWO Weser-Ems. Im Dezember 2013 konnte die Geschäftsführung zusammen mit dem Qualitätsmanagementbeauftragten nunmehr auch das Zertifikat für den „e.V.“ und die Dienstleistungsgesellschaft AWO Management & Service Weser-Ems GmbH in Empfang nehmen, nachdem TÜV und AWO-Auditoren mit vollster Zufriedenheit alle Abteilungen begutachtet hatten. Die hohe Qualität der Arbeit ist nun auch ganz offiziell verbrieft und wird systematisch weiter ausgebaut. Die Gesellschaften AWO Kinder, Jugend & Familie Weser-Ems GmbH sowie AWO Dialog Weser-Ems GmbH und AWO Wohnen & Pflegen Weser-Ems GmbH sind ebenfalls tandem-zertifiziert.

Innovationsfonds eingerichtet

Der AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V. richtet einen Innovationsfonds in Höhe von jährlich 50.000 Euro ein. Gefördert werden innovative und neue Sozialprojekte. Über die Gewährung von Mitteln aus dem Innovationsfonds entscheidet ein Gremium, das sich aus sechs Vertreterinnen und Vertretern der Gliederungen, dem Bezirksverband sowie dem/der Fachexperten/in für Fördermittelmanagement zusammensetzt. Ziel ist mehr Flexibilität und Innovation in der Angebotsstruktur des Verbandes, um den rasanten Veränderungen im Sozialmarkt gerecht zu werden.

| 01 Bezirksvorsitzender Dr. Harald Groth, Sozialministerin Cornelia Rundt, Oldenburgs Bürgermeisterin Germaid Eilers-Dörfler und Prof. Dr. Ernst Mönnich bei der 65-Jahr-Feier der AWO Weser-Ems.

| 02 Dr. Harald Groth eröffnet den Festakt.

| 03 Erfolgreich die Tandem-Zertifizierung erreicht: AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V. und AWO Management & Service Weser-Ems GmbH.



| AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Familienfest in Soest

Nach der bundesweiten 90-Jahre-AWO-Feier 2009 in Dortmund war am 13. und 14. September 2013 Soest der ideale Ort für das AWO-Familienfest. „Schöner könnte die Kulisse für unser Fest nicht sein“, bedankten sich Michael Scheffler, Vorsitzender des Bezirksverbandes, und Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd bei den Gastgebern. Projekte und Angebote aus allen Teilen des Verbandes wurden in einer weißen Zeltstadt präsentiert. Zwei Bühnen lockten mit einem Festprogramm: Für die Jüngsten gab's Clownerie, Zauberei, Ballonkunst und Jonglage; die Hauptbühne war Schauplatz hochkarätig besetzter Talkrunden zu aktuellen sozialen Themen sowie zahlreicher musikalischer Höhepunkte. Auf der Gästeliste standen u. a. der Vorsitzende des Präsidiums des AWO Bundesverbandes Wilhelm Schmidt, NRW-Minister Guntram Schneider, NRW-Ministerin Ute Schäfer sowie der Soester Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Norbert Römer. Kernbotschaften der Bühnengespräche: Die sozialen Probleme werden zunehmen, der Handlungsbedarf steigen und die Arbeit vor Ort, für die Menschen, die sich selbst nicht helfen können, immer mehr an Bedeutung gewinnen. „Wir müssen unsere Stimme erheben für die Interessen dieser Menschen und wir müssen mit dafür sorgen, dass die Sozialpolitik in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückt“, mahnten Wilhelm Schmidt und Michael Scheffler, MdL.

Neues Hotel für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen

Mit dem „Landhaus am Fehmarnsund“ eröffnete die AW Kur und Erholungs GmbH im November 2013 in Großenbrode/Schleswig-Holstein ihr zweites Hotel für Demenzzranke und Angehörige. Rund 60 Gäste kann die barrierefreie Einrichtung in der Lübecker Bucht beherbergen. Das komplett renovierte Haus ist selbstverständlich auf die besonderen Bedürfnisse der Urlauber/innen ausgerichtet. Einrichtung und Dekoration tragen zur besseren Orientierung der demenziell veränderten Gäste bei. Die 44 Zimmer sind unterschiedlich aufgeteilt, verfügen zum Teil über Pflegebetten und sind für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen geeignet. Fünf Stunden täglich wird eine tagesstrukturierende Betreuung durch qualifizierte Pflegefachkräfte angeboten. Mehrere miteinander verbundene Gruppenräume und ein geschützter Sinnesgarten stehen zur Verfügung. Ein Snoezelenraum mit Wasserbett, Musik und Licht-, Duft- und Klanginstallationen schafft eine entspannende Atmosphäre. Die pflegenden Angehörigen gewinnen durch dieses Betreuungsprogramm Freiraum für die eigene Erholung. Sie können Wellness- und Kurangebote nutzen, am nahen Strand spazieren gehen oder die Angebote des Landhauses wie Schwimmbad, Sauna, Fitnessraum, Café, Restaurant und Aufenthaltsräume nutzen. Kontakt: „Landhaus am Fehmarnsund“, Strandstraße 1, 23775 Großenbrode, Telefon: 04367 9970-0.

| 01 Familienfest AWO Westliches Westfalen 2013.

| 02 „Landhaus am Fehmarnsund: Urlaub für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen.“



| AWO Bezirksverband Württemberg

Auszubildende aus Vietnam

Die AWO Württemberg nimmt mit drei Seniorenzentren in Stuttgart an einem Projekt teil, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ins Leben gerufen wurde. Ziel ist, dem akuten Fachkräftemangel in der Altenpflege entgegenzutreten, indem junge Menschen aus dem Ausland angeworben werden. Sechs Frauen und zwei Männer aus Vietnam werden nun zwei Jahre lang zu Altenpflegekräften ausgebildet. Bereits nach Abschluss der ersten Praxisphase lässt sich eine hohe Motivation und positive Einstellung der Auszubildenden feststellen, während die geringe sprachliche Qualifikation eine hohe Herausforderung für Teilnehmer/innen und Einrichtung darstellt.

Projekt Fachsprache Deutsch in der Altenpflege (FaDA) erfolgreich abgeschlossen

Die Teilnehmer/innen am Projekt Fachsprache Deutsch in der Altenpflege haben die Schulungen für die betriebsinterne Qualifizierung im Bereich der fachsprachlichen Kommunikation in stationären Pflegeeinrichtungen der AWO erfolgreich absolviert. Es konnte eine deutliche Verbesserung der kommunikativen und fachsprachlichen Kompetenzen der Pflegekräfte erreicht werden. Die Qualifizierung richtete sich insbesondere an Pflegehilfskräfte und Pflegefachkräfte mit Migrationshintergrund.

25-jähriges Jubiläum der Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe

Altenpflege ist hochprofessionell. Sie ist als eigenständiges Berufsbild unverzichtbar, so der Tenor anlässlich des 25-jährigen Schuljubiläums der AWO-Berufsfachschule in Sindelfingen. Für die

künftige Entwicklung in der Altenpflegeausbildung sieht die AWO gute Chancen: Einer generalistischen Ausbildung erteilt sie eine Absage, da diese zu einer Nivellierung der Ausbildungsinhalte führen würde und somit negative Auswirkungen auf den Altenpflegeberuf hätte. Seit Gründung im Jahr 1988 wurden ca. 1.000 Schüler und Schülerinnen für einen zukunftssicheren Beruf ausgebildet. Mit einem Anteil von ca. 50 Prozent der Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist die AWO gut für die Zukunft aufgestellt, da zunehmend pflegebedürftige Menschen aus anderen Kulturkreisen stammen. Alleinstellungsmerkmal ist die vier Jahre dauernde Ausbildung in Teilzeit, die es Quer- und Wiedereinsteigenden erlaubt, Beruf und Familie besser miteinander zu verbinden.

Dritte Zukunftswerkstatt

Neues auf die Beine stellen, Angebote und Hilfen für die Menschen vor Ort schaffen, aber auch den eigenen Ortsverein oder Kreisverband beleben und attraktiver machen, das sind Themen, die die AWO nicht nur in Württemberg beschäftigen. Diesem Ziel war die dritte Zukunftswerkstatt des Bezirksverbandes verpflichtet. Vier konkrete Projekte wurden vorgestellt und zur Umsetzung vor Ort empfohlen: Projekt Notgroschen, Projekt daheim gesund, Projekt Seniorenbegleiter und Rechtserstberatung.

Positive Entwicklung im Bereich Kita-Ausbau bei den Gliederungen der AWO Württemberg

Der Kita-Ausbau hat sich bei den Kreisverbänden Ulm, Ludwigsburg, Rems-Murr, Aalen und Heilbronn positiv entwickelt. Die Kreisverbände haben zahlenmäßig stark zugelegt. Highlights sind zwei Betriebskitas, eine mit den Ulmer Stadtwerken, die andere mit dem Klinikum des Rems-Murr-Kreises.

| 01 *Azubis aus Vietnam.*

| 02 *25 Jahre Altenpflegeschule, Schüler/innen im zweiten Ausbildungsjahr mit Klassenlehrerin Frau Hirth.*

| 03 *Abschlussveranstaltung Fachsprache Deutsch in der Altenpflege.*



| Statistische Daten der AWO in den Bundesländern

	Anzahl der Mitglieder	Hauptamtlich Beschäftigte	Ehrenamtlich Engagierte
Baden-Württemberg	27.136	12.703	5.850
Bayern	65.863	27.046	13.257
Berlin	6.514	7.218	516
Brandenburg	11.129	10.913	730
Bremen	1.804	3.780	2.647
Hamburg	2.776	1.440	800
Hessen	26.067	10.407	3.068
Mecklenburg-Vorpommern	5.952	6.386	1.075
Niedersachsen	35.956	16.639	5.894
Nordrhein-Westfalen	103.791	56.271	22.600
Rheinland-Pfalz	22.543	5.250	3.100
Saarland	13.476	6.770	2.200
Sachsen	6.631	12.353	1.718
Sachsen-Anhalt	4.613	4.596	3.000
Schleswig-Holstein	17.754	5.496	2.600
Thüringen	9.720	9.523	4.800
Gesamt	361.725	196.791	74.930



**Mitglieder, Einrichtungen,
Beteiligungen und Mitgliedschaften**

I Mitglieder, Einrichtungen, Beteiligungen und Mitgliedschaften

Mitglieder des AWO Bundesverbandes als juristische Personen sind die Landes- und Bezirksverbände der AWO sowie korporativ angeschlossene Mitglieder:

Bezirksverband Baden e.V.

Hohenzollernstr. 22
76135 Karlsruhe

Landesverband Bayern e.V.

Edelsbergstr. 10
80686 München

Landesverband Berlin e.V.

Blücherstraße 62
10961 Berlin

Landesverband Brandenburg e.V.

Kurfürstenstr. 31
14467 Potsdam

Bezirksverband Braunschweig e.V.

Peterskamp 21
38108 Braunschweig

Landesverband Bremen e.V.

Auf den Häfen 30-32
28203 Bremen

Landesverband Hamburg e.V.

Witthöfftstr. 5-7
22041 Hamburg

Bezirksverband Hannover e.V.

Körtingsdorfer Weg 8
30455 Hannover

Bezirksverband Hessen-Nord e.V.

Wilhelmshöher Allee 32 A
34117 Kassel

Bezirksverband Hessen-Süd e.V.

Kruppstr. 105
60388 Frankfurt/M.

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Wismarsche Str. 183-185
19053 Schwerin

Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Rhonestr. 2a
50765 Köln

Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V.

Brennesstr. 2
93059 Regensburg

Bezirksverband Niederrhein e.V.

Lützowstr. 32
45141 Essen

Bezirksverband Oberbayern e.V.

Edelsbergstr. 10
80686 München

Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.

Karl-Bröger-Str. 9/I
90459 Nürnberg

Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.

Detmolder Str. 280
33605 Bielefeld

Bezirksverband Pfalz e.V.

Maximilianstr. 31
67433 Neustadt/Wstr.

Bezirksverband Potsdam e.V.

August-Bebel-Str. 86
14482 Potsdam

Bezirksverband Rheinland e.V.

Dreikaiserweg 4
56068 Koblenz

Landesverband Saarland e.V.

Hohenzollernstr. 45
66117 Saarbrücken

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Klausenerstr. 17
39112 Magdeburg

Landesverband Sachsen e.V.

Georg-Palitzsch-Str. 10
01239 Dresden

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Sibeliusweg 4
24109 Kiel

Bezirksverband Schwaben e.V.

Sonnenstr. 10
86391 Stadtbergen

Landesverband Thüringen e.V.

Pfeiffersgasse 12
99084 Erfurt

Bezirksverband Unterfranken e.V.

Kantstr. 45 a
97070 Würzburg

Bezirksverband Weser-Ems e.V.

Klingenbergstr. 73
26133 Oldenburg

Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Kronenstr. 63–69
44139 Dortmund

Bezirksverband Württemberg e.V.

Kyffhäuserstr. 77
70469 Stuttgart-Feuerbach

| Korporative Mitglieder

AWO International e.V.

Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Aufgaben: Entwicklungszusammenarbeit,
humanitäre Hilfe, globales Lernen

Naturfreunde Deutschlands e.V.

Warschauer Straße 58a
10243 Berlin
Aufgaben: Umweltschutz, sanfter Tourismus,
Sport und Kultur, Naturfreundehäuser

**Förderverein der Gehörlosen
der neuen Bundesländer e.V.**

Schönhauser Allee 36
10435 Berlin
Eckturm – 1. Etage
Aufgaben: Beratungs- und Betreuungsarbeit
für Gehörlose in den neuen Bundesländern

**gos – Gesellschaft für Organisationsberatung
in der Sozialen Arbeit mbH**

Brachvogelstr. 1
10961 Berlin
Aufgaben: Organisationsberatung,
interne Trainingsmaßnahmen,
Leistungsberatung/Supervision für Führungskräfte

**Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
(ISS)**

Zeilweg 42
60439 Frankfurt/Main
Aufgaben: wissenschaftliche Begleitung,
Praxisforschung, Beratung/Planung,
Organisationsentwicklung, Gutachten/Expertisen,
Fort- und Weiterbildung

Marie-Schlei-Verein

Grootiushof, Grootruhe 4
20537 Hamburg
Aufgabe: Unterstützung von Frauenprojekten
in der Dritten Welt

M.S.K. e.V.

Initiative Selbsthilfegruppe
Multiple Sklerose Kranker
Schelmengrubenweg 29
69198 Schriesheim
Aufgaben: Kontakte, Informationen,
Erfahrungsaustausch MS-Kranker

Pädal-pädagogik aktuell e.V.

Mainstraße 11
14612 Falkensee
Aufgaben: Lernwerkstatt Kita-Museum,
Kulturangebot und Erzieherinnenfortbildungs-
programm

SoVD Sozialverband Deutschland e.V.

Stralauer Str. 63
10179 Berlin
Aufgaben: Hilfe und Fürsorge für Behinderte,
Sozialrentner, Hinterbliebene, Kriegs- und
Wehrdienststopfer, Arbeitsunfallverletzte,
Sozialhilfeempfänger und jugendliche Behinderte

Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)

Markgrafenstr. 11
10969 Berlin
www.zukunftsforum-familie.de
Aufgaben: Entwicklung familienpolitischer Posi-
tionen, Interessenvertretung für Familien, Ko-
operation mit gesellschaftlichen, politischen und
wissenschaftlichen Akteuren in der Familienpo-
litik, Vertretung von Interessen der Mitgliedsver-
bände in familienpolitischen Kontexten

| Einrichtungen des Bundesverbandes

- Marie-Juchacz-Stiftung
- Tagungszentrum Haus Humboldtstein

| Beteiligungen und Genossenschaftsanteile des Bundesverbandes

- gos – Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH
- ElternService AWO
- GesundheitsService AWO
- Bank für Sozialwirtschaft (BFS)
- GLS Bank
- WIBU – Wirtschaftsbund sozialer Einrichtungen e.G.

| Mitgliedschaften und Kooperationen des Bundesverbandes

- AFET Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe
- AGEF Bundesarbeitsgemeinschaft für Familienbildung und –beratung
- AGJ Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
- AG SBV – Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände
- AK Deutscher Bildungsstätten
- Aktionsbündnis seelische Gesundheit
- Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- AWO Arbeitgeberverband
- AWO International

- BAG Kinder- und Jugendschutz
- BAG Straffälligenhilfe e. V. (BAGS)
- BAG Wohnungslosenhilfe e. V. (BAGW)
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste u. Wohlfahrtspflege, BGW
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung
- Bundesarbeitsgemeinschaft Familienmediation, BAFM, Berlin
- Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation, BAR
- Bundesarbeitskreis FSJ
- Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, bvpg
- Bündnis für gute Pflege

- Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS)
- Deutsche IPA-Sektion
- Deutsche Krankenhausgesellschaft, DKG
- Deutsche Welthungerhilfe, DWH
- Deutscher Landesausschuss der Internationalen Konferenz für Sozialarbeit
- Deutscher Verein
- Deutsches Jugendinstitut e. V., DJI

- eLearning in der Pflege e. V.
- Elly Heuss-Knapp-Stiftung, MGW
- Europäische Akademie für Elementarerbziehung (EAFE)

- Europäische Koordination für d. Recht v. Migranten
- European Anti-Poverty Network (EAPN)
- European Council on Refugees und Exiles (ECRE)
- European Network on Intercultural Elderly Care (ENIEC)
- European Social Network (ESN)

- Familienferien- und Häuserwerk der Deutschen Naturfreunde
- Förderverein der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)
- Frauenhauskoordinierung

- Gemeinsamer AK für Familienerholung
- Gesellschaft für Datenschutz
- Gesellschaft für sozialen Fortschritt, GSF

- Informationsverbund Asyl
- Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, IFIAS
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, ISS
- Internationaler Rat für Hauspflegedienste – International Council of Homehelp Services

- Konferenz Zentraler Fortbildungsinstitutionen für Jugend- und Sozialarbeit
- Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
- Kuratorium Deutsche Altershilfe, KDA

- Nationale Armutskonferenz, nak
- NGO Group for the Convention on the Rights of the Child

- Pro Asyl

- SOLIDAR, Brüssel
- SPD-Parteirat

- Trägerkonsortium Elternchance

- Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv)
- Versorgungsverband VBLU

- Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF)



**„Für einander
da sein.“**

Jeder hat ein Ziel.

Die GlücksSpirale unterstützt die Freie Wohlfahrt
bislang mit mehr als 500 Millionen Euro.

Die Rentenlotterie, die Gutes tut.

www.gluecksspirale.de



GlücksSpirale

VON  **LOTTO®**

Es heißt nicht umsonst Rock'n'Roll.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich vieles verändert. Vieles, aber noch nicht alles.
Engagieren wir uns gemeinsam für eine inklusive Gesellschaft. www.aktion-mensch.de

Schon viel erreicht. Noch viel mehr vor.



DAS WIR GEWINNT

 **AKTION
MENSCH**

Mitwirkung
Gerechtigkeit für alle
Kontrolle vor Ort
ehrenamtliches Engagement
sorgsam
Zukunft
Qualitätsmanagement
Gesellschaft
Sozialpolitik
Qualität Teil
Mitarbeiterinnen Mitarbeiter
eigenständig
Aufbruch
Menschen praktizierte Soli
amtlich
Arbeit
professionelle Dienstleistu
Gleichheit Gerechtig
ehrenamtlich praktizierte Solida
Verantwortung
fördert
praktizierte So